

TÄTIGKEITSBERICHT



2.IGB-WELTKONGRESS

VANCOUVER, 21. – 25. JUNI 2010

JETZT ZÄHLEN DIE MENSCHEN – AUS DER KRISE MIT GLOBALER GERECHTIGKEIT



ITUC CSI IGB

INTERNATIONALER GEWERKSCHAFTSBUND

2. WELTKONGRESS

TÄTIGKEITSBERICHT

für den Zeitraum 2006 bis 2009

Vancouver, 21. - 25 Juni 2010

INHALT

Seite

Nachrufe	1
Einführung	9
Kapitel 1: Mitgliedsorganisationen	15
1. Mitgliederstand. 2. Neuaufnahmen. 3. Namensänderung. 4. Übertragung der Mitgliedschaft. 5. Organisationen, deren Mitgliedschaft erloschen ist. 6. Assoziierte Organisationen (AO).	
Kapitel 2: Satzungsmäßige Gremien und Verwaltung	21
1. Gründungskongress. 2. Vorstand. 3. Präsidentin, stellvertretende Präsidenten und Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen. 4. Lenkungsausschuss. 5. GUF- und TUAC-Vertreter/innen. 6. Ausschüsse. 7. Generalsekretär. 8. Stellvertretender Generalsekretär/Stellvertretende Generalsekretärin. 9. Rechnungsprüfer/in. 10. Verwaltungsrat des Solidaritätsfonds. 11. Verwaltung. 12. Hauptbüro-Gebäude. 13. Regionalorganisationen und -strukturen.	
Kapitel 3: Menschen- und Gewerkschaftsrechte	43
1. Einführung. 2. Jährliche Übersicht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten. 3. Unterstützung aus dem Solidaritätsfonds des IGB. 4. Internationale Arbeitsorganisation. 5. Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen. 6. Menschen- und Gewerkschaftsrechtsnetzwerke. 7. Afrika. 8. Gesamtamerika. 9. Asien und Pazifik. 10. Europa. 11. Naher Osten. 12. Kampagne gegen Zwangsarbeit.	
Kapitel 4: Globale Institutionen, menschenwürdige Arbeit und die Weltwirtschaftskrise	51
1. Einleitung. 2. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise. 3. Globalisierung und Welthandelssystem. 4. Politische Zusammenarbeit zur Auseinandersetzung mit der Globalisierung. 5. Entwicklung, Beschäftigung und die internationalen Finanzinstitutionen. 6. Arbeitsschutz, Umwelt und nachhaltige Entwicklung. 7. Vereinte Nationen. 8. Internationale Arbeitsorganisation.	
Kapitel 5: Multinationale Unternehmen und Organisation	69
1. OECD-Leitsätze und IAO-Erklärung über multinationale Unternehmen. 2. Globaler Pakt. 3. Unternehmen und Menschenrechte. 4. Globale Berichterstattungsinitiative. 5. Verhaltenskodizes für Lieferketten. 6. ISO-Arbeitsgruppe für soziale Verantwortung. 7. Ausschuss für Arbeitnehmerkapital. 8. Organisation.	

Kapitel 6:	Förderung der Gleichstellung in den Gewerkschaften und am Arbeitsplatz	75
	1. Einigung auf regionaler und internationaler Ebene. 2. IGB-Frauenausschuss. 3. Umsetzung der Beschlüsse des 1. IGB-Weltkongresses im Bereich der Gleichstellung. 4. Aktionsprogramm Gleichstellung. 5. Kampagnen. 6. Gleichstellungsfragen bei den Vereinten Nationen. 7. Gleichstellungsfragen bei der IAO. 8. Wanderarbeitskräfte. 9. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. 10. Veröffentlichungen. 11. Menschen- und Gewerkschaftsrechte in Verbindung mit Gleichstellungsfragen. 12. Lesbische, schwule, bisexuelle und Transgender-Beschäftigte.	
Kapitel 7:	Kampagnen und Kommunikation	85
	1. Allgemeine Kommunikations- und Medienarbeit. 2. Veröffentlichungen. 3. Kampagnen und Mobilisierung. 4. Internet und "Neue Medien". 5. Jugendliche Beschäftigte. 6. Sonstige Aktivitäten.	
Kapitel 8:	Gewerkschaftliche Entwicklungszusammenarbeit	91
	1. Einführung. 2. Von Konsultationen zu konkreten Maßnahmen 3. HIV/Aids.	
Kapitel 9:	Global Unions	97
	1. Global-Unions-Rat (GUR). 2. Globale Gewerkschaftsföderationen. 3. Gewerkschaftlicher Beratungsausschuss bei der OECD (TUAC).	
Kapitel 10:	Afrika	101
	1. Einrichtung des Hauptbüros und Festlegung des Aktionsplans der IGB-AF. 2. Strategischer Plan. 3. Menschen- und Gewerkschaftsrechte. 4. Solidarische Maßnahmen. 5. Ausweitung der Organisationsarbeit. 6. Wirtschafts- und sozialpolitische Interventionen. 7. Förderung der Gleichstellung und des Sozialschutzes. 8. Beziehungen zu anderen Gremien.	
Kapitel 11:	Gesamtamerika	105
	1. Interne Gewerkschaftsreform. 2. Nachhaltige Entwicklung. 3. Demokratie, Menschen- und Gewerkschaftsrechte und sozialer Dialog. 4. Internationaler Handel und internationale Investitionen.	
Kapitel 12:	Asien und der pazifische Raum	111
	1. Arbeitnehmerrechte und Organisationsaktivitäten. 2. Arbeitspolitik. 3. Kooperation und Koordination.	
Kapitel 13:	Europa	117
	1. Einrichtung des PERR. 2. PERR-Aktivitäten. 3. Frauenausschuss und Jugendausschuss. 4. Subregionale Aktivitäten. 5. Europäische Union und Europarat.	

Kapitel 14:	Naher Osten	121
	1. Allgemeiner Hintergrund und wichtige gewerkschaftliche Entwicklungen. 2. Die Arbeit in der Region und das regionale Programm für die Stärkung der Gewerkschaften. 3. Förderung des Friedens und der Beilegung regionaler Konflikte.	
Kapitel 15:	Die Französischsprachige Gewerkschaftsgemeinschaft	127
Kapitel 16:	Die Commonwealth-Gewerkschaftsgruppierung	129
* * *		
Anhang I:	Liste der Mitgliedsorganisationen	131
	<i>(Angegebener Mitgliederstand)</i>	

NACHRUFE

Saúl Edolver Ubaldini

*Verstorben am
20. November 2006*

Saúl Ubaldini, argentinischer Gewerkschafter und Parlamentsabgeordneter der Peronisten, verstarb im Alter von 69 Jahren an Lungenkrebs.

Er war Generalsekretär einer kleinen Gewerkschaft von Beschäftigten in der Bierindustrie (FOCA), bevor er 1979 zum Generalsekretär der Confederación General del Trabajo de la República Argentina (CGT) gewählt wurde. Auch auf internationaler Ebene aktiv, wurde er 1984 als ordentliches Mitglied für Lateinamerika in den Vorstand des IBFG gewählt.

Er wird uns als entschiedener Verfechter der Demokratie und der Arbeitnehmerrechte sowohl unter der Diktatur als auch danach in Erinnerung bleiben.

Naotake Kaibara

*Verstorben am
13. Januar 2007*

Naotake Kaibara begann seine Gewerkschaftsarbeit 1965 in der internationalen Abteilung der japanischen Automobilarbeitergewerkschaft. In der mit der Gründung der im privaten Sektor tätigen RENGO (1987) bzw. der JTUC-RENGO (1989) für die japanische Gewerkschaftsbewegung dynamischen Zeit der 80er und 90er Jahre hat er sich stets als eine fähige und engagierte Persönlichkeit sowie in seiner Funktion als erster internationaler Sekretär beider neu gegründeter Organisationen als Brücke zwischen den japanischen Gewerkschaften und der internationalen Bühne erwiesen.

Er gehörte dem IBFG-Vorstand seit 1986 an und war bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahr 1998 mehr als 20 Jahre lang international aktiv. Er verstarb im Alter von 68 Jahren.

Maria Ednalva Bezerra de Lima

*Verstorben am
10. September 2007*

Maria Ednalva Bezerra de Lima, die Frauenbeauftragte der CUT (Brasilien), war Mitglied des Frauenausschusses im Koordinierungsgremium des Cono Sur (CCSCS), das Beschäftigte aus Brasilien, Uruguay, Argentinien, Paraguay und Chile vertritt. Von 2001 bis 2005 war sie stellvertretende Vorsitzende des Frauenausschusses der Interamerikanischen Regionalorganisation des IBFG (ORIT). Auf internationaler Ebene gehörte sie von 2002 bis zu diesem Jahr zunächst dem Frauenausschuss des IBFG und dann des IGB an und war in beiden Organisationen Mitglied des Vorstandes und des Lenkungsausschusses sowie Vizepräsidentin.

Wir werden sie als engagierte Vertreterin freier Gewerkschaften und vor allem der Rechte erwerbstätiger Frauen in Erinnerung behalten.

Alioune Sow
Verstorben am
8. Oktober 2007

Alioune Sow war ein charismatischer Gewerkschafter, der trotz seiner langen Krankheit bis zuletzt für die Rechte der senegalesischen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingetreten ist.

Alioune Sow war einer der Gründer der UDTS (Senegal) und deren Generalsekretär. Er war zudem Generalsekretär des WVA-Regionalverbandes für Afrika (DOAWTU) und Vizepräsident des WVA für Afrika. Er hat in beiden Organisationen eine aktive Rolle gespielt und wurde nicht nur in Afrika, sondern auch auf anderen Kontinenten von den Beschäftigten und den Gewerkschaftern geachtet und anerkannt.

André Vanden Broucke
Verstorben am
24. Oktober 2007

Nach seinem Studium an der Gewerkschaftsakademie von Kortrijk übernahm André Vanden Broucke 1951 eine Tätigkeit bei der FGTB (Belgien). Im Laufe seiner Gewerkschaftskarriere unterstützte er u.a. die Gewerkschaftsbewegung der heutigen Demokratischen Republik Kongo in ihren Anfangsjahren. 1964 wechselte er zur Centrale Générale, bei der er zunächst das Amt des stellvertretenden Nationalen Sekretärs und dann des Präsidenten bekleidete (1979-1982). 1982 wurde er FGTB-Präsident, und dieses Amt hatte er bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand im Jahr 1989 inne. Auf internationaler Ebene war er von 1986 bis 1989 stellvertretendes Mitglied des IBFG-Vorstandes.

Er wird uns als Verfechter der grundlegenden Werte der Gewerkschaftsbewegung und vor allem der Solidarität in Erinnerung bleiben.

Heribert Maier
Verstorben am
6. November 2007

Nach seinem Studium übernahm Heribert Maier 1955 eine Tätigkeit beim Österreichischen Gewerkschaftsbund (ÖGB), bis er 1958 zum IBFG in Brüssel wechselte. Von 1972-1973 war er stellvertretender Generalsekretär des IBFG, bis er zum Generalsekretär des Internationalen Bundes der Privatangestellten (FIET) gewählt wurde, der Vorgängerorganisation der heutigen UNI. Im Jahr 1989 trat er sein Amt als stellvertretender Generaldirektor der IAO an, das er bis 1996 innehatte.

Im Jahr 1996 wurde Heribert Maier von der österreichischen Regierung das Große Silberne Ehrenzeichen mit dem Stern verliehen. Nach seinem Eintritt in den Ruhestand gehörte er gemeinsam mit dem früheren australischen Premierminister Bob Hawke und dem ehemaligen IBFG-Generalsekretär Johnny Vanderveken dem Expertenausschuss für Mitgliederentwicklung der Bildungsinternationale an.

Er hat sich seinen Platz in der internationalen Gewerkschaftsgeschichte verdient, und wir werden ihn als jemanden in Erinnerung behalten, der der Verbes-

Douglas Andrew Fraser

Verstorben am

23. Februar 2008

serung des Lebens der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in aller Welt uneingeschränkt verpflichtet war.

Der in Schottland geborene US-Gewerkschaftsführer Douglas A. Fraser war von 1977 bis 1983 Präsident der United Auto Workers (UAW). Er verstarb im Alter von 91 Jahren.

Der wegen seiner Schlüsselrolle bei einer Reihe wichtiger Verhandlungen, die zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen führten, bekannte Gewerkschafter war ein entschiedener Verfechter der Gewerkschaftsinteressen in Bezug auf die verantwortungsvolle Führung von Unternehmen und der Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Wohls der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weltweit nachdrücklich verpflichtet.

Er gehörte den Vorständen verschiedener Organisationen an und war von 1982 bis 1987 Mitglied des IBFG-Vorstandes.

Douglas Fraser schied 1983 aus den Diensten der UAW aus, blieb jedoch während seiner Professur für Arbeitsrecht an der Wayne State University weiterhin in gewerkschaftlichen und politischen Fragen aktiv. 1998 ehrte die Universität ihn für seinen Beitrag mit der Einrichtung des Douglas-A-Fraser-Zentrums für arbeitsbezogene Fragen.

Seine wichtigste Botschaft, dass das Grundrecht der Beschäftigten auf eine gewerkschaftliche Organisation sowie auf sichere und abgesicherte Arbeitsplätze in demokratischen Betrieben in unserer demokratischen Gesellschaft verankert ist, ist das Vermächtnis seines Lebens im Dienste der Arbeitnehmerschaft.

Jamshedpur Gopeshwar

Verstorben am

23. Mai 2008

Gopeshwar, eine führende Persönlichkeit in der indischen Gewerkschaftsbewegung, verstarb im Alter von 87 Jahren.

Er war viele Jahre Generalsekretär des indischen Metallarbeiterverbandes, von 1987 bis 1997 Generalsekretär des Indian National Trade Union Congress (INTUC) und nahezu 30 Jahre, bis zu seinem Tod, Generalsekretär der Telco Workers' Union.

Gopeshwar war sowohl auf regionaler als auch auf internationaler Ebene aktiv. 1982 wurde er zum Vizepräsidenten des IBFG gewählt, und er gehörte dessen Vorstand bis 1986 an. 1988 war er Gründungsmitglied des Südasiatischen Gewerkschaftsrates SARTUC, dessen Führung er anschließend übernahm. Von 1989 bis 1994 war er Präsident der Asiatisch-Pazifischen Regionalorganisation des IBFG.

Er glaubte fest an die "Treuhand-Theorie" Mahatma Gandhis und setzte sich für die Mitbestimmung der

Georges Debunne*Verstorben am**22. September 2008*

Beschäftigten ein. Er wird als entschiedener und effizienter Verfechter der Arbeitnehmerinteressen im indischen Parlament und in der indischen Gesellschaft unvergessen bleiben.

Georges Debunne wurde 1947 zum Generalsekretär der belgischen Centrale Générale des Services Publics (CGSP) gewählt und 1956 zu deren Präsidenten. 1968 wurde er zum Generalsekretär der Fédération Générale du Travail de Belgique (FGTB) gewählt, ein Amt, das er 14 Jahre lang innehatte.

Neben seiner wichtigen Rolle in der belgischen Gewerkschaftsbewegung spielte Georges Debunne auch auf europäischer und internationaler Ebene eine historische Rolle. Er war 1973 einer der Gründer des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und bekleidete von 1982 bis 1985 das Amt des EGB-Präsidenten.

Er spielte eine Schlüsselrolle bei der Gründung des Europäischen Verbandes der Rentnerinnen und Rentner und alten Menschen (FERPA) und stand der Organisation von 1988 bis 2003 als Präsident vor. Er gehörte dem Vorstand des IBFG mehr als zehn Jahre lang an und war zudem einer seiner Vizepräsidenten.

Er war ein leidenschaftlicher Verfechter der Arbeitnehmerrechte, und seine Führungsqualitäten und Langzeitvision waren wichtige Faktoren bei der Erschließung neuer Aktionsfelder, u.a. im Zusammenhang mit dem Konzept des "qualitativen Wachstums" der 70er Jahre des letzten Jahrhunderts, eines Vorläufers der nachhaltigen Entwicklung. Debunne war zudem für sein starkes Engagement für die Rechte der Frau bekannt.

Frank Kooger*Verstorben am**26. September 2008*

Nachdem er an der Lethbridge Christian High School in Kanada Geschichte und Sozialstudien gelehrt hatte, fing Frank Kooger 1982 bei der Christian Labour Association of Canada (CLAC) als Vertreter für das Baugewerbe und das Gesundheitswesen an.

Seine Erfahrungen in der Baubranche wurden 2004 anerkannt, als er nach Fort McMurray, Alberta, entsandt wurde, wo er mit großem Erfolg die Beschäftigten bei Ölsandprojekten organisierte. Die CLAC lobte seine Führungsqualitäten, und 2004 wurde er in ein Führungsgremium gewählt sowie zum CLAC-Vertreter im WVA-Vorstand ernannt.

Er war bekannt für seine Prinzipientreue, Entschlossenheit und Vertrauenswürdigkeit. Seine grenzenlose Energie, seine Begeisterung und sein Humor machten ihn zu einem der beliebtesten Vertreter der CLAC und zum Mentor für jüngere Kollegen.

Frank Kooger hat einen immensen Beitrag zur CLAC und zur internationalen Gewerkschaftsbewegung ge-

Madia Diop*Verstorben am**11. November 2008*

leistet. Er wird nicht nur wegen seiner Leistungen, einschließlich der zunehmenden Bedeutung seiner Organisation im Baugewerbe, sondern auch wegen seines großen Einflusses auf alle, die mit ihm zu tun hatten, in Erinnerung bleiben.

Der liebevoll als "Vater Madia" bezeichnete Madia Diop, der frühere Generalsekretär der Confédération Nationale des Travailleurs du Sénégal (CNTS), verstarb im Alter von 80 Jahren.

1957 wurde er Vorsitzender der Lebensmittelarbeitergewerkschaft seines Landes, bevor er 1978 Regionalsekretär der CNTS wurde. Von 1982 bis 2002 stand er schließlich an der Spitze der CNTS.

Madia Diop war auch eine führende Persönlichkeit sowohl in der afrikanischen als auch in der internationalen Gewerkschaftsbewegung. 2004 wurde er zum Präsidenten der Afrikanischen Regionalorganisation des IBFG gewählt, und er gehörte dem IBFG-Vorstand an.

Er war nicht nur ein illustrierter Gewerkschafter, sondern auch Parlamentsmitglied und eine der Inspirationsquellen für die sogenannte "verantwortungsvolle Mitwirkung" der Gewerkschaften, und er wird als "geistliches Oberhaupt" der senegalesischen Gewerkschaftsbewegung betrachtet. Sein Beitrag wird in die Annalen der afrikanischen und der internationalen Gewerkschaftsgeschichte eingehen.

José Olivio Miranda Oliveira*Verstorben am**10. Dezember 2008*

Der liebevoll als Zé Olivio bezeichnete José Oliveira verstarb im Alter von 61 Jahren in Salvador de Bahia.

Zé Olivio war ausgebildeter Bauingenieur und lehrte an der Fachhochschule UFBA in Brasilien. 1981 wurde er Präsident der Ingenieurgewerkschaft des Bundesstaates Bahia, und 1984 spielte er eine Schlüsselrolle bei der Gründung der CUT, bei der er anschließend eine Führungsrolle übernahm.

Er war ordentliches Mitglied des IAA-Verwaltungsrates, vertrat die brasilianischen Beschäftigten in verschiedenen Gremien des Mercosur und der Organisation Amerikanischer Staaten und war Vizepräsident von COSATE, einer Kommission der Organisation Amerikanischer Staaten. 2002 wurde er zum stellvertretenden Generalsekretär des IBFG gewählt. Dieses Amt hatte er bis 2006 inne, und ab 2007 war er bis zu seinem Tod beim IAO-Büro für Tätigkeiten für Arbeitnehmer (IAO-ACTRAV) als Spezialist für Lateinamerika und die Karibik tätig.

Seine Gewerkschaftskarriere auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene war Ausdruck seiner

Michalakis Ioannou

Verstorben am

9. März 2009

entschiedenen Verpflichtung zur Förderung der Demokratie und zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Neben seinem leidenschaftlichen Einsatz für Gerechtigkeit, menschliche Würde und Solidarität wird Zé Olivio aufgrund seiner Menschlichkeit, seiner positiven Einstellung und seines sympathischen Auftretens in Erinnerung bleiben.

Der frühere Generalsekretär des zypriotischen Gewerkschaftsbundes SEK-Zypern, Michalakis Ioannou, verstarb im Alter von 75 Jahren.

Es kam 1955 zur Gewerkschaftsbewegung und hatte verschiedene Ämter beim SEK inne. 1973 wurde er zum SEK-Generalsekretär gewählt, und dieses Amt bekleidete er bis 1999. Er war Mitglied des Exekutiv-ausschusses des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB), und von 1972 bis 1998 gehörte er dem Vorstand des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG) an.

Es war ein kluger und starker Gewerkschaftsführer, der 44 Jahre lang im Dienste der Gewerkschaftsbewegung stand und sich entschieden für den Schutz der Rechte und Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingesetzt hat.

Sowohl im Inland als auch im Ausland wird er als Vorkämpfer für soziale, wirtschaftliche und gewerkschaftliche Errungenschaften in Erinnerung bleiben.

Fernand Kikongi

Di Mwinsa

Verstorben am

1. April 2009

Der Ehrenpräsident der Confédération Syndicale du Congo (CSC-Demokratische Republik Kongo), Fernand Kikongi di Mwinsa, verstarb nach langer Krankheit in Kinshasa.

Nach seinem Studium an der Schule für soziale Studien in Löwen (Belgien) begann er seine Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung des Kongo (DR). Auf nationaler Ebene war er Generalsekretär der Union nationale des travailleurs du Congo (UNTC) und Präsident der Confédération Syndicale du Congo (CSC). Auf regionaler und internationaler Ebene war er Mitglied des Vorstandes des Weltverbandes der Arbeitnehmer (WVA), Mitglied des AKP/EU-Folgeausschusses, Präsident der Organisation démocratique des travailleurs africains (ODSTA), Mitglied des IAA-Verwaltungsrates sowie Präsident des WVA.

Als entschiedener Verfechter der Arbeitnehmerrechte war er eine führende Persönlichkeit in der kongolesischen, der afrikanischen und der internationalen Gewerkschaftsbewegung, zu deren Entwicklung er maßgeblich beigetragen hat.

Apecides Álviz Fernández
Verstorben am
20. August 2009

Der Präsident der Confederación de Trabajadores de Colombia (CTC-Kolumbien) erlitt während seiner Rede anlässlich eines Sozial- und Politikgipfels an der Universität La Salle einen Herzanfall.

Er begann seine Gewerkschaftsarbeit im Alter von 19 Jahren, als er der Druckergewerkschaft "la imprenta editorial Mogollón" (Cartagena) beitrat, deren Präsident er später wurde. Anschließend übernahm er den Vorsitz bei Fetraabol, einem Mitgliedsverband der CTC, in der Region Bolívar. 1985 wurde zum Präsidenten der CTC gewählt, an deren Spitze er 24 Jahre lang stand. Auf internationaler Ebene war er Vizepräsident des IGB-TUCA, Mitglied des IGB-Vorstandes, Gründer und Vorsitzender der Coordinadora de Centrales Sindicales Andinas (CCSA) sowie Mitglied des IAA-Verwaltungsrates.

Er blieb stets seinen politischen und gewerkschaftlichen Prinzipien treu, und sein Einsatz für die Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Wohls der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Kolumbien und weltweit wird unvergessen bleiben.

Wir hoffen, dass seine Vision von Frieden und Demokratie für das kolumbianische Volk bald wahr werden wird.

Neil Kearney
Verstorben am
18. November 2009

Der Generalsekretär der Globalen Gewerkschaftsföderation für die Textilbranche, Neil Kearney, erlag in Dhaka (Bangladesch), wo er an einer Gewerkschaftssitzung teilnahm, einem Herzanfall.

Der 1950 in Donegal (Irland) geborene Neil Kearney war seit 1988 Generalsekretär der Internationalen Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung (ITBLAV), nachdem er zuvor 16 Jahre lang auf nationaler Ebene als Gewerkschaftsvertreter in Großbritannien tätig gewesen war.

Während seiner langjährigen bemerkenswerten Tätigkeit im Dienste der Gewerkschaftsbewegung hat er in der Textil- und Bekleidungsindustrie zahlreiche beachtliche Erfolge bei der Verbesserung der Löhne und Arbeitsbedingungen einiger der am meisten ausgebeuteten Arbeitnehmer/innen der Welt errungen.

Mit seiner Leidenschaft, seiner Entschlossenheit, seinem Mut, seiner Beharrlichkeit und seiner Charakterstärke war er ein unermüdlicher und wirksamer Verfechter der Arbeitnehmerrechte und der sozialen Gerechtigkeit, Würde und Achtung für alle.

Sein immenses Vermächtnis und sein ungeheurer Kampfgeist werden uns alle weiterhin inspirieren.

TÄTIGKEITSBERICHT DES IGB 2006 – 2009

EINFÜHRUNG

Ich freue mich, diesen ersten Tätigkeitsbericht des IGB für den Zeitraum seit dem Gründungskongress im November 2006 bis Ende 2009 vorlegen zu können, einen Zeitraum, in dem die Welt vor einer Reihe von Herausforderungen in einer seit 50 Jahren nicht mehr da gewesenen Größenordnung gestanden hat. Die Enormität dieser Herausforderungen – die weltweite Ernährungskrise, die globale Finanzkrise und das rasante Tempo, mit dem wir uns auf einen katastrophalen Klimawandel zubewegen – hat unterstrichen, dass eine geeinte, starke und wirksame internationale Gewerkschaftsbewegung, die in der Lage ist, auf die unmittelbaren Folgen dieser Krisen zu reagieren und eine neue, progressive Vision einer globalisierten Wirtschaft zu konzipieren und zu vermitteln und gleichzeitig auf Arbeitnehmerrechtsverletzungen zu reagieren, die mindestens ebenso ernst und verbreitet sind wie in den Jahren vor der Gründung des IGB, wichtiger denn je ist.

Dieser Bericht erläutert, wie sich der IGB diesen Herausforderungen gestellt und gleichzeitig seine Strukturen und Aktivitäten entwickelt sowie damit begonnen hat, das Konzept eines in seinen Gründungsdokumenten geforderten neuen gewerkschaftlichen Internationalismus in die Praxis umzusetzen. In dem Bericht zum Kongress-thema und der ihn begleitenden Entschließung, die ich dem 2. IGB-Weltkongress zur Prüfung vorlege, geht es darum, Bereiche festzustellen, in denen unsere künftige Arbeit mit Blick auf die nächste Entwicklungsphase unseres internationalen Bundes ausgeweitet werden muss.

Beim Gründungskongress waren 304 Organisationen aus 153 Ländern und Hoheitsgebieten vertreten. Ende 2009 gehörten dem IGB 311 Organisationen mit insgesamt 175 Millionen Mitgliedern in 155 Ländern und Hoheitsgebieten an. Nachdem der Einigungsprozess auf internationaler Ebene mit dem Gründungskongress abgeschlossen worden war, folgte die Einigung der regionalen Strukturen, die mit der Gründung der IGB-Regionalorganisationen für Asien/Pazifik bzw. Afrika und der Einrichtung des Pan-Europäischen Regionalrates (PERR) im Jahr 2007 und in der gesamtamerikanischen Region im Jahr 2008 beendet wurde. Die Aktivitäten der Regionalorganisationen und des PERR seit ihrer Gründung werden in den Kapiteln 10 bis 13 dieses Berichtes zusammengefasst, spiegeln sich aber auch in den Kapiteln wider, die sich mit den Aktivitäten des IGB unter den verschiedenen thematischen Überschriften befassen, wodurch die enge Verbindung zwischen unseren globalen und regionalen Strukturen deutlich wird. Eine gute Zusammenarbeit, auch über den PERR, hat seit der Gründung des IGB mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund stattgefunden.

Eine weitere wichtige strukturelle Entwicklung war die Einrichtung des Global-Unions-Rates (GUR) Anfang 2007, dem der IGB, die Globalen Gewerkschaftsföderationen und der TUAC angehören. Ein Höhepunkt der Arbeit des Rates war im Dezember 2007 die Organisation einer internationalen Konferenz zum Thema Organisation und Tarifverhandlungen, der ersten Veranstaltung dieser Art auf dieser Ebene. Die GUR-Mitglieder arbeiteten in einer Vielzahl von Bereichen in wirksamer Weise zusammen, insbesondere in Gewerkschaftsrechtsfragen.

Der IGB und der TUAC haben zudem bezüglich der globalen Wirtschaftskrise eng zusammengearbeitet und detaillierte Vorschläge seitens der internationalen Gewerkschaftsbewegung für Maßnahmen der G20 zur Krisenbekämpfung vorgelegt, die in den Beschlüssen der Gipfeltreffen von London und Pittsburgh Berücksichtigung fanden. Die intensive Arbeit mit Mitgliedsorganisationen in G20-Ländern zur Vorbereitung dieser Spitzentreffen gipfelte in Zusammenkünften mit den Spitzen vieler G20-Regierungen sowohl im Vorfeld als auch während der Gipfel selbst, so dass die Forderungen der internationalen Gewerkschaftsbewegung in den Mittelpunkt der Debatten gerückt werden konnten. Darüber hinaus hat der IGB maßgeblich zur Annahme des Globalen Paktes der IAO für Beschäftigung im Jahr 2009 beigetragen und erheblichen Einfluss auf die Reaktionen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank auf die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise genommen. Obwohl die Aktivitäten der Welthandelsorganisation vergleichsweise weniger Aufmerksamkeit erweckt haben, vor allem gegen Ende des Berichtszeitraums, war der IGB weiterhin sowohl bei der WTO als auch in Zusammenarbeit mit seinen Regionalorganisationen bei regionalen und interregionalen Handelsgesprächen in aktiver Weise präsent. Durch Eingaben anlässlich der WTO-Überprüfung der Handelspolitik einzelner Mitgliedsländer konnte der IGB zudem die Verbindungen zwischen internationalem Handel und Verletzungen der Kernarbeitsnormen deutlich machen.

Die Aktivitäten zur Bekämpfung des Klimawandels waren vor allem auf den Klimagipfel im Dezember 2009 in Kopenhagen ausgerichtet und beinhalteten eine intensive Arbeit mit Mitgliedsorganisationen und den Global-Unions-Partnern an den Vorschlägen der Gewerkschaften für einen ehrgeizigen, verbindlichen und gerechten Übergang zu einer "grüneren" Weltwirtschaft sowie die Mobilisierung von internationaler Unterstützung für diesen Rahmen seitens anderer Organisationen und in der Öffentlichkeit. An den Vorbereitungstreffen der UN im Vorfeld des Kopenhagener Gipfels nahmen umfangreiche Gewerkschaftsdelegationen teil, und bei dem Gipfel selbst war eine mehrere Hundert Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter umfassende internationale Delegation vertreten.

Die Förderung und Verteidigung der Gewerkschaftsrechte, eine in der beim Gründungskongress verabschiedeten Satzung sowie in seinem Aktionsprogramm verankerte Hauptfunktion des IGB, war von Anfang an eine Spitzenpriorität des Bundes. Solidaritätsaktionen mit Gewerkschaften, die in zahlreichen Ländern angegriffen wurden, insbesondere in Birma, Kolumbien, Guatemala, Guinea, Iran und Simbabwe, waren ein wichtiger Teil der Arbeit in diesem Bereich, wobei Interventionen bei der IAO in Bezug auf Vereinigungsfreiheit und andere Arbeitsnormen durch Maßnahmen ergänzt wurden, die auf einzelne Regierungen und regionale Gremien sowie auf die relevanten UN-Verfahren ausgerichtet waren. Die Flaggschiff-Publikation des IGB, die Jährliche Übersicht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten, diente als maßgeblicher internationaler Bezugspunkt für diese Fragen und fand im Zuge der Aktualisierung des Formats und der PR-Arbeit zunehmend Beachtung in der Öffentlichkeit. Mit Unterstützung von Solidaritätsorganisationen und in Zusammenarbeit mit den Regionalorganisationen und dem PERR wurden globale und regionale Gewerkschaftsrechtsnetzwerke eingerichtet, die wirksamere und schnellere Interventionen ermöglichen und den Kapazitätsausbau der Mitgliedsorganisationen in Gewerkschaftsrechtsfragen unterstützen. Durch ein neues Programm gegen Zwangsarbeit konnte das Profil der diesbezüglichen Gewerkschaftsaktivitäten deutlicher herausgestellt werden, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Gewerkschaftsbewegung, und eine engere Zusammenarbeit mit anderen in diesem Bereich tätigen Organisationen stattfinden.

Die 1. Weltfrauenkonferenz des IGB im Oktober 2009, an der 450 Gewerkschafterinnen aus 100 Ländern teilnahmen, war der Höhepunkt der Arbeit des IGB auf dem Gebiet der Gleichstellung. Ferner wurden Initiativen gegen Rassismus und Diskrimination aufgrund der sexuellen Orientierung oder der Geschlechtsidentität ergriffen. Die Mitgliedsorganisationen und GUFs wurden bei ihren Aktivitäten in Bezug auf die Rechte von Wanderarbeitskräften unterstützt, u.a. durch die Förderung der praktischen Zusammenarbeit zwischen Mitgliedsorganisationen in Heimat- und Aufnahmeländern und durch politische Arbeit auf globaler Ebene, um dafür zu sorgen, dass Arbeits- und Beschäftigungsfragen bei internationalen Migrationsdebatten nicht vergessen werden. Schlüsselkomponenten des Programms "Menschenwürdige Arbeit und ein menschenwürdiges Leben für Frauen", das sich auf Beschäftigungs- und Arbeitnehmerrechte für Frauen konzentrierte und ein wichtiges Instrument für die Gesamtbemühungen um die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in den Gewerkschaften war, waren Aktivitäten anlässlich des Internationalen Tages der Frau und eine Initiative des IGB zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen. Die Veröffentlichung ausführlicher Berichte über das weltweite geschlechtsspezifische Lohn- und Gehaltsgefälle in den Jahren 2008 und 2009 hat dazu beigetragen, den IGB in den Mittelpunkt der internationalen Debatte über dieses Thema zu rücken und den Mitgliedsorganisationen nützliche Informationen und eine globale Analyse dazu geliefert, die sie zur Unterstützung ihrer eigenen Arbeit auf diesem Gebiet verwenden konnten.

Die weltweite Mobilisierung anlässlich des Welttages für menschenwürdige Arbeit (WFMA) am 7. Oktober 2008 und 2009 brachte Hunderttausende Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in direkten Kontakt mit der internationalen Gewerkschaftsbewegung, viele von ihnen zum ersten Mal. An beiden Welttagen fanden mehrere Hundert Veranstaltungen in über 100 Ländern statt, darunter Massenkundgebungen, Märsche, kulturelle Veranstaltungen und viele sehr innovative Aktivitäten, die darauf abzielten, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit zu wecken und zu einer Beteiligung anzuregen. Der Erfolg der Veranstaltungen zum 7. Oktober, mit Echtzeit-Informationen über alle Zeitzonen hinweg auf den "WFMA"-Sonderseiten im Internet, war für den Aufbau des neuen gewerkschaftlichen Internationalismus ein wichtiger Schritt nach vorn und unterstrich, welches Potenzial künftige internationale Mobilisierungsaktionen haben. Beim Weltsozialforum 2007 lancierte der IGB zusammen mit dem EGB, mit Solidar, Social Alert und dem Global Progressive Forum eine gemeinsame Kampagne zum Thema menschenwürdige Arbeit, einschließlich eines weltweiten Aktionsaufrufes für menschenwürdige Arbeit und ein menschenwürdiges Leben.

Neben der verstärkten Herausstellung des Profils des IGB in den traditionellen Medien wurde der umfassenderen Nutzung "neuer Medien" – Internetvideos, soziale Netzwerke, interaktive Internet-Instrumente – besondere Bedeutung bei der Kommunikationsarbeit des IGB beigemessen. Das IGB-Jugendprogramm stand bei der Nutzung neuer Medien in vorderster Front. Sein Jugend-Blog ermöglichte jugendlichen Beschäftigten Diskussionen und den Austausch von Informationen über ihre Aktivitäten zur Organisation von und Kontaktaufnahme mit Jugendlichen, und mit sowohl elektronischem als auch Printmaterial wurde konkret darauf abgezielt, das Profil internationaler Gewerkschaftsaktionen unter Jugendlichen deutlicher herauszustellen. Neben der Jährlichen Übersicht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten und den Untersuchungen über das geschlechtsspezifische Lohngefälle fand die Veröffentlichung von thematischen Berichten, wie etwa zur weltweiten Ernährungskrise, sowie von länderspezifischen Berichten beträchtliche Aufmerksamkeit in den internationalen Medien. Der 2007 veröffentlichte IGB-Bericht "Where the House Always Wins" stellte viele der eklatanten Defizite der Finanzmarktregulierung heraus, die ein Jahr später zum Ausbruch der globalen Finanzkrise führten. Die "PlayFair"-Kampagne mit der ITBLAV und NGO-Partnern bezüglich der internationalen Sportartikel- und Sportver-

anstellungsindustrie erhielt breite globale Publicity und Unterstützung und führte dazu, dass sich das Internationale Olympische Komitee in dieser Frage bewegte, wenn auch nur in begrenztem Umfang. Die IGB-Kampagne gegen Atomwaffen, die der Vorbereitung auf die UN-Konferenz zu diesem Thema im Jahr 2010 diente, wurde von mehreren Millionen Einzelpersonen innerhalb und außerhalb der Gewerkschaftsbewegung unterstützt.

Die Aktivitäten des IGB im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit waren ein Schlüsselfaktor bei der Konsolidierung und Ausweitung der Aktivitäten im Rahmen seines gesamten Arbeitsprogramms. Mit der Einrichtung eines Gewerkschaftsnetzwerkes für die Entwicklungszusammenarbeit wurde eine Plattform geschaffen, die eine Zusammenarbeit in bis dahin beispiellosem Umfang zwischen solidarische Unterstützung gewährenden Organisationen, dem IGB und seinen Regionalorganisationen sowie dem PERR ermöglichte. Auf diese Weise wurde der IGB zu einem bedeutenden Akteur im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit auf internationaler, regionaler und nationaler Ebene und es entstand eine solide Grundlage für die eigene Projektarbeit des IGB, wobei die Solidaritätsorganisationen wichtige finanzielle Unterstützung für Aktivitäten in verschiedenen Bereichen gewährten und somit die Ressourcen des IGB ergänzten. Ein gemeinsam mit Globalen Gewerkschaftsföderationen durchgeführtes HIV/Aids-Programm trug dazu bei, die Präsenz der internationalen Gewerkschaftsbewegung in dieser extrem wichtigen Frage zu konsolidieren bzw. auszuweiten und half den Mitgliedsorganisationen sowie den Regionalorganisationen bei ihrer Arbeit im Bereich HIV/Aids in der Welt der Arbeit.

Der der Aufsicht eines Verwaltungsrates unterstehende Solidaritätsfonds des IGB wurde während des Berichtszeitraums gut von den Mitgliedsorganisationen unterstützt. Es wurden erste Schritte unternommen, um die Funktionsweise des Fonds zu reformieren und seine direkte Wirkung und Relevanz zu vergrößern sowie sowohl die Zahl der beitragenden Organisationen als auch den Umfang der daraus finanzierten Aktivitäten auszuweiten.

Zu den weiteren wichtigen Tätigkeitsbereichen gehörten die vom IGB gewährte Unterstützung für die Arbeit seiner Mitgliedsorganisationen in arabischsprachigen Ländern, Maßnahmen in Bezug auf informelle und ungeschützte Tätigkeiten, die Unterstützung der Organisationsarbeit und der Tarifverhandlungen in den Freien Exportzonen zahlreicher Länder sowie Aktivitäten zur Bekämpfung von Kinderarbeit in Zusammenarbeit mit GUFs, der IAO und dem Globalen Marsch gegen Kinderarbeit.

In den Anfangsjahren des IGB konnten mit Unterstützung der Mitgliedsorganisationen tragfähige, funktionierende Strukturen und Programme eingeführt und dort, wo Probleme auftraten, Korrekturmaßnahmen ergriffen werden. Die erzielten Erfolge waren nur dank des aktiven Engagements der Mitgliedsorganisationen möglich. Sie haben ihren Teil dazu beigetragen, den IGB zu einem Instrument eines neuen gewerkschaftlichen Internationalismus zu machen, der in der Lage ist, die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der globalisierten Wirtschaft in wirksamer Weise zu vertreten. Sie haben sich solidarisch gezeigt und zudem den geeinten und pluralistischen Charakter des IGB respektiert, ohne den er nicht die einzige, einheitliche Stimme der Beschäftigten weltweit sein könnte, zu der er geworden ist. Diejenigen, die für den IGB arbeiten – in Brüssel, in den Regionalorganisationen und den verschiedenen Außenbüros – haben ebenfalls zu den Bemühungen um den Aufbau des IGB beigetragen.

Welche Genugtuung auch immer wir über die auf den folgenden Seiten beschriebene Arbeit empfinden mögen, es darf nicht vergessen werden, dass dies lediglich der Anfang ist. Mit dem aufrichtigen Dank an all diejenigen, die zu dieser Arbeit beigetragen haben, geht daher eine Ermutigung für die kommenden Jahre einher, wenn noch erheblich mehr getan werden muss.

A handwritten signature in black ink, reading "Guy Ryder". The signature is written in a cursive, flowing style with a large 'G' and 'R'.

Guy Ryder
Generalsekretär
Brüssel, Juni 2010

KAPITEL 1

MITGLIEDSORGANISATIONEN

1. Mitgliederstand

Bei seinem Gründungskongress im November 2006 gehörten dem IGB 304 Mitgliedsorganisationen in 153 Ländern und Hoheitsgebieten mit insgesamt 168.199.402 Mitgliedern an.

Im Oktober 2009 gehörten dem IGB 311 Mitgliedsorganisationen in 155 Ländern und Hoheitsgebieten mit insgesamt 175.710.343 Mitgliedern an.

Eine Liste, aus der die Mitgliederzahlen der angeschlossenen Organisationen hervorgehen, findet sich in Anhang I.

2. Neuaufnahmen

Bei seinen verschiedenen Sitzungen während des Berichtszeitraums nahm der Vorstand die nachstehenden 20 Organisationen neu als Mitglieder auf:

Juni 2007

- | | |
|-------------|------------------------------------|
| 1. Kroatien | Nezavisni hrvatski sindikati (NHS) |
|-------------|------------------------------------|

Dezember 2007

- | | |
|------------------------|---|
| 2. Botsuana | Botswana Federation of Trade Unions (BFTU) |
| 3. Brasilien | União Geral dos Trabalhadores (UGT) (*) |
| 4. Komoren | Confédération des Travailleurs et Travailleuses des Comores (CTC) |
| 5. Dominikan. Republik | Confederación Nacional de Unidad Sindical (CNUS) |
| 6. Irland | Irish Congress of Trade Unions (ICTU) |
| 7. Sri Lanka | National Trade Union Federation (NTUF) |
| 8. Surinam | Algemeen Verbond van Vakverenigingen in Suriname 'De Moederbond' |
| 9. Thailand | State Enterprises Workers' Relations Confederation (SERC) |

Dezember 2008

- | | |
|-------------------|---|
| 10. Guatemala | Unión Sindical de Trabajadores de Guatemala (UNSITRA-GUA) |
| 11. Liechtenstein | Liechtensteinischer ArbeitnehmerInnenverband (LANV) |
| 12. Namibia | Trade Union Congress of Namibia (TUCNA) |
| 13. Nicaragua | Frente Nacional de los Trabajadores (FNT) |
| 14. Sri Lanka | Sri Lanka Nidahas Sewaka Sangamaya (SLNSS) |

Oktober 2009

- | | |
|---------------|---|
| 15. Birma | Federation of Trade Unions – Burma (FTUB) |
| 16. Kap Verde | Confederação Caboverdiana dos Sindicatos Livres (CCSL) |
| 17. Liberia | Liberian Labour Congress (LLC) (*) |
| 18. Namibia | National Union of Namibian Workers (NUNW) |
| 19. Nepal | Nepal Trade Union Congress - Independent (NTUC-I) (*) |
| 20. Niger | Confédération Démocratique des Travailleurs du Niger (CDTN) |

(*) Zusammenschluss – Übertragung der Mitgliedschaft

3. Namensänderung

Der Vorstand nahm bei seiner 2. Sitzung zur Kenntnis, dass der indonesische Gewerkschaftsbund Kongres Serikat Pekerja Indonesia (KSPI) bei seinem 2. Landeskongress am 2. Februar 2007 seinen Namen geändert habe und jetzt Konfederasi Serikat Pekerja Indonesia (KSPI) heiße.

4. Übertragung der Mitgliedschaft

Die brasilianischen IGB-Mitgliedsorganisationen Central Autonoma de Trabalhadores (CAT), Confederação Geral dos Trabalhadores (CGT) und Social Democracia Sindical (SDS) sowie eine Reihe von Mitgliedsverbänden der Força Sindical (FS) haben den IGB über die Gründung einer neuen Dachorganisation, der União Geral dos Trabalhadores (UGT), im Juli 2007 unterrichtet. Der Gründungskongress fand vom 19. – 21. Juli in São Paulo statt. Unmittelbar nach ihrer Gründung bat die neue Organisation den IGB um die Übertragung der Mitgliedschaft von CAT, CGT und SDS auf die UGT, was bei der 3. Vorstandssitzung im Dezember 2007 akzeptiert wurde. Die Mitgliedschaft der UGT wurde im April 2008 wirksam, als sie die erforderlichen administrativen Formalitäten erfüllt und die CGT (eine der UGT-Mitgliedsorganisationen) ihren finanziellen Verpflichtungen nachgekommen war.

Der Vorstand wurde bei seiner 4. Sitzung über den Zusammenschluss der liberianischen IGB-Mitgliedsorganisationen Liberia Federation of Labour Unions (LFLU) und Congress of National Trade Unions of Liberia (CONATUL) unterrichtet und nahm deren Antrag auf die Übertragung ihrer Mitgliedschaft auf die neu gegründete Organisation, den Liberian Labour Congress (LLC), zur Kenntnis. Nachdem die erforderlichen administrativen und finanziellen Verpflichtungen erfüllt waren, wurde der LLC bei der 5. Vorstandssitzung formell als Mitglied aufgenommen.

Die Übertragung der Mitgliedschaft der beiden IGB-Mitgliedsorganisationen in Nepal, Nepal Trade Union Congress (NTUC) und Democratic Confederation of Nepalese Trade Unions (DECONT), auf den neu gegründeten Nepal Trade Union Congress - Independent (NTUC-I) wurde bei der 4. Vorstandssitzung im Dezember 2008 im Prinzip akzeptiert, jedoch erst nach Abschluss der erforderlichen administrativen Formalitäten. Nach der ordnungsgemäßen Erfüllung dieser Formalitäten im September 2009 wurde der NTUC-I bei der 5. Vorstandssitzung formell als Mitglied aufgenommen.

5. Organisationen, deren Mitgliedschaft erloschen ist

Während des Berichtszeitraums wurden die nachstehenden 13 Organisationen von der Liste der IGB-Mitglieder gestrichen:

a) Zusammenschluss zu einer neuen Organisation (Übertragung der Mitgliedschaft)

- | | |
|--------------|---|
| 1. Brasilien | Central Autonoma de Trabalhadores (CAT) |
| 2. | Confederação Geral dos Trabalhadores (CGT) |
| 3. | Social Democracia Sindical (SDS) |
| 4. Liberia | Congress of National Trade Unions of Liberia (CONATUL); |
| 5. | Liberia Federation of Labour Unions (LFLU); |
| 6. Nepal | Nepal Trade Union Congress (NTUC); |
| 7. | Democratic Confederation of Nepalese Trade Unions (DECONT); |

b) Zusammenschluss mit einer nicht angeschlossenen Organisation

8. Moldawien Consiliul Confederatiei Sindicatelor din Republica Moldova (CSRM);
Der Vorstand nahm bei seiner 3. Sitzung im Dezember 2007 den Zusammenschluss von CSRM und Solidaritate (einer nicht angeschlossenen Organisation) zur Confederatia Nationala a Sindicatelor din Moldova (CNSM) zur Kenntnis und beschloss, die CSRM von der Liste der IGB-Mitglieder zu streichen.

c) Mitgliedschaft erloschen

Gemäß Artikel XXXII(b) der Satzung (Mitgliedsbeiträge) ratifizierte der Vorstand bei seiner 5. Sitzung den bei der 6. Sitzung des Lenkungsausschusses gefassten Beschluss, die Mitgliedschaft nachstehender Organisationen, die acht oder mehr Quartalsbeiträge schuldeten und auf die wiederholten diesbezüglichen Anfragen des IGB nicht reagiert hatten, als erloschen zu betrachten:

9. Belize Christian Workers' Union (CWU);
10. Guyana Guyana Trades Union Congress (GTUC);
11. Mexiko Confederación Obrera Revolucionaria (COR);
12. Paraguay Confederación Paraguaya de Trabajadores (CPT);
13. St Vincent und die Grenadinen Commercial, Technical and Allied Workers' Union (CTAWU).

6. Assoziierte Organisationen (AO)

Während des Berichtszeitraums wurde den nachstehenden Organisationen der Assoziierungsstatus verliehen:

Organisationen

AO-Status

Armenien

Confederation of Trade Unions of Armenia (CTUA)

- verliehen bei der 5. Vorstandssitzung – Oktober 2009

Bolivien

Corriente de Renovación Independiente y Solidaridad Laboral (CRISOL)

- verliehen beim IGB-Gründungskongress – November 2006
- bei der 4. Vorstandssitzung um 2 Jahre verlängert – Dezember 2008

Birma

Federation of Trade Unions of Burma (FTUB)

- verliehen beim IGB-Gründungskongress – November 2006
- bei der 4. Vorstandssitzung um 2 Jahre verlängert – Dezember 2008
- bei der 5. Vorstandssitzung als Mitglied aufgenommen – Oktober 2009

Kambodscha

Cambodian Labor Confederation (CLC)

- verliehen beim IGB-Gründungskongress – November 2006
- bei der 4. Vorstandssitzung um 2 Jahre verlängert – Dezember 2008

Kamerun

Confédération des Syndicats Autonomes du Cameroun (CSAC)

- verliehen bei der 4. Vorstandssitzung – Dezember 2008

Kap Verde Confederação Caboverdiana dos Sindicatos Livres (CCSL)	<ul style="list-style-type: none"> – <i>verliehen bei der 3. Vorstandssitzung – Dezember 2007</i> – <i>bei der 5. Vorstandssitzung als Mitglied aufgenommen – Oktober 2009</i>
Kroatien Hrvatska Udruga Sindikata (HUS)	<ul style="list-style-type: none"> – <i>verliehen bei der 5. Vorstandssitzung – Oktober 2009</i>
Kuba Consejo Unitario de Trabajadores Cubanos – Solidaridad de Trabajadores Cubanos (CUTC–STC)	<ul style="list-style-type: none"> – <i>verliehen beim IGB-Gründungskongress – November 2006</i> – <i>bei der 4. Vorstandssitzung um 2 Jahre verlängert – Dezember 2008</i>
Ägypten Egyptian Trade Union Federation (ETUF)	<ul style="list-style-type: none"> – <i>verliehen beim IGB-Gründungskongress – November 2006</i> <i>Der Status wurde im Berichtszeitraum nicht wirksam.</i>
Guinea Union Démocratique des Travailleurs de Guinée (UDTG)	<ul style="list-style-type: none"> – <i>verliehen bei der 2. Vorstandssitzung – Juni 2007</i> – <i>bei der 5. Vorstandssitzung bis 2010 verlängert – Oktober 2009</i>
Indien Confederation of Free Trade Unions of India (CFTUI)	<ul style="list-style-type: none"> – <i>verliehen beim IGB-Gründungskongress – November 2006</i> – <i>bei der 4. Vorstandssitzung um 2 Jahre verlängert – Dezember 2008</i>
Indien Indian Confederation of Labour (ICL)	<ul style="list-style-type: none"> – <i>verliehen beim IGB-Gründungskongress – November 2006</i> – <i>entzogen bei der 4. Vorstandssitzung – Dezember 2008</i>
Kirgisistan Bund der Gewerkschaften von Kirgisistan (FPKg)	<ul style="list-style-type: none"> – <i>verliehen bei der 2. Vorstandssitzung – Juni 2007</i> – <i>entzogen bei der 4. Vorstandssitzung – Dezember 2008</i>
Libanon Confédération Générale des Travailleurs au Liban (CGTL)	<ul style="list-style-type: none"> – <i>verliehen beim IGB-Gründungskongress – November 2006</i> – <i>bei der 4. Vorstandssitzung um 2 Jahre verlängert – Dezember 2008</i>
Lesotho Congress of Democratic Unions (LECODU)	<ul style="list-style-type: none"> – <i>verliehen bei der 2. Vorstandssitzung – Juni 2007</i> – <i>bei der 5. Vorstandssitzung bis 2010 verlängert – Oktober 2009</i>
Libyen Union Générale des Producteurs de la Jamahiriyah Arabe Libyenne (UGPJAL)	<ul style="list-style-type: none"> – <i>verliehen beim IGB-Gründungskongress – November 2006</i> – <i>bei der 4. Vorstandssitzung um 2 Jahre verlängert – Dezember 2008</i>
Papua-Neuguinea Papua New Guinea Trade Union Congress (PNGTUC)	<ul style="list-style-type: none"> – <i>verliehen beim IGB-Gründungskongress – November 2006 – nicht wirksam</i> – <i>verliehen bei der 5. Vorstandssitzung – Oktober 2009</i>

Slowakische Republik

Unabhängige Christliche Gewerkschaft der
Slowakischen Republik/ Nezavisle
Krestanske Odbory Slovenska (NKOS)

- *verliehen beim IGB-Gründungskongress –
November 2006*
- *bei der 4. Vorstandssitzung um 2 Jahre ver-
längert – Dezember 2008*

Timor Leste (Osttimor)

Timor Leste Trade Union Confederation
(TLTUC)

- *verliehen bei der 5. Vorstandssitzung –
Oktober 2009*

KAPITEL 2

SATZUNGSMÄSSIGE GREMIEN UND VERWALTUNG

1. Gründungskongress

Der IGB entstand im November 2006 durch den Zusammenschluss des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften (IBFG, gegründet 1949), des Weltverbandes der Arbeitnehmer (WVA, gegründet 1920 als Internationaler Bund Christlicher Gewerkschaften und neu konstituiert und umbenannt 1968) und acht nationaler Gewerkschaftsorganisationen.

Auf Einladung des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) hielt der IGB seinen Gründungskongress vom 1. – 3. November 2006 in Wien ab. Dabei waren 304 Organisationen aus 153 Ländern und Hoheitsgebieten als Gründungsmitglieder vertreten.

Der Kongress verabschiedete einstimmig die IGB-Satzung, in der die Prinzipien Gewerkschaftsdemokratie und Unabhängigkeit der Gewerkschaften verankert sind, sowie das Programm des IGB, das auf die Verteidigung und Förderung der Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer abzielt, indem die Zusammenarbeit unter den Gewerkschaften gefördert und weltweite Kampagnen- und Lobbyarbeit verrichtet wird. Als wichtigste Arbeitsbereiche wurden Gewerkschafts- und Menschenrechte; Wirtschaft, Gesellschaft und Arbeitsplatz; Gleichstellung und Nichtdiskriminierung; sowie internationale Solidarität festgelegt.

2. Vorstand

2.1. Vorstandssitzungen

Zwischen November 2006 und Dezember 2009 hielt der Vorstand fünf Sitzungen ab:

1. Sitzung	Wien	3. November 2006
2. "	Brüssel	20. – 22. Juni 2007
3. "	Washington	12. – 14. Dezember 2007
4. "	Brüssel	16. – 18. Dezember 2008
5. "	Berlin	6. – 8. Oktober 2009

2.2. Zusammensetzung des Vorstands

Der beim 1. Weltkongress gemäß Artikel XIX der IGB-Satzung gewählte Vorstand setzte sich wie folgt zusammen:

Ordentliches Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
Afrika		
1. Ana da Conceição Pedro Garcia (Angola - CGSILA)	Eric Manzi Mwezi (Ruanda - CESTRAR)	João Sousa Pontes Tavares (Sao Tomé - ONTSTP)
2. John Odah (Nigeria - NLC)	Kwasi Adu-Amankwah (Ghana - TUC)	Kandeh Yilla (Sierra Leone - SLLC)
3. Francis Atwoli (Kenia - COTU)	N. Maskini (Tansania - TUCTA)	Dativa Mukaruzima (Ruanda - CESTRAR)
4. Abdessalem Jerad (Tunesien - UGTT)	Mahjoub Ben Seddik (Marokko - UMT)	Abdelmadjid Sidi Said (Algerien - UGTA)

5. Mody Guiro (Senegal - CNTS)	Mariatou Coulibaly (Côte d'Ivoire - UGTCI)	Júlio Ascensão Da Silva (Kap Verde - UNTC-CS)
6. Zwelinzima Vavi (Südafrika - COSATU)	Mahlomola Skhosana (Südafrika - NACTU)	Dawn Le Roux (Südafrika - FEDUSA)
7. Angélique Kipulu (Kongo, Dem. Rep. - CSC)	Pascal D. Todjinou (Benin - CGTB)	Jeanne Clairette Razanarimanana (Madagaskar - SEKRIMA)
8. Thelma Louw (Südafrika - CONSAWU)	Mohamed Benjelloun Andaloussi (Marokko - UGTM)	Laurent Ouedraogo (Burkina Faso - CNTB)
9. Toolsyraj Benyadin (Mauritius - NTUC)	Pa M. Faal (Gambia - GWC)	Sako Mamadou (Niger - CNT)
10. Nicoué Octave Broohm (Togo - CSTT)	Amaoui Noubir (Marokko - CDT)	Ould Beye Samory (Mauretanien - CLTM)
11. Maria Fernanda Carvalho Francisco (Angola - UNTA)	John Kolawole (Nigeria - TUCN)	José Bertin Randrianasolo (Madagaskar - FISEMA)

Gesamtamerika

1. Gerardo Alberto Martínez (Argentinien - CGT)	Jorge Lobais (Argentinien - CGT)	Jose Manuel Díaz (Chile - CUT)
2. Maria E. Bezerra de Lima (Brasilien - CUT)	Luiz Carlos Motta (Brasilien - FS)	Otton Mata Roma (Brasilien - CGT)
3. Israel Salinas (Honduras - CUTH)	Madelaine Escribano (Panama - CTRP)	Delvia Herrera (Nicaragua - CUS)
4. Jaime O. Arciniega Aguirre (Ecuador - CEOSL)	Betty Cortéz Benites (Peru - CUT)	Carmen Omaira Arismendi (Venezuela - CTV)
5. Offen (Mexiko)	Offen (Mexiko)	Offen (Mexiko)
6. Manuel Cova (Venezuela - CTV)	Apecides Alviz Fernández (Kolumbien - CTC)	Mario Vilchez (Costa Rica - CTRN)
7. Kenneth Georgetti (Kanada - CLC)	Barbara Byers (Kanada - CLC)	Stephen Benedict (Kanada - CLC)
8. Henri Massé (Kanada - CLC)	Claudette Carbonneau (Kanada - CSN)	Hassan Yussuff (Kanada - CLC)
9. John J. Sweeney (USA - AFL-CIO)	Richard L. Trumka (USA - AFL-CIO)	Jerry Zellhoefer (USA - AFL-CIO)
10. Linda Chavez Thompson (USA - AFL-CIO)	Elizabeth Bunn (USA - AFL-CIO)	Barbara Shailor (USA - AFL-CIO)
11. William Lucy (USA - AFL-CIO)	R. Thomas Buffenbarger (USA - AFL-CIO)	Penny Schantz (USA - AFL-CIO)
12. C. LeRoy Trotman (Barbados - BWU)	Robert Giuseppi (Trinidad & Tobago - NATUC)	Offen
13. Julio Roberto Gómez Esguerra (Kolumbien - CGT)	Juan C. Torales (Paraguay - CNT)	José Pinzon (Guatemala - CGTG)
14. Laerte Teixeira Da Costa (Brasilien - CAT)	Pedro Robles Saavedra (Chile - CAT)	Offen
15. Gabriel Del Rio Doñe (Dominikan. Rep. - CASC)	François Vaudreuil (Kanada - CSD)	Louise Lebrun (Haiti - CTH)
16. Mariano Mena (Panama - CGTP)	Daniel Duron (Honduras - CGT)	Altagracia Jiménez (Dominikan. Rep. - CASC)
17. Miryam Luz Triana (Kolumbien - CGT)	Nilda Danila (Puerto Rico - CPT)	Roland H. Ignacio (Curaçao - CGTC)
18. Carlos A. Rodríguez Díaz (Kolumbien - CUT)	Offen	Offen

Asien/Pazifik

- | | | |
|---|--|--|
| 1. Lee Cheuk-yan
(Hongkong, SVR China - HKCTU) | Chen Chien
(Chinesisch Taipeh - CFL) | Cheung Lai-Ha
(Hongkong, SVR China - HKCTU) |
| 2. G. Sanjeeva Reddy
(Indien - INTUC) | Umraomal Purohit
(Indien - HMS) | Naata Bali
(Indien - SEWA) |
| 3. Tsuyoshi Takagi
(Japan - RENGO) | Nobuaki Koga
(Japan - RENGO) | Tsutomu Arai
(Japan - RENGO) |
| 4. Masako Uemoto
(Japan - RENGO) | Yoko Yamaguchi
(Japan - RENGO) | Naomi Okamoto
(Japan - RENGO) |
| 5. Offen
(Korea) | Magvan Altantsetseg
(Mongolei - CMTU) | Sukbaatar Zalma
(Mongolei - CMTU) |
| 6. G. Rajasekaran
(Malaysia - MTUC) | Offen
(Philippinen - TUCP) | Offen
(Philippinen - TUCP) |
| 7. John De Payva
(Singapur - NTUC) | Thain Mosee
(Indonesien - ITUC/KSPI) | Noorfarahin Ahmad
(Singapur - NTUC) |
| 8. Khurshid Ahmed
(Pakistan - PWF) | Harry Sandrasekera
(Sri Lanka - CWC) | Offen
(Bangladesch) |
| 9. Felix Anthony
(Fidschi - FTUC) | Ephraim Kalsikau
(Vanuatu - VCTU) | Taupisioletoga Faamau
(Samoa - STUC) |
| 10. Sharan Burrow
(Australien - ACTU) | Ross Wilson
(Neuseeland - NZCTU) | Carol Beaumont
(Neuseeland - NZCTU) |
| 11. Ofer Eini
(Israel - HISTADRUT) | Nawaf Massalha
(Israel - HISTADRUT) | Nihad Elmas
(Zypern - TÜRK-SEN) |
| 12. Shaher Sae'd
(Palästina - PGFTU) | Redha A. Qarhash
(Jemen - GFTWTUY) | Abdul Ghaffar A. Hussein
(Bahrain - GFBTU) |
| 13. Salih Kiliç
(Türkei - TÜRK-IS) | Salim Uslu
(Türkei - HAK-IS) | Süleyman Çelebi
(Türkei - DISK) |
| 14. Rekson Silaban
(Indonesien - SBSI) | Ali Shouket
(Pakistan - APTUC) | Offen |
| 15. Kazi Rina Reza
(Bangladesch - BSSF) | Marie Ruvini Jayatilaka
(Sri Lanka - NWC) | Bishnu Rimal
(Nepal - GEFONT) |

Europa

- | | | |
|---|---|--|
| 1. Renate Csörgits
(Österreich - ÖGB) | Jean-Claude Prince
(Schweiz - USS) | Yannis Panagopoulos
(Griechenland - GSEE) |
| 2. Hans Jensen
(Dänemark - LO) | Wanja Lundby-Wedin
(Schweden - LO) | Gerd Liv Valla
(Norwegen - LO) |
| 3. Lauri Ihalainen
(Finnland - SAK) | Sture Nordh
(Schweden - TCO) | Bente Sorgenfrey
(Dänemark - FTF) |
| 4. François Chérèque
(Frankreich - CFDT) | Jean-Claude Mailly
(Frankreich - CGT-FO) | Michael Parnis
(Malta - GWU) |
| 5. Michael Sommer
(Deutschland - DGB) | Annelie Buntenbach
(Deutschland - DGB) | Jürgen Eckl
(Deutschland - DGB) |
| 6. Ingrid Sehrbrock
(Deutschland - DGB) | Ulrich Thone
(Deutschland - DGB) | Wolfgang Lutterbach
(Deutschland - DGB) |
| 7. Brendan Barber
(Großbritannien - TUC) | Gloria Mills
(Großbritannien - TUC) | Tony Woodley
(Großbritannien - TUC) |
| 8. Sally Hunt
(Großbritannien - TUC) | Sue Rogers
(Großbritannien - TUC) | Owen Tudor
(Großbritannien - TUC) |
| 9. Rudy De Leeuw
(Belgien - FGFB) | Offen
(Belgien - CGSLB) | Offen |
| 10. José M ^a Fidalgo Velilla
(Spanien - CC.OO.) | João A. G. Proença
(Portugal - UGTP) | Cándido Méndez
(Spanien - UGT) |
| 11. Luigi Angeletti
(Italien - UIL) | Guglielmo Epifani
(Italien - CGIL) | Luigi Cal
(Italien - CISL) |
| 12. Raffaele Bonanni
(Italien - CISL) | Giacomo Barbieri
(Italien - CGIL) | Cinzia Del Rio
(Italien - UIL) |

13. Andrzej Adamczyk (Polen - NSZZ Solidarnosc)	Lina Carr (Estland - EAKL)	Aldona Jašinskienė (Litauen - LPS-Solidarumas)
14. Zdenek Málek (Tschechische Republik - CMKOS)	Péter Pataky (Ungarn - ZOSZ)	Miroslav Gazdík (Slowakei - KOZ SR)
15. Ana Knezevic (Kroatien - UATUC)	Marius Petcu (Rumänien - CNSLR-Fratia)	Jeliazko Hristov (Bulgarien - CITUB)
16. Mikhail Shmakov (Russland - FNPR)	Evgueny Sidorov (Russland - FNPR)	Svetlana Razina (Russland - VKT)
17. Jamila Sattarova (Aserbaidshan - AHİK)	Nina Zghibarta (Moldawien - CSRM)	Mykhail Volynets (Ukraine - KVPU)
18. Oleksander Yurkin (Ukraine - FPU)	Irakli Petriashvili (Georgien - GTUC)	Alexander Yaroshuk (Weißrussland - BKDP)
19. Agnes Jongerius (Niederlande - FNV)	Jean-Claude Reding (Luxemburg - CGTL)	Offen (Zypern - SEK)
20. Luc Cortebeeck (Belgien - CSC)	Viviane Goergen (Luxemburg - LCGB)	Eugenija Sniutienė (Litauen - LDF)
21. René Paas (Niederlande - CNV)	M. Joseph Thouvenel (Frankreich - CFTC)	Joanna Achilleos Pilavaki (Zypern - DEOK)
22. Bogdan Iuliu Hossu (Rumänien - Cartel Alfa)	Judith Ivany Czugler (Ungarn - MOSZ)	Srbijanka Rafailovic (Serbien - CATUS)
23. Manuel Zaguirre Cano (Spanien - USO)	Laura González de Txabarri (Spanien, Baskenland - ELA-STV)	Oleksandr Dzhulyk (Ukraine - VOST)
24. Bernard Thibault (Frankreich - CGT)	Jan Guz (Polen - OPZZ)	Offen

Frauenausschuss

1. Mariana Guambo Moreno (Ecuador - CEOSL)	Dalila del Carmen Alemán García (Nicaragua - CST)	Petra Hernández (Dominikan. Republik - CNTD)
2. Rabiattou Serah Diallo (Guinea - CNTG)	Ann Van Laer (Belgien - CSC)	Zuleima Laines (Peru - CAT)
3. Danuta Wojdat (Polen - NSZZ Solidarnosc)	Nana Corossacz (Italien - CGIL)	Offen
4. Diana Holland (Großbritannien - TUC)	Offen	Offen
5. Noorlaila Aslah (Malaysia - MTUC)	Yoko Yamaguchi (Japan - JTUC-RENGO)	Noga Butensky (Israel - HISTADRUT)
6. Gladys Branche (Sierra Leone - SLLC)	Amal El Amri (Marokko - UMT)	Marie Josée Lokongo Bosiko (Kongo, Dem. Rep. - UNTC)

Jugendausschuss

1. Yemisi Ilesanmi (Nigeria - NLC)	Jonathan Monge (Costa Rica - CMTIC)	Markus Kristiansson (Schweden - LO)
2. Amarsanaa Enebish (Mongolei - CMTU)	Claire Delobel (Belgien - CSC)	Alexsandra Vitirovic (Serbien - UGS-NEZAVISNOST)
3. Offen		
4. Offen		

Mitglieder von Amts wegen

Guy Ryder	Generalsekretär
Mamounata Cissé	Stellvertretende Generalsekretärin
Jaap Wienen	Stellvertretender Generalsekretär

Nachdem der Vorstand ihre Wahl zu Generalsekretären der Regionalorganisationen des Bundes bestätigt hatte, gehörten Víctor Báez (IGB-TUCA), Kwasi Adu-Amankwah (IGB-AF) und Noriyuki Suzuki (IGB-AP) dem Vorstand ebenfalls von Amts wegen an.

Partnermitglieder

GUF- & TUAC-Vertreter/innen

Bis zum Abschluss des Einigungsprozesses der drei Regionalorganisationen wurde die Zusammensetzung des Frauenausschusses und des Jugendausschusses und somit deren Vertretung im Vorstand und im Lenkungsausschuss als vorläufig betrachtet.

Zwischen dem 1. Weltkongress und der 5. Vorstandssitzung änderte sich die Zusammensetzung des Vorstands wie folgt:

2. Vorstandssitzung

- CTM, UNT und CROC, Mexiko, wurde der Sitz des ordentlichen Mitglieds für Gesamtamerika im Rotationsverfahren zugeteilt: CTM für 2007-2008, vertreten durch Graciela Larios Rivas; UNT für 2009, vertreten durch Francisco Hernández Juárez, und CROC für 2010, vertreten durch José del Valle Pérez. UNT und CROC stellten zunächst das erste bzw. das zweite stellvertretende Mitglied;
- Rudolf Hundstorfer (Österreich - ÖGB) ersetzte Renate Csörgits als ordentliches Mitglied für Europa;
- Jan Vercat (Belgien - CGSLB) nahm den offen gebliebenen Sitz des ersten Stellvertreters des ordentlichen Mitglieds für Europa Rudy De Leeuw (Belgien - FGTB) ein;
- Roar Flåthen (LO - Norwegen) ersetzte Gerd Liv Valla als zweites stellvertretendes Mitglied für das ordentliche Mitglied für Europa Hans Jensen (Dänemark - LO);
- Reyes Soberanis Moreno (COR - Mexiko) wurde zweites stellvertretendes Mitglied für das ordentliche Mitglied für Gesamtamerika Laerte Teixeira Da Costa (Brasilien - CAT);
- Der CTA - Argentinien wurde der Sitz des ersten stellvertretenden Mitglieds für das ordentliche Mitglied für Gesamtamerika Carlos A. Rodríguez Díaz (Kolumbien - CUT) zugeteilt;
- Der Frauenausschuss, der bei seiner Sitzung im April 2007 Diana Holland (TUC - Großbritannien) zu seiner Vorsitzenden und Rabiadou Serah Diallo (CNTG - Guinea) sowie Mariana Guambo (CEOSL - Ecuador) zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt hatte, benannte seine Vertreterinnen im Vorstand wie folgt:
- Mariana Guambo Moreno (Ecuador - CEOSL) mit Dalila del Carmen Alemán García (Nicaragua - CST) und Petra Hernández (Dominikanische Republik - CNTD) als erster bzw. zweiter Stellvertreterin; Rabiadou Serah Diallo (Guinea - CNTG) mit Ann Van Laer (Belgien - CSC) und Zuleima Laines (Peru - CAT) als erster bzw. zweiter Stellvertreterin; Danuta Wojdat (Polen - NSZZ Solidarnosc) mit Nana Corossacz (Italien - CGIL) als erster Stellvertreterin, der Sitz der zweiten Stellvertreterin blieb vorerst offen; Diana Holland (Großbritannien - TUC) mit Karin Ennod (LO - Norwegen) und Elisa Garcia Rodriguez (UGT - Spanien) als erster bzw. zweiter Stellvertreterin, womit beide zuvor offen gebliebenen Sitze besetzt wurden; Noorlaila Aslah (Malaysia - MTUC) mit Yoko Yamaguchi (Japan - JTUC-RENGO) und Noga Butensky (Israel - HISTADRUT) als erster bzw. zweiter Stellvertreterin; und Gladys Branche (Sierra Leone - SLLC) mit Amal El Amri (Marokko - UMT) und Marie Josée Lokongo Bosiko (Kongo, Dem. Rep. - UNTC) als erster bzw. zweiter Stellvertreterin.

3. Vorstandssitzung

- Manene Samela (Südafrika - NACTU) ersetzte Mahlomola Skhosana als erstes stellvertretendes Mitglied für das ordentliche Mitglied für Afrika Zwelinzima Vavi (Südafrika - COSATU);

- João Antonio Felicio (Brasilien - CUT) ersetzte die verstorbene Maria Ednalva Bezerra de Lima als ordentliches Mitglied für Gesamtamerika;
- Graciela Larios Rivas (Mexiko - CTM) ersetzte Joaquim Gamboa als ordentliches Mitglied für Gesamtamerika;
- Naomi Okamoto (Japan - RENGO) ersetzte Masako Uemoto als ordentliches Mitglied für Asien/Pazifik und Mutsuko Takahashi ersetzte Naomi Okamoto als zweite Stellvertreterin; außerdem ersetzte Chihiro Ikusawa Tsutomu Arai als zweites stellvertretendes Mitglied für das ordentliche Mitglied Tsuyoshi Takagi;
- Lee Suk-Haeng (Korea - KCTU) wurde ordentliches Mitglied für Asien/Pazifik für die Jahre 2007 und 2009 und Yong-Deuk Lee (Korea - FKTU) für 2008 und 2010, womit der Korea zugeteilte, jedoch zuvor offen gebliebene Sitz besetzt wurde;
- Cedric R. Bagtas und Florencia Cabatingan (Philippinen - TUCP) wurden erstes bzw. zweites stellvertretendes Mitglied für das ordentliche Mitglied für Asien/Pazifik G. Rajasekaran (Malaysia - MTUC). Beide Sitze waren zuvor offen geblieben;
- Helen Kelly (Neuseeland - NZCTU) ersetzte Ross Wilson als erstes stellvertretendes Mitglied für das ordentliche Mitglied für Asien/Pazifik Sharan Burrow (Australien - ACTU);
- Jean Christophe Schwaab (Schweiz - SGB) ersetzte Jean-Claude Prince als ersten Stellvertreter für das ordentliche Mitglied für Europa Rudolf Hundstorfer (Österreich - ÖGB);
- Harald Børsting (Dänemark - LO) ersetzte Hans Jensen als ordentliches Mitglied für Europa;
- Michel Arsenault (CLC - Kanada) ersetzte Henri Massé als ordentliches Mitglied für Gesamtamerika;
- Mustafa Kumlu (TÜRK-İS - Türkei) ersetzte Salih Kiliç als ordentliches Mitglied für Asien/Pazifik;
- Der Sitz, den Nina Zghibarta (Moldawien - CSRM) als erste Stellvertreterin des ordentlichen Mitglieds für Europa Jamila Sattarova (Aserbaidshan - AHİK) innegehabt hatte, blieb zunächst offen.

4. Vorstandssitzung

- Gemäß Artikel XX(b) der Satzung wurde der Sitz von Ana da Conceição Pedro Garcia (Angola - CGSILA) offen gelassen; Kofi Asamoah (Ghana - TUC) ersetzte Kwasi Adu-Amankwah als ersten Stellvertreter des ordentlichen Mitglieds für Afrika John Odah (Nigeria - NLC);
- Augustin Blaise Hien (Burkina Faso - CNTB) ersetzte Laurent Ouedraogo als zweites stellvertretendes Mitglied für das ordentliche Mitglied für Afrika Thelma Louw (Südafrika - CONSAWU);
- Ayikoué Tevi (Togo - CSTT) ersetzte Nicoué Octave Broohm als ordentliches Mitglied für Afrika;
- Nach der Übertragung der Mitgliedschaft von CAT, CGT und SDS (Brasilien) auf die UGT mit Wirkung vom April 2008 wurden die Sitze des ordentlichen Mitglieds und des zweiten stellvertretenden Mitglieds für das ordentliche Mitglied für Gesamtamerika João Antonio Felicio (Brasilien - CUT), die zuvor die CGT bzw. die CAT innegehabt hatten, auf die UGT übertragen. Arnaldo de Souza Benedetti er-

setzte Laerte Teixeira Da Costa als ordentliches Mitglied und Otton Mata Roma behielt den Sitz des zweiten Stellvertreters;

- Tarcisio Mora Godoy (Kolumbien - CUT) ersetzte Carlos A. Rodríguez Díaz als ordentliches Mitglied für Gesamtamerika;
- Lucien Royer (Kanada - CLC) ersetzte Stephen Benedict als zweiten Stellvertreter des ordentlichen Mitglieds für Gesamtamerika Kenneth Georgetti mit Wirkung vom Januar 2009;
- Seok-Chun Jang (Korea - FKTU) ersetzte Yong-Deuk Lee als ordentliches Mitglied für Asien/Pazifik, da sich der FKTU den Sitz des ordentlichen Vorstandsmitglieds auf jährlicher Rotationsbasis mit dem KCTU teilte;
- A. Hussain (Bahrain - GFBTU) ersetzte Abdul Ghaffar A. Hussein als zweiten Stellvertreter des ordentlichen Mitglieds für Asien/Pazifik Shaher Sae'd (Palästina - PGFTU);
- Erich Foglar (Österreich - ÖGB) ersetzte Rudolf Hundstorfer als ordentliches Mitglied für Europa;
- Wolfgang Lutterbach (Deutschland - DGB) ersetzte Jürgen Eckl als zweiten Stellvertreter des ordentlichen Mitglieds für Europa Michael Sommer. Der Sitz des zweiten stellvertretenden Mitglieds für das ordentliche Mitglied Ingrid Sehrbrock, den W. Lutterbach zuvor innegehabt hatte, blieb zunächst offen;
- Javier Doz (Spanien - CC.OO.) ersetzte José M. Fidalgo Velilla als ordentliches Mitglied für Europa;
- Auf der Grundlage einer Rotationsvereinbarung zwischen USO und ELA-STV übernahm Laura Gonzalez de Txabarri (Spanien, Baskenland - ELA-STV) für die Jahre 2009 und 2010 den Sitz des ordentlichen Mitglieds für Europa und Manuel Zaguirre Cano (Spanien - USO) den des ersten stellvertretenden Mitglieds;
- Nach einer Rotationsvereinbarung unter den italienischen Mitgliedsorganisationen hat sich deren Vertretung im Januar 2008 wie folgt geändert: Guglielmo Epifani (Italien - CGIL) wurde ordentliches Mitglied für Europa mit Raffaele Bonanni (Italien - CISL) und Cinzia Del Rio (Italien - UIL) als stellvertretenden Mitgliedern und Luigi Angeletti (Italien - UIL) wurde ebenfalls ordentliches Mitglied mit Luigi Cal (Italien - CISL) und Giacomo Barbieri (Italien - CGIL) als Stellvertretern. Der Sitz von Giacomo Barbieri als zweites stellvertretendes Mitglied wurde anschließend offen gelassen.
- Ihor Lutsyshyn (Ukraine - FPU) ersetzte Oleksander Yurkin als ordentliches Mitglied für Europa;
- Gemäß einer Rotationsvereinbarung für 2009 wurde Lee Cheuk-yan (Hongkong, SVR China - HKCTU) ordentliches Mitglied für Asien/Pazifik und Chen Chien (Chinesisch Taipeh - CFL) sein erster Stellvertreter;
- Nach seiner Sitzung im April 2007 änderte sich die Vertretung des Jugendausschusses wie folgt: Jefferson Coriteac (Brasilien - FS), der Vorsitzende des Jugendausschusses, und Nadia Shabana (Palästina - PGFTU), die stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses, wurden ordentliche Mitglieder mit Vasyl Andreyev (Ukraine - FPU) bzw. Erin Harrison (Kanada - CLC) als ersten stellvertretenden Mitgliedern und Drissa Soare (Burkina Faso - CNTB) bzw. Mina Vukojicic (Serbien - NEZAVISNOST) als zweiten stellvertretenden Mitgliedern.

5. Vorstandssitzung

- Hamid Chabat (Marokko - UGTM) ersetze Mohamed Benjelloun Andaloussi als ersten Stellvertreter des ordentlichen Mitglieds für Afrika Thelma Louw (Südafrika - CONSAWU);
- Lucas Arnulfo Muñoz (Kolumbien - CTC) ersetzte den verstorbenen Apecides Alviz Fernández als ersten Stellvertreter des ordentlichen Mitglieds für Gesamtamerika Manuel Cova (Venezuela - CTV);
- Ricardo Patah (Brasilien - UGT) ersetzte Arnaldo de Souza Benedetti als ordentliches Mitglied für Gesamtamerika;
- Luis Alejandro Pedraza (Kolumbien - CUT) ersetzte Tarcisio Mora Godoy als ordentliches Mitglied für Gesamtamerika;
- Julio Cesar Bazan Figueroa (Peru - CUT) ersetzte Betty Cortéz Benites, die aus der Organisation ausschied, als erstes stellvertretendes Mitglied für das ordentliche Mitglied für Gesamtamerika Jaime O. Arciniega Aguirre (Ecuador - CEOSL);
- Lim Sung-Kyu (Korea - KCTU) ersetzte Lee Suk-Haeng als ordentliche Mitglied für Asien/Pazifik (KCTU und FKTU teilten sich den Sitz des ordentlichen Mitglieds auf Rotationsbasis);
- Naata Bali (Indien - SEWA) schied aus der Organisation aus und ihr Sitz des zweiten stellvertretenden Mitglieds für das ordentliche Mitglied für Asien/Pazifik G. Sanjeeva Reddy (Indien - INTUC) blieb vorerst offen;
- Lauri Lyly (Finnland - SAK) ersetzte Lauri Ihalainen als ordentliches Mitglied für Europa;
- Roberto Treu (Italien - CGIL) wurde zweiter Stellvertreter des ordentlichen Mitglieds für Europa Luigi Angeletti (Italien - UIL) und nahm damit den zuvor offenen Sitz ein;
- Vasyl Khara (Ukraine - FPU) ersetzte Ihor Lutsyshyn als ordentliches Mitglied für Europa;
- Bert van Boggelen (Niederlande - CNV) ersetzte René Paas als ordentliches Mitglied für Europa;
- Der Sitz von Reyes Soberanis Moreno (Mexiko - COR) als zweites stellvertretendes Mitglied für das ordentliche Mitglied für Gesamtamerika Ricardo Patah (Brasilien - UGT) blieb nach dem Ausschluss der COR vorerst offen.

Zwischen der 5. Vorstandssitzung und Dezember 2009 wurden folgende Änderungen vorgenommen:

- Nobuaki Koga (Japan - JTUC-Rengo), zuvor erster Stellvertreter, ersetzte Tsuyoshi Takagi als ordentliches Mitglied für Asien/Pazifik und wurde selbst durch Hiroyuki Nagumo ersetzt;
- Peter Conway (Neuseeland - NZCTU) ersetzte Carol Beaumont als zweites stellvertretendes Mitglied für das ordentliche Mitglied für Asien/Pazifik Sharan Burrow (Australien - ACTU).

Der unmittelbar nach seiner 5. Sitzung (Berlin, 6. – 8. Oktober 2009) unter Berücksichtigung all dieser Veränderungen neu zusammengesetzte Vorstand sah wie folgt aus:

Ordentliches Mitglied**1. Stellvertreter/in****2. Stellvertreter/in****Afrika**

- | | | |
|--|---|---|
| 1. Offen
(Angola - CGSILA) | Eric Manzi Mwezi
(Ruanda - CESTRAR) | João Sousa Pontes Tavares
(Sao Tomé - ONTSTP) |
| 2. John Odah
(Nigeria - NLC) | Kofi Asamoah
(Ghana - TUC) | Kandeh Yilla
(Sierra Leone - SLLC) |
| 3. Francis Atwoli
(Kenia - COTU) | N. Maskini
(Tansania - TUCTA) | Dativa Mukaruzima
(Ruanda - CESTRAR) |
| 4. Abdessalem Jerad
(Tunesien - UGTT) | Mahjoub Ben Seddik
(Marokko - UMT) | Abdelmadjid Sidi Said
(Algerien - UGTA) |
| 5. Mody Guiro
(Senegal - CNTS) | Mariatou Coulibaly
(Côte d'Ivoire - UGTIC) | Júlio Ascensão Da Silva
(Kap Verde - UNTC-CS) |
| 6. Zwelinzima Vavi
(Südafrika - COSATU) | Manene Samela
(Südafrika - NACTU) | Dawn Le Roux
(Südafrika - FOSUSA) |
| 7. Angélique Kipulu
(Kongo, Dem. Rep. - CSC) | Pascal D. Todjinou
(Benin - CGTB) | Jeanne Clairette Razanarimanana
(Madagaskar - SEKRIMA) |
| 8. Thelma Louw
(Südafrika - CONSAWU) | Hamid Chabat
(Marokko - UGTM) | Augustin Blaise Hien
(Burkina Faso - CNTB) |
| 9. Toolsyraj Benydin
(Mauritius - NTUC) | Pa Faal
(Gambia - GWC) | Sako Mamadou
(Niger - CNT) |
| 10. Ayikoué Tevi
(Togo - CSTT) | Amaoui Noubir
(Marokko - CDT) | Ould Beye Samory
(Mauretanien - CLTM) |
| 11. Maria Fernanda Carvalho Francisco
(Angola - UNTA) | John Kolawole
(Nigeria - TUCN) | José Bertin Randrianasolo
(Madagaskar - FISEMA) |

Gesamtamerika

- | | | |
|--|--|--|
| 1. Gerardo Alberto Martínez
(Argentinien - CGT) | Jorge Lobais
(Argentinien - CGT) | Jose Manuel Díaz
(Chile - CUT) |
| 2. João Antonio Felicio
(Brasilien - CUT) | Luiz Carlos Motta
(Brasilien - FS) | Otton Mata Roma
(Brasilien - UGT) |
| 3. Israel Salinas
(Honduras - CUTH) | Madelaine Escribano
(Panama - CTRP) | Delvia Herrera
(Nicaragua - CUS) |
| 4. Jaime O. Arciniega Aguirre
(Ecuador - CEOSL) | Julio Cesar Bazan Figueroa
(Peru - CUT) | Carmen Omaira Arismendi
(Venezuela - CTV) |
| 5. 2010:
Francisco Hernández Juárez
(UNT - Mexiko) | José del Valle Pérez
(CROC - Mexiko) | Graciela Larios Rivas
(CTM - Mexiko) |
| 6. Manuel Cova
(Venezuela - CTV) | Lucas Arnulfo Muñoz
(Kolumbien - CTC) | Mario Vilchez
(Costa Rica - CTRN) |
| 7. Kenneth Georgetti
(Kanada - CLC) | Barbara Byers
(Kanada - CLC) | Lucien Royer
(Kanada - CLC) |
| 8. Michel Arsenault
(Kanada - CLC) | Claudette Carbonneau
(Kanada - CSN) | Hassan Yussuff
(Kanada - CLC) |
| 9. John J. Sweeney
(USA - AFL-CIO) | Richard L. Trumka
(USA - AFL-CIO) | Jerry Zellhoefer
(USA - AFL-CIO) |
| 10. Linda Chavez Thompson
(USA - AFL-CIO) | Elizabeth Bunn
(USA - AFL-CIO) | Barbara Shailor
(USA - AFL-CIO) |
| 11. William Lucy
(USA - AFL-CIO) | R. Thomas Buffenbarger
(USA - AFL-CIO) | Penny Schantz
(USA - AFL-CIO) |
| 12. C. LeRoy Trotman
(Barbados - BWU) | Robert Giuseppe
(Trinidad & Tobago - NATUC) | Offen |
| 13. Julio Roberto Gómez Esguerra
(Kolumbien - CGT) | Juan C. Torales
(Paraguay - CNT) | José Pinzon
(Guatemala - CGTG) |
| 14. Ricardo Patah
(Brasilien - UGT) | Pedro Robles Saavedra
(Chile - CAT) | Offen |

15. Gabriel Del Rio Doñe (Dominikan. Rep. - CASC)	François Vaudreuil (Kanada - CSD)	Louise Lebrun (Haiti - CTH)
16. Mariano Mena (Panama - CGTP)	Daniel Duron (Honduras - CGT)	Altagracia Jiménez (Dominikan. Rep. - CASC)
17. Miryam Luz Triana (Kolumbien - CGT)	Nilda Danila (Puerto Rico - CPT)	Roland H. Ignacio (Curaçao - CGTC)
18. Luis Alejandro Pedraza (Kolumbien - CUT)	Offen (Argentinien - CTA)	Offen
Asien/Pazifik		
1. 2009-2010: Chen Chien (Chinesisch Taipeh - CFL) 2007 und 2008: <i>Lee Cheuk-yan (HKCTU)</i>	Lee Cheuk-yan (Hongkong, SVR China - HKCTU)	Cheung Lai-Ha (Hongkong, SVR China - HKCTU)
2. G. Sanjeeva Reddy (Indien - INTUC)	Umraomal Purohit (Indien - HMS)	Offen (Indien - SEWA)
3. Tsuyoshi Takagi (Japan - RENGO)	Nobuaki Koga (Japan - RENGO)	Chihiro Ikusawa (Japan - RENGO)
4. Naomi Okamoto (Japan - RENGO)	Yoko Yamaguchi (Japan - RENGO)	Mutsuko Takahashi (Japan - RENGO)
5. 2008 und 2010: Seok-Chun, Jang (Korea - FK TU) 2007 und 2009: <i>Lim Sung-Kyu (Korea - KCTU)</i>	Magvan Altantsetseg (Mongolei - CMTU)	Sukbaatar Zalma (Mongolei - CMTU)
6. G. Rajasekaran (Malaysia - MTUC)	Cedric R. Bagtas (Philippinen - TUCP)	Florencia Cabatingan (Philippinen - TUCP)
7. John De Payva (Singapur - NTUC)	Thamrin Mosee (Indonesien - ITUC/KSPI)	Noorfarahin Ahmad (Singapur - NTUC)
8. Khurshid Ahmed (Pakistan - PWF)	Harry Sandrasekera (Sri Lanka - CWC)	Offen (Bangladesch)
9. Felix Anthony (Fidschi - FTUC)	Ephraim Kalsikau (Vanuatu - VCTU)	Taupisioletoga Faamau (Samoa - STUC)
10. Sharan Burrow (Australien - ACTU)	Helen Kelly (Neuseeland - NZCTU)	Carol Beaumont (Neuseeland - NZCTU)
11. Ofer Eini (Israel - HISTADRUT)	Nawaf Massalha (Israel - HISTADRUT)	Nihad Elmas (Zypern - TÜRK-SEN)
12. Shaher Sae'd (Palästina - PGFTU)	Redha A. Qarhash (Jemen - GFTWTUY)	A. Hussain (Bahrain - GFBTU)
13. Mustafa Kumlu (Türkei - TÜRK-IS)	Salim Uslu (Türkei - HAK-IS)	Süleyman Çelebi (Türkei - DISK)
14. Rekson Silaban (Indonesien - SBSI)	Ali Shouket (Pakistan - APTUC)	Offen
15. Kazi Rina Reza (Bangladesch - BSSF)	Marie Ruvini Jayatilaka (Sri Lanka - NWC)	Bishnu Rimal (Nepal - GEFONT)
Europa		
1. Erich Foglar (Österreich - ÖGB)	Jean Christophe Schwaab (Schweiz - USS)	Yannis Panagopoulos (Griechenland - GSEE)
2. Harald Børsting (Dänemark - LO)	Wanja Lundby-Wedin (Schweden - LO)	Roar Flåthen (Norwegen - LO)
3. Lauri Lyly (Finnland - SAK)	Sture Nordh (Schweden - TCO)	Bente Sorgenfrey (Dänemark - FTF)

4. François Chérèque (Frankreich - CFDT)	Jean-Claude Mailly (Frankreich - CGT-FO)	Michael Parnis (Malta - GWU)
5. Michael Sommer (Deutschland - DGB)	Annelie Buntenbach (Deutschland - DGB)	Wolfgang Lutterbach (Deutschland - DGB)
6. Ingrid Sehrbrock (Deutschland - DGB)	Ulrich Thone (Deutschland - DGB)	Offen (Deutschland - DGB)
7. Brendan Barber (Großbritannien - TUC)	Gloria Mills (Großbritannien - TUC)	Tony Woodley (Großbritannien - TUC)
8. Sally Hunt (Großbritannien - TUC)	Sue Rogers (Großbritannien - TUC)	Owen Tudor (Großbritannien - TUC)
9. Rudy De Leeuw (Belgien - FGTB)	Jan Vercamst (Belgien - CGSLB)	Offen
10. Javier Doz (Spanien - CC.OO.)	João A. G. Proença (Portugal - UGTP)	Cándido Méndez (Spanien - UGT)
11. Guglielmo Epifani (Italien - CGIL)	Raffaele Bonanni (Italien - CISL)	Cinzia Del Rio (Italien - UIL)
12. Luigi Angeletti (Italien - UIL)	Luigi Cal (Italien - CISL)	Roberto Treu (Italien - CGIL)
13. Andrzej Adamczyk (Polen - NSZZ Solidarnosc)	Lina Carr (Estland - EAKL)	Aldona Jašinskienė (Litauen - LPS-Solidarumas)
14. Zdenek Málek (Tschechische Rep. - CMKOS)	Péter Pataky (Ungarn - MSZOSZ)	Miroslav Gazdík (Slowakei - KOZ SR)
15. Ana Knezevic (Kroatien - UATUC)	Marius Petcu (Rumänien - CNSLR-Fratia)	Jeliazko Hristov (Bulgarien - CITUB)
16. Mikhail Shmakov (Russland - FNPR)	Evgueny Sidorov (Russland - FNPR)	Svetlana Razina (Russland - VKT)
17. Jamila Sattarova (Aserbaidshan - AHİK)	Offen	Mykhail Volynets (Ukraine - KVPU)
18. Vasyl Khara (Ukraine -FPU)	Irakli Petriashvili (Georgien - GTUC)	Alexander Yaroshuk (Weißrussland - BKDP)
19. Agnes Jongerius (Niederlande - FNV)	Jean-Claude Reding (Luxemburg - CGTL)	Offen (Zypern - SEK)
20. Luc Cortebeeck (Belgien - CSC)	Viviane Goergen (Luxemburg - LCGB)	Eugenija Sniutiene (Litauen - LDF)
21. Bert van Boggelen (Niederlande - CNV)	Joseph Thouvenel (Frankreich - CFTC)	Joanna Achilleos Pilavaki (Zypern - DEOK)
22. Bogdan Iuliu Hossu (Rumänien - Cartel Alfa)	Judith Ivany Czugler (Ungarn - MOSZ)	Srbijanka Rafailovic (Serbien - CATUS)
23. Laura González de Txabarri (Spanien, Baskenland - ELA-STV)	Manuel Zaguirre Cano (Spanien - USO)	Oleksandr Dzhulyk (Ukraine - VOST)
24. Bernard Thibault (Frankreich - CGT)	Jan Guz (Polen - OPZZ)	Offen

Frauenausschuss

1. Mariana Guambo Moreno (Ecuador - CEOSL)	Dalila del Carmen Alemán García (Nicaragua - CST)	Petra Hernández (Dominikan. Republik - CNTD)
2. Rabiatou Serah Diallo (Guinea - CNTG) <i>Stellvertretende Vorsitzende, Frauenausschuss</i>	Ann Van Laer (Belgien - CSC)	Zuleima Laines (Peru - CAT)
3. Danuta Wojdat (Polen - NSZZ Solidarnosc)	Nana Corossacz (Italien - CGIL)	Offen

- | | | |
|---|--|---|
| 4. Diana Holland
(Großbritannien - TUC)
<i>Vorsitzende, Frauenausschuss</i> | Karin Ennod
(Norwegen - LO) | Elisa Garcia Rodriguez
(Spanien - UGT) |
| 5. Noorlaila Aslah
(Malaysia - MTUC) | Yoko Yamaguchi
(Japan - JTUC-RENGO) | Noga Butensky
(Israel - HISTADRUT) |
| 6. Gladys Branche
(Sierra Leone - SLLC) | Amal El Amri
(Marokko - UMT) | Marie Josée Lokongo Bosiko
(Kongo, Dem. Rep. - UNTC) |

Jugendausschuss

- | | | |
|---|-----------------------------------|---|
| 1. Jefferson Coriteac
(Brasilien - FS)
<i>Vorsitzender, Jugendausschuss</i> | Vasyl Andreyev
(Ukraine - FPU) | Drissa Soare
(Burkina Faso - CNTB) |
| 2. Nadia Shabana
(Palästina - PGFTU)
<i>Stellvertretende Vorsitzende, Jugendausschuss</i> | Erin Harrison
(Kanada - CLC) | Mina Vukojicic
(Serbien - NEZAVISNOST) |
| 3. Offen | | |
| 4. Offen | | |

Mitglieder von Amts wegen

Guy Ryder	Generalsekretär
Mamounata Cissé	Stellvertretende Generalsekretärin
Jaap Wienen	Stellvertretender Generalsekretär
Kwasi Adu-Amankwah	Stellvertretender Generalsekretär, IGB – AF
Víctor Báez Mosqueira	Stellvertretender Generalsekretär, IGB – TUCA
Noriyuki Suzuki	Stellvertretender Generalsekretär, IGB – AP

GUF- & TUAC-Vertreter/innen

3. Präsidentin, stellvertretende Präsidenten und Vizepräsidenten/Vizepräsidentinnen

Bei der 1. Vorstandssitzung nominierte Luc Cortebееck (Belgien - CSC) Sharan Burrow als IGB-Präsidentin, die daraufhin einstimmig vom Vorstand gewählt wurde.

Michael Sommer, der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Deutschland - DGB) und Luc Cortebееck (Belgien - CSC) wurden bei der 1. Vorstandssitzung zu stellvertretenden Präsidenten des IGB gewählt; sie übernahmen das Amt des Lenkungsausschussvorsitzenden bzw. des Vorsitzenden des Verwaltungsrates des Solidaritätsfonds.

Bei seiner 2. Sitzung wählte der Vorstand im Einklang mit Artikel XXXI(b) der IGB-Satzung folgende 34 Vizepräsidentinnen und Vizepräsidenten des IGB, einschließlich der Vorsitzenden des Frauenausschusses und des Jugendausschusses:

- | | |
|--------------------------------------|--------------------|
| 1. Maria Fernanda Carvalho Francisco | Angola - UNTA |
| 2. Kazi Rina Reza | Bangladesch - BSSF |
| 3. C. LeRoy Trotman | Barbados - BWU |
| 4. Rudy De Leeuw | Belgien - FGTB |
| 5. Maria Ednalva Bezerra de Lima | Brasilien - CUT |
| 6. Ken Georgetti | Kanada - CLC |
| 7. Claudette Carbonneau | Kanada - CSN |
| 8. Julio Roberto Gómez Esguerra | Kolumbien - CGT |

9.	Angélique Kipulu	Kongo, Dem. Rep. - CSC
10.	Anna Knezevic	Kroatien - UATUC
11.	Hans Jensen	Dänemark - LO
12.	Mariana Guambo	Ecuador - CEOSL
13.	Jean-Claude Mailly	Frankreich - CGT-FO
14.	Brendan Barber	Großbritannien - TUC
15.	Rabiatou Serah Diallo	Guinea - CNTG
16.	G. Sanjeeva Reddy	Indien - INTUC
17.	Rekson Silaban	Indonesien - SBSI
18.	Ofer Eini	Israel - HISTADRUT
19.	Guglielmo Epifani	Italien - CGIL
20.	Tsuyoshi Takagi	Japan - JTUC-Rengo
21.	Viviane Goergen	Luxemburg - LCGB
22.	Noorlaila Asla	Malaysia - MTUC
23.	Toolsyraj Benyadin	Mauritius - NTUC
24.	Agnes Jongerius	Niederlande - FNV
25.	Betty Cortéz Benites	Peru - CUT
26.	Danuta Wojdat	Polen - NSZZ Solidarnosc
27.	Bogdan Iuliu Hossu	Rumänien - Cartel Alfa
28.	Mikhail Shmakov	Russland - FNPR
29.	Gladys Branche	Sierra Leone - SLLC
30.	Wanja Lundby-Wedin	Schweden - LO
31.	Abdessalem Jerad	Tunesien - UGTT
32.	John J. Sweeney	USA - AFL-CIO
33.	Diana Holland	Vorsitzende, Frauenausschuss
34.	Yemisi Ilesanmi	Vorsitzende, Jugendausschuss

Die Wahl der drei Präsidenten bzw. Präsidentinnen der IGB-Regionalorganisationen zu weiteren Vizepräsident(inn)en wurde bis zur Einrichtung der Regionalorganisationen vertagt. Anschließend wurden folgende drei Vizepräsident(inn)en vom Vorstand gewählt:

35.	Mody Guiro	Präsident IGB-Afrika (3. IGB-Vorstandssitzung)
36.	G. Rajasekaran	Präsident IGB-Asien/Pazifik (3. IGB-Vorstandssitzung)
37.	Linda Chávez-Thompson	Präsidentin IGB-TUCA (4. IGB-Vorstandssitzung)

Der Vorstand ratifizierte während des Berichtszeitraums folgende Veränderungen hinsichtlich der Vizepräsidentinnen/Vizepräsidenten des IGB:

- Harald Børsting (Dänemark - LO) ersetzte Hans Jensen (3. Vorstandssitzung);
- João Antonio Felicio (Brasilien - CUT) ersetzte die verstorbene Maria Ednalva Bezerra de Lima (3. Vorstandssitzung);
- Jefferson Coriteac (Brasilien - FS) ersetzte Yemisi Ilesanmi im Amt des/der Vorsitzenden des IGB-Jugendausschusses (4. Vorstandssitzung);

- Raffaele Bonanni (Italien - CISL) ersetzte Guglielmo Epifani (Italien - CGIL) (4. Vorstandssitzung);
- Julio Cesar Bazan Figueroa (Peru - CUT) ersetzte Betty Cortéz Benites (5. Vorstandssitzung).

Zwischen der 5. Vorstandssitzung und Dezember 2009 ging folgende Nominierung ein:

- Nobuaki Koga (Japan - JTUC-Rengo) anstelle von Tsuyoshi Takagi als IGB-Vizepräsident.

4. Lenkungsausschuss

4.1. Lenkungsausschusssitzungen

Zwischen 2006 und 2009 hielt der Lenkungsausschuss sechs Sitzungen ab: am 20. Juni 2007 in Brüssel, am 12. Dezember 2007 in Washington, am 17. Juni 2008 in Brüssel, am 16. Dezember 2008 in Brüssel, am 22. Juni 2009 in Brüssel und am 6. Oktober 2009 in Berlin.

4.2. Zusammensetzung des Lenkungsausschusses

Bei seiner Sitzung unmittelbar nach dem Kongress wählte der Vorstand im Einklang mit Artikel XXV der Satzung einen Lenkungsausschuss, der sich aus der Präsidentin, dem Generalsekretär und fünfundzwanzig ordentlichen Mitgliedern, einschließlich der Vorsitzenden und der stellvertretenden Vorsitzenden des Frauenausschusses sowie des/der Vorsitzenden des Jugendausschusses, zusammensetzte, wobei vereinbart wurde, dass einige der stellvertretenden Positionen erst nach weiteren Konsultationen besetzt würden und dass die vorerst offen gelassenen Sitze des Frauenausschusses nach dem Eingang entsprechender Nominierungen des Frauenausschusses besetzt würden.

Ordentliches Mitglied	1. Stellvertreter/in	2. Stellvertreter/in
Zwelinzima Vavi (Südafrika - COSATU)	Eric Manzi Mwezi (Ruanda - CESTRAR)	Offen
Abdessalem Jerad (Tunesien - UGTT)	Abdelmadjid Sidi Said (Algerien - UGTA)	Júlio Ascensão Da Silva (Kap Verde - UNTC-CS)
Angélique Kipulu (Kongo, Dem. Rep. - CSC)	Mohamed Benjelloun Andaloussi (Marokko - UGTM)	Jeanne Clairette Razanarimanana (Madagaskar - SEKRIMA)
Maria Fernanda Carvalho Francisco (Angola - UNTA)	Offen	Offen
John J. Sweeney (USA - AFL-CIO)	Barbara Shailor (USA - AFL-CIO)	Penny Schantz (USA - AFL-CIO)
Kenneth Georgetti (Kanada - CLC)	Barbara Byers (Kanada - CLC)	Stephen Benedict (Kanada - CLC)
Julio Roberto Gómez Esguerra (Kolumbien - CGT)	Nilda Danila (Puerto Rico - CPT)	Altagracia Jiménez (Dominikan. Rep. - CASC)
Maria E. Bezerra de Lima (Brasilien - CUT)	Manuel Cova (Venezuela - CTV)	Israel Salinas (Honduras - CUTH)
Carlos A. Rodríguez Díaz (Kolumbien - CUT)	Offen	Offen
G. Sanjeeva Reddy (Indien - INTUC)	G. Rajasekaran (Malaysia - MTUC)	Offen

Tsuyoshi Takagi (Japan - RENGO)	Masako Uemoto (Japan - RENGO)	Nobuaki Koga (Japan - RENGO)
Sharan Burrow (Australien - ACTU)	Ross Wilson (Neuseeland - NZCTU)	Felix Anthony (Fidschi - FTUC)
Ofer Eini (Israel - HISTADRUT)	Shaher Sae'd (Palästina - PGFTU)	Salih Kiliç (Türkei - TÜRK-IS)
Rekson Silaban (Indonesien - SBSI)	Marie Ruvini Jayatilaka (Sri Lanka - NWC)	Offen
Hans Jensen (Dänemark - LO)	Wanja Lundby-Wedin (Schweden - LO)	Lauri Ihalainen (Finnland - SAK)
Michael Sommer (Deutschland - DGB)	Renate Csörgits (Österreich - ÖGB)	Ingrid Sehrbrock (Deutschland - DGB)
Brendan Barber (Großbritannien - TUC)	Sally Hunt (Großbritannien - TUC)	Owen Tudor (Großbritannien - TUC)
Luigi Angeletti (Italien - UIL)	Raffaele Bonanni (Italien - CISL)	José M ^a Fidalgo Velilla (Spanien - CC.OO.)
Zdenek Málek (Tschechische Republik - CMKOS)	Andrzej Adamczyk (Polen - NSZZ SOLIDARNOSC)	Ana Knezevic (Kroatien - UATUC)
Mikhail Shmakov (Russland - FNPR)	Oleksander Yurkin (Ukraine - FPU)	Jamila Sattarova (Aserbaidshan - AHIK)
François Chérèque (Frankreich - CFDT)	Bernard Thibault (Frankreich - CGT)	Offen
Rudy De Leeuw (Belgien - FGTB)	Jean-Claude Reding (Luxemburg - CGTL)	Agnes Jongerius (Niederlande - FNV)
Bogdan Iuliu Hossu (Rumänien - Cartel Alfa)	Joseph Thouvenel (Frankreich - CFTC)	Joanna Achilleos Pilavaki (Zypern - DEOK)
Offen Vorsitzende, Frauenausschuss	Offen Frauenausschuss	Offen Frauenausschuss
Offen Stellvertretende Vorsitzende, Frauenausschuss	Offen Frauenausschuss	Offen Frauenausschuss
Yemisi Ilesanmi (NLC - Nigeria) Vorsitzende, Jugendausschuss	Offen	Offen

Mitglieder von Amts wegen

Guy Ryder	Generalsekretär
Mamounata Cissé	Stellvertretende Generalsekretärin
Jaap Wienen	Stellvertretender Generalsekretär

Nachdem der Vorstand ihre Wahl zu Generalsekretären der Regionalorganisationen des Bundes bestätigt hatte, gehörten Víctor Báez (IGB-TUCA), Kwasi Adu-Amankwah (IGB-AF) und Noriyuki Suzuki (IGB-AP) dem Lenkungsausschuss ebenfalls von Amts wegen an.

Vorsitzender des Verwaltungsrates des Solidaritätsfonds

Luc Cortebeek (Belgien - CSC)

GUF- & TUAC-Vertreter/innen

Ordentliches Mitglied

Fred Van Leeuwen (BI)
Anita Normark (BHI)
John Evans (TUAC)

Anschließend billigte der Vorstand folgende Veränderungen hinsichtlich der Zusammensetzung des Lenkungsausschusses:

2. Vorstandssitzung

- Rudolf Hundstorfer (Österreich - ÖGB) ersetzte Renate Csörgits als erstes stellvertretendes Mitglied für das ordentliche Mitglied Michael Sommer (Deutschland - DGB);
- Vertreterinnen des Frauenausschusses: Diana Holland (Großbritannien - TUC) als ordentliches Mitglied mit Mariana Guambo (Ecuador - CEOSL) und Gladys Branche (Sierra Leone - SLLC) als erster bzw. zweiter Stellvertreterin; und Rabiattou Diallo (Guinea - CNTG) als ordentliches Mitglied mit Noorlaila Bte Aslah (Malaysia - MTUC) und Danuta Wodjat (Polen - NSZZ) als Stellvertreterinnen;

3. Vorstandssitzung

- João Antonio Felicio (Brasilien - CUT) ersetzte die verstorbene Maria Ednalva Bezerra de Lima als ordentliches Mitglied;
- Naomi Okamoto (Japan - RENGO) ersetzte Masako Uemoto als erstes stellvertretendes Mitglied für das ordentliche Mitglied Tsuyoshi Takagi;
- Helen Kelly (Neuseeland - NZCTU) ersetzte Ross Wilson als erstes stellvertretendes Mitglied für das ordentliche Mitglied Sharan Burrow (Australien - ACTU);
- Harald Børsting (Dänemark - LO) ersetzte Hans Jensen als ordentliches Mitglied;
- Salih Kiliç (Türkei - TÜRK-İS) ersetzte Mustafa Kumlu als zweites stellvertretendes Mitglied für das ordentliche Mitglied Ofer Eini (Israel - HISTADRUT).

4. Vorstandssitzung

- Tarcisio Mora Godoy (Kolumbien - CUT) ersetzte Carlos A. Rodríguez Díaz als ordentliches Mitglied;
- Lucien Royer (Kanada - CLC) ersetzte Stephen Benedict als zweites stellvertretendes Mitglied für das ordentliche Mitglied Kenneth Georgetti mit Wirkung vom Januar 2009;
- Javier Doz (Spanien - CC.OO.) ersetzte José M. Fidalgo Velilla als zweites stellvertretendes Mitglied für das ordentliche Mitglied Guglielmo Epifani (Italien - CGIL);
- Guglielmo Epifani (Italien - CGIL) wurde gemäß einer Rotationsvereinbarung zwischen den italienischen Mitgliedsorganisationen im Januar 2008 ordentliches Mitglied mit Luigi Angeletti (Italien - UIL) als erstem Stellvertreter;
- Ihor Lutsyshyn (Ukraine - FPU) ersetzte Oleksander Yurkin als erstes stellvertretendes Mitglied für das ordentliche Mitglied Mikhail Shmakov (Russland - FNPR);
- Bernard Thibault (Frankreich - CGT) wurde gemäß einer Rotationsvereinbarung zwischen den französischen Mitgliedsorganisationen ab November 2008 ordentliches Mitglied mit François Chérèque (Frankreich - CFDT) als erstem Stellvertreter;
- John De Payva (Singapur - NTUC) nahm den offen gebliebenen Sitz des zweiten stellvertretenden Mitglieds für das ordentliche Mitglied G. Sanjeeva Reddy (Indien - INTUC) ein;
- Erich Foglar ersetzte Rudolf Hundstorfer als ersten Stellvertreter des ordentlichen Mitglieds Michael Sommer (Deutschland - DGB);
- Jefferson Coriteac (Brasilien - FS), der Vorsitzende des Jugendausschusses, ersetzte Yemisi Ilesanmi (Nigeria - NLC) als ordentliches Mitglied für den Jugendausschuss und Nadia Shabana sowie Vasył Andreyev nahmen die offen gebliebenen Sitze des ersten bzw. zweiten stellvertretenden Mitglieds ein.

5. Vorstandssitzung

- Hamid Chabat (Marokko - UGTM) ersetzte Mohamed Benjelloun Andaloussi als erstes stellvertretendes Mitglied für das ordentliche Mitglied Angélique Kipulu (Dem. Rep. Kongo - CSC);
- Luis Alejandro Pedraza (Kolumbien - CUT) ersetzte Tarcisio Mora Godoy als ordentliches Mitglied;
- Lauri Lyly (Finnland - SAK) ersetzte Lauri Ihalainen als zweites stellvertretendes Mitglied für das ordentliche Mitglied Harald Børsting (Dänemark - LO);
- Raffaele Bonanni (Italien - CISL) ersetzte Guglielmo Epifani (Italien - CGIL) von Mai 2009 bis Mai 2010 gemäß einer Rotationsvereinbarung zwischen den italienischen Mitgliedsorganisationen als ordentliches Mitglied;
- Vasyl Khara (Ukraine - FPU) ersetzte Ihor Lutsyshyn als erstes stellvertretendes Mitglied für das ordentliche Mitglied Mikhail Shmakov (Russland - FNPR);

Zwischen der 5. Vorstandssitzung und Dezember 2009 wurden folgende Veränderungen vorgenommen:

- Nobuaki Koga (Japan - RENGO), zuvor zweites stellvertretendes Mitglied, ersetzte Tsuyoshi Takagi als ordentliches Mitglied und wurde als zweites stellvertretendes Mitglied durch Hiroyuki Nagumo ersetzt.

5. GUF- und TUAC-Vertreter/innen

Alle Globalen Gewerkschaftsföderationen (GUFs) waren mit Rederecht zur Teilnahme am Gründungskongress des IGB sowie an den Vorstandssitzungen während des Berichtszeitraums eingeladen. Ihre akkreditierten Vertreter/innen konnten an den Sitzungen des Lenkungsausschusses teilnehmen.

Im November 2006 ratifizierte der neu konstituierte Vorstand bei seiner ersten Sitzung eine Partnerschaftsvereinbarung mit den Globalen Gewerkschaftsföderationen (GUFs) und dem Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss (TUAC) bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), die die Vereinbarung bereits ratifiziert hatten. Diese Vereinbarung sah die Einrichtung eines Global-Unions-Rates vor, um die gewerkschaftliche Organisationsarbeit und die gemeinsamen Interessen der Gewerkschaften weltweit zu fördern.

Der Rat hielt seine erste Sitzung am 9. und 10. Januar 2007 ab.

Die GUF-Vertreter/innen im Lenkungsausschuss waren der Vorsitzende und die stellvertretende Vorsitzende des Global-Unions-Rates während dieser Zeit, Fred Van Leeuwen (BI) und Anita Normark (BHI) bzw. ab 2009 Anita Normark (BHI) und Aidan White (IJF).

Der TUAC war mit Rederecht zur Teilnahme am Gründungskongress des IGB sowie an den Sitzungen der leitenden Organe des IGB eingeladen, wie dies für die GUFs bereits der Fall war. Im Einklang damit wurde der TUAC zur Teilnahme an den Sitzungen des Vorstands und des Lenkungsausschusses mit jeweils einem Vertreter/einer Vertreterin eingeladen.

6. Ausschüsse

Der Gründungskongress des IGB verlieh dem Frauenausschuss und dem Jugendausschuss satzungsmäßigen Status und bestätigte die Rolle des Ausschusses für Menschen- und Gewerkschaftsrechte.

6.1. Frauenausschuss

Der Vorstand billigte bei seiner 2. Sitzung die Zusammensetzung, den Aufgabenbereich und die Geschäftsordnung des Frauenausschusses, wie bei dessen Sitzung am 19. und 20. April 2007 in Brüssel beschlossen.

Nachdem beschlossen worden war, dass bis zum Abschluss des Einigungsprozesses aller drei IGB-Regionalorganisationen ein Übergangsverfahren für die Zusammensetzung des Frauenausschusses angewandt werde, setzte der Vorstand im Juni 2007 folgenden Frauenausschuss ein:

Gladys Branche (Sierra Leone - SLLC); ein Sitz für Tansania - TUCTA, der offen gelassen wurde; Amal El Amri (Marokko - UMT); Mahjouba Mint Saleck (Mauretanien - CGTM); Marie Josée Lokongo Bosiko (Kongo - UNTC); Julia Santos Alves (Kap Verde - UNTC-CS); Rabiadou Sérah Diallo (Guinea - CNTG), stellvertretende Vorsitzende; Touria Lahrech (Marokko - CDT); ein Sitz für Neuseeland - NZCTU, der offen gelassen wurde; Helen Maunga (Cook-Inseln - CIWA); Noorlaila Bte Aslah (Malaysia - MTUC); Carmen Solinap (Philippinen - TUCP); Champa Verma (Indien - HMS); M. Umanagendramani (Indien - INTUC); Yoko Yamaguchi (Japan - JTUC Rengo); Young-Sook Jung (Korea - FKTU), geteilt mit dem KCTU – Korea, der den Sitz offen ließ; Noga Butensky (Israel - HISTADRUT); ein Sitz für Jemen - GFWTU, der offen gelassen wurde; Segve Goyce (Türkei - KESK), ersetzt durch Songül Morsümbül; Sule Ozkuzukiran (Türkei - TÜRK-IS), ersetzt durch Hülya Uzuner / Despina Isaia (Zypern - SEK); ein Sitz für Indonesien - KSBSI, der zunächst offen gelassen und dann von Kelly Chan (Hongkong - JOU) eingenommen wurde; ein Sitz für Sri Lanka – NWC, der zunächst offen gelassen und dann von Sulistri Afrileston (Indonesien - SBSI) eingenommen wurde; Petra Hernández (Dominikanische Republik - CNTD); Maria Ednalva Bezerra de Lima (Brasilien - CUT), die nach ihrem Tod durch Carmen Helena Ferreira Foro und anschließend durch Rosane da Silva ersetzt wurde; Noemí Ruiz Menéndez (Argentinien - CGT); Mariana Guambo (Ecuador - CEOSL), stellvertretende Vorsitzende; Carmen Omaira Arismendi (Venezuela - CTV); Myriam Luz Triana (Kolumbien - CGT); Francisca Altagracia Jiménez (Dominikanische Republik - CAST); Zuliana Lainez (Peru - CAT); Rosanne Sasse (Brasilien - CAT), ersetzt durch Tereza Cristina Teixeira Delgado (Brasilien - UGT); Jacqueline Jack (Trinidad und Tobago - NATUC); ein offener Sitz; Patricia Friend (USA - AFL-CIO); Karen Nussbaum (USA - AFL-CIO), ersetzt durch Penny Schantz; Barbara Byers (Kanada - CLC); Joanne Vaillancourt (Kanada - CLC), ersetzt durch Louise Mercier; Michèle Biaggi (Frankreich - CGT-FO), ersetzt durch Marie-Alice Medeuf-Andrieu; Laurence Laigo (Frankreich - CFDT); Claudia Menne (Deutschland - DGB); Danièle Nieves (Luxemburg - CGT); Lucia Van Westerlaak (Niederlande - FNV); Giuseppina Desimone (Belgien - FGFB); Ann Van Laer (Belgien - CSC); María Susmozas Ortiz (Spanien - USO); Natalie Imboden (Schweiz - SGB), ersetzt durch Christina Werder; Renate Csörgits (Österreich - ÖGB), ersetzt durch Brigitte Ruprecht; Diana Holland (Großbritannien - TUC), Vorsitzende; ein Sitz für Großbritannien – TUC, der zunächst offen gelassen und später von Narmadha Thiranagama eingenommen wurde; Elisa Isabel García (Spanien - UGT); Carmen Bravo (Spanien - CC.OO.); Ana Paula Esteves (Portugal - UGT); Nirvana Nisi (Italien - UIL); Nana Corossacz (Italien - CGIL); Anna Maria Parente (Italien - CISL), ersetzt durch Liliانا Ocmin; Tine Moller Kristensen (Dänemark - LO), ersetzt durch Lizette Risgaard; Karin Enodd (Norwegen - LO); Marjaana Valkonen (Finnland - SAK), ersetzt durch Katja Lehto-Komulainen; Berit Göthberg (Schweden - LO) ersetzt durch Ellen Nygren; Birgitta Sjöström (Schweden - TCO) ersetzt durch Helena Johanson; Tatiana Frolova (Russland - FNPR); Sophia Tutberidze (Georgien - GTUA); Naile Prokesova (Slowakei - KOZ); Sandorné Völgyi (Ungarn - ZOSZ); Mirela Caravan (Rumänien - BNS), deren Sitz später offen gelassen wurde; Offen (Bulgarien - CITUB); Danuta Wojdat (Polen -

NSZZ); Rosa Popovic (Montenegro - CITUM); sowie ein zusätzlicher Sitz, der offen gelassen wurde.

Die GUFs wurden vertreten von Rebecca Sevilla (BI), Carol Bruce (ICEM), Crescentia Mofokeng (BHI), Pamela Morinière (IJF), Jenny Holdcroft (IMB), Sarah Finke (ITF), Anne Margarethe Pedersen (ITBLAV), ersetzt durch Montserrat López García, Barbro Budin (IUL), Chidi King (IÖD) sowie Monique Marti und später Verónica Fernández Mendéz (UNI). Der TUAC wurde von Jo Morris vertreten, und für den EGB nahm Catelene Passchier als Beobachterin an den Sitzungen teil.

Der Vorstand billigte bei seiner 5. Sitzung die am Aufgabenbereich und an der Geschäftsordnung des Frauenausschusses vorgenommenen Änderungen, die einen 33 Mitglieder zählenden Ausschuss vorsahen, wobei jeder regionale Frauenausschuss mit mindestens drei Mitgliedern vertreten sein und eine breitere Beteiligung von Gewerkschafterinnen aus den Mitgliedsorganisationen ermöglicht werden sollte. Er billigte ferner die bei der Sitzung des Frauenausschusses im Februar 2009 ausgesprochene Empfehlung, der zufolge seine Zusammensetzung für den Zeitraum 2010-2014 einer Prüfung unterzogen werden solle.

Die 1. Weltfrauenkonferenz des IGB fand im Oktober 2009 in Brüssel statt.

6.2 Jugendausschuss

Der Vorstand billigte bei seiner 2. Sitzung den Aufgabenbereich und die Geschäftsordnung des Jugendausschusses, wie bei dessen 1. Sitzung am 3. und 4. Juni 2007 in Berlin beschlossen.

Wie im Falle des Frauenausschusses wurde bezüglich der Zusammensetzung des Jugendausschusses sowie seiner Vertreter/innen im Vorstand und im Lenkungsausschuss bis zum Abschluss des Einigungsprozesses der drei IGB-Regionalorganisationen ein Übergangsverfahren angewandt. Der aus von den Regionalorganisationen und dem PERR nominierten Mitgliedern ordnungsgemäß konstituierte Jugendausschuss tagte am 5. und 6. Juni 2008 in Kiew. Er nahm eine Änderung an seinem Aufgabenbereich vor und wählte anstelle von zwei Co-Vorsitzenden einen Vorsitzenden und eine stellvertretende Vorsitzende des Ausschusses: Jefferson Coriteac (Brasilien - FS) bzw. Nadia Shabana (Palästina - PGFTU), die den Jugendausschuss zudem als ordentliche Mitglieder im Vorstand vertraten.

Die bei der 4. Vorstandssitzung festgelegte und anschließend bei der 5. Vorstandssitzung ergänzte Liste der Mitglieder des Jugendausschusses sah am Anfang des Berichtszeitraums wie folgt aus: Godfrey Mutinba (Simbabwe - ZCTU), ordentliches Mitglied; Christina Chikaonda (Malawi - MCTU), stellvertretendes Mitglied; Drissa Soare (Burkina Faso - CNTB), ordentliches Mitglied; der Sitz eines stellvertretenden Mitglieds für Tansania – TUCTA wurde offen gelassen; Emelyne Uungi (Ruanda - COTRAF), ordentliches Mitglied; Robel Yemane (Eritrea - NCEW), stellvertretendes Mitglied; Amy Boubacar Konté (Mauretanien - CGTM), ordentliches Mitglied; der Sitz eines stellvertretenden Mitglieds für Algerien - UGTA wurde offen gelassen; Moh-nish Asish Dutt (Fidschi - FTUC), ordentliches Mitglied; Saeed-Ul-Hassan Malik (Pakistan - PWF), stellvertretendes Mitglied; Victorina Nimfa Vederero (Philippinen - TUCP), ordentliches Mitglied, ersetzt durch Ahn Eun-Mi (Südkorea - FKTU); Ingrid Beckers (Neuseeland - NZCTU), stellvertretendes Mitglied; Pankaj Sharma (Indien - HMS), ordentliches Mitglied; Benjamin Tang (Singapur - SNTUC), stellvertretendes Mitglied; Nadia Shabana (Palästina - PGFTU), stellvertretende Vorsitzende, ordentliches Mitglied; Ahn Eun-Mi (Südkorea - FKTU), stellvertretendes Mitglied; Erin Harrison (Kanada - CLC), ordentliches Mitglied; Jefferson Coriteac (Brasilien - FS), Vorsit-

zender, ordentliches Mitglied; Hellen Rivas Martínez (Costa Rica - CTRN), ordentliches Mitglied; der offen gelassene Sitz eines ordentlichen Mitglieds wurde später von Juan David Millan Garcia (Kolumbien - CGT) eingenommen; Vasyl Andreyev (Ukraine - FPU), ordentliches Mitglied, ersetzt durch Benoit Constant (Belgien - CSC-ACV); Evgeny Sivaykin (Russland - FNPR), stellvertretendes Mitglied, ersetzt durch Andrea Mone (Italien - CISL); Robert Hansen (Norwegen - LO), ordentliches Mitglied, ersetzt durch Hans R. Schmidt-Nielsen (Dänemark - AC); Mikel Paños Bartolomé (Spanien - CC.OO.), stellvertretendes Mitglied, ersetzt durch Alexei Slyazin (Russland - FNPR); Tania Matias (Luxemburg - LCGB), ordentliches Mitglied, ersetzt durch Daniela Alekseeva (Bulgarien - CITUB); Erika Brselova (Slowakei - KOZ), stellvertretendes Mitglied, ersetzt durch Ilze Mihailova (Lettland - LBAS); Mina Vukojicic (Serbien - NEZAVISNOST), ordentliches Mitglied, ersetzt durch Tugba Balci (Türkei - HAK-IS); der offen gelassene Sitz eines ordentlichen Mitglieds für Georgien - GTUC wurde später von Ivana Prnjat (Montenegro - SSSCG) eingenommen. Die Sitze von vier stellvertretenden Mitgliedern für Gesamtamerika wurden offen gelassen.

Die 3. Sitzung des Jugendausschusses fand vom 4. – 6. Juni 2009 in Praia Grande (Brasilien) statt.

6.3. Ausschuss für Menschen- und Gewerkschaftsrechte

Im Einklang mit Artikel XXVI(b) der IGB-Satzung beschloss der Vorstand bei seiner 1. Sitzung (Wien, November 2006) die Einrichtung eines Ausschusses für Menschen- und Gewerkschaftsrechte, um die Arbeit des IGB in diesem Bereich zu lenken.

Bei seinen nachfolgenden Sitzungen legte der Vorstand den Aufgabenbereich, die Mandatsdauer, die Häufigkeit der Sitzungen und den Haushalt fest und billigte den Auftrag und die Zusammensetzung des Ausschusses.

Da bis zum Abschluss des Einigungsprozesses auf regionaler Ebene keine formelle Liste der Mitglieder des Ausschusses für Menschen- und Gewerkschaftsrechte vorlag, wurde am 15. Dezember 2008 eine Ad-hoc-Beratungssitzung zu Menschen- und Gewerkschaftsrechtsfragen anberaumt, um über die Mitglieder und das Arbeitsprogramm des Ausschusses zu entscheiden und folgende Amtsträger/innen zu wählen:

Vorsitzende:	Agnes Jongerius, Niederlande - FNV
Stellvertretende Vorsitzende:	Alina Rantsolase, Südafrika - COSATU
Stellvertretender Vorsitzender:	LeRoy Trotman, Barbados - BWU
Stellvertretender Vorsitzender:	Roy Ramesh Chandra, Bangladesch - JSL

Der Ausschuss hielt seine 1. Sitzung am 4. Oktober 2009 in Berlin ab.

7. Generalsekretär

Der 1. Weltkongress (November 2006) wählte Guy Ryder zum Generalsekretär, der dieses Amt bis zum Ende des Berichtszeitraums ausübte.

8. Stellvertretender Generalsekretär/Stellvertretende Generalsekretärin

Der Vorstand wählte bei seiner 1. Sitzung Mamounata Cissé zur stellvertretenden Generalsekretärin und Jaap Wienen zum stellvertretenden Generalsekretär. Beide übten ihr Amt bis zum Ende des Berichtszeitraums aus.

Gemäß Artikel XXVII(e) der IGB-Satzung bestätigte der Vorstand bei seiner 3. Sitzung die Wahl von Kwasi Adu-Amankwah, Victor Báez and Noriyuki Suzuki zum Generalsekretär der IGB-Afrika, des IGB-TUCA bzw. der IGB-AP, womit sie gleichzei-

tig den Status eines stellvertretenden Generalsekretärs erhielten, den sie bis zum Ende des Berichtszeitraums innehatten.

9. Rechnungsprüfer/in

Der 1. Weltkongress wählte Luis Eduardo Gauterio Gallo (Brasilien - UGT), Arto Kuusiola (Finnland - SAK) und Barbara Easterling (USA - AFL-CIO,) zu Rechnungsprüfern bzw. zur Rechnungsprüferin des IGB. Alle drei übten ihr Amt bis zum Ende des Berichtszeitraums aus.

10. Verwaltungsrat des Solidaritätsfonds

Im Einklang mit Artikel XXXIII(b) der IGB-Satzung wurde ein Solidaritätsfonds (SF) eingerichtet und einem Verwaltungsrat unterstellt. Bei der 2. Sitzung des Vorstandes wurde beschlossen, dass dem Verwaltungsrat neben seinem Vorsitzenden Luc Cortebeeck, dem Generalsekretär sowie den Generalsekretären der Regionalorganisationen auch jeweils ein Vertreter/eine Vertreterin der LO (Schweden), des FNV und des CNV (Niederlande), des DGB (Deutschland) und der USO (Spanien) sowie ein Vertreter der Rechnungsprüfer angehören sollten.

Im Jahr 2007 tagte der Verwaltungsrat am 21. Juni (Brüssel), am 15. November (Brüssel) und am 12. Dezember (Washington DC), während des Jahres 2008 am 16. Juni und am 15. Dezember (jeweils in Brüssel) und im Jahr 2009 am 6. Oktober (Berlin).

11. Verwaltung

Hauptbüro, Außenbüros und Projektbüros

Der Gründungskongress beschloss, dass der Bund seinen Sitz in Brüssel haben werde. Sein Hauptbüro befindet sich im International Trade Union House (ITUH).

Der Vorstand autorisierte den IGB-Generalsekretär bei seiner 1. Sitzung, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um die mit der Gründung einer neuen Organisation verbundenen gesetzlichen Bestimmungen zu erfüllen, wie etwa die Erteilung der Zeichnungsberechtigung für die Bankkonten des IGB, und die für die ordnungsgemäße Funktionsweise des IGB erforderlichen rechtlichen Schritte einzuleiten.

Im Dezember 2009 waren im Hauptbüro in Brüssel 60 Mitarbeiter/innen beschäftigt, die unter den Ordentlichen Haushalt fielen, gegenüber 62 unmittelbar nach dem Gründungskongress. Zehn weitere Personalmitglieder wurden durch Abstellungen von Mitgliedsorganisationen sowie im Rahmen von Entwicklungszusammenarbeitsprojekten finanziert. Ebenfalls aus dem Ordentlichen Haushalt gedeckt wurden die Kosten von drei Personalmitgliedern im Genfer Büro des IGB, einem im Büro in New York, einem im Büro in Amman und einem im Moskauer Büro, ebenso wie der Beitrag des IGB zur Deckung der Kosten von zwei Personalmitgliedern im IGB/Global-Unions-Büro in Washington und eines Personalmitglieds im IGB/GUF/HKCTU/HKTUC-Verbindungsbüro für Hongkong (IHLO) in Kowloon.

Darüber hinaus haben Mitglieds- und Solidaritätsorganisationen finanzielle Unterstützung gewährt, um die Personalkosten der IGB-Projektbüros in Sarajevo und Vilnius sowie einer Koordinatorin des Frauennetzwerkes für Mittel- und Osteuropa in Zagreb zu decken.

12. Hauptbüro-Gebäude

Der IGB teilte sich gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) die Miete für sechs Stockwerke (von insgesamt zehn) eines Gebäudes, dessen Eigentümerin eine private Gesellschaft mit beschränkter Haftung ist, die Maison Syndicale Internationale (MSI), die vom IBFG, vom EGB und von einer Reihe von Mitgliedsorganisationen gegründet wurde.

Zur Verwaltung des Gebäudes gründeten die Gemeinschaftseigentümer, die MSI und die BG-Objektverwaltungsgesellschaft mbH, der die oberen vier Stockwerke gehörten, eine nicht auf Gewinn ausgerichtete Einrichtung namens International Trade Union House (ITUH), die von Mitgliedern des IGB-Sekretariats und des EGB-Sekretariats verwaltet wurde. Für die Verrichtung der täglichen Verwaltungsaufgaben, einschließlich der Untervermietung der Sitzungssäle im ersten Stock für den IGB und den EGB, waren ein Hausverwalter und dessen Assistent zuständig.

Die Hauptversammlung der MSI tagte am 20. Juni 2007, am 17. Juni 2008 und am 22. Juni 2009. Hauptgeschäftsführer der MSI während des Berichtszeitraums war Guy Ryder. Da der Verwaltungsrat laut Gesetz regelmäßig und unabhängig von der Hauptversammlung zusammentreten muss, gehörten ihm aus praktischen Gründen lediglich Guy Ryder und John Monks an. Die IGB-Rechnungsprüfer waren auch als Rechnungsprüfer der MSI tätig. Am 31. Dezember 2009 hielt Guy Ryder als Generalsekretär des IGB und im Namen des Bundes 1.683 der insgesamt 10.000 MSI-Anteile.

13. Regionalorganisationen und -strukturen

Der 1. Kongress legte die Regionen fest, für die jeweils eine Regionalorganisation oder -struktur eingerichtet wurde. Nach Beendigung des Einigungsprozesses auf regionaler Ebene wurden die Regionalorganisationen als organische Teile des Bundes ins Leben gerufen. Informationen über die Regionalorganisationen und den PERR finden sich in den diesbezüglichen Kapiteln dieses Berichtes.

KAPITEL 3

MENSCHEN- UND GEWERKSCHAFTSRECHTE

1. Einführung

Die Verteidigung und Förderung der Gewerkschafts- und anderer Menschenrechte ist eine zentrale Priorität des IGB, die sowohl in seiner beim Gründungskongress verabschiedeten Satzung als auch in seinem Programm verankert ist. Hauptsächlich ging es bei der Arbeit in diesem Bereich um die Koordination internationaler Solidaritätsaktionen und die Veranlassung direkter Hilfe und Reaktionen in den zahlreichen Fällen, in denen die Gewerkschaftsrechte während des Berichtszeitraums verletzt oder bedroht wurden.

Insgesamt wurden 275 Protestschreiben versandt, in denen Rechtsverstöße verurteilt und die Regierungen aufgefordert wurden, unverzüglich für Abhilfe zu sorgen, u.a. durch die Freilassung inhaftierter Gewerkschafter/innen, die Wiedereinstellung entlassener Beschäftigter und die Änderung von Gesetzen. Die Regierungen wurden daran erinnert, dass sie international anerkannte Arbeitsnormen einzuhalten haben, und sie wurden warnend darauf hingewiesen, dass die internationale Gewerkschaftsbewegung ihr Vorgehen verfolgt. Insgesamt 47 Protestschreiben richteten sich an Regierungen afrikanischer Länder; 110 betrafen die Region Nord- und Südamerika und die Karibik, 41 davon Kolumbien; 51 bezogen sich auf die Region Asien und Pazifik, 3 davon auf Birma; 31 richteten sich an Regierungen in Europa, 16 davon an die der Türkei; und 36 betrafen den Nahen Osten. Wo immer dies angezeigt erschien, appellierte der IGB an seine Mitgliedsorganisationen, ähnliche Protestschreiben zu versenden. Während des Berichtszeitraums wurden insgesamt 68 derartige Appelle lanciert, von denen 14 Gewerkschaftsrechtsverletzungen in Afrika, 14 in der Region Gesamtamerika und Karibik, 16 in der asiatisch-pazifischen Region, 5 in Europa und 19 im Nahen Osten betrafen, allein 13 davon im Iran. Im gesamten Arbeitsbereich der Gewerkschaftsrechte fand eine enge Zusammenarbeit mit den Regionalorganisationen und dem PERR statt.

Unterstützung und Solidarität fanden auch Ausdruck in Form von juristischer Hilfestellung und der Analyse von Gesetzentwürfen und beim Umgang mit den Verfahren der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) sowie durch die Anwesenheit und Unterstützung bei Gerichtsverfahren. Der IGB hat zudem die IAO bei 18 Gelegenheiten schriftlich um eine Intervention im Namen von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern gebeten: 6 betrafen Afrika, 1 die Region Gesamtamerika und Karibik, 5 Asien und den pazifischen Raum, 1 Europa und 10 den Nahen Osten, 6 davon den Iran.

Weitere Solidaritätsbeweise für Organisationen mit ernsthaften Gewerkschaftsrechtsproblemen beinhalteten u.a. Besuche bei inhaftierten Gewerkschaftsmitgliedern in Indonesien (2007), Solidaritätsbesuche in Guinea (2007), Honduras (2008) und Korea (2009), einen IGB-Delegationsbesuch in Guatemala (2008) sowie die Entsendung zweier ITF/IGB-Delegationen nach Guatemala (2007). In Bezug auf Guatemala wurden zudem eine internationale Konferenz zum Thema Straffreiheit (2009) sowie ein Besuch einer guatemalteckischen Gewerkschaftsdelegation in Mitgliedsstaaten der Europäischen Union organisiert (2008). Zur Vorbereitung des IAO-Untersuchungs-

ausschusses für Simbabwe reiste während des Jahres 2009 eine Delegation in das Land.

Der IGB beteiligte sich darüber hinaus an verschiedenen Rechts- und/oder Menschenrechtskonferenzen auf europäischer und globaler Ebene, u.a. in Frankreich, Kanada, Großbritannien, Nepal, der Tschechischen Republik, Thailand, Irland und Malaysia.

Im Anschluss an erste Diskussionen während der 3. Vorstandssitzung im Dezember 2008 in Washington billigte der IGB-Vorstand bei seiner 4. Sitzung die Zusammensetzung und den Auftrag des IGB-Ausschusses für Menschen- und Gewerkschaftsrechte.

2. Jährliche Übersicht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten

Der IGB hat seine Jährliche Übersicht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten auch weiterhin veröffentlicht. 2007 und 2008 wurden darin 138 Länder behandelt, 2009 waren es 149.

Die Übersicht wurde vom IGB in Englisch, Französisch, Deutsch und Spanisch veröffentlicht. Eine elektronische Version der Übersicht wurde in diesen vier Sprachen auf die Internetseite des IGB gestellt und im Jahr 2009 auch auf USB-Sticks geladen, um das zuvor verwendete CD-ROM-Format abzulösen.

Die Übersicht fand weltweit erhebliche Beachtung in den Medien und wurde wie üblich in großem Umfang an Gewerkschaften, Regierungen, zwischenstaatliche Organisationen, Universitäten und Forschungszentren verteilt.

Im Januar 2009 wurde mit der Arbeit an der Verbesserung des Inhalts und des Formats der Übersicht begonnen, was auch die Zusammenstellung einer elektronisch zugänglichen Datenbank beinhaltete.

3. Unterstützung aus dem Solidaritätsfonds des IGB

Aus dem Solidaritätsfonds des IGB wurde wichtige finanzielle Unterstützung für Rechtshilfe und solidarische Aktionen bereitgestellt, um Gewerkschaftsorganisationen beim Umgang mit Rechtsverletzungen, aber auch einzelnen Gewerkschaftsmitgliedern im Falle von Repressionen und körperlichen Gefahren zur Seite zu stehen.

Während des Jahres 2007 erhielten Gewerkschaften in Birma, Tschad, der Dominikanischen Republik, Eritrea, Georgien, Guatemala, Guinea, Hongkong, Iran, Nepal und der Demokratischen Republik Kongo Unterstützung aus diesem Fonds. 2008 wurden Gewerkschaften in Birma, Simbabwe, Kambodscha, Tschad, Guatemala, Kolumbien und Iran sowie Schulungsaktivitäten im Zusammenhang mit Zwangsarbeit unterstützt. Im Jahr 2009 wurde Unterstützung für Gewerkschaften in Birma, Honduras (über den TUCA), Nicaragua, Paraguay, der Türkei und in verschiedenen anderen Ländern bereitgestellt.

4. Internationale Arbeitsorganisation

Der IGB machte weiterhin regelmäßig Gebrauch von den Überwachungsverfahren der IAO. Er erhob Klage beim IAO-Ausschuss für Vereinigungsfreiheit wegen der Nichteinhaltung der Übereinkommen 87 und 98 und half nationalen Mitgliedsorganisationen und GUFs bei der Vorbereitung ihrer eigenen Klagen. Der IGB schloss sich zudem zahlreichen Klagen von Mitgliedsorganisationen und GUFs an. Dem IAO-

Sachverständigenausschuss für die Durchführung der Übereinkommen und Empfehlungen wurden umfangreiche Unterlagen zu einer Reihe von Übereinkommen vorgelegt. Gleichzeitig ermutigte der IGB seine Mitgliedsorganisationen mit Rundschreiben und zielgerichteten Erinnerungsschreiben zu eigenen Eingaben beim IAO-Sachverständigenausschuss für die Durchführung der Übereinkommen und Empfehlungen, was dazu führte, dass sich deren Zahl während des Berichtszeitraums beträchtlich erhöhte. In den Jahren 2007 und 2008 wurden jeweils rund 500 Eingaben gemacht, und 2009 wurde dies noch übertroffen.

Der IGB spielte eine aktive Rolle im IAO-Konferenzausschuss für die Durchführung der Normen und bemühte sich um die Verbesserung der Koordination mit den Mitgliedsorganisationen bei der Vorbereitung der einzelnen Fälle. Gleichzeitig kam es zu einer konzertierten Offensive von Mitgliedern der "Bewegung der Blockfreien", die darauf abzielte, die Wirksamkeit sowohl des Sachverständigenausschusses für die Durchführung der Übereinkommen und Empfehlungen als auch des Konferenzausschusses zu schwächen, sowie zu systematischen Versuchen der Arbeitgebergruppe der IAO, die seit langem etablierte Rechtsprechung des Ausschusses für Vereinigungsfreiheit zu untergraben. Der IGB unterstützte die Arbeitnehmergruppe während des gesamten Berichtszeitraums bei der Reaktion auf diese ernsthafte Bedrohung der Überwachungsverfahren und Prinzipien der IAO.

Die Bemühungen des IGB um die Erhöhung der Zahl der Eingaben von Mitgliedsorganisationen im Rahmen der Folgemaßnahmen zur IAO-Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit wurden 2009 aufgrund der Änderung des Berichterstattungssystems nicht fortgesetzt. Der IGB beteiligte sich an der Überprüfung des Berichterstattungssystems und rief die IAO auf, mehr Ressourcen bereitzustellen, um die Überwachung der Berichterstattung gemäß Artikel 22 der IAO-Verfassung zu erleichtern.

5. Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen

Während des Berichtszeitraums nahm der IGB weiterhin an den Jahrestagungen des Menschenrechtsrates (MRR) der Vereinten Nationen in Genf teil. Vertreter/innen des IGB trugen zu Debatten über Gewerkschafts- und andere Menschenrechtsverletzungen bei und reichten im Rahmen der regelmäßigen Überprüfung der menschenrechtlichen Verpflichtungen aller Mitgliedsstaaten (Universal Periodical Review - UPR) Berichte über China, Südkorea, Peru, Guatemala, Kambodscha und Iran ein.

6. Menschen- und Gewerkschaftsrechtsnetzwerke

Der IGB hat ein Globales Netzwerk von Sachverständigen auf dem Gebiet der Menschen- und Gewerkschaftsrechte eingerichtet und im November 2008 in Zusammenarbeit mit dem Schulungszentrum der IAO die erste Aktivität dieses Netzwerkes in Turin durchgeführt. Während des Jahres 2009 wurden mit Unterstützung der Regionalorganisationen und des PERR regionale Netzwerke eingerichtet (São Paulo, 6. Juli; Lomé, 17. – 19. August; Bratislava, 7. – 9. September, und Cebu, 12. November). Vertreter/innen dieser Netzwerke trafen im September 2009 in Turin zusammen. Die Netzwerke auf globaler und regionaler Ebene folgen den Prioritäten, politischen Linien und Beschlüssen des Ausschusses für Menschen- und Gewerkschaftsrechte, wie vom Vorstand festgelegt, und unterstützen die internationale Gewerkschaftsbewegung bei der Verfolgung, Berichterstattung und Kampagnenarbeit im Zusammenhang mit Menschen- und Gewerkschaftsrechtsfragen.

7. Afrika

Während des Berichtszeitraums intervenierte der IGB in Fällen von Gewerkschaftsrechtsverletzungen in 21 afrikanischen Ländern: Algerien, Burundi, Demokratische Republik Kongo, Tschad, Côte d'Ivoire, Ägypten, Äquatorialguinea, Eritrea, Äthiopien, Gambia, Liberia, Mali, Mauritius, Marokko, Niger, Nigeria, Südafrika, Swasiland, Togo, Tunesien und Simbabwe. Die Rechtsverletzungen reichten von Einmischungen in Gewerkschaftsangelegenheiten bis hin zur Verhaftung und Inhaftierung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern.

An die Regierungen all dieser Länder wurden Protestschreiben versandt, mit Ausnahme von Togo, in einigen Fällen sogar mehrfach.

Viele der o.g. Fälle gaben Anlass zu Appellen an die Mitgliedsorganisationen und GUFs, ihrerseits Protestschreiben zu verfassen. Während des Berichtszeitraums versandte der IGB insgesamt 14 derartige Appelle in Bezug auf folgende Länder: Ägypten, Äthiopien, Guinea, Guinea-Bissau, Libyen und Simbabwe.

Der IGB erhob zudem Klage beim IAO-Ausschuss für Vereinigungsfreiheit gegen die Regierungen des Tschad, von Mauritius, Togo und Simbabwe. Darüber hinaus schloss er sich Klagen gegen die Regierungen von Botsuana und Äthiopien an.

Im Falle Simbawes wurde dem IAO-Ausschuss für Vereinigungsfreiheit im Mai 2008 eine detaillierte Mitteilung bezüglich einer langen Liste von Rechtsverletzungen übersandt. Im Dezember wurden angesichts der Verhaftung und Inhaftierung von mehr als 68 Gewerkschafter(inne)n im Zusammenhang mit einem Generalstreik aus Protest gegen die Begrenzung von Bargeldabhebungen sowie die verheerende finanzielle und humanitäre Krise in dem Land zwei weitere Mitteilungen eingeschickt.

Der IGB bat den IAO-Generaldirektor in mehreren Fällen schriftlich um eine persönliche Intervention, vor allem in Bezug auf Swasiland und Simbabwe.

Die Arbeitnehmergruppe der IAO hat im Juni 2008 ein Verfahren gegen die Regierung Simbawes gemäß Artikel 26 der IAO-Verfassung eingeleitet. Der IGB vertrat die Klage führende Partei vor diesem Untersuchungsausschuss und machte eine detaillierte Eingabe bezüglich zahlreicher Gewerkschaftsrechtsverletzungen. Bei zwei Gelegenheiten schickte er zusätzliche Informationen ein. Der IGB erschien zudem selbst vor dem Ausschuss und betonte die Notwendigkeit, endlich Gerechtigkeit für die Opfer von Gewerkschaftsrechtsverletzungen in Simbabwe zu erlangen und mit Blick auf eine Menschenrechtsreform angemessene Maßnahmen zu ergreifen.

8. Gesamtamerika

Während des Berichtszeitraums intervenierte der IGB in Fällen von Gewerkschaftsrechtsverletzungen in 14 lateinamerikanischen Ländern: Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Guyana, Honduras, Mexiko, Panama, Paraguay, Peru und Venezuela.

An die jeweiligen Regierungen wurden, in einigen Fällen regelmäßige, Protestschreiben und Appelle gerichtet, um gegen die Ermordung von Gewerkschaftsmitgliedern in Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, El Salvador, Guatemala, Honduras, Mexiko und Panama zu protestieren. In Bezug auf Kolumbien wurden 41 Protestschreiben versandt, im Zusammenhang mit Guatemala 37.

In anderen Fällen wurde schriftlich gegen Rechtsverletzungen protestiert, die von Eingriffen in interne Gewerkschaftsangelegenheiten bis hin zu Verhaftungen und Inhaftierungen von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern reichten. Im Falle Kolumbiens wurden zudem Protestschreiben aufgrund von gegen Gewerkschaftsmitglieder gerichteten Morddrohungen, Entführungen und Angriffen, Massenentlassungen oder telefonischen Abhöraktionen der Sicherheitsbehörden verschickt. Im Falle Guatemalas wurde schriftlich gegen Straffreiheit, die korrupte Justiz, Einschüchterungen, Morddrohungen, Razzien in Gewerkschaftsbüros und Angriffe auf die Häuser bzw. Wohnungen von Gewerkschafter(inne)n protestiert.

Viele der o.g. Fälle gaben Anlass zu Appellen an die Mitgliedsorganisationen und GUFs, ihrerseits Protestschreiben zu verfassen. Während des Berichtszeitraums versandte der IGB insgesamt 14 derartige Appelle in Bezug auf folgende Länder: Kolumbien, Guatemala, Honduras, Mexiko und Panama.

Beim IAO-Ausschuss für Vereinigungsfreiheit wurde im Zusammenhang mit dem Fall Nr. 1787 in Bezug auf Kolumbien Klage erhoben, und im Falle des Mordes an Pedro Zamora in Guatemala wurde eine gemeinsame ITF/IGB-Klage eingereicht.

Während des Berichtszeitraums wurden verschiedene Aktivitäten im Hinblick auf Guatemala durchgeführt. Zwei internationale ITF/IGB-Delegationen reisten in das Land, um die Behörden dazu zu veranlassen, den Mord an Pedro Zamora, dem Generalsekretär der Hafenarbeitergewerkschaft von Quetzal, zu untersuchen und die Schuldigen sowie die Anstifter vor Gericht zu stellen.

Bei einer IGB-Konferenz über "Die Rolle der Gewerkschaften im Kampf gegen die Straffreiheit" kamen im Januar 2008 etwa 170 Teilnehmer/innen zusammen. Im Anschluss an die Konferenz begann der IGB eine Kampagne zur Unterstützung der Internationalen Kommission gegen Straffreiheit in Guatemala (CICIG), und im Juli 2008 fand ein IGB/TUCA/GUF-Delegationsbesuch statt. Darüber hinaus organisierten der IGB und verschiedene Mitgliedsorganisationen im November 2008 einen Besuch von Vertreter(inne)n guatemaltekischer Gewerkschaften, der Eingeborenen- und Landarbeiterbewegung in sieben Ländern der Europäischen Union. Die Delegation traf auch mit der IAO zusammen.

In Honduras forderte eine IGB-Delegation die Behörden im Juli 2008 auf, eine umfassende und gründliche Untersuchung des brutalen Mordes an Altagracia Fuentes durchzuführen, dem Generalsekretär des honduranischen Gewerkschaftsbundes CTH. Nach dem Militärputsch im Juni 2009 wurde die politische, humanitäre und Gewerkschaftsrechtslage in Honduras aufmerksam vom IGB und vom TUCA verfolgt. Es wurden Protestschreiben, Appelle und Erklärungen in Bezug auf Rechtsverletzungen versandt.

Die Gewerkschaftsrechtsnetzwerke unterstützten zudem die weltweite Kampagne des Global-Unions-Rates zugunsten des Gesetzes über die Wahlfreiheit der Beschäftigten (Employee Free Choice Act - EFCA) in den USA.

9. Asien und Pazifik

Während des Berichtszeitraums intervenierte der IGB in Fällen von Rechtsverletzungen in 14 Ländern bzw. Hoheitsgebieten in der asiatisch-pazifischen Region: Kambodscha, Bangladesch, Sri Lanka, Birma, China, Hongkong, Indonesien, Nepal, Korea, Macau/SVR, Malaysia, Pakistan, Philippinen und Vietnam. An die Regierungen

all dieser Länder wurden Protestschreiben versandt, u.a. jeweils 12 an China und Korea.

Viele der o.g. Fälle gaben Anlass zu Appellen an die Mitgliedsorganisationen und GUFs, ihrerseits Protestschreiben zu verfassen. Während des Berichtszeitraums versandte der IGB insgesamt 16 derartige Appelle in Bezug auf folgende Länder: Birma, Kambodscha, China, Pakistan und Südkorea.

Die Aktion des IGB in Bezug auf Kambodscha, die gemeinsam mit Amnesty International, Human Rights Watch und der Weltorganisation gegen Folter (OMCT) durchgeführt wurde, trug nach fünf Jahren Haft zur Freilassung von zwei fälschlicherweise des Mordes an dem Gewerkschaftsführer Hy Vuthy beschuldigten Personen im Januar 2009 bei. Die Klagen gegen sie wurden jedoch nicht fallen gelassen, und der IGB bemühte sich weiter um ihre Rücknahme und eine wirkliche Untersuchung des Mordes.

Während des Berichtszeitraums wurden insgesamt 16 Appelle in Bezug auf die asiatisch-pazifische Region versandt, bei denen es um folgende Länder ging: Birma, Kambodscha, China, Korea und Pakistan. Sechs dieser Appelle betrafen Birma.

Während des Berichtszeitraums richtete der IGB 12 Protestschreiben an die Regierung der Republik Korea. Bei drei Gelegenheiten wurden die Mitgliedsorganisationen und GUFs um ähnliche Maßnahmen gebeten, und nach der Verhaftung des KCTU-Vorsitzenden im Jahr 2008 wurde die IAO um eine Intervention gebeten. Der IGB beantwortete zudem einen direkt an ihn adressierten Brief der koreanischen Regierung im Zusammenhang mit Gewerkschaftsrechtsverletzungen.

Angesichts der anhaltenden schweren Rechtsverletzungen in Birma wurde der dortigen Situation besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Unternehmen mit Geschäftsbeziehungen zu Birma wurden in die öffentliche Birma-Datenbank des IGB aufgenommen und dringend ersucht, ihre Verbindungen zu dem Land zu lösen. Beim IAO-Sachverständigenausschuss für die Durchführung der Übereinkommen und Empfehlungen wurden jährliche Eingaben bezüglich des Rückgriffs der Junta auf Zwangsarbeit gemacht, und die Arbeitnehmergruppe der IAO wurde in dieser Frage gegenüber dem IAA-Verwaltungsrat und dem Konferenzausschuss für die Durchführung der Normen kontinuierlich unterstützt.

Im April 2007 fand eine Internationale Gewerkschaftskonferenz über Demokratie für Birma in Kathmandu (Nepal) statt, bei der eine Erklärung veröffentlicht wurde, in der die Position der internationalen Gewerkschaftsbewegung und Richtlinien für Maßnahmen zur Unterstützung der Arbeitnehmerrechte und der Demokratie in Birma detailliert dargelegt wurden. Nach der Unterdrückung der Demokratiebewegung im September 2007 hat der IGB zudem die Protestaktionen mit Mitgliedsorganisationen und GUFs koordiniert. Darüber hinaus wurde während des Berichtszeitraums die Zusammenarbeit mit nichtstaatlichen Organisationen ausgeweitet, die die Kampagne für Demokratie in Birma unterstützen.

Insgesamt 16 Schreiben und Appelle wurden als Reaktion auf Rechtsverletzungen an die chinesischen Behörden verschickt, u.a. an den Allchinesischen Gewerkschaftsbund (ACGB), wobei es hauptsächlich um die Verhaftung und in einigen Fällen die Inhaftierung von Arbeitnehmerrechtsvertefchern ging. Darüber hinaus wurde gegen die Misshandlung chinesischer Beschäftigter in Äquatorialguinea protestiert. Der IGB hat während des gesamten Berichtszeitraums zur Koordination, Finanzierung und Publizierung der Arbeit des Internationalen Verbindungsbüros in Hongkong

(IHLO) beigetragen. U.a. wurde das IHLO bei der Vorbereitung einiger der erwähnten Interventionen in Bezug auf Menschen- und Gewerkschaftsrechtsverletzungen, bei der Erstellung einer Reihe umfassender Berichte über China, einschließlich eines ausführlichen Berichts darüber, inwieweit China seinen menschenrechtlichen Verpflichtungen im Rahmen der regelmäßigen Überprüfung (Universal Periodical Review - UPR) des MRR nachkommt, sowie bei der Kommentierung von Gesetzentwürfen in der SVR Macau unterstützt.

10. Europa

Während des Berichtszeitraums reagierte der IBFG auf Gewerkschaftsrechtsverletzungen in neun europäischen Ländern: Griechenland, Kirgisistan, Kosovo, Moldawien, Mazedonien, Rumänien, Russische Föderation, Schweiz und Türkei.

Es wurden Protestschreiben an die Regierungen bzw. an staatliche Behörden versandt. Im Anschluss daran wurde zudem in fünf Fällen an Mitgliedsorganisationen und GUFs appelliert, ähnliche Protestschreiben zu verfassen. Die Rechtsverletzungen reichten von Angriffen auf und Schikanierungen von Gewerkschaftsmitgliedern oder deren führenden Vertreter(inne)n bis hin zur Verhaftung und Inhaftierung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern.

Ein wichtiger Schwerpunkt während des Berichtszeitraums war die Umsetzung der Empfehlungen des IAO-Untersuchungsausschusses für Weißrussland. Der IGB-Generalsekretär nahm an einem nationalen dreigliedrigen Seminar über Vereinigungsfreiheit und Sozialpartnerschaft teil, das im Januar 2009 organisiert wurde, um die Umsetzung der Empfehlungen voranzubringen und einen Aktionsplan zu entwerfen. Der IGB forderte zudem die EU weiterhin dringend auf, Weißrussland von ihrem Allgemeinen Präferenzsystem auszuschließen.

Im August 2009 wurden dem Sachverständigenausschuss der IAO für die Durchführung der Übereinkommen und Empfehlungen Kommentare bezüglich der Einhaltung des Übereinkommens 105 über die Abschaffung der Zwangsarbeit in der Republik Usbekistan übermittelt.

Bei verschiedenen Gelegenheiten wurde den Mitgliedsorganisationen hinsichtlich der Überwachungsverfahren und der Rechtsprechung der IAO technische Unterstützung angeboten, u.a. in der Ukraine, in Armenien und Albanien.

Der IGB richtete besonderes Augenmerk auf die Türkei, an deren Regierung 16 Protestschreiben gerichtet wurden. Der IGB nahm zudem als Beobachter an dem Gerichtsverfahren gegen 32 inhaftierte Mitglieder des Gewerkschaftsbundes KESK und der ihm angehörenden Lehrgewerkschaft Egitim-Sen teil, denen fälschlicherweise die Zugehörigkeit zu einer terroristischen Organisation zur Last gelegt wurde. Die Betroffenen befanden sich am Ende des Jahres 2009 nach wie vor im Gefängnis.

11. Naher Osten

Die Maßnahmen des IGB im Zusammenhang mit Gewerkschaftsrechtsverletzungen im Nahen Osten nahmen während des Berichtszeitraums zu. Maßnahmen wurden u.a. in Bezug auf Bahrain, Iran, Irak, Jordanien, Kuwait, Palästina, Saudi-Arabien und Jemen ergriffen. Insgesamt wurden 36 Protestschreiben an die Regierungen dieser Länder gerichtet, 22 davon an die Regierung des Iran. Im Falle des Iran wurden diese Protestschreiben mit 19 Appellen an die Mitgliedsorganisationen und GUFs verknüpft. Sechs Schreiben wurden an den Generaldirektor der IAO gerichtet, um ihn um seine

persönliche Intervention zu bitten. Bei zwei Gelegenheiten legte der IGB dem IAO-Ausschuss für Vereinigungsfreiheit Informationen über Verletzungen des Rechtes auf Vereinigungsfreiheit vor.

Im Iran trugen die Maßnahmen des IGB zur Freilassung des früheren Vorsitzenden der Bäckergewerkschaft im Jahr 2008 bei, aber der Vorsitzende der Teheraner Busgesellschaft befand sich nach wie vor im Gefängnis. Er war im Juli 2007, nur drei Wochen nach seinem Besuch beim IGB und bei der ITF, inhaftiert worden. Der Einsatz für die Arbeitnehmerrechte im Iran, zusammen mit den GUFs, hatte während des Berichtszeitraums hohe Priorität und beinhaltete u.a. gemeinsam mit Amnesty International organisierte Aktionstage im August 2007, März 2008 und Juni 2009. Der IGB und die GUFs veröffentlichten zudem eine Erklärung, in der sie die Freilassung der inhaftierten Beschäftigten und eine Beendigung der arbeitnehmerfeindlichen Repressionen im Anschluss an die gewaltsame Reaktion des iranischen Regimes auf die Demonstrationen nach den Wahlen im Jahr 2009 forderten.

12. Kampagne gegen Zwangsarbeit

Im Anschluss an Konsultationen mit Mitgliedsorganisationen, GUFs und IAO/ACTRAV, einschließlich einer interregionalen Konferenz in Kuala Lumpur im September 2007 und einer Beratungssitzung im Oktober 2007 in Turin, billigte der Vorstand im Dezember 2007 einen Aktionsrahmen für die Bekämpfung von Zwangsarbeit. Zu diesem Zweck stellte der IGB mit Unterstützung des Sonderaktionsprogramms der IAO zur Bekämpfung von Zwangsarbeit einen Mitarbeiter für diesen Arbeitsbereich als Koordinator eines "Arbeitnehmerbündnisses gegen Zwangsarbeit" ein. Die ergriffenen Maßnahmen basierten auf den Ergebnissen einer Untersuchung und beinhalteten u.a. die Produktion eines Informationsblattes, eines Minileitfadens und eines Handbuchs mit den erfolgreichsten Methoden sowie die Organisation regionaler Sitzungen in Nairobi (2008) und Athen (2008). Im November 2009 fanden nationale Sitzungen in Bahrain und Nepal statt.

Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen der Zivilgesellschaft, bei der die Verbindung zwischen Zwangsarbeit und Menschenhandel im Mittelpunkt stand, beinhaltete gemeinsame Initiativen mit Anti-Slavery International und der Kommission der Kirchen für Migranten in Europa. Dieser Aspekt der Arbeit in diesem Bereich wurde zudem in die Aktivitäten des IGB in Bezug auf Wanderarbeitskräfte integriert.

Mittels einer 2.000 Adressen umfassenden elektronischen Versandliste wurden vierteljährliche Kurznachrichten in deutscher, englischer, französischer und spanischer Sprache verschickt, um den Austausch von Informationen und Material unter den Mitgliedern der Liste zu ermöglichen. Darüber hinaus gibt es einen Sonderbereich auf der Internetseite des IGB, in dem relevante IGB-Dokumente, Links zu assoziierten Organisationen und Beispiele für Erfolgsmethoden von Mitgliedsorganisationen veröffentlicht werden.

KAPITEL 4

Globale Institutionen, menschenwürdige Arbeit und die Weltwirtschaftskrise

1. Einleitung

In der zweiten Hälfte des Jahres 2008, etwa in der Mitte der Kongressperiode, kam es zu einer sich mit rapider Geschwindigkeit ausweitenden weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise dramatischen Ausmaßes. In der Zeit danach erlebte die Wirtschaft ihren schlimmsten Zusammenbruch seit mehr als 60 Jahren, begleitet von einer explosionsartigen Zunahme der bereits zuvor unannehmbar hohen Arbeitslosigkeit und Armut, worunter Frauen und schutzlose Beschäftigte, vor allem in Entwicklungsländern, am meisten zu leiden hatten.

Die Reaktion des IGB auf die Weltwirtschaftslage und die globale Krise erfolgte auf der Grundlage der vom IGB-Gründungskongress beschlossenen politischen Linien. Spezifische politische Maßnahmen und Strategien wurden mittels häufiger Diskussionen im Vorstand und im Lenkungsausschuss des IGB, in der Arbeitsgruppe Handel, Investitionen und Arbeitsnormen (TILS), bei Zusammenkünften der Gewerkschaften mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank sowie durch die Zusammenarbeit des IGB mit seinen Partnern im Global-Unions-Rat (GUR), den Globalen Gewerkschaftsföderationen (GUFs) und dem Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss (TUAC) bei der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), entwickelt. Über diese Arbeit des IGB wird nachstehend berichtet.

2. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise

Der IGB hat unverzüglich auf die Krise reagiert und zu diesem Zweck gemeinsam mit dem TUAC einen umfassenden Beitrag zum ersten Gipfel der Gruppe der 20 Industrie- und Schwellenländer, der "G20", im November 2008 in Washington gearbeitet. Auf der Grundlage der Global-Unions-Erklärung von Washington ist eine Gewerkschaftsdelegation auf Einladung der AFL-CIO (USA) mit dem Geschäftsführenden Direktor des IWF, dem Präsidenten der Weltbank und mit verschiedenen Regierungschefs zusammengetroffen, u.a. mit dem Präsidenten Brasiliens und den Premierministern Japans und Australiens. Anschließend fanden ausführliche Diskussionen über die Krise während der 4. Sitzung des IGB-Vorstandes (Brüssel, Dezember 2008), der 5. Sitzung des IGB-Lenkungsausschusses (Brüssel, Juni 2009) und der 5. Sitzung des IGB-Vorstandes (Berlin, Oktober 2009) statt. Auf regionaler Ebene haben die IGB-Asien/Pazifik (Singapur, März 2009), der Gesamtamerikanische Gewerkschaftsbund IGB-TUCA (Trinidad und Tobago, April 2009) sowie die IGB-Afrika (Togo, September 2009) Konferenzen organisiert, und auch bei Treffen von Mitgliedsorganisationen im Nahen Osten (Brüssel, Juli 2009) und des Pan-Europäischen Regionalrates (PERR) (Slowakei, September 2009) wurde über die Krise diskutiert. Im April 2009 hat der IGB auf seiner Internetseite eine speziell der Finanzkrise gewidmete Sonderseite eingerichtet, die "Financial Crisis Unions' Watch", um den Austausch von Gedanken und Vorschlägen im Zusammenhang mit Gewerkschaftsaktionen und Lösungen für die Krise zu unterstützen.

Anfang 2009 haben der IGB und der TUAC formelle Gewerkschaftseingaben für alle vier G20-Arbeitsgruppen ausgearbeitet, die zur Vorbereitung umfassender Vor-

schläge zur Reform des Ordnungssystems und des Finanzsektors eingerichtet wurden. Die Ansichten der Gewerkschaften wurden der Sachverständigenkommission der Vereinten Nationen zur Reform des internationalen Währungs- und Finanzsystems unter Vorsitz von Joseph Stiglitz übermittelt, und im März 2009 nahm der IGB an interaktiven Anhörungen dieser Kommission in New York teil. Für den zweiten G20-Gipfel (London, April 2009) wurde eine "Londoner Erklärung" über die Gewerkschaftsprioritäten vorbereitet. Wie vom IGB-Vorstand beschlossen, wurden die Mitgliedsorganisationen des IGB gebeten, ihren jeweiligen Regierungen die Londoner Gewerkschaftserklärung anlässlich des G20-Gipfels weltweit am selben Tag, und zwar am Montag, den 23. März 2009, zu übermitteln. An diesem Tag haben die Gewerkschaften in einer Vielzahl von Ländern, darunter Mali, Japan, Belgien, Frankreich und Spanien, Zusammenkünfte mit ihren Premierministern oder Präsidenten organisiert, um über die Gewerkschaftsvorschläge zu diskutieren, und der Europäische Gewerkschaftsbund (EGB) traf sich aus diesem Anlass mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission. Der IGB-Generalsekretär erläuterte ebenfalls an diesem Tag die Ansichten der Gewerkschaften gegenüber einer hochrangigen IAO-Diskussionsrunde in Genf über die Wirtschafts- und Finanzkrise.

Die Londoner Erklärung wurde anlässlich einer Zusammenkunft der Arbeitsminister der "G8/G14"-Länder im März 2009 in Rom bei einer Konsultationssitzung der Minister und der Sozialpartner bezüglich der beschäftigungsrelevanten Auswirkungen der Krise vorgelegt. Am 31. März und 1. April 2009 hat der IGB gemeinsam mit dem TUAC und dem britischen TUC ein Spitzentreffen der Gewerkschaften aus G20-Ländern in London organisiert, in dessen Rahmen Zusammenkünfte mit den Premierministern Großbritanniens und Australiens, mit den Präsidenten Südafrikas und Brasiliens und mit dem italienischen Finanzminister sowie mit dem Geschäftsführenden Direktor des IWF und dem WTO-Generaldirektor stattfanden. In der Schlusserklärung des Londoner Gipfels wurden Arbeitsplätze und soziale Fragen im Vergleich zum G20-Gipfel im November 2008 wesentlich stärker hervorgehoben und einige Schlüsselprioritäten der Gewerkschaften von den Regierungen anerkannt.

Im Anschluss an Zusammenkünfte mit dem Sekretariat des neu eingerichteten Gremiums für Finanzstabilität, des Financial Stability Board (FSB), (Basel, April 2009 und Paris, Mai 2009) hat der IGB weitere Gelegenheiten genutzt, um die Reaktionen der Gewerkschaften auf die Krise hervorzuheben, u.a. durch die Teilnahme des IGB-Generalsekretärs an einem UNCTAD-Krisensymposium (Genf, Mai 2009) sowie durch Gewerkschaftsinterventionen bei der UN-Krisenkonferenz (New York, Juni 2009), worüber unter der Überschrift "Vereinte Nationen" weiter unten in diesem Kapitel berichtet wird. Die Gewerkschaften haben bei der Internationalen Arbeitskonferenz im Juni 2009 eine führende Rolle bei den Verhandlungen über einen Globalen Pakt für Beschäftigung gespielt, worüber unter der Überschrift "Internationale Arbeitsorganisation" weiter unten in diesem Kapitel berichtet wird. Die Ansichten der Gewerkschaften wurden zudem anlässlich einer G8-Tagung im Rahmen einer Konsultationssitzung mit dem italienischen Premierminister vorgetragen, die im Juni 2009 vom TUAC und von den italienischen IGB-Mitgliedsorganisationen in Italien organisiert worden war.

Anlässlich des dritten G20-Gipfels (Pittsburgh, September 2009) haben der IGB und der TUAC gemeinsam die "Pittsburgh-Erklärung" über die Gewerkschaftsprioritäten vorbereitet, die wieder mit der Bitte um Weiterleitung an ihre Regierungen an alle Mitgliedsorganisationen verschickt wurde. In Pittsburgh fanden Treffen mit den Präsidenten Brasiliens und der USA, den Premierministern Australiens, Kanadas, Japans, Spaniens und Großbritanniens, mit der deutschen Bundeskanzlerin und dem Präsidenten der Europäischen Kommission sowie mit den Generaldirektoren der IAO und der WTO, dem Generalsekretär der OECD und dem Geschäftsführenden Direktor

des IWF statt. In ihrer Abschlusserklärung stimmten die Spitzen der G20 der Notwendigkeit zu, sich prioritär auf den Erhalt bzw. die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze zu konzentrieren und beschlossen, Anfang 2010 ein Treffen der G20-Arbeitsminister anzuberaumen, einschließlich Konsultationen mit den Sozialpartnern, bei dem es vorrangig um die Umsetzung des Globalen Paktes der IAO für Beschäftigung gehen sollte. Ende 2009 bemühte sich der IGB weiter darum, deutlich zu machen, dass beträchtliche fiskalpolitische Anstrengungen erforderlich sind, um den Trend der zunehmenden Arbeitslosigkeit umzukehren, begleitet von einer strukturellen Reform des Ordnungsrahmens für die Weltwirtschaft, um sozialen und arbeitsbezogenen Belangen Priorität einzuräumen und nicht der Handels- und Finanzmarktliberalisierung.

3. Globalisierung und Welthandelssystem

Hauptziel der Arbeit des IGB im Bereich der Globalisierung war nach wie vor die Akzeptanz von menschenwürdiger Arbeit für alle – Beschäftigung, Rechte, Schutz und sozialer Dialog – als universelles Prinzip und Ziel der Politik und Maßnahmen aller Regierungen, internationalen Institutionen und anderer Organisationen.

Beträchtliche Unterstützung erhielten die Aktionen des IGB durch ein langjähriges von der LO (Norwegen) gefördertes Projekt: "Förderung der Arbeitsnormen und sozialer Prioritäten gegenüber internationalen Handels- und Finanzinstitutionen". Die Arbeit des IGB im Bereich internationaler Handel und WTO stützte sich auf E-Mail-Diskussionen und den Austausch von Informationen über seine TILS-Versandliste sowie Sitzungen der TILS-Arbeitsgruppe in Genf (März 2007, März 2008 und November 2009). Auf der Grundlage der TILS-Diskussionen wurden Erklärungen über die Position der Gewerkschaften zur WTO-Verhandlungsagenda ausgearbeitet und im Juni 2007 sowie anlässlich der 7. WTO-Ministerkonferenz (Genf, November-Dezember 2009) vom IGB verabschiedet. Gestützt auf diese Erklärungen, hat der IGB umfangreiche Kampagnen-, Forschungs- und Lobbyarbeit seiner Mitgliedsorganisationen bei allen wichtigen Verhandlungssitzungen der WTO in Genf unterstützt. Der TILS-Sitzung im März 2008 gingen zweitägige Lobbysitzungen für Gewerkschafter/innen von Mitgliedsorganisationen aus am meisten von den NAMA-Verhandlungen betroffenen Entwicklungsländern voraus. Die Erklärungen wurden durch ausführlichere Analysen des IGB hinsichtlich spezifischer Aspekte der Handelspolitik ergänzt, vor allem bezüglich der Verhandlungen über den Marktzugang im nichtlandwirtschaftlichen Bereich (NAMA), ebenso wie durch regelmäßige aktuelle Informationen und Analysen zu den WTO-Verhandlungen für die TILS-Mitglieder und die Koordination der gewerkschaftlichen Netzwerke und Lobbyarbeit. Der IGB hat sich während des Berichtszeitraums zudem aktiv an verschiedenen Sitzungen zu Handelsfragen in Genf beteiligt. Darüber hinaus hat der IGB anlässlich jeder Tagung des Allgemeinen Rates der WTO zur Überprüfung der Handelspolitik einzelner Länder Berichte über die Einhaltung der Kernarbeitsnormen produziert, wobei während des Berichtszeitraums insgesamt 88 Länder untersucht wurden.

Die Arbeit des IGB erfolgte in enger Zusammenarbeit mit den GUFs und dem TUAC, und der IGB beteiligte sich im März 2007 an einer Sitzung mit dem OECD-Handelsausschusses, um über einen im Februar 2007 veröffentlichten wichtigen gemeinsamen Bericht der IAO und der WTO mit dem Titel "Trade and Employment: Challenges for Policy Research" zu diskutieren. Der IGB-Generalsekretär beteiligte sich an TUAC-Delegationen, um mit den Gastgebern der G8-Gipfel in Heiligendamm, Deutschland (Juni 2007), Niigata und Tokio, Japan (Mai 2008), sowie an den erwähnten Gipfeln 2009 in Italien zusammenzutreffen. Außerdem nahm der IGB an allen EGB-Handelsausschusssitzungen sowie an den von der Europäischen Kommission in Brüssel organisierten regelmäßigen politischen Dialogsitzungen mit der Zivilgesell-

schaft teil, und er steuerte Beiträge sowie Erklärungen zum EU-Prozess der sogenannten Sustainability Impact Assessments (SIAs) bei. Der IGB-Generalsekretär sprach auf Sitzungen der Europäischen Kommission zum Thema Handel und Globalisierung im Dezember 2006, April 2008 und Mai 2009. Der IGB war zudem bei vom TUC organisierten Tagungen bezüglich der WTO (Wilton Park, Großbritannien, November 2006 und Oktober 2008) und bei Multi-Stakeholder-Dialogen der FES und der Evian-Gruppe (Lausanne, November 2006, September 2007 und Oktober 2008) vertreten.

Der IGB organisierte bei jedem der drei jährlichen öffentlichen Foren der WTO mit der Zivilgesellschaft während dieses Berichtszeitraums (Oktober 2007, September 2008 und September 2009) gut besuchte Podiumsdiskussionen. Die WTO-Beauftragte des IGB hielt während des Berichtszeitraums engen Kontakt zu der in Genf in Handelsfragen tätigen NGO-Gruppe und nahm an verschiedenen gemeinsamen Aktivitäten teil. Kontakte wurden auch zu den in Genf ansässigen WTO-Verhandlungsführern geknüpft. Bei verschiedenen Gelegenheiten fanden Treffen mit dem Generaldirektor der WTO statt, u.a. beim jährlichen Weltwirtschaftsforum sowie bei allen drei zuvor erwähnten TILS-Sitzungen.

Mit Unterstützung vor allem der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) organisierte der IGB eine Reihe subregionaler Schulungssitzungen zu Handelsfragen, darunter im südlichen Afrika (Johannesburg, Juli 2007), in Mittelamerika (Panama, November 2007), in arabischen Ländern (Libanon, Juli 2008), in Südasien (Nepal, September 2008), in ASEAN-Ländern (Philippinen, Oktober 2008) und Andenländern (Kolumbien, Oktober 2008).

Anlässlich der zuvor erwähnten 7. WTO-Ministerkonferenz organisierte der IGB im November 2009 eine bedeutende öffentliche Konferenz in Genf, auf der u.a. die Generaldirektoren der WTO und der IAO, der Außenminister Brasiliens, die Handelsminister Argentinien und Südafrikas sowie der Botschafter der Europäischen Union (EU) bei der WTO sprachen. Darüber hinaus waren die Gewerkschaften bei verschiedenen NGO-Sitzungen bei der Konferenz vertreten, an der zahlreiche Gewerkschafter/innen teilnahmen, u.a. im Rahmen der Regierungsdelegationen ihrer jeweiligen Länder. Die Arbeit zur Förderung der vereinbarten Gewerkschaftsprioritäten bei der Konferenz wurde durch häufige Gewerkschaftszusammenkünfte koordiniert und beinhaltete Treffen mit Regierungsvertretern und dem Europäischen Parlament.

Eine Gewerkschaftsdelegation gab eine Erklärung ab und bemühte sich um die Beeinflussung des Verlaufs der vierjährigen Tagung der Handels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen (UNCTAD XII) im April 2008 in Ghana. Außerdem beteiligte sich der IGB an verschiedenen gemeinsamen Konsultationen von Gewerkschaften und nichtstaatlichen Organisationen (NGOs) mit der UNCTAD und sprach regelmäßig auf den Sitzungen des Handels- und Entwicklungsausschusses der UNCTAD in Genf.

Der IGB und der EGB haben sich während des Zeitraums 2006-2009 aktiv um die Beeinflussung des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) der Europäischen Union bemüht. Eine IGB/EGB-Petition für eine Untersuchung von Verstößen gegen die Kernarbeitsnormen in Weißrussland führte 2007 nach einer intensiven Lobbykampagne der IGB-Mitgliedsorganisationen in der Europäischen Union zur Aussetzung der APS-Präferenzen Weißrusslands.

Der IGB setzte seine Arbeit zur Beeinflussung des Cotonou-Abkommens, eines Handels- und Entwicklungsabkommens zwischen der EU und den afrikanischen, karibischen und pazifischen (AKP) Ländern, fort, vor allem im Rahmen von Zusammen-

künftigen wirtschaftlicher und sozialer Interessengruppen in Brüssel, gestützt auf die bei der 3. Sitzung des IGB-Vorstandes (Washington, Dezember 2007) beschlossene politische Position zu Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs). Mit Unterstützung von ACTRAV und der FES fanden während des Jahres 2008 16 Seminare im Zusammenhang mit EPAs statt, die gemeinsam mit der IGB-Afrika organisiert wurden: in Botsuana, Tansania, Kenia, Ruanda, Uganda, der Zentralafrikanischen Republik, Mosambik, der Demokratischen Republik Kongo, Senegal, Malawi, Mauritius, Niger, Togo, Benin, Mauretanien, Mali, Ghana und Côte d'Ivoire.

Die IGB-Regionalorganisationen weiteten ihre Arbeit in Bezug auf regionale und subregionale Handelsabkommen aus, worüber in den entsprechenden Kapiteln dieses Berichtes berichtet wird. Der EGB organisierte gemeinsam mit dem IGB und dem Gesamtamerikanischen Gewerkschaftsbund des IGB (IGB-TUCA) eine Konferenz für europäische, lateinamerikanische und karibische Gewerkschaften (Lima, April 2008) im Vorfeld des zwischenstaatlichen Gipfels der EU mit diesen Ländern und nahm an Sitzungen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses in Brüssel teil. Im Januar 2008 veröffentlichte der IGB einen Gewerkschaftsleitfaden für bilaterale Beziehungen mit dem Titel *"Trade Unions and Bilaterals: Do's and Don'ts - A Trade Union Guide"*.

Der IGB setzte seine Arbeit im Rahmen des Asiatisch-Pazifischen Gewerkschaftsnetzwerkes (Asia Pacific Labour Network - APLN) zur Beeinflussung des Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftlichen Kooperationsforums (APEC) fort und organisierte regionale IGB/APLN-Konferenzen in Vietnam (November 2006), Australien (August 2007), Peru (Oktober 2008) und Singapur (Oktober 2009). Die Konferenzen beinhalteten Zusammenkünfte mit den APEC-Exekutivdirektoren sowie mit den Staats- bzw. Regierungschefs der betroffenen Länder, mit Ausnahme Australiens, wo das IGB/APLN mit dem kurz darauf zum Premierminister gewählten Oppositionschef zusammentraf.

Der IGB arbeitete mit der IGB-Asien/Pazifik, mit dem EGB und der FES zusammen, um die Asien-Europa-Gipfel (ASEM) nachdrücklich zu beeinflussen, wozu im Juli 2007 in Jakarta (Indonesien) und im Oktober 2008 in Bali (Indonesien) Konferenzen stattfanden, unmittelbar vor der 2. Tagung der ASEM-Arbeitsminister in Bali. Der IGB nahm im Juni-Juli 2008 in Brüssel am ersten Treffen der ASEM-Sozialpartner teil.

Beträchtliche Unterstützung seitens der LO (Dänemark) ermöglichte dem IGB die Einstellung einer hauptamtlichen Forschungsbeauftragten. Im Rahmen dieses Programms wurden drei IGB-Berichte veröffentlicht: über Hedge-Fonds (*"Where the House Always Wins"*, Juni 2007), zur Ernährungskrise (*"A Recipe for Hunger, How the World is Failing on Food"*, März 2009) und zur Wirtschaftskrise (*"Arbeitsplätze – der Weg zur Konjunkturerholung"*, September 2009).

Der IGB nahm während des Berichtszeitraums an allen Jahrestagungen des Weltwirtschaftsforums (WWF) jeweils im Januar in Davos (Schweiz) teil, beteiligte sich an den WWF-Plenarsitzungen und Nebenveranstaltungen und hielt bilaterale Sitzungen mit den Spitzen der wichtigsten internationalen Organisationen ab, darunter der UN-Generalsekretär, der WTO-Generaldirektor, der Leiter/die Leiterin des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), der UNAIDS-Exekutivdirektor, der OECD-Generalsekretär und der Vorsitzende der International Crisis Group. Zusammenkünfte fanden ferner mit Regierungsvertretern aus verschiedenen Ländern statt.

Unterstützt wurde die Arbeit des IGB in diesem Bereich in erheblichem Maße durch das Forschungsnetzwerk von Global Unions (GURN), das mit Unterstützung des IAO-Büros für Tätigkeiten für Arbeitnehmer (IAO-ACTRAV) betrieben wurde. Der IGB ermöglichte Online-Diskussionen des GURN und koordinierte eine GURN-Internetseite über bilaterale Handels- und Investitionsabkommen. Der IGB nahm zudem an Sitzungen des GURN und seines Lenkungsausschusses teil, und er beteiligte sich an Konferenzen der Global Labour University (GLU), (Johannesburg, Südafrika, April 2007, sowie Kassel, Deutschland, September 2007, und Berlin, Deutschland, Juni 2008).

4. Politische Zusammenarbeit zur Auseinandersetzung mit der Globalisierung

Wie im bei der 3. IGB-Vorstandssitzung (Washington, Dezember 2007) beschlossenen IGB-Sonderaktionsprogramm bezüglich eines Projektes zur Globalisierung vorgesehen, wurden eine Reihe von IGB-Aktionen gemeinsam mit Verbündeten in nicht-staatlichen Organisationen und politischen Parteien durchgeführt, vor allem mit Solidar und dem Global Progressive Forum (GPF), das auf eine Initiative der Sozialistischen Internationale (SI) u.a. zurückgeht.

In diesem Zusammenhang nahm der IGB an einer Reihe hochrangiger Diskussionen mit ausgewählten progressiven Führungspersonlichkeiten teil, darunter die Generaldirektoren der IAO und der WTO sowie der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Europas (Genf, Oktober 2007, Oktober 2008, Februar 2009 und Oktober 2009 sowie Brüssel, März 2009). Im Februar 2008 fand in Genf eine Diskussionsrunde statt, bei der rund zehn führende Gewerkschaftsvertreter/innen sowie etwa genauso viele Führungspersonlichkeiten aus der Politik und aus dem Kreis wichtiger internationaler Organisationen zusammenkamen, um auf eine politische Agenda für einen globalen Ordnungsrahmen und eine kohärente internationale Politik hinzuarbeiten. Die Präsidentin und der Generalsekretär des IGB sowie eine umfangreiche und hochrangige Gewerkschaftsdelegation nahmen an der dritten internationalen Konferenz des GPF im April 2009 in Brüssel teil.

Im Januar 2007 lancierten IGB, EGB, Solidar, Social Alert und das GPF beim Weltsozialforum (WSF) in Nairobi (Kenia) eine gemeinsame Kampagne für menschenwürdige Arbeit. Anlässlich des IAO-Forums für menschenwürdige Arbeit für eine faire Globalisierung starteten die Kampagnenpartner im Oktober 2007 in Lissabon eine weltweite Petition zugunsten des Aktionsaufrufes für menschenwürdige Arbeit und ein menschenwürdiges Leben. Der IGB hat bei den beiden Tagungen des WSF während des Berichtszeitraums (Nairobi, Januar 2007 und Belem, Brasilien, Januar 2009) Seminare und andere Veranstaltungen organisiert und an den meisten Sitzungen des Internationalen Rates des WSF und dessen kleinerer Verbindungsgruppe teilgenommen. Die an der Kampagne für menschenwürdige Arbeit beteiligten Partner organisierten beim 5. Europäischen Sozialforum (ESF) (Malmö, Schweden, September 2008) eine weitere Veranstaltung. Der Globale Mobilisierungs- und Aktionstag des WSF am 26. Januar 2008 wurde vom IGB unterstützt.

Der IGB nahm an einer Konferenz der Spitzen führender internationaler Lobby-NGOs (International Advocacy NGOs – IANGO) (Genf, Juni 2007) sowie an Podiumsdiskussionen bei CIVICUS-Welttreffen teil (Glasgow, Großbritannien, Mai 2007 und Juni 2008). Außerdem setzte der IGB seine Arbeit mit der Weltweiten Aktion gegen Armut (Global Call to Action against Poverty – GCAP) fort, u.a. anlässlich des weltweiten "White Band Day" am 17. Oktober 2007.

5. Entwicklung, Beschäftigung und die internationalen Finanzinstitutionen

Mittels zweimal pro Jahr abgegebener Erklärungen, zahlreicher weiterer schriftlicher und mündlicher Beiträge und hochrangiger Zusammenkünfte hat der IGB gemeinsam mit den GUFs und dem TUAC weiterhin eine umfassende Reform der Politik und Praktiken des IWF und der Weltbank gefordert. Über das IGB/Global-Unions-Büro in Washington hat der IGB unter Verwendung eines elektronischen Forums und anderer Kommunikationsmittel regelmäßig Informationen über die Aktivitäten der internationalen Finanzinstitutionen (IFI) und deren Auswirkungen auf Beschäftigte und Gewerkschaften bereitgestellt und im Namen zahlreicher Mitgliedsorganisationen Lobbyarbeit in Bezug auf die länderbezogenen Programme der IFI durchgeführt. Während die Strukturanpassungsprogramme und andere Kreditaufgaben der IFI weiterhin höchst problematisch für die Gewerkschaften waren, gab es in anderen Bereichen Fortschritte zu verzeichnen.

Die Einhaltung der Kernarbeitsnormen wurde ab Mai 2006 zu einer Bedingung für sämtliche Kredite der für die Kreditvergabe an den privaten Sektor zuständigen Internationalen Finanz-Corporation (IFC) der Weltbank gemacht und ab 2007 allmählich auch an von der Weltbank finanzierte Projekte im öffentlichen Sektor geknüpft. Im Jahr 2009 haben sich alle multilateralen Entwicklungsbanken bereit erklärt, die Kernarbeitsnormen in ihre harmonisierten Beschaffungsverträge für Infrastrukturprojekte aufzunehmen. Das Büro in Washington war an diesbezüglichen Eingaben und Konsultationen mit einigen regionalen Entwicklungsbanken beteiligt, vor allem mit der Asiatischen und der Europäischen Bank sowie mit der Weltbank. Seit die IFC die Einhaltung der Kernarbeitsnormen im Jahr 2006 zu einer Kreditaufgabe gemacht hat, hat das Büro die GUFs regelmäßig über anstehende IFC-Investitionen in ihren jeweiligen Branchen unterrichtet. Bei mehr als 20 Projekten wurde mit der IFC über mögliche Verstöße diskutiert, wobei in mehreren Fällen Korrekturmaßnahmen ergriffen wurden.

Der IGB hat mit seinen wiederholten Eingaben beim IWF und bei der Weltbank einige positive Ergebnisse erzielt. Insbesondere wurden die IFI dringend aufgefordert, die einzelnen Länder nicht länger unter Druck zu setzen, ihre Arbeitsgesetze zu demontieren oder zu schwächen, was durch die Anwendung der kontroversen Indikatoren der jährlichen Weltbank-Veröffentlichung *Doing Business* für die Flexibilität des Arbeitsmarktes geschah, die die besten Noten an Länder mit den geringsten Schutzvorkehrungen für ihre Beschäftigten vergibt. Der IWF hat seine Mitarbeiter/innen im August 2008 angewiesen, künftig in sämtlichen politischen Berichten und Empfehlungen auf diese Indikatoren zu verzichten, und die Weltbank ist seinem Beispiel im April 2009 gefolgt. Die Bank hat die Arbeitsmarkindikatoren von *Doing Business* darüber hinaus aus ihren Kreditaufgaben herausgenommen und im September 2009 mit einer Bestandsaufnahme begonnen, um einen alternativen Ansatz in Arbeitsmarktfragen zu entwickeln. Die IAO, der IGB und andere Organisationen wurden gebeten, Vertreter/innen für einen Ausschuss zu benennen, der die Bank dabei beraten soll.

Auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen dem IWF, der Weltbank, dem IBFG und dem WVA vom Februar 2002 über einen verbesserten regelmäßigen Dialog fanden hochrangige Treffen der IFI mit Global Unions im Dezember 2006 und im Januar 2009 statt, das fünfte bzw. sechste Mal auf regelmäßiger zweijährlicher Basis. An den Zusammenkünften nahmen die Generalsekretäre des IGB, mehrerer GUFs, des TUAC, eine Reihe von IGB-Mitgliedsorganisationen sowie die Spitzen der IFI und einige ihrer Mitarbeiter teil. Ende 2010 war eine weitere Runde hochrangiger Zusammenkünfte geplant.

Die Vereinbarung von 2002 sah zudem themenbezogene Sitzungen und einen ausführlichen Austausch zu spezifischen Fragen vor. Im Dezember 2007 fand eine Sitzung statt, um fünf Jahre nach Abschluss der Vereinbarung eine umfassende Bestandsaufnahme des Austausches zwischen Gewerkschaften und IFI vorzunehmen, wobei man sich auf einige Verbesserungen des Verfahrens verständigte, u.a. auf eine Ausweitung der länderbezogenen IFI-Konsultationen mit Gewerkschaften in kreditnehmenden Ländern. Im Dezember 2007 fand ferner eine themenbezogene Sitzung bezüglich der Arbeit der Weltbank im Bereich HIV/Aids statt, und im Januar 2009 wurden die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Weltbankprogramme erörtert. Es ist eine weitere themenbezogene Sitzung mit der Weltbank geplant, um deren Arbeit in Bezug auf Rentenreformen zu besprechen, die die Gewerkschaften scharf kritisiert haben, da die Bank Reformen unterstützt, die die Privatisierung öffentlicher Systeme beinhalten.

Der IGB und die Weltbank haben vereinbart, dass die Gewerkschaften während des Jahres 2009 Personen an die Weltbank "abstellen", um Recherchen anzustellen und Empfehlungen bezüglich der länderbezogenen Ratschläge der Bank zu Arbeitsmarktreformen abzugeben. Diese Abstellung eines Sachverständigen der Gewerkschaften, der die Bank sechs Monate lang beraten sollte, war die sechste ihrer Art seit 2003, wobei zwei Personen von GUFs kamen. Sieben GUFs sind an "Kontaktstellen" von Bank und Gewerkschaften beteiligt, bei deren Einrichtung das Büro in Washington behilflich war und die eine direkte Kommunikation zwischen den für die verschiedenen Branchen zuständigen Abteilungen der Weltbank und den relevanten GUFs ermöglichen.

Die Eingaben bei den IFI in den Jahren 2008 und 2009 konzentrierten sich hauptsächlich auf deren Reaktion auf die Ernährungs- und Benzinpreiskrise sowie auf die globale Finanz- und Wirtschaftskrise. Dies war Hauptthema der Erklärungen von Global Unions anlässlich der zweimal pro Jahr stattfindend IFI-Tagungen auf Ministerienebene sowie weiterer Eingaben bei Konsultationen der IFI selbst, der Vereinten Nationen und der G20. Der IGB hat eine beträchtliche Erhöhung der von beiden IFI gewährten Unterstützung für von den Krisen betroffene Länder befürwortet, jedoch betont, dass diese Unterstützung nicht an die traditionell mit IFI-Krediten verbundenen wirtschaftspolitischen Auflagen geknüpft sein sollte. In den letzten Jahren wurden die Strukturanpassungsauflagen von IFI-Krediten in der Tat vermindert, aber viele IWF-Kredite an Krisenländer beinhalten nach wie vor Austeritätsauflagen, die sich vor allem auf die Ausgaben des Staates ausgewirkt haben, wie etwa auf Sozialleistungen wie Renten sowie auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Das Büro in Washington machte verschiedene Eingaben bei den IFI im Namen von IGB-Mitgliedsorganisationen in zahlreichen kreditnehmenden Ländern, häufig im Zusammenhang mit den spezifischen Kreditauflagen dieser Länder oder unzureichenden Konsultationen mit den Gewerkschaften seitens der IFI hinsichtlich ihrer Programme. Um die Kampagnenarbeit der Mitgliedsorganisationen auf nationaler Ebene im Zusammenhang mit der IFI-Politik zu unterstützen, beteiligte sich das Büro in Washington an regionalen bzw. subregionalen Schulungsaktivitäten, die gemeinsam mit den IGB-Regionalorganisationen und GUFs organisiert wurden. In den Jahren 2007-2009 fanden derartige Schulungsaktivitäten in englisch- und französischsprachigen afrikanischen Ländern, im Nahen Osten und in Nordafrika, in Südasien, in der Region Südostasien/Pazifik, in Mittel- und Osteuropa, in Mittelamerika und der Karibik sowie in Südamerika statt. Der IGB hat einen in verschiedenen Sprachen verfügbaren Gewerkschaftsleitfaden mit praktischen Informationen und Strategien für Kontakte der Gewerkschaften mit den internationalen Finanzinstitutionen zusammengestellt

und aktualisiert ("*Challenging the IFIs: Practical information and strategies for trade union engagement with international financial institutions*").

6. Arbeitsschutz, Umwelt und nachhaltige Entwicklung

Während des Berichtszeitraums beteiligten sich die Gewerkschaften in größerem Umfang an den Aktivitäten der UN und zwischenstaatlicher Gremien bzw. Prozesse im Bereich Arbeitsschutz, Umwelt und nachhaltige Entwicklung. Darüber hinaus zielten die Aktivitäten auf den Ausbau der Kapazitäten und politischen Entscheidungsstrukturen der Gewerkschaften in diesen Bereichen ab.

Jedes Jahr am 28. April wurde der Internationale Gedenktag für bei der Arbeit verstorbene und verunglückte Beschäftigte begangen, an dem sich Hunderttausende Gewerkschaftsmitglieder und Arbeitsschützer beteiligten. Gewerkschaften, Regierungen und viele andere Einrichtungen wie die IAO sowie ein breites Spektrum beruflicher und nichtstaatlicher Organisationen sowie auch einige Arbeitgeber organisierten Aktivitäten in mehr als 120 Ländern. Im Einklang mit der Forderung des Wiener Kongresses nach einem weltweiten "Verbot der Verwendung von und des Handels mit Asbest" richtete der IGB seine Aktivitäten anlässlich des 28. April im Jahr 2007 schwerpunktmäßig auf Asbest aus, und in den Jahren 2007-09 folgten weitere Aktionen in Verbindung mit den GUFs, der IAO und der WHO in bezug auf Chrysotilasbest. 2008 und 2009 wurden Aktivitäten unter dem gemeinsamen globalen Motto "Guter Arbeitsschutz für alle Beschäftigten" durchgeführt. Bei vielen der Aktivitäten, wie Workshops, Debatten, und Kundgebungen, ging es schwerpunktmäßig um Arbeitsunfälle, Krebserkrankungen, chemische Stoffe und spezifische Schadstoffe wie Asbest und Kadmium sowie um ungesunde Arbeitsbedingungen, von schädlichen Lärmpegeln bis hin zu Muskel-Skelett-Erkrankungen und den Folgen von Stress sowie Fragen im Zusammenhang mit der Nanotechnologie.

Der IGB beteiligte sich aktiv an UNEP-Verhandlungen über ein künftiges internationales Instrument zum Verbot von Quecksilber sowie an einer Kampagne gegen die Verwendung von Kadmium. Die Gewerkschaften waren weiterhin am Strategischen Ansatz der UN für ein Internationales Chemikalienmanagement (Strategic Approach to International Chemicals Management - SAICM) beteiligt, mit einem Sitz für den IGB in dessen Lenkungsausschuss, ebenso wie am UN-Übereinkommen über langlebige organische Umweltschadstoffe (Persistent Organic Pollutants - POPs), am UN-Übereinkommen über den grenzüberschreitenden Transport gefährlicher Stoffe sowie am Internationalen Forum für chemische Sicherheit und an Diskussionen über chemische Stoffe bei der OECD. Priorität hatte dabei die Notwendigkeit, die berufliche Exposition gegenüber Chemikalien zu berücksichtigen, die Kapazitäten der Beschäftigten und der Gewerkschaften auszubauen und Konsultationsverfahren auf allen Ebenen einzuführen sowie die Sichtbarkeit von Gewerkschaftskampagnen zu dieser Frage zu erhöhen. Der IGB begann Aktivitäten im Zusammenhang mit den Arbeitsschutzaspekten von Nanotechnologien und Nanomaterialien, hauptsächlich über den SAICM und gemeinsam mit dem TUAC im Rahmen der OECD.

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat 2007 einen Globalen Aktionsplan für den Schutz der Gesundheit von Arbeitnehmern verabschiedet, und der IGB hat sich gemeinsam mit den GUFs darum bemüht, die Rolle der Gewerkschaften bei dessen Umsetzung auszubauen. Der Aktionsplan beinhaltet u.a. die Beendigung asbestbedingter Erkrankungen, vor allem mit Chrysotil zusammenhängender Erkrankungen, die Prävention chemischer Gefahren am Arbeitsplatz, betriebliche Gesundheitsdienste und Beschäftigte im Gesundheitswesen, die Prävention von arbeitsbedingtem

Stress und anderen Faktoren sowie die Förderung rauch- und alkoholfreier Arbeitsplätze.

Bei der UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) setzten sich die IGB-Vertreter für die Anliegen und Vorschläge der Gewerkschaften in Bezug auf Energiefragen, Klimawandel, Luftverschmutzung und industrielle Entwicklung (2007) sowie Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Wüstenbildung, Dürren und Afrika ein (2008-2009). Es wurden verschiedene Aktivitäten parallel zur Teilnahme des IGB an der CSD organisiert, wie etwa ein hochrangiges Mittagessen, bei dem es um grüne Arbeitsplätze ging, drei Dialogsitzungen mit Gewerkschaften im Zusammenhang mit Nachhaltigkeit, Nebenveranstaltungen, Strategiesitzungen usw.

Umfassende länderbezogene Profile lieferten detaillierte Datenbankinformationen zu einer Vielzahl von Themen, darunter nachhaltige Entwicklung, Energie und Klimawandel, Arbeitsschutz, Asbest, HIV/Aids sowie Rechenschaftspflicht der Unternehmen, und die Arbeit in diesem Bereich wurde während des Berichtszeitraums erheblich ausgeweitet.

Als Folgemaßnahme zu der Weltversammlung der Gewerkschaften für Arbeit und Umwelt im Jahr 2006 wurden unter Beteiligung des IGB eine Reihe von Aktivitäten auf regionaler Ebene organisiert, um die Kapazitäten der Gewerkschaften in diesen Bereichen auszubauen. Dem IGB wurde zudem der Vorsitz im UNEP-Forum für die Zivilgesellschaft im Rahmen des leitenden Organs des UNEP (Governing Council) übertragen.

Im Rahmen seiner Maßnahmen zum Ausbau der Beziehungen zwischen Arbeit und Umwelt veröffentlichte der IGB im Jahr 2008 gemeinsam mit der IAO, dem UNEP und der IOE einen umfassenden Bericht über grüne Arbeitsplätze mit dem Titel "Green Jobs: Towards Decent Work in a Sustainable, Low-Carbon World". Dieser Arbeit wurden mit der Initiative "Grüne Wirtschaft" Folgemaßnahmen des UNEP angeschlossen, bei der der IGB und GUFs um ihre Ansichten bezüglich der Vorbereitung eines neuen Berichtes zur Veröffentlichung im Jahr 2010 gebeten wurden. Mit anderen Gruppen der Zivilgesellschaft wird zudem über die Möglichkeit eines "Bündnisses für eine grüne Wirtschaft" diskutiert, um das Konzept einer sozial gerechten, umweltfreundlichen Wirtschaft und die dafür erforderlichen Maßnahmen öffentlichkeitswirksamer darzustellen.

Im Juni 2007 betonte der IGB-Vorstand, dass es unerlässlich für die Gewerkschaften sei, klimarelevante soziale Fragen (Beschäftigung, Löhne, Migration, Konsultation usw.) stärker in der Öffentlichkeit hervorzuheben. Die Maßnahmen der Gewerkschaften müssten sich bei den laufenden internationalen Verhandlungen widerspiegeln. Der Vorstand beschloss daher im Dezember 2007 die Einrichtung einer Arbeitsgruppe der Gewerkschaften zum Thema grüne Arbeitsplätze und Klimawandel, deren Mitglieder zu 30% Frauen waren, einschließlich der Vorsitzenden.

2007 richteten die Gewerkschaften eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe Klimawandel ein, um die UNFCCC-Verhandlungen aufmerksam zu verfolgen, und während des Berichtszeitraums traf diese Arbeitsgruppe mindestens zweimal pro Jahr zusammen. Ab Dezember 2009 gehörten ihr 49 Gewerkschaftsdachverbände aus 39 Ländern, die drei IGB-Regionalorganisationen und der EGB, 5 GUFs und der TUAC an, und sie wurde von der IAO unterstützt.

Ein von der Stiftung Sustainlabour koordiniertes ehrgeiziges Programm für den Bereich Arbeit und Umwelt ermöglicht die Schulung von Gewerkschafterinnen und

Gewerkschaftern im Zusammenhang mit Fragen des Klimawandels, wozu in allen drei Entwicklungsregionen Schulungsmaßnahmen organisiert wurden. Zu diesem Zweck wurden ferner Handbücher und andere Schulungsmaterialien zusammengestellt.

Nach 2007 weiteten die Gewerkschaften ihre formelle Beteiligung an UNFCCC-Tagungen aus, vor allem durch eigene Beiträge, die Organisation von Nebenveranstaltungen und die Teilnahme an Workshops. Im Jahr 2007 gehörten der Gewerkschaftsdelegation 75 Mitglieder von 60 Organisationen in 22 Ländern an. Im Jahr 2008 beteiligte sich eine 84-köpfige Gewerkschaftsdelegation aus 28 Ländern an den Gewerkschaftsaktivitäten, die in Verbindung mit der 14. jährlichen Vertragsstaatenkonferenz (COP14) (Poznań/Posen, Polen, Dezember 2008) organisiert wurden. Im Dezember 2009 entsandten die Gewerkschaften ihre bis dahin größte Delegation zu Umweltverhandlungen. Mehr als 500 Gewerkschafter/innen reisten nach Kopenhagen (Dänemark), um an Aktivitäten in Verbindung mit der 15. Vertragsstaatenkonferenz des UNFCCC vom 7. – 18. Dezember 2009 teilzunehmen. 290 von ihnen waren im Rahmen der offiziellen Gewerkschaftsdelegation bei der COP15 angemeldet. Die Vertreter/innen der Gewerkschaften beteiligten sich an einem umfangreichen Lobbyprogramm und weiteren Aktivitäten, um die Gewerkschaftsvorschläge deutlicher hervorzuheben. Zum ersten Mal organisierte der IGB darüber hinaus gemeinsam mit der LO (Dänemark) einen Pavillon der Welt der Arbeit (World of Work – WoW), in dessen Rahmen 28 Veranstaltungen organisiert wurden, um das Engagement, die Vielfalt und das Interesse der Gewerkschaftsbewegung in Sachen Klimaschutz deutlich zu machen. Der WoW-Pavillon wurde von mehr als 1.000 Menschen besucht, obwohl die Rahmenbedingungen sehr schwierig waren.

Die elektronischen Kommunikationsmittel wurden während des Berichtszeitraums ausgeweitet, um mehr Themen abdecken zu können, und die Zahl der regelmäßigen Teilnehmer/innen lag bei 1.000. Neben den zahlreichen Foren, die eingerichtet wurden, um die Organisation von Sitzungen bzw. Arbeitsprozessen zu unterstützen, lieferten sieben weitere themenspezifische E-Mail-Versandlisten Informationen über nachhaltige Entwicklung, Umwelt, Arbeitsschutz, Klimawandel, chemische Stoffe und den Internationalen Gedenktag am 28. April.

Im September 2008 wurde eine Internetseite eingerichtet, um auf die Bedürfnisse der Mitgliedsorganisationen in Bezug auf Klimawandel und grüne Arbeitsplätze einzugehen, wobei geplant war, diese Seite noch auf weitere Aktivitäten im Zusammenhang mit nachhaltiger Entwicklung und Arbeitsschutz auszuweiten.

7. Vereinte Nationen

Während des Berichtszeitraums hat sich der IGB aktiv am Wirtschafts- und Sozialrat (ECOSOC) der Vereinten Nationen sowie an dessen Fachkommissionen, Tagungen auf hoher Ebene und jährlichen Arbeitstagungen beteiligt, die Beteiligung der Gewerkschaften koordiniert und mittels der Global-Unions-Versandliste für Fragen im Zusammenhang mit den Vereinten Nationen über relevante Entwicklungen berichtet. Bei der Kommission für Soziale Entwicklung (engl. Abk. CSocD) wurde in den Jahren 2007 und 2008 ein zweijähriger Themenzyklus über "Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit" behandelt. Der IGB verteilte Erklärungen, verrichtete Lobbyarbeit, koordinierte die Beteiligung der Gewerkschaften und richtete während der CSocD-Tagung 2008 (New York, Februar 2008) gemeinsam mit der FES ein Gewerkschaftsseminar aus, um sicherzustellen, dass sich die Ansichten der Gewerkschaften umfassend in der CSocD-Entscheidung zum Hauptthema widerspiegeln. Auch an dem 2009 angelaufenen neuen Zyklus der CSocD zum Thema soziale Integration war der IGB wieder beteiligt.

Der IGB hat in enger Zusammenarbeit mit der BI und der IÖD die Beteiligung der Gewerkschaften an der 51., 52. und 53. Tagung der Kommission für die Rechtsstellung der Frau (CSW, 2007 bis 2009) koordiniert, Erklärungen verteilt, mündliche Beiträge zu offiziellen Plenardebatten geleistet, Nebenveranstaltungen organisiert und sich bei den Regierungen für Fortschritte hinsichtlich der Gleichstellung der Geschlechter in der Welt der Arbeit bemüht. Dank der Lobbyarbeit der Gewerkschaften wurden Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit letztendlich in den Schlussfolgerungen der 52. CSW erwähnt.

Der IGB wirkte aktiv an der ersten zweijährlichen Tagung des Forums für Entwicklungszusammenarbeit (DCF) im Juli 2008 sowie an seinem vorbereitenden Symposium auf hoher Ebene im Juni 2008 mit und beteiligte sich an den Vorbereitungen auf das im Juli 2010 geplante zweite DFC. Gemeinsam mit seinen Global-Unions-Partnern, vor allem der IÖD, UNI, der BHI und der ITBLAV, beteiligte sich der IGB in den Jahren 2007, 2008 und 2009 am Globalen Forum für Migration und Entwicklung (GFMD). Während des Berichtszeitraums nahmen Vertreter/innen des IGB an den Sitzungen der Überwachungsgremien teil, die im Rahmen von Menschenrechtskonventionen eingerichtet wurden. Sie lieferten Regierungsvertretern Informationen aus der Jährlichen Übersicht des IGB über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten zur Verwendung bei der Behandlung von Berichten der Vertragsstaaten der Konventionen. Dazu gehörten der Menschenrechtsausschuss und der Ausschuss für die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW).

Während des Jahres 2008 beschäftigte sich der IGB erneut intensiv mit den Vorbereitungen auf die UN-Folgekonferenz zur Entwicklungsfinanzierung, die im Dezember 2008 in Doha (Katar) stattfand. In diesem Zusammenhang nahm er von Februar bis Mai 2008 an den Sitzungen zur Überprüfung der sechs Kapitel des Konsenses von Monterrey aus dem Jahr 2002 teil. Der IGB war zudem bei den hochrangigen ECO-SOC-Sitzungen mit den Bretton-Woods-Institutionen, der WTO und der UNCTAD im April 2008 sowie bei den Anhörungen der Mitgliedsstaaten mit der Zivilgesellschaft im Juni 2008 vertreten, die der Vorbereitung auf die Doha-Konferenz dienten, und verfolgte zwischen Juli und November 2008 aufmerksam die Verhandlungen über das Schlussdokument. Der IGB war bei der Konferenz in Doha mit einer umfangreichen Delegation vertreten, verteilte seine Erklärung über die Finanzierung menschenwürdiger Arbeit und setzte sich für ein überzeugendes Schlussdokument ein, das die Mitgliedsstaaten dazu verpflichten würde, wirksame Lösungen zur Überwindung der globalen Finanzkrise zu finden. In Zusammenarbeit mit der FES und der IAO sowie mit NGO-Partnern wie Solidar, World Solidarity International und dem Global Progressive Forum organisierte der IGB Nebenveranstaltungen und nahm an den offiziellen Runden Tischen der Konferenz teil.

Der IGB arbeitete sowohl während des Vorbereitungsprozesses als auch bei der Doha-Konferenz selbst eng mit einem Bündnis nichtstaatlicher Organisationen, der sogenannten Doha-NGO-Gruppe (DNG), zusammen, organisierte unmittelbar vor der Konferenz ein Forum der Zivilgesellschaft in Doha und koordinierte die Lobby- und Medienarbeit. Dies diente dazu, den Schlüsselforderungen nach sozialer Gerechtigkeit in einem überzeugenden Schlussdokument Nachdruck zu verleihen. Es gelang dem IGB zudem, aus gemeinsamen Gebermitteln für die DNG finanzielle Unterstützung für die Teilnahme einer möglichst großen Zahl von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern an der Konferenz aufzubringen. Bei der anschließenden Evaluierung begrüßte der IGB die Tatsache, dass in der Erklärung von Doha bestätigt wurde, wie wichtig die Finanzierung menschenwürdiger Arbeit als unerlässliche Komponente von Entwicklungsstrategien sei.

Wie weiter oben unter der Überschrift "Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise" bereits erwähnt, richtete der IGB während des Jahres 2009 besonderes Augenmerk auf die Vorbereitungen der Konferenz der Vereinten Nationen über die weltweite Wirtschafts- und Finanzkrise und deren Auswirkungen auf die Entwicklung, auf die Konferenz selbst, die im Juni 2009 stattfand, sowie von Juli bis Dezember 2009 auf die anschließenden Folgemaßnahmen. Der IGB verfolgte die Verhandlungen über das Schlussdokument aufmerksam, verteilte seine Erklärung an die Konferenzdelegierten und organisierte gemeinsam mit der FES eine Nebenveranstaltung bei der Konferenz, um die Auswirkungen der Krise auf die Beschäftigung und die Notwendigkeit einer angemessenen Reaktion aller UN-Mitgliedsstaaten hervorzuheben. Der IGB hielt an seiner Strategie der Zusammenarbeit mit dem breiten Doha-NGO-Bündnis fest, das sich zur Gruppe für globale soziale Wirtschaft (Global Social Economy Group – GSEG) weiterentwickelte, um einen breiter gefassten Auftrag zur Beeinflussung der politischen Reaktionen auf die globale Krise widerzuspiegeln. Diese Zusammenarbeit diene weiterhin dem Zweck, die Beteiligung der Gewerkschaften auszuweiten und gemeinsame Botschaften zu unterstreichen.

Der IGB beteiligte sich aktiv an der Arbeitstagung des ECOSOC im Juli 2009 in Genf und war dabei Mitausrichter einer Nebenveranstaltung zum Thema "Entwicklungsfinanzierung in Krisenzeiten – ein interaktiver Dialog", bei der der IGB die Bedeutung des Globalen Paktes für Beschäftigung unterstrich. Bei dieser Tagung verfolgte der IGB zudem aufmerksam die ECOSOC-Verhandlungen über Folgemaßnahmen zu verschiedenen Aspekten der Entwicklungsfinanzierung, wie etwa bezüglich des Ausbaus der institutionellen Verfahren zur generellen Auseinandersetzung mit der Entwicklungsfinanzierung, der Zusammenarbeit in Steuerfragen und der politischen Reaktionen auf die Krise. Ebenfalls aufmerksam verfolgt hat der IGB die Arbeit der im August 2009 eingesetzten Ad-hoc-Arbeitsgruppe der Generalversammlung, die den Auftrag hat, den Empfehlungen des Schlussdokumentes zur Krise Folgemaßnahmen anzuschließen, wobei er sich für antizyklische Maßnahmen einsetzte, die der Agenda für menschenwürdige Arbeit und den Schlüsselempfehlungen des Globalen Paktes für Beschäftigung Priorität einräumen.

8. Internationale Arbeitsorganisation

Durch seine Vertreter/innen in der Arbeitnehmergruppe des IAO-Verwaltungsrates und dadurch, dass er das Sekretariat der Gruppe stellte, setzte der IGB seine Bemühungen um die Mitgestaltung einer Agenda der Arbeit innerhalb der IAO fort.

Internationale Arbeitskonferenz

Die 96. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz (2007) fand vor dem Hintergrund von Bemühungen darum statt, dass Dreigliedrigkeit und internationale Arbeitsnormen weiterhin im Mittelpunkt der Arbeit der IAO stehen würden. Bei einer allgemeinen Aussprache über die Stärkung der Fähigkeit der IAO, ihre Mitglieder zu unterstützen, wurden Vorschläge dazu entwickelt, wie die Ziele hinsichtlich menschenwürdiger Arbeit vor dem Hintergrund der Globalisierung verwirklicht werden können, und die Verpflichtungen zu den in der Verfassung der IAO und in ihrer Erklärung von 1998 über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit gesteckten Zielen erneuert. Nahezu einstimmig angenommen wurden ein Übereinkommen und eine Empfehlung zur Arbeit im Fischereisektor, nachdem es im Jahr 2005 an einer Stimme gefehlt hatte. Eine allgemeine Aussprache über nachhaltige Unternehmen endete mit der Feststellung, dass die Unternehmen den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Stützen einer nachhaltigen Entwicklung Rechnung tragen müssten und dass die

Agenda für menschenwürdige Arbeit die Grundlage für die künftige Arbeit der IAO im Bereich der Unternehmensförderung bilden müsse. Bei der Konferenz wurde eine Videobotschaft von Nelson Mandela eingespielt, dem der IAO-Forschungspreis für menschenwürdige Arbeit verliehen wurde. Die Konferenz verabschiedete das Programm und den Haushalt der IAO für die Jahre 2008-2009 in Höhe von USD 641,7 Millionen (ein nominelles Nullwachstum gegenüber dem vorangegangenen Zweijahreszeitraum).

Bei der 97. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz (2008) wurde im Anschluss an die allgemeine Aussprache im Jahr 2007 über die Stärkung der Fähigkeit der IAO, ihre Mitglieder zu unterstützen, die bahnbrechende Erklärung über soziale Gerechtigkeit für eine faire Globalisierung angenommen. Darin wurde bestätigt, wie wichtig die integrierte Förderung der vier Komponenten menschenwürdiger Arbeit sei, um soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt der globalen Wirtschaft zu rücken. Geschlechtsspezifische Fragen und Nichtdiskriminierung wurden als übergreifende Themen menschenwürdiger Arbeit und die prioritären Übereinkommen in Bezug auf Beschäftigung, Dreigliedrigkeit und Arbeitsaufsicht als Instrumente für die Steuerung sozioökonomischer Belange herausgestellt. Mit der Erklärung wurde ein System für die jährliche Überprüfung der Komponenten menschenwürdiger Arbeit sowie ein Begutachtungsverfahren eingeführt und das Mandat der IAO, sämtliche wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen vor dem Hintergrund des Ziels der sozialen Gerechtigkeit zu prüfen, bekräftigt.

Bei derselben Tagung wurde der Verwaltungsrat für den Zeitraum 2008-2011 gewählt. Bei einer Aussprache über ländliche Beschäftigung zur Verminderung der Armut wurde ein Aktionsplan zur Korrektur der zahlreichen Defizite bezüglich menschenwürdiger Arbeit in ländlichen Gegenden angenommen, ebenso wie eine EntschlieÙung zur Ernährungskrise, mit der die IAO aufgefordert wurde, die beschäftigungsrelevante Dimension der Krise zu untersuchen. Bei der allgemeinen Aussprache über Qualifikationen für mehr Produktivität, Beschäftigungswachstum und Entwicklung ging es hauptsächlich um die Rolle von Qualifizierungsmaßnahmen bei der Auseinandersetzung mit den Herausforderungen der Globalisierung, unter besonderer Berücksichtigung informeller und atypischer Beschäftigter sowie derjenigen in Lieferketten. Professor Stiglitz wurde der Forschungspreis für menschenwürdige Arbeit verliehen, nachdem ihn der IGB nominiert hatte.

Die 98. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz (2009) fand zu einer Zeit statt, als die beschäftigungsbezogenen und sozialen Folgen der Krise für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in großem Umfang zu spüren waren. Es wurde ein Globaler Pakt für Beschäftigung angenommen, inklusive eines politischen Maßnahmenpakets zur Auseinandersetzung mit der Krise auf der Grundlage von menschenwürdiger Arbeit und einer Reihe von Empfehlungen zur Förderung einer Umgestaltung des derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklungsmodells, um Fairness und soziale Gerechtigkeit herbeizuführen. An die Aussprache schloss sich ein Gipfel zur globalen Beschäftigungskrise an, an dem hochrangige Vertreter/innen der Mitgliedsstaaten und der Sozialpartner teilnahmen, um Gedanken über Strategien zur Überwindung der Krise auszutauschen. Der Ausschuss HIV/Aids in der Welt der Arbeit beendete den ersten Teil einer zweijährigen Aussprache über eine internationale Arbeitsnorm betreffend HIV/Aids in der Welt der Arbeit. Bei der allgemeinen Aussprache über die Gleichstellung der Geschlechter wurde die Notwendigkeit herausgestellt, die Gleichstellung der Geschlechter in den Mittelpunkt menschenwürdiger Arbeit zu rücken, da Frauen erheblich unter der Krise zu leiden hätten. Die Konferenz verabschiedete den Haushalt und das Programm für die Jahre 2010-2011 in Höhe von USD 726,7 Millionen (ein reales Nullwachstum gegenüber dem vorangegangenen Zweijahreszeitraum bei einem leichten Kostenanstieg).

Bei jeder Tagung der Konferenz wurde im Rahmen der Folgemaßnahmen zur Erklärung der IAO über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit (1998) jeweils ein ganzer Tag der Aussprache über den Gesamtbericht über Diskriminierung (2007), Vereinigungsfreiheit (2008) bzw. Zwangsarbeit (2009) gewidmet. Aus den Diskussionen ging hervor, dass trotz einiger Fortschritte mehr getan werden müsse, um diesen grundlegenden Rechten Geltung zu verschaffen.

Der Ausschuss für die Durchführung der Normen untersuchte in jedem Jahr, wie die Mitgliedsstaaten die von ihnen ratifizierten Übereinkommen durchführten. Einige der schwersten Fälle betrafen Birma, Kolumbien, Guatemala, Costa Rica, Simbabwe – was zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses führte –, Swasiland, Weißrussland, Philippinen, Bangladesch, Türkei und Iran.

Der Vollmachtenausschuss behandelte während des Berichtszeitraums zahlreiche Klagen im Zusammenhang mit der nur teilweise oder nicht erfolgten Zahlung von Aufwandsentschädigungen für Arbeitnehmer seitens der Regierungen sowie mit Einmischungen seitens der Regierungen in die Nominierung der Arbeitgeberdelegierten. Besonders ernst waren u.a. die Fälle Birma, Dschibuti, Iran, Simbabwe, Bangladesch und Venezuela. Außer im Falle des Jahres 2009 sprach der Ausschuss sein Bedauern darüber aus, dass der Prozentsatz der an der Konferenz teilnehmenden Frauen hinter der von den Vereinten Nationen festgelegten Zielgröße von 30% zurückgeblieben sei und rief mit Blick auf künftige Tagungen zu einer ausgewogeneren Vertretung von Frauen und Männern auf.

Verwaltungsrat

Ein immer wiederkehrender Punkt auf der Tagesordnung war Birma. In diesem Zusammenhang stellte die Arbeitnehmergruppe zwar fest, dass Opfer von Zwangsarbeit die Möglichkeit hätten, beim IAO-Verbindungsbüro Klagen einzureichen, äußerte aber auch ernsthafte Besorgnis über die Inhaftierung und Schikanie von Beschwerdeführern, die Inhaftierung von aktiven Gewerkschaftsmitgliedern, den anhaltenden Rückgriff auf Zwangsarbeit und Kindersoldaten sowie die mangelnde Umsetzung der Schlussfolgerungen des IAO-Untersuchungsausschusses zu diesem Thema.

Obwohl Weißrussland einen (auf den Entzug der APS-Präferenzen des Landes zurückgehenden) Aktionsplan verabschiedet hat, der konkrete Schritte zur Umsetzung der Empfehlungen des Untersuchungsausschusses vorsieht, hat der Verwaltungsrat festgestellt, dass es trotz gewisser Verbesserungen keine konkreten Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlungen des IAO-Untersuchungsausschusses gegeben habe, vor allem hinsichtlich der Zulassung von Gewerkschaften und gewerkschaftsfeindlicher Diskriminierung

Ferner diskutiert wurden u.a.: UN-Reform, Veränderungen bezüglich der Internationalen Arbeitskonferenz, um die Teilnahme an ihren politischen Tagungen zu verbessern, Versuche der ISO, Normen in Bereichen zu setzen, die in den Zuständigkeitsbereich der IAO fallen, wie etwa Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz, sowie die Weltbank-Veröffentlichung *“Doing Business”*, an der die Arbeitnehmergruppe bezüglich des Indikators für "die Beschäftigung von Arbeitnehmern" Kritik übte.

Der Ausschuss für Rechtsfragen und internationale Arbeitsnormen beschloss eine Strategie zur Verbesserung des Normensystems durch die Förderung der Ratifizierung und Durchführung der IAO-Urkunden, eine bessere Nutzung der technischen Zusammenarbeit und der länderbezogenen Programme für menschenwürdige Arbeit zu diesem Zweck, die Stärkung der Überwachungsverfahren und eine größere Sichtbarkeit der internationalen Arbeitsnormen. Die Arbeitnehmergruppe musste sich bei die-

ser Diskussion Bemühungen widersetzen, die darauf abzielten, das Überwachungssystem und die Normensetzungsrolle der Organisation zu untergraben. Es wurde davon ausgegangen, dass die Erklärung über soziale Gerechtigkeit neue Möglichkeiten eröffnen würde, um die Rolle der internationalen Arbeitsnormen als Eckpfeiler der IAO-Aktivitäten zu stärken.

Der Ausschuss für Vereinigungsfreiheit prüfte durchschnittlich 30 Fälle pro Sitzung, wobei insgesamt rund 130 Fälle anhängig waren. Die Arbeitgebervertreter griffen weiterhin die Rechtsprechung des Ausschusses an, und die Regierungen der Bewegung der Blockfreien bemühten sich darum, die Ausschussmitgliedschaft auf der Grundlage regionaler Kriterien auszuweiten, was die Arbeitnehmergruppe zu verhindern versuchte. Die Arbeitnehmergruppe begrüßte die neue Ausgabe (2006) der Zusammenfassung der Ausschussbeschlüsse als von unschätzbarem Wert für die Inkraftsetzung der Vereinigungsfreiheit. Zu den ernstesten Fällen, mit denen sich der Ausschuss befasste, gehörten Birma, Kolumbien, Eritrea, Äthiopien, Indonesien, Südkorea, Guatemala, Simbabwe, Kambodscha, Iran und Dschibuti.

Der Ausschuss für Beschäftigung und Sozialpolitik erörterte die Fortschritte bei der Umsetzung der Globalen Beschäftigungsagenda, wobei hinsichtlich der Rolle makroökonomischer Maßnahmen bei der Schaffung von Arbeitsplätzen noch mehr getan werden müsse. Die Arbeitnehmergruppe forderte verstärkte Bemühungen der IAO um die Modernisierung der Arbeitsaufsichtssysteme und betonte die Bedeutung des Sozialschutzes als Schlüsselinstrument für die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit sowie die Notwendigkeit einer sozialen Grundsicherung und der Ratifizierung des Übereinkommens 102. Befürwortet wurde ein Ausbau der Arbeit im Bereich der Löhne, was zu einer regelmäßigen IAO-Veröffentlichung über globale Lohn- und Gehaltstrends führen sollte. Die Arbeitnehmergruppe forderte erneute Anstrengungen in Bezug auf Tarifverhandlungen mit einer umfassenden Lobby- und Forschungsagenda, um die Träger bei der Verwirklichung dieses Grundrechtes zu unterstützen. Besorgnis wurde angesichts der unzureichenden Arbeit bezüglich Freier Exportzonen geäußert. Der Ausschuss diskutierte ferner über eine Reaktion auf die Wirtschafts- und Sozialkrise auf der Grundlage menschenwürdiger Arbeit.

Im Ausschuss für technische Zusammenarbeit rief die Arbeitnehmergruppe dazu auf, länderbezogene Programme für menschenwürdige Arbeit unter Beteiligung der Sozialpartner zu konzipieren und sämtliche Elemente des Konzeptes menschenwürdige Arbeit zu berücksichtigen, vor allem jedoch Normen mit Schwerpunkt auf Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen. Die Arbeitnehmergruppe befürwortete eine spezielle Mittelmobilisierung für Afrika und forderte die Bereitstellung von mehr Ressourcen für den Kapazitätenausbau der Sozialpartner. Bei der Diskussion über das Internationale Programm für die Beseitigung der Kinderarbeit (IPEC) forderte die Arbeitnehmergruppe die IAO auf, als Schlüsselstrategien für die Beendigung von Kinderarbeit verstärkt mit den Sozialpartnern zusammenzuarbeiten, alle Formen von Kinderarbeit zu berücksichtigen, die Achtung der Gewerkschaftsrechte zu fördern und für menschenwürdige Arbeit für Erwachsene zu sorgen. Bezüglich des Sonderprogramms für technische Zusammenarbeit mit Kolumbien äußerte die Arbeitnehmergruppe Besorgnis über die anhaltenden Morde an Gewerkschaftsmitgliedern und die ernsthaften Beschränkungen des Rechtes auf Tarifverhandlungen.

Der Unterausschuss für multinationale Unternehmen hat ein IAO-Programm für die Beratung von Unternehmen bei der Inkraftsetzung der internationalen Arbeitsnormen und der Erklärung über multinationale Unternehmen konzipiert. Anlässlich des 30-jährigen Bestehens der Erklärung über multinationale Unternehmen fand mittels gemeinsamer Präsentationen von Arbeitnehmern und Unternehmen und mit der

Erklärung über multinationale Unternehmen als Richtschnur eine Diskussion über die Arbeitspraktiken in multinationalen Unternehmen statt. Die Arbeitnehmergruppe rief zu einem Ausbau der Arbeit in Bezug auf globale Lieferketten sowie angesichts der Komplementarität der IAO-Erklärung über multinationale Unternehmen und der diesbezüglichen Leitsätze der OECD zur Zusammenarbeit mit der OECD auf.

Eine der wichtigsten Entwicklungen in Bezug auf Tätigkeiten nach Sektoren war während des Berichtszeitraums eine neue diesbezügliche Verfahrensweise, die zu acht neuen Gruppen von Sektoren sowie zur Einführung zwei- oder dreigliedriger Beratungsgremien führte, um die Konsultationen und die Teilhabe an den Programmen seitens der Träger zu verbessern. Das IAO-Programm für Tätigkeiten nach Sektoren hielt verschiedene Sitzungen für eine Vielzahl von Sektoren ab.

Das Internationale Institut für Arbeitsstudien beschloss eine Forschungsagenda in Bezug auf Globalisierung und menschenwürdige Arbeit, Trends und politischen Fragen in einer im Übergang befindlichen Welt der Arbeit sowie das "IAO-Jahrhundertprojekt". Die Arbeitnehmergruppe begrüßte den Bericht über Einkommensungleichheiten im Zeitalter der finanziellen Globalisierung. Im Zusammenhang mit dem Internationalen Schulungszentrum der IAO forderte die Arbeitnehmergruppe eine stärkere Beteiligung der Sozialpartner an den Schulungsaktivitäten, eine solidere Finanzierungsquelle für das Zentrum und eine stärkere Integration innerhalb der IAO mit Blick auf Schulungsmaßnahmen auf der Grundlage der IAO-Agenda für menschenwürdige Arbeit.

Die Arbeitsgruppe für die soziale Dimension der Globalisierung diskutierte über die IAO/WTO-Studie über Handel und Beschäftigung und beschloss eine weitere Studie über die Verbindungen zwischen Globalisierung, Handel und informeller Beschäftigung. Die Arbeitnehmergruppe begrüßte die Erklärung des ECOSOC der Vereinten Nationen vom Juli 2006, mit der die IAO ersucht worden war, eine Führungsrolle bei der Gewährleistung zu übernehmen, dass alle UN-Organisationen menschenwürdige Arbeit fördern. Es wurde über Klimawandel und menschenwürdige Arbeit diskutiert, und die Arbeitnehmergruppe erörterte mit dem Präsidenten der Weltbank Fragen wie Schaffung von Arbeitsplätzen, Arbeitnehmerrechte und eine niemanden ausgrenzende Globalisierung und mit dem Generalsekretär der OECD und dem Geschäftsführenden Direktor des IWF Reaktionen auf die Wirtschafts- und Sozialkrise auf der Grundlage menschenwürdiger Arbeit und eines neuen Entwicklungsmodells.

Regionaltagungen

Während des Berichtszeitraums wurden zwei Regionaltagungen abgehalten. Die 11. Afrikanische Regionaltagung, die im April 2007 in Addis Abeba stattfand, verabschiedete eine Agenda für menschenwürdige Arbeit in Afrika für den Zeitraum 2007-2015. Die Schlussfolgerungen der 8. Europäischen Regionaltagung, die im Februar 2009 in Lissabon stattfand, enthielten auf menschenwürdiger Arbeit basierende Strategien als Reaktion auf die Krise.

KAPITEL 5

MULTINATIONALE UNTERNEHMEN UND ORGANISIERUNG

Die Aktivitäten des IGB in Bezug auf multinationale Unternehmen und Organisation waren schwerpunktmäßig auf internationale Rahmenwerke für das Unternehmensverhalten auf globaler Ebene ausgerichtet. Außerdem setzte sich der IGB mit den Herausforderungen und Möglichkeiten der sozialen Verantwortung von Unternehmen (*Corporate Social Responsibility* - CSR) auseinander. Die meisten Aktivitäten des IGB hängen in der einen oder anderen Weise mit der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zusammen. Während des Berichtszeitraums wurde zunehmend deutlich, welche Folgen die Zunahme prekärer Tätigkeiten für die Organisation hat und in welcher Weise sich die gesetzliche Regelung des Arbeitsverhältnisses der betroffenen Beschäftigten auf deren Organisierungsmöglichkeiten auswirkt.

Die CSR hatte weiterhin erheblichen Einfluss auf die politische Debatte über für die Beschäftigten und ihre Gewerkschaften wichtige Fragen. Die Zahl der CSR-Initiativen und -Instrumente, die häufig der Selbstregulierung dienen und auf privater Ebene entwickelte Normen beinhalten, nahm weiterhin zu, begleitet von einer florierenden Industrie von Beratern und anderen Unternehmen, die Betrieben CSR-Dienste anbieten, einschließlich privater Inspektionen. Auch Regierungen und zwischenstaatliche Organisationen begrüßten die CSR, in der sie häufig eine kostengünstige, mit geringem Aufwand verbundene Alternative sahen.

Bei der Auseinandersetzung mit der CSR musste der IGB zwischen zahlreichen Gelegenheiten für die Beteiligung an spezifischen Organisationen und Initiativen wählen. Dabei waren der potenzielle Wert einer Beteiligung des IGB und die Gefahr, dass sich eine Nichtbeteiligung negativ auf die Rechte und Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auswirken könnte, gegeneinander abzuwägen.

1. OECD-Leitsätze und IAO-Erklärung über multinationale Unternehmen

Ein Großteil der Tätigkeiten des IGB im Zusammenhang mit multinationalen Unternehmen bezog sich auf die Notwendigkeit, einen globalen Rahmen für die Lenkung des internationalen Unternehmensverhaltens festzulegen. Die beiden maßgeblichsten Instrumente waren dabei weiterhin die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen (die OCED-Leitsätze) und die Dreigliedrige Grundsatzerklärung der IAO über multinationale Unternehmen und Sozialpolitik (die IAO-Erklärung über multinationale Unternehmen). Beide sind an zwischenstaatliche Organisationen gebunden und bieten den gegenwärtig besten verfügbaren Rahmen in diesem Bereich.

Der IGB hat bezüglich der OECD-Leitsätze weiterhin eng mit dem TUAC zusammengearbeitet. Dieses Instrument ist besonders wichtig, weil es von Folgeverfahren auf nationaler Ebene begleitet wird, um Probleme mit spezifischen multinationalen Unternehmen zu klären. Die Verfahren sehen vor, dass problematische Fälle vor die Nationalen Kontaktstellen gebracht werden, die alle OECD-Mitgliedsstaaten sowie diejenigen Länder, die sich zur Einhaltung der OECD-Leitsätze verpflichtet haben, einrichten müssen. Seit der Neufassung der Leitsätze im Jahr 2000 waren bis September 2009 200 Fälle bei den Nationalen Kontaktstellen vorgebracht worden. Größten-

teils ging es dabei um Kapitel IV bezüglich Beschäftigung und Beziehungen zwischen den Sozialpartnern, wobei 105 dieser Fälle von den Gewerkschaften vorgebracht worden waren. Während des Jahres 2009 beteiligte sich der IGB an vom TUAC organisierten Diskussionen zur Entwicklung einer Strategie für die Neufassung der Leitsätze, die 2010 beginnen und 2011 abgeschlossen werden sollte.

Obwohl die Folgeverfahren zur IAO-Erklärung über multinationale Unternehmen nach wie vor ineffizient waren, hat sich die Wertschätzung und das Bewusstsein in Bezug auf die Erklärung erhöht, da sie als Grundlage für die Politik und Aktivitäten der IAO bezüglich der CSR dient.

2. Globaler Pakt

Der Globale Pakt der Vereinten Nationen ist weder eine Unternehmensvereinigung noch ein interessengruppenübergreifendes Gremium, sondern eine Initiative des Büros des Generalsekretärs, in dessen Rahmen sich die beteiligten Unternehmen zu zehn aus internationalen Urkunden resultierenden Grundsätzen und zu deren Inkraftsetzung verpflichten. Die beteiligten Unternehmen sind gehalten, über ihre Aktivitäten zu berichten. Die Zahl sowohl der beteiligten Unternehmen als auch der nationalen Verbände des Globalen Paktes – der sogenannten "Lokalen Netzwerke" – hat während des Berichtszeitraums erheblich zugenommen.

Der IGB-Generalsekretär gehört gemeinsam mit einem Vertreter der GUFs dem Beratungsausschuss des Globalen Paktes an. 2006 löste ICEM-Generalsekretär Manfred Warda Fred Higgs, ebenfalls von der ICEM, als Mitglied des Beratungsausschusses ab. Der IGB war nicht nur bei den Sitzungen des Beratungsausschusses vertreten, sondern auch bei allen Jährlichen Foren der Lokalen Netzwerke, die während des Berichtszeitraums stattfanden: Monterrey, Oktober 2007, Bonn, Oktober 2008 und Istanbul, Juni 2009.

Der IGB war weiterhin dem erklärten Ziel des Globalen Paktes, das Unternehmensverhalten auf bestimmte Prinzipien zu stützen, verpflichtet. Eine gewisse Besorgnis, die von Anfang an geäußert worden war, blieb jedoch, da der Globale Pakt in einigen Fällen als freiwillige Alternative zu zwischenstaatlichen Maßnahmen oder als "abgemilderte" Version eines betrieblichen "Verhaltenskodex" genutzt wird. Das Potenzial hinsichtlich eines Dialogs mit multinationalen Unternehmen auf globaler Ebene wurde noch nicht voll ausgeschöpft, und bei einem Großteil der Aktivitäten des Globalen Paktes werden beliebte CSR-Praktiken völlig unkritisch gefördert.

Im Jahr 2008 wurde auf Initiative des IGB und der Internationalen Arbeitgeberorganisation (IOE) eine für Arbeitsfragen zuständige Arbeitsgruppe des Globalen Paktes eingerichtet. Im Dezember 2008 veröffentlichte die IAO einen von dieser Arbeitsgruppe ausgearbeiteten Leitfaden für Unternehmen zu den arbeitsrelevanten Prinzipien des Globalen Paktes der Vereinten Nationen (*The Labour Principles of the United Nations Global Compact: A Guide for Business*). Der IGB verfolgte zudem die Arbeit der Arbeitsgruppe des Globalen Paktes der UN, die sich mit Menschenrechtsfragen befasst.

3. Unternehmen und Menschenrechte

Eine wichtige Entwicklung während des Berichtszeitraums war der Bericht an den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen von John Ruggie, dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für die Frage der Menschenrechte und transnationaler Unternehmen sowie anderer Wirtschaftsunternehmen, am Ende seines Mandats, das

ihm 2005 erteilt worden war. In diesem im April 2008 vorgestellten Bericht wurde ein auf drei Grundsätzen basierender politischer Rahmen vorgeschlagen: 1. Der Staat hat die Pflicht, vor Menschenrechtsverletzungen zu schützen, auch seitens Unternehmen. 2. Unternehmen haben die Verantwortung, die Menschenrechte zu achten. 3. Die Opfer von Menschenrechtsverletzungen seitens Unternehmen müssen Zugang zu wirksamen Rechtsmitteln haben.

Der Bericht wurde als Alternative zu den früheren Versuchen, UN-Normen für die Verantwortung der Unternehmen im Zusammenhang mit den Menschenrechten zu entwickeln, begrüßt. Der Menschenrechtsrat verlängerte das Mandat dieses Sonderberichterstatters bis Mitte 2011, damit er konkretere Richtlinien zu diesen Grundsätzen erarbeiten könne.

Der IGB-Generalsekretär gehörte einer "Global Leadership Group" an, einem Beratungsgremium, das vom Sonderberichterstatter eingerichtet worden war, um Vorschläge dazu zu unterbreiten, wie der Rahmen in die Tat umgesetzt werden könne, und der IGB nahm während des Berichtszeitraums an verschiedenen Sitzungen teil, bei denen der "Ruggie-Rahmen" erörtert wurde. Man kam zu dem Schluss, dass diese Arbeit hinsichtlich der Verantwortung der Unternehmen in Menschenrechtsfragen zu beträchtlichen Fortschritten für die Gewerkschaften führen könne.

4. Globale Berichterstattungsinitiative

Die Globale Berichterstattungsinitiative (*Global Reporting Initiative – GRI*), deren Zweck darin besteht, Normen für die Berichterstattung über nicht-finanzielle Unternehmensinformationen zu entwickeln, ist eine wichtige CSR-Initiative. Die Gewerkschaften sind in allen drei leitenden Organen dieser interessengruppenübergreifenden Organisation vertreten (Vorstand, Rat der Interessengruppen, Technischer Beratungsausschuss). Die Gewerkschaften waren während des Berichtszeitraums an der Ausarbeitung verschiedener Zusatzindikatoren (*Sector Supplements*) zu dem 2006 veröffentlichten "G3-Leitfaden" beteiligt. Da es sich bei der GRI um eine globale Organisation handelt, erfolgt die Mitwirkung der Gewerkschaften über die Global-Unions-Organisationen. Im Mai 2008 veröffentlichte der IGB ein "Handbuch der Gewerkschaften zum GRI-Leitfaden zur Nachhaltigkeitsberichterstattung", und der IGB trug auch zur TUAC-Veröffentlichung vom April 2009 mit dem Titel "*GRI, A trade union checklist*" bei.

5. Verhaltenskodizes für Lieferketten

Der IGB setzte seine Arbeit zur Verfolgung und Beeinflussung von CSR-Aktivitäten bezüglich der Arbeitspraktiken in Lieferketten während des Berichtszeitraums fort, da die Unternehmen in zunehmendem Maße auf kommerzielle Sozialaudits zurückgriffen, um private Betriebsinspektionen durchzuführen. Zahlreiche Unternehmen, Industrieverbände und interessengruppenübergreifende Organisationen hatten ihre eigenen Verhaltenskodizes entwickelt, was zu der Forderung – hauptsächlich von Markenunternehmen und ihren Zulieferern – nach einem gemeinsamen Kodex oder zumindest einer größeren Übereinstimmung dieser Kodizes führte. Es wurden zwei unternehmensgesteuerte Initiativen entwickelt, die eine Herausforderung für die Kodex-Initiativen interessengruppenübergreifender Organisationen darstellten. Außerdem wuchs die Unzufriedenheit mit dem zum Teil als "Checklisten-Ansatz" bezeichneten Verfahren bei der Inkraftsetzung der Kodizes, und es begann die Suche nach Alternativen wie Kapazitätsausbau, neue Einkaufspraktiken oder ausgereifte Arbeitsbeziehungssysteme.

Der IGB bemühte sich um die Beeinflussung dieser Entwicklungen durch die Mitwirkung im Vorstand der in Großbritannien ansässigen Initiative für einen moralisch einwandfreien Handel (*Ethical Trading Initiative - ETI*), durch seine Kampagnenarbeit mit der ITBLAV und nichtstaatlichen Organisationen bezüglich der Produktion von Sportartikeln und Sportbekleidung mit Olympia-Logo (s. Kapitel 7) sowie durch seine Beteiligung an "JO-IN", der Gemeinsamen Initiative für die Rechenschaftspflicht der Unternehmen und Arbeitnehmerrechte (*Joint Initiative on Corporate Accountability and Workers' Rights*). In JO-IN waren sechs der wichtigsten interessengruppenübergreifenden Organisationen zusammengeschlossen, die im Bereich von Verhaltenskodizes und Arbeitspraktiken in Lieferketten tätig waren. Der IGB hatte bei der Entwicklung eines gemeinsamen Kodex, der bei einem mehrjährigen JO-IN-Projekt in der türkischen Bekleidungsindustrie verwendet wurde, eine wichtige Rolle gespielt. Der IGB beteiligte sich an einem von JO-IN eingerichteten Internationalen Beratungsgremium und vertrat bei verschiedenen Sitzungen weiterhin die Gewerkschaftsinteressen im Zusammenhang mit Verhaltenskodizes.

6. ISO-Arbeitsgruppe für soziale Verantwortung

Eine wichtige Aktivität während des Berichtszeitraums war die Beteiligung an dem von der Internationalen Organisation für Normung (ISO) konzipierten Prozess zur Entwicklung einer internationalen Norm für die soziale Verantwortung. Der IGB nahm an allen Plenarsitzungen der ISO-Arbeitsgruppe Soziale Verantwortung teil, einem Gremium von mehr als 400 von über 80 nationalen Normungsgremien benannten Sachverständigen und mehr als 40 "Verbindungsorganisationen", d.h. internationalen Organisationen, einschließlich des IGB, die Erfahrungen in diesem Bereich oder Interesse an einer Beteiligung an dem Prozess haben. Vier der sieben bisher organisierten Plenarsitzungen fanden während des Berichtszeitraums statt: Sydney, Januar 2007; Wien, November 2007; Santiago, September 2008; und Quebec, Mai 2009.

Darüber hinaus gehörte der IGB der wichtigen Gruppe an, die die Führungsspitze bezüglich der Entwicklung einer Norm beriet, der sogenannten Beratungsgruppe des Vorsitzenden, ebenso wie den kleineren Gruppen, die für die konkrete Formulierung des Textes zuständig waren, d.h. der Integrierten Redaktionsarbeitsgruppe (IDTF) und ihrer Vorgängerin, der Verbindungsarbeitsgruppe (LTF). Der IGB hat in enger Zusammenarbeit mit dem Vertreter der IAO und den in der Arbeitsgruppe Soziale Verantwortung vertretenen Gewerkschaftssachverständigen den Wortlaut für den Abschnitt zu den "Arbeitspraktiken" formuliert und darüber hinaus Entwürfe für große Teile bedeutender Abschnitte des Dokumentes geliefert, wie etwa in Bezug auf das Verständnis und die Grundsätze sozialer Verantwortung sowie das Erkennen von sozialer Verantwortung und die Einbindung der verschiedenen Interessengruppen. Der IGB hat zudem eine wichtige Rolle in den Untergruppen der Arbeitsgruppe Soziale Verantwortung gespielt, die die Begriffe "soziale Verantwortung", "Interessengruppen" und "Einbindung der Interessengruppen" definiert haben. Es wird davon ausgegangen, dass eine der wichtigsten und langfristigen Folgen einer ISO-Norm in diesem Bereich die Definition von Begriffen und Konzepten sein wird, da sie vermutlich allgemein angenommen und verwendet werden.

Der Redaktionsprozess bezüglich der ISO-Norm zur sozialen Verantwortung, der ISO 26000, war Ende 2009 nahezu abgeschlossen. Die Norm ist nicht auf eine Zertifizierung ausgerichtet, aber einige nationale Normungsgremien haben darauf hingewiesen, dass sie die Absicht haben, für Zertifizierungszwecke eine auf der ISO 26000 basierende nationale Norm zu entwickeln.

Die Beteiligung des IGB an dem ISO-Prozess und die dabei von ihm vertretenen Positionen basierten auf Entschlüssen, die der IBFG-Vorstand im Dezember 2005 bzw. der IGB-Vorstand im Dezember 2007 verabschiedet hatten. In den meisten grundsätzlichen Fragen wurden die vom IGB vertretenen Positionen akzeptiert. Einige dieser Fragen waren kontrovers, wie etwa der Beschluss, keine spezifischen Initiativen zu unterstützen. Der Umfang der Norm wurde als vorteilhaft für die Gewerkschaften betrachtet, da aus dem Text eindeutig hervorgeht, dass über die soziale Verantwortung nicht einseitig entschieden werden kann, sondern dass dies ein Verständnis bereits etablierter gesellschaftlicher Erwartungen erfordert.

Obwohl die Zahl der an dem Prozess beteiligten Gewerkschaftssachverständigen im Verhältnis zu anderen "Interessengruppen" relativ gering war, fand unter ihnen eine enge Zusammenarbeit statt, und sie konnten während des Redaktionsprozesses erheblichen Einfluss ausüben. Es ist offensichtlich, dass die Art der von der ISO praktizierten Normensetzung nicht für Bereiche geeignet ist, die im Rahmen der staatlichen Politik geregelt werden sollten, wie die soziale Verantwortung, und die Gewerkschaften sollten sich dafür einsetzen, dass die Normensetzung in diesen Fällen durch wirklich repräsentative Strukturen und Prozesse wie die der IAO erfolgt.

7. Ausschuss für Arbeitnehmerkapital

Der Ausschuss für Arbeitnehmerkapital hielt seine jährlichen Sitzungen in Brüssel (2006), Madrid (2007), Stockholm (2008) und Montreal (2009) ab. Weitere Sitzungen wurden speziell für Pensionsfonds-Treuhänder organisiert, 2007 in Genf, 2008 in London und 2009 in Amsterdam und Melbourne. Bei diesen Sitzungen hatten die Sachverständigen und Treuhänder der Gewerkschaften Gelegenheit, Gedanken und Analysen im Zusammenhang mit Pensionsfonds-Investitionen auszutauschen.

Im Jahr 2007 wurde eine gegen Unternehmen mit Geschäftsverbindungen zu Birma gerichtete Global-Unions-Aktionärskampagne gestartet, die dazu führte, dass einige europäische Fonds ihre Investitionen aus direkt in dem Land tätigen multinationalen Unternehmen abzogen. Eine auf der jährlichen Aktionärsversammlung von Chevron eingebrachte Entschlüsselung, mit der die Offenlegung der von dem Unternehmen angewandten Kriterien für den Beginn und die Beendigung von Investitionen in risikoreichen Ländern gefordert wurde, erhielt 25% der Stimmen. Mehrere Pensionsfonds schickten Briefe an in Birma tätige Unternehmen, in denen sie auf die erhöhten Geschäftsrisiken derartiger Unternehmungen hinwiesen.

Es wurde ein Leitfaden zusammengestellt, der Pensionsfonds-Treuhändern dabei helfen sollte, die UNEP-Prinzipien für verantwortungsvolle Investitionen, die von vielen Pensionsfonds, in denen Treuhänder der Gewerkschaften vertreten waren, begrüßt wurden, besser in Kraft zu setzen.

2009 wurde eine Überprüfung der 10-jährigen Aktivitäten des Ausschusses für Arbeitnehmerkapital vorgenommen, was zur Verabschiedung von zehn Empfehlungen bei der Sitzung des IGB-Vorstandes im Oktober 2009 führte. Diese Empfehlungen zielen darauf ab, die Arbeit des Ausschusses in den kommenden Jahren zu verbessern.

8. Organisierung

Die Organisationsaktivitäten des IGB erfolgten im Rahmen gewerkschaftlicher Entwicklungsprojekte, u.a. mittels Projekten, die auf die Organisierung der Beschäftigten in Freien Exportzonen (FEZ) sowie auf Beschäftigte in informellen Arbeitsverhältnissen in Mittel- und Osteuropa abzielten. Bei weiteren Aktivitäten während des

Berichtszeitraums ging es um die Förderung der Beteiligung von Frauen und jugendlichen Beschäftigten. Die Arbeit zur Verteidigung und Förderung der Gewerkschaftsrechte, die Bemühungen um eine Verknüpfung der Achtung internationaler Arbeitsnormen mit Handels- und Investitionsabkommen, die Maßnahmen zur Beeinflussung der internationalen Finanzinstitutionen und viele andere Aktivitäten, die auf die Integration einer sozialen Dimension in die globalen Steuerungssysteme abzielten, dienten der Untermauerung des Rechtes der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Gründung von und den Beitritt zu Gewerkschaften.

Angesichts der entscheidenden Bedeutung rechtlicher und institutioneller Verfahren für die gewerkschaftliche Organisation und für Tarifverhandlungen hat sich der IGB an der Arbeitsgruppe des Global-Unions-Rates beteiligt, die sich mit Beschäftigungsverhältnissen befasst (s. Kapitel 9).

Der IGB war darüber hinaus bei verschiedenen Sitzungen während des Berichtszeitraums sowohl an internen als auch an externen Diskussionen über die Beziehungen zwischen den Sozialpartnern auf internationaler Ebene beteiligt, einschließlich Rahmenvereinbarungen zwischen einzelnen Unternehmen und Globalen Gewerkschaftsföderationen.

KAPITEL 6

FÖRDERUNG DER GLEICHSTELLUNG IN DEN GEWERKSCHAFTEN UND AM ARBEITSPLATZ

Der IGB hat sich während des Berichtszeitraums im Einklang mit den Beschlüssen seines 1. Weltkongresses nachdrücklich für die Förderung der Gleichstellung am Arbeitsplatz und in den Gewerkschaften eingesetzt, insbesondere für die Rechte von Frauen, Migrantinnen, farbigen Beschäftigten, ethnischen Minderheiten, eingeborenen Völkern, Schwulen und Lesben sowie von älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

1. Einigung auf regionaler und internationaler Ebene

Die Frauen haben aktiv am Einigungsprozess der Gewerkschaften auf internationaler und regionaler Ebene mitgewirkt. Die regionalen Frauenausschüsse haben vor dem Einigungskongress getagt, um den Kongress vorzubereiten und über die Einrichtung sowie die Verfahren der Frauenausschüsse zu beraten.

Die Satzungen aller Regionalorganisationen sehen die Einrichtung eines Frauenausschusses vor. Bezüglich der Vertretung von Frauen haben sich die Regionalorganisationen für Asien bzw. Afrika der Satzung des IGB angeschlossen, in der es heißt, dass 30% der Entscheidungspositionen mit Frauen besetzt sein müssen. Die Satzung für die gesamtamerikanische Region besagt, dass 40% der Positionen in den Entscheidungsgremien mit Frauen zu besetzen sind, während drei PERR-Vorstandssitze Frauen vorbehalten sind.

Bei den regionalen Einigungskongressen waren Frauen aus den verschiedenen Regionen vertreten.

Das Aktionsprogramm jeder Regionalorganisation enthält einen Aktionsplan für die Gleichstellung der Geschlechter, und die regionalen Frauenausschüsse verfügen jeweils über einen Aufgabenbereich und eine Geschäftsordnung, die von den leitenden Organen jeder Region ratifiziert wurden.

2. IGB-Frauenausschuss

Seit dem Gründungskongress des IGB hat dessen neuer Frauenausschuss drei Mal getagt: am 19. und 20. April 2007, am 21. und 22. Februar 2008 sowie am 26. und 27. Februar 2009.

Bei seiner ersten Sitzung wurde über die Zusammensetzung und die Geschäftsordnung des Frauenausschusses entschieden und Diana Holland (TUC, Großbritannien) zu seiner Vorsitzenden gewählt. Rabiadou Serah Diallo (CNTG, Guinea) und Mariana Guambo (CEOSL, Ecuador) wurden zu stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Darüber hinaus wurde über die Vertreterinnen des Frauenausschusses im Vorstand bzw. im Lenkungsausschuss des IGB entschieden.

Um sämtliche Fragen im Zusammenhang mit der Gleichstellung der Geschlechter auch außerhalb der Sitzungen des Frauenausschusses aufmerksam verfolgen zu können, wurde bei der ersten Sitzung beschlossen, einen Lenkungsausschuss einzu-

richten, dem die sechs ordentlichen Vertreterinnen des Frauenausschusses im Vorstand angehörten.

Bei seiner 3. Sitzung (2009) bestätigte der Frauenausschuss im Rahmen seiner Vorbereitungen auf den 2. IGB-Weltkongress seinen Aufgabenbereich und seine Geschäftsordnung, nachdem einige Änderungen daran vorgenommen worden waren. Es wurde beschlossen, dass dem Ausschuss 33 Mitglieder angehören würden. Um eine größere Beteiligung von Frauen aus den verschiedenen Regionen zu ermöglichen, muss jeder regionale Frauenausschuss mit mindestens drei Mitgliedern vertreten sein. Die Sitzverteilung für die einzelnen Regionen wurde wie folgt festgelegt: Afrika - 5 Sitze, Asien/Pazifik - 6 Sitze, Gesamtamerika - 7 Sitze, Europa - 14 Sitze sowie ein offener Sitz. Die Zahl der Vertreterinnen aus der europäischen Region wird während des nächsten Mandats des Frauenausschusses überprüft.

Bei seiner 3. Sitzung diskutierte der Ausschuss zudem aus geschlechtsspezifischer Perspektive über die Auswirkungen der weltweiten Krise auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Frauen und verabschiedete eine Entschließung zu diesem Thema, mit der der IGB und seine Mitgliedsorganisationen aufgefordert wurden, die Auswirkungen der Krise auf Frauen zur Kenntnis zu nehmen und deren Forderungen bei ihren Aktivitäten und Maßnahmen zu berücksichtigen.

3. Umsetzung der Beschlüsse des 1. IGB-Weltkongresses im Bereich der Gleichstellung

Der IGB hat sich bei seinem Gründungskongress zur Förderung der Rechte der Frau und zur Gleichstellung der Geschlechter, zur gewerkschaftlichen Organisation erwerbstätiger Frauen, vor allem in der informellen Wirtschaft und in Freien Exportzonen, von Arbeitsmigrantinnen und Frauen in atypischen Arbeitsverhältnissen, zur umfassenden Integration von Frauen innerhalb der Gewerkschaften sowie zur aktiven Förderung der Geschlechterparität in seinen leitenden Organen und bei seinen Aktivitäten auf allen Ebenen verpflichtet. Trotz der unternommenen Anstrengungen stellt die Gleichstellung der Geschlechter jedoch nach wie vor eine Herausforderung dar, und die Gewerkschaften müssen ihre diesbezüglichen Bemühungen weiter intensivieren.

Beteiligung von Frauen auf der Entscheidungsebene des IGB

Die wichtigen im Bereich der Gleichstellung gefassten Beschlüsse haben die Arbeit der beiden Vorgängerorganisationen des IGB konsolidiert, wobei die Quote für die Frauenbeteiligung an den Entscheidungsorganen von besonderer Bedeutung war. Zunächst wurde eine Quote von 30% festgelegt, wobei das Ziel letztendlich darin bestand, Geschlechterparität zu erreichen. Zu diesem Zweck wurden die Entwicklung der Zusammensetzung des Vorstandes und des Lenkungsausschusses sowie vorhandene Diskrepanzen zwischen den Regionen bezüglich der Frauenquote von 30% aufmerksam verfolgt.

Im Jahr 2007 stellten die Frauen 28,2% der ordentlichen Mitglieder, 35,9% der 1. stellvertretenden Mitglieder und 39,7% der 2. stellvertretenden Mitglieder im Vorstand. Unter den 37 vom Vorstand gewählten Vizepräsident(inn)en befanden sich 16 Frauen.

Beim Einigungskongress waren 40% aller Delegierten Frauen. Für die einzelnen Regionen sah der Prozentsatz wie folgt aus: Afrika (33%), Asien/Pazifik (44%), Lateinamerika (30%), Nordamerika (48%), Karibik (9%), Westeuropa (49%), Mittel- und Osteuropa (40%) und Naher Osten (33%). Auch in der Mandatsprüfungs- und der Ge-

schäftsführungskommission des Kongresses sowie unter den Redner(inne)n waren sie gut vertreten.

Bezüglich der Einhaltung von Artikel XI (a) der Satzung hat die Mandatsprüfungskommission empfohlen, beim 2. IGB-Weltkongress weitere Maßnahmen zu ergreifen.

Mit Blick auf die Erreichung von Geschlechterparität hat der Frauenausschuss dem IGB vorgeschlagen, bei seinem 2. Kongress für eine Frauenbeteiligung von mindestens 40% an seinen leitenden Organen einzutreten. Diesbezügliche Diskussionen fanden im Zuge der Kongressvorbereitungen statt.

Kohärenz zwischen dem IGB und seinen Mitgliedsorganisationen

Bei der 3. Vorstandssitzung des IGB (12. – 14. Dezember 2007) wurde beschlossen, die Mitgliedsorganisationen auf Diskrepanzen zwischen den beim IGB gemachten Zusagen bezüglich der Gleichstellung der Geschlechter und deren Einhaltung auf regionaler und nationaler Ebene hinzuweisen. Vor allem wurde die Notwendigkeit unterstrichen, dass die Entscheidungsgremien der Gewerkschaftsdachverbände in den einzelnen Ländern all ihre Mitglieder vertreten und darauf achten, dass sowohl Frauen als auch Männer in diese Ämter gewählt werden. Der Vorstand beschloss ferner, die Mitgliedsorganisationen dazu zu ermutigen, Programme zu konzipieren, die die wirkliche Integration von Frauen in die Strukturen, Maßnahmen und Aktivitäten der Gewerkschaften erleichtern.

Das Sekretariat hat die Satzungen und Strukturen der Mitgliedsorganisationen und vor allem die Gleichstellungspläne genau beobachtet, um für Geschlechterparität in ihren leitenden Organen und Aktivitäten im Einklang mit den Beschlüssen des IGB zu sorgen. Zu diesem Zweck hat das Sekretariat den an alle Mitgliedsorganisationen verschickten jährlichen Fragebogen analysiert, der eine Reihe von Informationen über die Mitglieder und Strukturen sowie geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselte Daten enthält. Obwohl die eingegangenen Antworten einen Eindruck von der Stellung der Frau in einer begrenzten Zahl von Organisationen vermittelten, lagen nicht genügend Antworten vor, um eine vollständige Analyse zu ermöglichen. Der Frauenausschuss hat den IGB-Vorstand über seine diesbezügliche Besorgnis unterrichtet und ihn gebeten, die Mitgliedsorganisationen und vor allem diejenigen, die in den leitenden Organen des IGB vertreten sind, dringend aufzufordern, den Fragebogen zu beantworten.

4. Aktionsprogramm Gleichstellung

Der Frauenausschuss hat ein Aktionsprogramm zur Erreichung von Gleichstellung in den Gewerkschaften verabschiedet, das auf die gewerkschaftliche Organisation erwerbstätiger Frauen in Bereichen abzielt, in denen sie überrepräsentiert sind und unter prekären Bedingungen arbeiten bzw. in denen es keine Gewerkschaften gibt (informelle Wirtschaft, Freie Exportzonen, Arbeitsmigration, Privathaushalte usw.). Weitere Ziele des Programms sind die Beteiligung von Frauen an der Entscheidungsfindung und der Verantwortung in den Gewerkschaften, Schulung, Kommunikation und Forschungsarbeit. Dieses Aktionsprogramm und die Einrichtung einer Arbeitsgruppe des Frauenausschusses, die die Umsetzung dieses Programms überwacht, wurden bei der 2. Sitzung des IGB-Vorstandes im Juni 2007 beschlossen. Es ist wichtig, zu unterstreichen, dass die meisten der folgenden vom IGB-Vorstand beschlossenen Sonderaktionsprogramme direkt und hauptsächlich auf Frauen ausgerichtet sind: Schutz von Wanderarbeitskräften, Organisation in Freien Exportzonen, ein politisches Projekt zur Globalisierung, Klimawandel, informelle Wirtschaft und China.

Weltfrauenkonferenz

Klausel 6 der Geschäftsordnung des Frauenausschusses sieht die Organisation einer Weltfrauenkonferenz alle vier Jahre vor. Die 1. IGB-Weltfrauenkonferenz fand vom 19. – 21. Oktober 2009 in Brüssel statt.

Der Frauenausschuss hatte bei seinen Sitzungen in den Jahren 2008 und 2009 ein Konferenzthema im Zusammenhang mit menschenwürdiger Arbeit und ihren vier Komponenten erörtert und vorgeschlagen, und angesichts der aktuellen Entwicklungen fanden die Diskussionen bei der Konferenz vor dem Hintergrund der weltweiten Krise und deren Auswirkungen auf Frauen statt. Spezielle Sitzungsabschnitte waren der weltweiten Krise, Hausangestellten und jungen Arbeitnehmerinnen gewidmet.

Mehr als 450 Delegierte aus 102 Ländern nahmen an dieser 1. Weltkonferenz der Gewerkschaftsfrauen teil und beschlossen Empfehlungen und Aktionspläne zu folgenden Themen für die nächsten vier Jahre:

- Organisierung erwerbstätiger Frauen in ungeschützten Sektoren;
- Integration einer geschlechtsspezifischen Perspektive in den sozialen Dialog und in Tarifverhandlungen;
- Gleichstellung der Geschlechter, wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit, Klimawandel und Ernährungssicherheit;
- Vertretung von Frauen in Gewerkschaften.

Es wurden zudem intensive Anstrengungen unternommen, um Mittel für die Teilnahme einer möglichst großen Zahl von Gewerkschafterinnen aus Entwicklungs- und Übergangsländern aufzubringen.

Global-Unions-Rat

Die Gleichstellungsbeauftragte des Global-Unions-Rates (GUR), die im Frauenausschuss des IGB mitgewirkt hatte, hat eine informelle Koordinierungsgruppe für geschlechtsspezifische Fragen eingerichtet.

Das Aktionsprogramm beinhaltete gewerkschaftliche Organisierung, Freie Exportzonen, die Koordination des Internationalen Tages der Frau, der Arbeit bei der UN-Kommission für die Rechtsstellung der Frau (CSW) und der Frauenbeteiligung an der Internationalen Arbeitskonferenz der IAO in Bezug auf Mutterschutz, die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen, Fragen im Zusammenhang mit Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender (LSBT), Frauenhandel, Wanderarbeitskräfte, Lohngleichheit sowie Bemühungen um die Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Fragen seitens der internationalen Handels- und Finanzinstitutionen.

Arbeitsgruppe

Im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit hat der Frauenausschuss eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die die Umsetzung des Aktionsprogramms zur Erreichung von Gleichstellung in den Gewerkschaften überwacht.

Bei ihrer letzten Sitzung am 25. Februar 2009 befasste sich die Arbeitsgruppe mit den Antworten der Mitgliedsorganisationen und der GUFs auf einen Fragebogen zur Umsetzung des Aktionsprogramms. Dabei wurden folgende Trends festgestellt:

- **Organisation von Arbeitnehmerinnen:** Die Gewerkschaften konzentrieren sich hauptsächlich auf die formellen, herkömmlichen Sektoren der

Volkswirtschaft. Es werden aber auch Anstrengungen zur gewerkschaftlichen Organisierung von Hausangestellten unternommen.

- **Beteiligung von Frauen an gewerkschaftlichen Entscheidungs- und Führungsgremien:** Es liegen mehr geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselte Daten vor, und Frauenstrukturen finden vermehrt Eingang in Satzungen. Die Zahl der Frauen in den Entscheidungsgremien steigt.
- **Ausbildung:** Frauen werden verstärkt bei Schulungsaktivitäten berücksichtigt, aber in Afrika und Asien mangelt es an Bildungsmaterialien über geschlechtsspezifische Fragen.
- **Gewerkschaftliche Frauenpolitik:** Viele Gewerkschaften haben Maßnahmen zur Verbesserung der Situation von Frauen am Arbeitsplatz ergriffen.
- **Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit:** Zahlreiche Mitgliedsorganisationen halten sich an die Mindestzielgröße von 30% für die Beteiligung von Frauen an Gewerkschaftsaktivitäten, aber einige von ihnen haben noch keine Quoten festgelegt.
- **IGB-Aktionsprogramm:** Es diene als Grundlage für die Gestaltung der Politik auf nationaler Ebene und hat zur Verbesserung der Denk- und Verhaltensweisen und zur verstärkten Berücksichtigung von Gleichstellungsfragen beigetragen.

Der IGB hat die Umsetzung der Beschlüsse zur Frauenbeteiligung bei all seinen Aktivitäten aufmerksam verfolgt. Ein gutes Beispiel war die Delegation, die die internationalen Finanzinstitutionen besuchte und sich zu 30% aus Frauen zusammensetzte. Bei diesem Treffen wurde u.a. auch über die geschlechtsspezifischen Auswirkungen der Politik dieser Institutionen diskutiert.

5. Kampagnen

Der IGB hat eine Reihe von Kampagnen im Zusammenhang mit Gleichstellungsfragen durchgeführt, mit denen konkrete Ergebnisse erzielt wurden.

Auf die Bitte des Frauenausschusses hin hat der Vorstand alle Mitgliedsorganisationen aufgefordert, sich der **Kampagne für die Ratifizierung von IAO-Übereinkommen 183 über den Mutterschutz** anzuschließen, die am 8. März 2007 anlässlich des Internationalen Tages der Frau offiziell gestartet wurde. Dutzende nationale Gewerkschaftsdachverbände haben sich daran beteiligt, und es wurden insofern erhebliche Fortschritte erzielt, als die Organisationen diese wichtige Frage auf ihre Tagesordnung gesetzt haben.

Die weltweite Gewerkschaftskampagne für menschenwürdige Arbeit und ein menschenwürdiges Leben für Frauen wurde anlässlich des Internationalen Tages der Frau im Jahr 2008 gestartet, und 52 Gewerkschaftsdachverbände in 40 Ländern organisierten in diesem Zusammenhang Aktivitäten. Das Ziel dieser Kampagne bestand darin, menschenwürdige Arbeit für Frauen, die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Arbeitspolitik und in Tarifverträgen zu fördern, in den Strukturen, der Politik und den Aktivitäten der Gewerkschaften für die Gleichstellung der Geschlechter zu sorgen und zu einer beträchtlichen Erhöhung der Zahl der weiblichen Gewerkschaftsmitglieder und der in gewerkschaftliche Führungspositionen gewählten Frauen beizutragen. Aus diesem Anlass hat der IGB zudem einen Bericht über das geschlechtsspezifische Lohn- und Gehaltsgefälle veröffentlicht, der große Beachtung in den Medien sowie seitens zahlreicher internationaler Organisationen und

NGOs weltweit gefunden hat. Darüber hinaus hat der IGB eine Sonderveranstaltung organisiert, an der die in Brüssel ansässigen GUFs, die belgischen Mitgliedsorganisationen und nichtstaatliche Frauenorganisationen teilnahmen.

Anlässlich des 8. März 2009 wurde im Zuge der Kampagne für menschenwürdige Arbeit und ein menschenwürdiges Leben für Frauen ein zweiter Bericht über die "(Un)Gleichheit der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt: Ein Überblick über globale Trends und Entwicklungen" veröffentlicht. Neunzig Gewerkschaftsdachverbände in 61 Ländern haben sich an dieser Kampagne für die konkrete Umsetzung von IAO-Übereinkommen 183, Kinderbetreuungseinrichtungen, Instrumente zur Erreichung eines ausgewogeneren Verhältnisses zwischen Familie und Beruf sowie für Lohn-gleichheit beteiligt.

Ein weiterer Aspekt der Kampagne für menschenwürdige Arbeit und ein menschenwürdiges Leben für Frauen ist die **Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen**. Zahlreiche Organisationen haben sich jedes Jahr an den Initiativen anlässlich des Internationalen Tages der UN für die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen am 25. November beteiligt, und gemeinsam mit den GUFs wurde jedes Jahr eine Erklärung zu diesem Thema veröffentlicht. Bei der Sitzung des Frauenausschusses im Jahr 2008 und bei der 1. Weltfrauenkonferenz des IGB, die vom 19. – 21. Oktober 2009 stattfand, wurde eine EntschlieÙung zum Thema Gewalt gegen Frauen verabschiedet.

Anlässlich des Welttages für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober 2008 und 2009 wurden spezielle Veranstaltungen organisiert, um menschenwürdige Arbeit zu fordern und die Hauptprobleme deutlich zu machen, die einer menschenwürdigen Arbeit für Millionen Frauen weltweit im Wege stehen.

Im Oktober 2008 hat der IGB mit Unterstützung der niederländischen Regierung im Zusammenhang mit dem 3. Millenniums-Entwicklungsziel ein ehrgeiziges Frauenprojekt mit dem Titel **"Decisions for Life"** begonnen, an dem die Stiftung Wage Indicator Foundation, die Universität von Amsterdam und UNI mitwirkten und an dem die IUL sowie die IÖD eng beteiligt waren. Das Projekt zielte vor allem auf junge Arbeitnehmerinnen im Dienstleistungssektor in 14 Ländern ab. Es wurden Internetseiten eingerichtet, um über die Rechte von Arbeitnehmerinnen zu informieren. Darüber hinaus wurden in 12 Ländern gewerkschaftliche Organisations- und Verhandlungskampagnen für bessere Löhne und Arbeitsbedingungen gestartet. Während des Jahres 2009 kamen die Projektaktivitäten 5.000 jungen Arbeitnehmerinnen zugute.

Es wurde kontinuierlich Druck auf die Regierungen ausgeübt, damit sie sich der Forderung nach einem IAO-Übereinkommen in Bezug auf **Hausangestellte**, die mehrheitlich Frauen sind, anschließen. Ein solches Übereinkommen wird Gegenstand dreigliedriger Verhandlungen bei der Internationalen Arbeitskonferenz der IAO in den Jahren 2010 und 2011 sein.

Im Dezember 2007 wurde mit einer Mobilisierungskampagne der Mitgliedsorganisationen zum **Kampf gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit** begonnen, die zu einer umfangreichen Beteiligung der Gewerkschaften am sogenannten "Durban-II-Prozess" führte.

6. Gleichstellungsfragen bei den Vereinten Nationen

In dem Bewusstsein um die Bedeutung der im Rahmen der UN gefassten Beschlüsse sprach sich der Frauenausschuss für Maßnahmen des IGB zur Gewährleistung einer starken Beteiligung der Gewerkschaften an den Tagungen der UN-

Kommission für die Rechtsstellung der Frau (CSW), die Zusammenstellung der erforderlichen Materialien und die Organisation von Aktivitäten zur Unterstützung der Beteiligung von Frauen aus. Außerdem hielt es der Ausschuss für wichtig, zur Beteiligung der Gewerkschaften an der Umsetzung des Pekingener Aktionsprogramms und des Übereinkommens der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) sowie an den Vorbereitungen der CSW auf nationaler Ebene zu ermutigen.

Zu diesem Zweck haben die Gleichstellungsabteilung des IGB und einige GUFs (IÖD, BI) die Mitgliedsorganisationen mobilisiert: im Jahr 2007 zum Thema "Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung von und Gewalt gegen Mädchen", im Jahr 2008 um das Thema "Finanzierung für die Gleichstellung der Geschlechter und die Selbstbemächtigung der Frau" herum und im Jahr 2009 zum Thema "Gerechte Verteilung der Aufgaben zwischen Männern und Frauen, einschließlich der Betreuungsaufgaben im Zusammenhang mit HIV/Aids".

Zu Beginn der Tagungen wurden Sitzungen und Parallelveranstaltungen von IGB/IÖD/BI organisiert, bei denen sich alle Gewerkschaftsvertreterinnen äußern konnten. Die politischen Erklärungen von IGB/IÖD/BI dienten der Gewerkschaftsdelegation als Grundlage, um Druck auf die Regierungsdelegationen auszuüben und trugen dazu bei, die Bündnisse mit NGOs in Bezug auf menschenwürdige Arbeit auszubauen.

Dank der beträchtlichen Anstrengungen, der Gruppen- und Lobbyarbeit konnten die Schlussfolgerungen dieser Tagungen beeinflusst und Gewerkschaftsforderungen eingebracht werden, u.a. in Bezug auf die Aufnahme eines Verweises auf qualitativ hochwertige öffentliche Dienste, die Beseitigung von Kinderarbeit, einen gleichberechtigten Zugang von Mädchen zu qualitativ hochwertigen Bildungsmöglichkeiten, die Anerkennung von Frauen als Arbeitnehmerinnen und die Berücksichtigung des Konzeptes "menschenwürdige Arbeit für Frauen" bei der Tagung im Jahr 2008.

Der Frauenausschuss hat den UN-Reformprozess aufmerksam verfolgt und sowohl die Frauenausschüsse als auch die Gewerkschaften insgesamt mobilisiert, um innerhalb des UN-Systems verstärkt auf die Gleichstellung der Geschlechter hinzuwirken. Die Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedete im September 2009 eine Resolution über die Einrichtung eines neuen Gleichstellungsreferats unter Leitung eines neuen Untergeneralsekretärs.

7. Gleichstellungsfragen bei der IAO

Die Beteiligung von Frauen an den Internationalen Arbeitskonferenzen (IAK) der IAO wurde als ein wichtiger Aspekt des von den Gewerkschaften verfolgten Ziels der Gleichstellung der Geschlechter betrachtet. Der Frauenausschuss hat daher auf die Notwendigkeit gedrungen, die Führungsspitzen der nationalen Gewerkschaftsdachverbände aufzufordern, für Geschlechterparität in ihren Delegationen bei der IAK zu sorgen. Es wurde ferner vorgeschlagen, eine Datenbank mit Gewerkschaftsführerinnen zusammenzustellen, die ihre Erfahrungen auf internationaler Ebene austauschen und eine geschlechtsspezifische Dimension in spezifische Themen einbringen könnten (vor allem ihre Tarifverhandlungserfahrungen).

Der IGB hat jedes Jahr zu Beginn der Konferenz eine geschlechtsspezifisch ausgerichtete Orientierungssitzung für die Teilnehmerinnen der Arbeitnehmergruppe organisiert, um sie mit den Tagesordnungspunkten vertraut zu machen und bezüglich der Bemühungen um die Erreichung von Geschlechterparität für Solidarität zu sorgen.

Bei der IAK im Juni 2009 ging es um die Gleichstellung der Geschlechter als Kernstück menschenwürdiger Arbeit. Dank der Lobbyarbeit des IGB hat der Verwaltungsrat das Thema menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte auf die Tagesordnung der IAK im Jahr 2010 gesetzt, wozu im April 2009 eine Konsultationssitzung mit den Arbeitnehmern bei der IAO organisiert wurde, um einen Meinungsaustausch bezüglich der Form und des Inhalts einer neuen internationalen Arbeitsnorm zu ermöglichen.

8. Wanderarbeitskräfte

Der IGB hat während des Berichtszeitraums beträchtliche Anstrengungen zur Verteidigung und Förderung der Rechte von Wanderarbeitskräften unternommen und zahlreiche Initiativen ergriffen.

Im Rahmen des Sonderaktionsprogramms Wanderarbeitskräfte wurden verschiedene Partnerschaftsvereinbarungen hinsichtlich der Rechte von Wanderarbeitskräften unterzeichnet: zwischen CTRN (Costa Rica) und CST/CUS (Nicaragua); zwischen CGTM (Mauretanien) und CNTS (Senegal) sowie zwischen MTUC (Malaysia) und SPSI (Indonesien). Von LO/TCO (Schweden) finanzierte Pilotprojekte beinhalteten Migrationszentren in Costa Rica, Mauretanien und Malaysia, wo zahlreiche Arbeitsmigrant(inn)en unter erschreckenden Bedingungen, ohne soziale Grundsicherung und unter Missachtung ihrer grundlegenden Rechte leben und arbeiten.

Im Rahmen dieser gewerkschaftsübergreifenden Zusammenarbeit fanden zwei Seminare statt, 2006 und 2009, um die ergriffenen Maßnahmen zu bewerten und künftige Aktionen zu planen.

Der IGB hat sich zudem im Rahmen des Globalen Forums über Migration und Entwicklung engagiert und an dessen Vorbereitungsaktivitäten mitgewirkt. Anlässlich des ersten Globalen Forums dieser Art 2007 in Brüssel wurde eine Erklärung des Global-Unions-Rates veröffentlicht, in der gefordert wurde, den sozialen Dialog und einen rechtsgestützten Rahmen in den Mittelpunkt der Migrationspolitik zu rücken und auch die geschlechtsspezifischen Aspekte zu berücksichtigen. Im Jahr 2008 in Manila spielte der IGB eine wichtige Rolle, als er den Vorsitz bei der Parallelveranstaltung zum Migrationsforum führte, und 2009 in Athen war der IGB mit einer umfangreichen Delegation vertreten, der 40 nationale und regionale Organisationen sowie GUFs angehörten und die die in der Erklärung des Global-Unions-Rates enthaltenen Gewerkschaftspositionen vertrat.

9. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

Im Einklang mit den Beschlüssen seines Gründungskongresses hat der IGB ein internationales Programm zur Bekämpfung von Rassendiskriminierung und Fremdenfeindlichkeit begonnen, in dessen Rahmen er u.a im Dezember 2007 ein gemeinsames Seminar mit der IAO-Abteilung, die für die Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit zuständig ist, in Genf organisiert hat, um seinen Aktionsplan auf der Grundlage der von seinem Gründungskongress festgelegten Leitlinien auszuarbeiten.

Mit sowohl technischer als auch finanzieller Unterstützung der IAO hat der IGB Initiativen ergriffen, um diesen Aktionsplan u.a. mittels Solidaritäts-, Sensibilisierungs- und Forschungsaktivitäten in Bezug auf Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu konkretisieren. Diese Aktivitäten wurden auf nationaler Ebene durchgeführt:

Cartel Alfa (Rumänien), CUT (Brasilien), CONSAWU (Südafrika), NTUC (Nepal) und UNTC (Demokratische Republik Kongo).

Der IGB hat sich zudem in enger Zusammenarbeit mit der IÖD und der BI umfassend an der Konferenz der Vereinten Nationen zur Überprüfung der Umsetzung der Erklärung und des Aktionsprogramms von Durban gegen Rassismus, Rassendiskriminierung und damit zusammenhängende Intoleranz beteiligt, die vom 20. – 24. April 2009 in Durban stattfand, inklusive an den Vorbereitungen und den Folgemaßnahmen. Der IGB hat aus diesem Anlass mehr als 40 Gewerkschafter/innen mobilisiert und mittels einer gemeinsamen IGB/IÖD/BI-Erklärung die Gewerkschaftspositionen zu den diskutierten Themen deutlich gemacht. In Zusammenarbeit mit IAO-ACTRAV wurde vor der auch als «Durban II» bezeichneten Konferenz ein Workshop organisiert, um die Teilnahme der Gewerkschaften vorzubereiten.

10. Veröffentlichungen

Die Gleichstellungsabteilung hat im Rahmen ihres Arbeitsprogramms verschiedene politische Dokumente ausgearbeitet, die bei den Sitzungen des Frauenausschusses erörtert wurden:

- Charta der Rechte der erwerbstätigen Frau
- Aktionsprogramm zur Erreichung von Gleichstellung in den Gewerkschaften
- Handbuch für Gewerkschaften zur Erreichung von Gleichstellung
- Kampagnenleitfaden für menschenwürdige Arbeit und ein menschenwürdiges Leben für Frauen
- Menschenwürdige Arbeit und ein menschenwürdiges Leben für Frauen: Mutterschutz zur Realität machen
- Gewerkschaften sagen Nein zu Gewalt gegen Frauen und Mädchen
- Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz: Ein Leitfaden für Gewerkschaften
- Bericht über das geschlechtsspezifische Lohn- und Gehaltsgefälle, 8. März 2008
- (Un)Gleichheit der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt: Ein Überblick über globale Trends und Entwicklungen – 2009
- Gemeinsame Erklärung von IGB/IÖD/BI für die UN-Kommission für die Rechtsstellung der Frau über Investitionen in menschenwürdige Arbeit für Frauen (März 2008) sowie über eine gerechte Verteilung der Aufgaben zwischen Männern und Frauen (März 2009)
- Aktionsplan für die Beseitigung von Rassendiskriminierung und Fremdenfeindlichkeit
- Erklärung von IGB/IÖD/BI an die Konferenz der Vereinten Nationen zur Überprüfung der Umsetzung der Erklärung und des Aktionsprogramms von Durban gegen Rassismus, Rassendiskriminierung und damit zusammenhängende Intoleranz.

All diese Dokumente sind für die weltweite Kampagne für menschenwürdige Arbeit und ein menschenwürdiges Leben für Frauen von zentraler Bedeutung.

11. Menschen- und Gewerkschaftsrechte in Verbindung mit Gleichstellungsfragen

Der Frauenausschuss hat gemeinsam mit der Abteilung Menschen- und Gewerkschaftsrechte zahlreiche Verletzungen der Rechte von Frauen verurteilt, sowohl bezüglich der Vereinigungsfreiheit und der Rechte bei der Arbeit als auch hinsichtlich der Menschenrechte allgemein, vor allem in Kolumbien und Guatemala.

Der IGB hat sich im Einklang mit den Beschlüssen seiner leitenden Organe kontinuierlich im Rahmen der IAO engagiert und versucht, eine befriedigende Lösung für das Problem der «Trostfrauen» (Japan) zu finden, um den überlebenden Opfern zu ihrem Recht und zu einer Entschädigung für die an ihnen begangenen abscheulichen Gewaltakte und die sexuelle Versklavung zu Kriegszeiten zu verhelfen. Der Fall der «Trostfrauen» stellt einen Verstoß gegen IAO-Übereinkommen 29 über Zwangs- oder Pflichtarbeit dar.

Im Jahr 2007 hat der IGB u.a. gegen die Unterdrückung einer friedlichen Frauendemonstration durch die iranischen Sicherheitskräfte protestiert. Während des Jahres 2008 wurden Protestschreiben im Zusammenhang mit der Unterdrückung, Inhaftierung und Ermordung von Wanderarbeitskräften in Jordanien, Costa Rica und Griechenland versandt, und im Jahr 2009 hat der IGB die Gewerkschaften Aserbaidschans, Bosnien-Herzegowinas und Serbiens bezüglich der Verletzung der Rechte von Wanderarbeitskräften im Baugewerbe kontaktiert. Außerdem wurde entschieden gegen den Erlass eines Haftbefehls gegen eine honduranische Gewerkschafterin protestiert, durch den ihre Teilnahme an der ersten Weltfrauenkonferenz des IGB verhindert wurde.

Die Abteilung Menschen- und Gewerkschaftsrechte bemühte sich auf die Bitte der Gleichstellungsabteilung hin um die Berücksichtigung einer geschlechtsspezifischen Perspektive in ihrer Datenbank.

12. Lesbische, schwule, bisexuelle und Transgender-Beschäftigte

Gemeinsam mit den GUFs hat der IGB Fälle einer Diskriminierung von Beschäftigten aufgrund ihrer sexuellen Orientierung aufmerksam verfolgt.

Der IGB war bei einer Konferenz des EGB am 29. und 30. Januar 2008 in Brüssel vertreten, bei der es um Maßnahmen der Gewerkschaften zur Förderung gleicher Rechte und der Würde aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ungeachtet ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität, ging. Die Konferenz ermöglichte einen Austausch guter Praktiken und Gedanken über verschiedene Fragen im Zusammenhang mit der Verhinderung von Diskriminierung bei der Arbeit aufgrund der sexuellen Orientierung. Der IGB hat zudem mit dem Verband ILGA-Europa zusammengearbeitet, der bereits Beziehungen zur BI, zur IÖD, zum EGB und zu verschiedenen Gewerkschaften auf nationaler Ebene unterhielt, um gleiche Rechte für alle zu fördern, auch für schwule, lesbische, bisexuelle und Transgender-Beschäftigte. Die Gewerkschaftsgruppierung Global Unions hat darüber hinaus die Organisation einer Menschenrechtskonferenz unter dem Motto "Liebe zur Freiheit – Freiheit zur Liebe" unterstützt, die vom 27. – 29. Juli 2009 in Kopenhagen stattfand. Die LO-Dänemark war Sponsorin der "Workers Out"-Sitzung zum Thema "Antworten der Gewerkschaften auf Belästigung und Diskriminierung bei der Arbeit". An der Konferenz nahmen rund 40 Vertreter/innen von Gewerkschaften aus Afrika, Asien und Europa teil, und sie forderten den IGB, die GUFs und den EGB auf, ihre Aktivitäten auszuweiten, um in sichtbarer Weise gegen Diskriminierung vorzugehen und die Rechte von LSBT-Beschäftigten zu fördern und zu schützen. Es wurde zudem ein E-Mail-Netzwerk eingerichtet, an dem sich zahlreiche Gewerkschaften beteiligten.

KAPITEL 7

KAMPAGNEN UND KOMMUNIKATION

Die Kampagnen- und Kommunikationsaktivitäten des IGB zielten während des Berichtszeitraums darauf ab, das Profil und die Identität des neuen internationalen Bundes unter den Mitgliedsorganisationen und in der Öffentlichkeit allgemein zu etablieren und das im Gründungsprogramm des IGB festgelegte Ziel zu erfüllen, d.h. den Aufbau des neuen gewerkschaftlichen Internationalismus dadurch zu unterstützen, dass internationale Gewerkschaftsaktionen zu einem integralen Bestandteil der Gewerkschaftsarbeit auf nationaler Ebene gemacht werden und weltweite Unterstützung für seine Ziele mobilisiert wird. Die Aktivitäten fanden im Einklang mit der bei der 3. Vorstandssitzung (Washington, DC, 12. – 14. Dezember 2007) beschlossenen Kommunikationsstrategie des IGB statt.

Es gab fünf Hauptarbeitsbereiche als Basis für die Unterrichtung der Mitgliedsorganisationen über die Politik und Aktivitäten des IGB und die Förderung ihrer Beteiligung an dieser Arbeit sowie für die Weiterentwicklung des öffentlichen Profils des Bundes.

1. Allgemeine Kommunikations- und Medienarbeit

Das wichtigste tägliche Kommunikationsmedium waren die "IGB-OnLine"-Artikel, die Informationen über die Aktivitäten, die Politik und die Positionen des Bundes in den Bereichen, die für ihn von Interesse waren, lieferten. Während des Berichtszeitraums wurden insgesamt 617 OnLine-Artikel veröffentlicht. Wie anderes IGB-Informationsmaterial auch, wurden diese Artikel in Englisch, Französisch und Spanisch produziert und im Rahmen einer E-Mail-Versandliste an mehr als 4.000 Abonnenten sowie an internationale Nachrichtenagenturen verschickt. Etwa 10% der Artikel wurden zudem per Pressemitteilung an verschiedene Listen von Journalisten (thematisch, sprachlich und geografisch geordnet) direkt an nationale und internationale Medieneinrichtungen versandt. Die OnLine-Artikel wurden ergänzt durch schriftliche und in einigen Fällen Video-"Spotlight-Interviews" mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern bzw. mit anderen interessanten Personen. Während des Berichtszeitraums wurden 97 derartige Interviews veröffentlicht; 54 mit Frauen und 43 mit Männern. Darüber hinaus wurden fünf Video-Interviews produziert.

Ein wichtiger Tätigkeitsbereich war die Medienarbeit um bedeutende internationale Veranstaltungen herum, darunter Tagungen der IAO und der G20, UN-Klimakonferenzen, das Weltsozialforum und das Weltwirtschaftsforum sowie andere wichtige Sitzungen. Der IGB ist darüber hinaus Bitten um Interviews und Hintergrundinformationen von zahlreichen Medieneinrichtungen in aller Welt nachgekommen, u.a. von Zeitungen und bedeutenden internationalen Rundfunk- und Fernsehkanälen.

2. Veröffentlichungen

Dieser Arbeitsbereich beinhaltete die Produktion von 17 länderspezifischen Berichten und eines regionalen Berichtes (über den Nahen Osten) im Format "Union View", die Publikmachung der Jährlichen Übersicht des IGB über die Verletzungen

von Gewerkschaftsrechten sowie die Erstellung von Sonderberichten zu Themen, die für die Mitgliedsorganisationen und die internationale Gemeinschaft von besonderem Interesse sind. Sie wurden sowohl in gedruckter Version als auch in elektronischem Format veröffentlicht, und in zahlreichen Fällen wurden Exemplare zur Verteilung bei Konferenzen und anderen Veranstaltungen sowie auf Anfrage einzelner Mitgliedsorganisationen nachgedruckt. "Union View"-Berichte wurden sowohl in nationalen als auch in internationalen Medien, auf den Internetseiten von Mitgliedsorganisationen und Einzelgewerkschaften sowie in spezialisierten internationalen E-Mail-Versandlisten und Blogs zitiert. Darüber hinaus wurden acht Kurzvideos über die informelle Wirtschaft, Gewerkschaftsrechte, Wanderarbeitskräfte, Kinderarbeit, Mutterschutz, behinderte Beschäftigte bzw. HIV/Aids produziert, ebenso wie Informationsmaterialien, Grafiken und themenbezogene Ressourcen für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter.

Die Öffentlichkeitsarbeit anlässlich der Veröffentlichung der Flaggschiff-Publikation des IGB, der Jährlichen Übersicht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten, führte zu einer umfassenden Berichterstattung in den internationalen Medien. Im Jahr 2007 verzeichnete der IGB 129 Medienverweise auf die Übersicht, im Jahr 2009 waren es 145 in 13 Sprachen und 28 Ländern. Diese aus öffentlichen Quellen stammenden Zahlen geben lediglich einen begrenzten Überblick über die tatsächliche Gesamtberichterstattung. Dort, wo einzelne Mitgliedsorganisationen in ihren eigenen Ländern Pressekonferenzen oder andere Veranstaltungen anlässlich der Veröffentlichung der Übersicht organisierten, führte dies zu einer größeren Berichterstattung in ihren nationalen Medien. Im Jahr 2009 wurde die Übersicht erstmals auch auf USB-Sticks veröffentlicht (zuvor auf CD-ROM), mit zusätzlichem Video- und sonstigem Material, wodurch sie attraktiver und benutzerfreundlicher wurde. Während die Übersicht selbst lediglich in den vier offiziellen Sprachen des IGB veröffentlicht wurde, erschien das Pressematerial zu ihrer Publikmachung auch in verschiedenen zusätzlichen Sprachen, wodurch sie größere lokale Beachtung sowohl in den Medien als auch unter Gewerkschaften fand.

Sonderberichte wurden veröffentlicht zur Finanzialisierung der Wirtschaft ("Where the House Always Wins" – Juni 2007) zur Welternährungskrise ("A Recipe for Hunger, How the World is Failing on Food" – März 2009) und zur Wirtschaftskrise ("Arbeitsplätze – der Weg zur Konjunkturerholung" – September 2009). Diese Berichte wurden positiv aufgenommen und fanden Beachtung in den internationalen Medien, was dazu beitrug, das Profil des IGB deutlicher hervorzuheben und seine Analysen und politischen Rezepte zu bedeutenden internationalen Themen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Gewerkschaftsbewegung zu publizieren. Der Erfolg der IGB-Berichte über das weltweite geschlechtsspezifische Lohn- und Gehaltsgefälle, die am 8. März 2008 und 2009 veröffentlicht wurden, unterstrich den Wert der vom IGB in Auftrag gegebenen neuen internationalen Untersuchungen zu für ihn relevanten Themen und der Weiterleitung der Ergebnisse und Analysen dieser Untersuchungen an die internationale und, in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedsorganisationen, die nationale Presse. Auf diese Weise wurde die Öffentlichkeit verstärkt bezüglich der globalen Dimension des geschlechtsspezifischen Lohngefälles sensibilisiert und der IGB zunehmend als internationaler Bezugspunkt für dieses Thema anerkannt, u.a. durch Zitate in den Berichten nationaler Parlamente und in anderen nationalen Studien.

3. Kampagnen und Mobilisierung

Die Kampagnenaktionen, die entweder unter Federführung oder Beteiligung des IGB stattfanden, beinhalteten themenbezogene und länderspezifische Aktivitäten. Die PlayFair-Kampagne, die während des gesamten Berichtszeitraums fortgesetzt wurde,

fand in Zusammenarbeit mit der Kampagne für Saubere Kleidung (Clean Clothes Campaign) statt und zielte auf die Achtung der grundlegenden Arbeitnehmerrechte in den Lieferketten der Sportartikelindustrie ab. Dabei ging es vor allem um Produkte, die im Rahmen von Lizenzvereinbarungen mit dem Internationalen Olympischen Komitee (IOC) und anderen Sportorganisationen wie FIFA hergestellt werden. Diese Kampagne fand breite Unterstützung bei Mitgliedsorganisationen, NGOs und in der Öffentlichkeit. Ein im Juni veröffentlichter PlayFair-Bericht über den Rückgriff auf Minderjährige und andere Rechtsverletzungen bei der Produktion von Lizenzprodukten in China für die Olympischen Spiele in Peking fand große Beachtung in den internationalen Medien (Fernsehen, Rundfunk, Printmedien u.a.) und erreichte ein Publikum von mehreren Hundert Millionen Menschen. Obwohl das IOC vielen im Rahmen der Kampagne geforderten Maßnahmen nicht zustimmte, erklärte es sich doch bereit, eine Arbeitsnormenklausel in die Auswahlkriterien für Olympiastädte aufzunehmen, die ab dem nächsten Auswahlverfahren für die Spiele im Jahr 2016 gelten wird. Im Jahr 2008 wurde die PlayFair-Kampagne mit der Arbeit der BHI verknüpft, die sich für die Achtung der Arbeitnehmerrechte beim Bau und bei der Renovierung von Sportstadien und anderen Sporteinrichtungen einsetzt, hauptsächlich mit Blick auf die Fußball-Europameisterschaft und die Fußball-Weltmeisterschaft. Diese beiden Elemente sportbezogener Kampagnen boten den Gewerkschaften vor Ort Organisations- und Tarifverhandlungsmöglichkeiten in Städten, die Veranstaltungen ausrichten, sowie in Fabriken, die Lizenzprodukte herstellen.

Eine zweite themenbezogene Kampagne drehte sich um internationale Aktionen zur Forderung nach nuklearer Abrüstung im Vorfeld der UN-Konferenz zur Überprüfung des Atomwaffensperrvertrages im Jahr 2010. Diese Kampagne wurde gemeinsam mit JTUC-RENGO (Japan) und der Globalen Gewerkschaftsföderation UNI durchgeführt und zielte darauf ab, Millionen Unterschriften für eine Petition zur Vorlage bei den Vereinten Nationen zu sammeln, sowohl auf Papier als auch elektronisch. Dies beinhaltete auch eine enge Zusammenarbeit mit dem Netzwerk der Bürgermeister für den Frieden (Mayors for Peace), dem weltweit mehr als 1.000 Städte angeschlossen sind, sowie laufende Kontakte zu einer internationalen Kommission für nukleare Abrüstung, die von den Regierungen Australiens und Japans eingerichtet wurde.

Weitere Kampagnenaktionen zielten auf die Verteidigung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte in verschiedenen Ländern ab, in denen kontinuierlich schwere Rechtsverletzungen begangen wurden. Dies beinhaltete internationale Aktionstage, Presse- und Informationsmaterial, Sonderberichte und audiovisuelles Material, ausgerichtet hauptsächlich auf Birma, Kolumbien, Guatemala, Guinea, Iran und Simbabwe. Im Mai 2008 organisierten der IGB, die Internationale Transportarbeiter-Föderation und Mitgliedsorganisationen im südlichen Afrika eine erfolgreiche Aktion, die eine große Waffenlieferung an das Mugabe-Regime verhinderte und dazu führte, dass das Schiff mit dieser Ladung an Bord in sein Heimatland, China, zurückkehren musste.

Die Aktivitäten anlässlich des Welttages für menschenwürdige Arbeit (WFMA) am 7. Oktober 2008 und 2009 waren Höhepunkte in diesem Arbeitsbereich des IGB. Sie machten deutlich, über welches Mobilisierungspotenzial der IGB mittels abgestimmter weltweiter Aktionen gemeinsam mit seinen Mitgliedsorganisationen verfügt. Das IGB-Sekretariat, unterstützt von den Regionalorganisationen und durch Aktivitäten der GUFs, diente als Plattform für die thematischen Inhalte, und auf nationaler und lokaler Ebene wurden zahlreiche, ganz unterschiedliche Aktivitäten organisiert, die von Massenmobilisierungen unter Beteiligung von Hunderttausenden Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern bis hin zu kulturellen und PR-Veranstaltungen reichten und auch die innovative Nutzung des Internet beinhalteten. Im Jahr 2008 wurden 616 Aktionen in 130 Ländern verzeichnet, im Jahr 2009 472 Aktionen in 111 Ländern.

Mehrere Hunderttausend Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter beteiligten sich in den beiden Jahren an den Aktivitäten und kamen auf diese Weise häufig zum ersten Mal in direkten Kontakt mit internationalen Gewerkschaftsaktionen. Eine "WFMA"-Sonderseite im Internet bot den beteiligten Organisationen die Möglichkeit, Berichte, Fotos und Videos zu ihren Veranstaltungen in Echtzeit einzustellen, so dass Interessierte die in den einzelnen Ländern laufenden Aktionen über die verschiedenen Zeitzonen hinweg direkt verfolgen konnten.

4. Internet und "Neue Medien"

Die Internetseite des IGB, als wichtigster Kontaktpunkt des Bundes, hatte am Ende des Berichtszeitraums im Durchschnitt 1.500 Zugriffe pro Tag zu verzeichnen. Im vierten Quartal 2009 wurde mit der Arbeit an einer neuen Internetseite begonnen, die Mitte 2010 vorgestellt werden sollte, parallel zur Einführung einer neuen Informationstechnologie-Plattform.

In dem Bewusstsein um die zunehmende Bedeutung von Internetvideos, sozialen Netzwerken und anderen "neuen Medien" wurden besondere Anstrengungen unternommen, um die Arbeit des IGB in diesem Bereich weiterzuentwickeln und auszuweiten. Im September 2008 richtete der IGB seinen eigenen "YouTube"-Kanal ein, der bis Ende 2009 etwa 100.000 Zugriffe erhalten hatte, womit er, gemessen an Organisationen mit einem ähnlichen Publikum wie der IGB, einer der populäreren Kanäle war. Spezielle Kurzvideos über Mutterschutz bzw. Kinderarbeit erhielten jeweils Zehntausende Zugriffe, viele davon von Quellen außerhalb der üblichen Reichweite der Gewerkschaften. Beide Videos wurden zudem auch im nationalen Fernsehen übertragen, so dass mehrere Hunderttausend weitere Zuschauer/innen erreicht wurden. Bis Ende 2009 waren insgesamt 160 Videos auf diesen Kanal hochgeladen worden, darunter Interviews mit führenden Gewerkschaftsvertreterinnen und -vertretern, themenbezogene Videos wie etwa zum Klimawandel sowie zahlreiches sonstiges Material.

Eine IGB-Seite im sozialen Netzwerk "Facebook" war bei der Publizierung von Kampagnen und anderen Aktivitäten des IGB nützlich. Etwa 7.000 Einzelpersonen machten über diese Seite bei der Kampagne für menschenwürdige Arbeit mit, weitere 1.000 schlossen sich der Kampagne gegen Atomwaffen an und 500 der PlayFair-Kampagne. Der IGB ist inzwischen auch auf "Twitter" (Kurznachrichten), "Flickr" (Fotos) und "Vimeo" (längere Videos) präsent.

5. Jugendliche Beschäftigte

Die Nutzung neuer Medienanwendungen war seit dem Gründungskongress ein Schlüsselmerkmal des IGB-Jugendprogramms. Unter den Nutzern dieser Anwendungen finden sich besonders viele Jugendliche, weshalb sich ein 2008 eingerichteter Jugend-Blog als sehr populär erwies. Dieser Blog, der jungen Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern den Austausch von Informationen, Gedanken und Erfahrungen in englischer, französischer und spanischer Sprache ermöglicht, erhielt Ende 2009 durchschnittlich 400 Besuche pro Tag. Bis Ende 2009, als der Blog insgesamt rund 50.000 Besuche erhalten hatte, waren dort 40 Artikel von Autoren aus 20 verschiedenen Ländern, und aus jeder Region, eingestellt worden. Darüber hinaus wurden Minileitfäden über Kinderarbeit und über menschenwürdige Arbeit produziert und sowohl in gedruckter Version als auch in elektronischem Format verteilt.

Die maximale Nutzung moderner Kommunikationsmittel bildete eine wichtige Grundlage für die Jugendarbeit des IGB, bei der die Unterstützung der Mitgliederwerbung und der Organisationsarbeit unter Jugendlichen im Vordergrund stand. Der

IGB-Jugendausschuss, dem 16 Mitglieder, genauso viele junge Frauen wie Männer aus jeder Region, angehören, hielt seine erste zweitägige Sitzung unmittelbar nach einer Internationalen IGB-Konferenz für jugendliche Beschäftigte (Berlin, 1. und 2. Juni 2007) ab und legte bei dieser Gelegenheit einen Vorschlag zu seinem Aufgabenbereich und seiner Zusammensetzung sowie eine Jugendpolitik zum Thema menschenwürdige Arbeit zur Billigung bei der 2. Sitzung des IGB-Vorstandes vor. Diese Politik verfolgte vier Ziele:

- Schaffung von mehr menschenwürdigen Arbeitsplätzen für Jugendliche;
- Sicherung der Qualität bereits vorhandener und neuer Arbeitsplätze;
- Verbesserung der Fertigkeiten, Qualifikationen und des Zugangs zu Bildungsmöglichkeiten und
- Verbesserung des Übergangs von der Schule ins Arbeitsleben.

Der Ausschuss tagte erneut am 5. und 6. Juni 2008 in Kiew und vom 4. – 6. Juni 2009 in Praia Grande (Brasilien).

Neben seiner Arbeit in Bezug auf die Organisierung von und die Kontaktaufnahme zu jugendlichen Beschäftigten sorgte der Jugendausschuss für eine hohe Beteiligung Jugendlicher an den WFMA-Veranstaltungen (2009 wurden mehr als 15% aller Aktivitäten von Jugendlichen organisiert) und anderen IGB-Aktivitäten.

Der IGB kam zudem der Bitte mehrerer Mitgliedsorganisationen um eine technische Beratung bezüglich der Nutzung neuer Medien sowie um die Beteiligung an Sitzungen nationaler Jugendausschüsse und Jugendveranstaltungen nach. Darüber hinaus nahm er an verschiedenen Kursen im IAO-Schulungszentrum in Turin teil, bei denen Jugendfragen behandelt wurden.

6. Sonstige Aktivitäten

Die Zusammenarbeit mit den Globalen Gewerkschaftsföderationen fand in Form von Aktivitäten mit einzelnen GUFs, aber auch im Rahmen des vom Global-Unions-Rat eingerichteten "Kommunikationsforums" statt. Dies beinhaltete gemeinsame Veröffentlichungen über die Wirtschaftskrise sowie über Gewerkschaften und Klimawandel, ebenso wie den Austausch von im Bereich der Kommunikation und Medienarbeit gesammelten Sachkenntnissen und Erfahrungen. Der IGB nahm an Kommunikationsforen der BI und von UNI teil und unterstützte die Lancierung eines jährlichen Global-Unions-Filmabends in Genf.

Zusammengearbeitet wurde mit dem Schulungszentrum der IAO in Turin auch im Rahmen von Programmen für Kommunikationsbeauftragte von Gewerkschaften und Journalisten mit Interesse an den Aktivitäten und politischen Konzepten der Gewerkschaften. Durch die Teilnahme an diesen Programmen konnte der IGB seine Kontakte zu Medieneinrichtungen in einer Reihe von Ländern sowie zu den Medienbeauftragten innerhalb der Gewerkschaftsbewegung ausbauen.

KAPITEL 8

GEWERKSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

1. Einführung

Mit dem beim IGB-Gründungskongress verabschiedeten Aktionsprogramm wurde der Bund aufgefordert, Ressourcen für die Entwicklungszusammenarbeit zu mobilisieren und dafür zu sorgen, dass sie im Rahmen einer vereinbarten und kohärenten globalen Strategie verwaltet werden.

Auf der Grundlage dieser Forderung wurde Anfang 2007 mit individuellen und kollektiven Konsultationen unter Beteiligung einer Vielzahl von im Bereich der gewerkschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit tätigen Organisationen begonnen: Organisationen, die solidarische Unterstützung gewähren (Solidaritätsorganisationen), IGB-Regionalorganisationen und Globale Gewerkschaftsföderationen (GUFs). All diese Organisationen befürworteten die Konzipierung kohärenter Maßnahmen und Verfahren des IGB für die Entwicklungszusammenarbeit. Zudem wurden die verschiedenen thematischen Aktionspläne des IGB analysiert, um festzustellen, welche Elemente durch Entwicklungszusammenarbeitsprojekte untermauert werden könnten.

Die Konsultationen ergaben eine Reihe von Erwartungen und Möglichkeiten für den IGB im Rahmen einer globalen Strategie, darunter:

- Definition von Programmprioritäten auf der Grundlage der Kongressbeschlüsse;
- Sicherstellung, dass verlässliche Informationen verfügbar sind und ausgetauscht werden, untermauert durch eine Analyse der Entwicklungsbedürfnisse auf regionaler und Länderebene;
- Entwicklung gemeinsamer Instrumente und Normen für die Planung, Überwachung und Evaluierung von Projekten;
- Zusammenstellung von Bildungsmaterial;
- Übertragung der politischen Prioritäten des IGB in konkrete Projektanträge;
- klare Definition der Rolle und Aufgaben der verschiedenen Akteure im Bereich der gewerkschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit.

Während des Jahres 2007 wurden in Zusammenarbeit mit den IGB-Regionalorganisationen und dem PERR vier Regionalseminare organisiert, bei denen es um die Entwicklungszusammenarbeit der Regionalstrukturen des IGB ging, da ihnen eine maßgebliche Rolle dabei zukommt, die Bedürfnisse ihrer Mitgliedsorganisationen sowie die Möglichkeiten für Projekte im Einklang mit den Prioritäten des IGB festzustellen.

Im Jahr 2007 wurden darüber hinaus Maßnahmen ergriffen, um die Zusammenarbeit mit IAO/ACTRAV und dem Schulungszentrum der IAO in Turin im Außenbereich zu verbessern. Eine Schlüsselkomponente dabei war ein ACTRAV-Symposium zum Thema "Gewerkschaftsbildung, solidarisches Lernen im 21. Jahrhundert", das vom 8. bis 12. Oktober 2007 in Genf stattfand. Ferner wurde mit dem Schulungszentrum in Turin vereinbart, die Zusammenarbeit bei der Konzipierung und Durchführung

seiner Schulungsaktivitäten sowie seiner technischen Dienste in Bezug auf Methodik und Materialentwicklung zu verbessern.

2. Von Konsultationen zu konkreten Maßnahmen

Die Konsultationen während des Jahres 2007 bildeten die Grundlage für einen IGB-Aktionsplan für die Entwicklungszusammenarbeit, der bei der 3. Vorstandssitzung (Washington, 12. – 14. Dezember 2007) beschlossen wurde. Der Aktionsplan beinhaltet bilaterale und multilaterale Programme sowie die Förderung einer geteilten Verantwortung für die Entwicklungszusammenarbeit des IGB.

Die bilaterale Projektarbeit, die in vielen Fällen von Regierungen finanziert wird, macht den Großteil der Entwicklungszusammenarbeitsaktivitäten innerhalb der IGB-Familie aus und gewährt vielen Organisationen wichtige Unterstützung. Der IGB hat sich daher auf einen dienstleistungsorientierten Ansatz konzentriert und eher als Vermittler als in der Funktion eines Kontrolleurs agiert, mit Schwerpunkt auf folgenden Bereichen:

- Unterstützung der Solidaritätsorganisationen und ihrer Partner bei der Entwicklung von nachfrage- und ergebnisorientierten Programmen, basierend auf festgestellten Bedürfnissen und unter besonderer Berücksichtigung der Überwachung und Auswertung;
- Ausbau der Kapazitäten von Partnerorganisationen in Bezug auf die Planung, Überwachung und Auswertung, um sie bei der systematischen Festlegung bilateraler Programmaktivitäten auf der Grundlage der Prioritäten des IGB zu unterstützen;
- Förderung der Entwicklungszusammenarbeitsprioritäten des IGB, die prinzipiell von allen Solidaritätsorganisationen als Hauptbezugspunkt für ihre bilaterale Arbeit akzeptiert wurden;
- Bereitstellung grundlegender Informationen über einzelne Länder und Mitgliedsorganisationen seitens des IGB und seiner Regionalorganisationen, um eine bedarfsorientierte Planung zu erleichtern. Während des Berichtszeitraums wurde mit der Einrichtung einer Datenbank zu diesem Zweck begonnen.

In den Jahren 2008 und 2009 wurden mit Unterstützung vieler Solidaritätsorganisationen sowie der IAO und der Europäischen Union zahlreiche multilaterale Programme durchgeführt, um die Arbeit des IGB zu untermauern. Hauptprioritäten des IGB wurden in folgenden Bereichen unterstützt:

- Die Globalisierung verändern: mittels subregionaler und nationaler Schulungskurse zu einer Vielzahl von Themen, darunter Handel, Arbeitsnormen in den Programmen der Weltbank und der Internationalen Finanz-Corporation, soziale Verantwortung von Unternehmen und die Internationale Organisation für Normung (ISO) sowie bezüglich einer wirksamen Interaktion mit den internationalen Finanzinstitutionen;
- Menschen- und Gewerkschaftsrechte: u.a. in Bezug auf politische Strategien und Maßnahmen bezüglich der IAO-Normen, den Aufbau regionaler Gewerkschaftsrechtsnetzwerke sowie die Produktion der Jährlichen Übersicht über die Verletzungen von Gewerkschaftsrechten und weiterer Materialien;
- Thematische Programme: darunter das IGB-Programm gegen Zwangsarbeit sowie die Sonderaktionsprogramme des IGB für Freie Exportzonen und Wanderarbeitskräfte;

- Gleichstellung und Diskriminierung: mittels der Organisierung erwerbstätiger Frauen, einschließlich des Projektes "Decisions for Life", Unterstützung von Maßnahmen des IGB zugunsten von Wanderarbeitskräften sowie gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit;
- Programme des IGB und von Global Unions im Zusammenhang mit HIV/Aids;
- Informelle Wirtschaft: mittels Organisationsarbeit und Aktivitäten bezüglich gesetzlicher und rechtlicher Fragen, mit Pilotprojekten in 13 Ländern und einschließlich der Zusammenstellung eines "Instrumentariums" zur Unterstützung der Organisations- und Schulungsarbeit;
- Jugendliche Beschäftigte: mittels innovativer Methoden der Kontaktaufnahme und Kommunikation;
- Unterstützung des IGB-Verbindungsbüros in Hongkong.

Darüber hinaus wurde mit der Vorbereitung einer für Menschen- und Gewerkschaftsrechtsfragen in arabischen Ländern und im Nahen Osten einzurichtenden Beobachtungsstelle begonnen.

Für die Durchführung dieser Projekte waren die jeweiligen IGB-Abteilungen in Zusammenarbeit mit den Regionalorganisationen und in vielen Fällen in Verbindung mit politischen Diskussionen mit den Mitgliedsorganisationen zuständig.

Am Ende des Berichtszeitraums waren 15 Solidaritätsorganisationen aktiv an den multilateralen Programmen des IGB beteiligt und zehn weitere hatten ihre Absicht bekundet, ebenfalls Unterstützung zu leisten. Die Bemühungen um die Einbeziehung der übrigen mit Mitgliedsorganisationen verbundenen Solidaritätsorganisationen wurden fortgesetzt.

Um die gemeinsame Verantwortung im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit zu fördern, wurde mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union das Gewerkschaftsnetzwerk für die Entwicklungszusammenarbeit (engl. Abk. TUDCN) eingerichtet. Das TUDCN wurde im Oktober 2008 formell lanciert und war bis zum Ende des ersten Quartals 2009 voll funktionstüchtig. Es umfasst 30 Gewerkschaftsdachverbände und Solidaritätsorganisationen sowie die Regionalorganisationen des IGB. Es ist ferner geplant, dass sich die Globalen Gewerkschaftsföderationen daran beteiligen.

Das Netzwerk dient als Plattform für die Ausweitung der politischen Rolle der Gewerkschaften im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, für die Förderung des gewerkschaftlichen Entwicklungszusammenarbeitsmodells einer geteilten und gemeinsamen Verantwortung sowie für die Unterstützung der Gewerkschaften in Entwicklungsländern, u.a. im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit.

Seit der ersten Sitzung des TUDCN im Oktober 2008 haben vier weitere Sitzungen stattgefunden. Es wurde eine Überwachungs- und Auswertungsgruppe unter Beteiligung von Mitgliedsorganisationen in Ländern, die 2009 und 2010 die EU-Präsidentschaft innehatten, eingerichtet, um die Fortschritte bei der Projektdurchführung zu bewerten. Bei der ersten Sitzung dieser Gruppe im Oktober 2009 wurde die bis dahin geleistete Arbeit insgesamt positiv bewertet.

Die Methodik des TUDCN basiert auf drei Hauptkomponenten: Koordination und Informationsaustausch, politische Arbeit und Lobbyarbeit sowie Ausbau der Kapazitäten.

Die Initiativen zur Koordination und zum Informationsaustausch beinhalteten die Arbeit an der Datenbank mit grundlegenden Informationen in Zusammenarbeit mit den Regionalorganisationen sowie die Veröffentlichung eines TUDCN-Nachrichtenblatts in englischer, französischer und spanischer Sprache. Die erste Ausgabe dieses Nachrichtenblatts erschien im März 2009 und bis zum Jahresende wurden weitere sechs Ausgaben produziert. Darüber hinaus wurden TUDCN-Sonderseiten im Internet eingerichtet, einschließlich eines Bereichs, der nur für Mitglieder zugänglich ist und internes Dokumentationsmaterial, externe Dokumente und Initiativen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit enthält.

Es wurden Aktivitäten zu den verschiedenen Arbeitsbereichen des TUDCN durchgeführt, um einen Rahmen für die gemeinsame Politik und Lobbyarbeit festzulegen. Es ging dabei um die Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit, Gewerkschaften als Entwicklungsakteure, die internationale Entwicklungspolitik und Hilfsarchitektur und Bildungsarbeit in Entwicklungsfragen. An den Aktivitäten in diesen Arbeitsbereichen waren der IGB und seine Regionalorganisationen, Mitgliedsorganisationen und GUFs beteiligt. Es ging dabei nicht nur um politische Kohärenz, sondern auch um ein besseres Verständnis der Rolle der Gewerkschaften bei der Entwicklungszusammenarbeit und ihrer Interaktion mit anderen internationalen Entwicklungsakteuren.

Das TUDCN nahm darüber hinaus an Entwicklungsplattformen der Zivilgesellschaft teil, wie etwa an der Folgesitzung zum Dritten Hochrangigen Forum über die Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit vom 2. – 4. September 2009 in Accra (Ghana). Weitere internationale Plattformen, an denen der IGB beteiligt war, waren das "Open Forum on CSO Effectiveness" sowie die "BetterAid Platform". Darüber hinaus wurden Beiträge im Zusammenhang mit Entwicklungsfragen zum Kapitalentwicklungsfonds der Vereinten Nationen sowie zum Wirtschafts- und Sozialrat der UN geleistet.

Im Zusammenhang mit den externen Unterstützungsprogrammen der EU wurden Arbeitsbeziehungen zur Europäischen Union, zum Europäischen Parlament und zum Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss aufgenommen. Der IGB konnte durchsetzen, dass der soziale Dialog als eine der Prioritäten der EU im Bereich der Menschenrechte aufgenommen wurde, und bezüglich der Anerkennung der Gewerkschaften als Organisationen, die für spezifische und direkte Projektmittel der EU in Frage kommen, wurden Fortschritte erzielt.

Die erste von mehreren internationalen Entwicklungskonferenzen, die der IGB in Verbindung mit der halbjährlichen Rotation der EU-Präsidentschaft organisierte, fand im Oktober 2009 in Stockholm statt und wurde in Zusammenarbeit mit den schwedischen IGB-Mitgliedsorganisationen organisiert.

Die Aktivitäten zum Kapazitätsaufbau beinhalteten das erste in einer Reihe von Schulungsseminaren im September 2009 sowie Vorbereitungen auf die zweite Veranstaltung, für Lateinamerika, Anfang 2010. Vom 18. – 20. November 2009 fand zudem ein Schulungsseminar für neue EU-Mitgliedsstaaten in Brüssel statt, um den Mitgliedsorganisationen in diesen Ländern dabei zu helfen, sich mit der internationalen Entwicklungspolitik und den Entwicklungsprogrammen der EU vertraut zu machen.

3. HIV/Aids

Die Arbeit im Bereich HIV/Aids wurde im Rahmen des IGB-eigenen Programms sowie durch die Beteiligung am Global-Unions-Aids-Programm (GUAP) fortgesetzt und im Juni 2009 mit finanzieller Unterstützung aus dem Aids-Programm der IAO durch die Ernennung einer hauptamtlichen HIV/Aids-Beauftragten im IGB-Sekretariat untermauert. Die Aktivitäten des IGB beinhalteten Lobby- und Kampagnenarbeit bezüglich Zusagen von Regierungen und internationalen Institutionen, vor allem der G8, Sensibilisierungsarbeit, u.a. hinsichtlich des Welt-Aids-Tages am 1. Dezember und durch spezifische Aktionen am Welttag für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober 2008 und 2009. Die enge Zusammenarbeit mit IAO-Aids, UNAIDS, dem Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria sowie der Welt-Aids-Kampagne wurde während des Berichtszeitraums fortgesetzt.

Die 25-köpfige Gewerkschaftsdelegation, die mit Unterstützung des IGB und von GUAP-Vertretern an der Internationalen Aids-Konferenz im Dezember 2008 in Mexiko-Stadt teilnahm, konzentrierte sich auf die Notwendigkeit, den betrieblichen und arbeitsmarktrelevanten Aspekten der Pandemie prioritäre Aufmerksamkeit zu schenken und unterstrich die Bedeutung qualitativ hochwertiger öffentlicher Dienste, insbesondere im Gesundheitswesen.

Der IGB nahm im Januar, Juni, Oktober und Dezember 2007, im Januar, April und November 2008 sowie im März und September 2009 an GUAP-Sitzungen teil. Diese Sitzungen dienten dem IGB, den GUFs und dem TUAC dazu, Informationen über die Politik und Maßnahmen im Bereich HIV/Aids auszutauschen und gemeinsame Strategien für die Kampagnen- und Lobbyarbeit zu entwickeln. Der IGB leistete darüber hinaus Beiträge zu den dem Thema HIV/Aids gewidmeten Sonderseiten auf der Internetseite von Global Unions.

Eine bedeutende Komponente des HIV/Aids-Programms des IGB während des Jahres 2009 war die Vor- und Nachbereitung der ersten Aussprache bei der Internationalen Arbeitskonferenz über eine vorgeschlagene internationale Arbeitsnorm bezüglich HIV/Aids, die 2010 verabschiedet werden sollte.

KAPITEL 9

GLOBAL UNIONS

Der IGB hat seine enge Zusammenarbeit mit den Globalen Gewerkschaftsföderationen (GUFs) und dem Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss (TUAC) bei der OECD fortgesetzt und auf der Grundlage der Beschlüsse des IGB-Gründungskongresses im Januar 2007 eine Vereinbarung über die Einrichtung des Global-Unions-Rates (GUR) unterzeichnet. Die Vereinbarung wurde auch vom TUAC und von allen GUFs mit Ausnahme des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes unterzeichnet.

Neben der Zusammenarbeit mit den GUFs und dem TUAC in zahlreichen sozialen und wirtschaftlichen Fragen, u.a. über das Global-Unions-Büro in Washington, DC, fand eine umfangreiche Kooperation mit einzelnen GUFs in Gewerkschaftsrechtsfragen statt. Dies beinhaltete die Nutzung der Überwachungsverfahren der IAO sowie verschiedene Kampagnen, von denen einige, wie etwa die im Zusammenhang mit Birma, alle GUFs einbanden und andere, wie die bezüglich des Iran, nur einige. Über die Zusammenarbeit mit dem TUAC wird weiter unten detaillierter berichtet.

1. Global-Unions-Rat (GUR)

Der Global-Unions-Rat wurde als eine Form der strukturierten Zusammenarbeit eingerichtet, um die politischen und die industriellen Stärken einander ergänzender internationaler Gewerkschaftsstrukturen zum Zwecke gemeinsamer Aktionen zu bündeln. In der Vereinbarung wird von einem Instrument der Solidarität, der Mobilisierung, gemeinsamer Lobbyarbeit und Kampagnen gesprochen.

Der GUR hielt seine erste Sitzung am 9. und 10. Januar 2007 in Brüssel ab und tagte erneut im Januar 2008 und im Februar 2009, ebenfalls in Brüssel. Zusammenkünfte der GUR-Generalsekretäre/Generalsekretärinnen fanden jedes Jahr im Juni in Genf statt.

Der IGB-Generalsekretär erfüllt die Funktion des GUR-Sekretärs und ist zudem Mitglied des Koordinierungsausschusses, dem der/die Vorsitzende, der/die stellvertretende Vorsitzende und der/die frühere Vorsitzende des GUR-Rates angehören und der den GUR zwischen den Sitzungen lenkt. Der GUR hat zudem einen hauptamtlichen Koordinator.

Zu den bei der konstituierenden Sitzung und bei anschließenden Sitzungen beschlossenen Prioritäten des GUR gehören u.a. Organisation und Anerkennung. Eine der ersten Prioritäten war die Organisation einer Konferenz zu diesem Thema im Dezember 2007 in Washington, DC., die zu weiteren Aktivitäten führte, vor allem zu dem Beschluss, internationale Unterstützung für die Verabschiedung des Gesetzes über die Wahlfreiheit der Beschäftigten in den USA (des *Employee Free Choice Act*) zu organisieren, das zu einer größeren Konformität des US-Arbeitsrechtes mit den internationalen Normen im Bereich der Gewerkschaftsrechte geführt hätte. Es wurden eine Reihe von Folgeaktivitäten organisiert, um die Bemühungen der US-Gewerkschaften zu unterstützen, aber während des Berichtszeitraums wurde keine Arbeitsrechtsreform in den USA verabschiedet.

Hauptzweck des GUR sind jedoch nicht spezifische Initiativen, sondern Organisation, Anerkennung von Gewerkschaften und Tarifverhandlungen, die sich wie ein

roter Faden durch all seine Aktivitäten ziehen, ob es um Themen wie Finanzialisierung und damit zusammenhängende wirtschaftliche Fragen, prekäre Arbeit, Kommunikation, den öffentlichen Dienst oder Migration geht. Der GUR diene zudem als Diskussions- und Kooperationsforum für Fragen, die sowohl sektorale als auch allgemeine politische Bedeutung haben, wie etwa Klimawandel.

Um die Entwicklung von Aktionsprioritäten und diesbezügliche Fortschritte zu unterstützen, wurden Arbeitsgruppen zu verschiedenen Themenbereichen eingerichtet: Arbeitsverhältnisse und prekäre Arbeit, Kommunikation und öffentlicher Sektor/öffentliche Dienste. Den Vorsitz führen jeweils GUF-Generalsekretäre. Eine ähnliche Gruppe, ebenfalls unter Vorsitz eines GUF-Generalsekretärs, wurde zum Thema Migration eingerichtet. Darüber hinaus fanden zwei informelle Sitzungen statt, um Informationen auszutauschen und unternehmensbezogene Strategien zu diskutieren, inklusive Aufbau von Netzwerken und Solidarität in Liefer-/Produktions-/Dienstleistungsketten sowie Themen im Zusammenhang mit globalen Vereinbarungen.

Die Arbeitsgruppe Arbeitsverhältnisse wurde im Mai 2007 in ihrer derzeitigen Form eingerichtet und tagte zweimal pro Jahr. Sie befasst sich mit einer Vielzahl von Situationen, in denen kein konkretes Arbeitsverhältnis vorliegt, in denen das Arbeitsverhältnis unklar ist oder die Beschäftigten weit entfernt sind von den wirklichen Entscheidungsträgern bestimmter Industrien oder Unternehmen. Die Arbeitsgruppe hat rechtliche Fragen und die Rolle der IAO, Organisations- und Arbeitsbeziehungsfragen, Zeitarbeitsagenturen sowie die politischen Rahmenbedingungen untersucht, vor allem bezüglich der Maßnahmen internationaler zwischenstaatlicher Organisationen. Sie hat mit gemeinsamen Aktionen begonnen, indem u.a. Aktivitäten anlässlich des Welttages für menschenwürdige Arbeit im Oktober 2009 schwerpunktmäßig auf die Türkei und Thailand ausgerichtet wurden. Darüber hinaus hat sich die Arbeitsgruppe damit befasst, wie die Beschwerdeverfahren im Rahmen der IAO und der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen in wirksamerer Weise genutzt werden können.

Die Arbeitsgruppe Kommunikation, die sowohl interne als auch externe Kommunikationsthemen behandelte, tagte zweimal pro Jahr. Sie tauschte Informationen über einzelne Global-Unions-Kommunikationsstrategien aus und wurde auf dieser Grundlage beauftragt, gemeinsame Botschaften für Global Unions zu entwickeln, um deren Sichtbarkeit zu erhöhen und für ein besseres Verständnis ihres Auftrages zu sorgen. Die Arbeitsgruppe war für die Zusammenstellung zweier Veröffentlichungen unter Beteiligung aller Global Unions verantwortlich, einer zur Krise (*"Arbeit für die Welt: Strategien der Global Unions für eine wirtschaftliche Erholung"*) und einer zum Klimawandel (*"Getting the World to Work: Green Growth for jobs and social justice"*). Sie nahm ferner eine Umstrukturierung der Internetseite von Global Unions vor, die vom IGB betreut wird.

Die Arbeitsgruppe öffentlicher Sektor/öffentliche Dienste konzentrierte sich vor allem auf eine im Oktober 2010 in Genf geplante Konferenz über qualitativ hochwertige öffentliche Dienste, um einen Teil der langjährigen Verpflichtung des GUR zu erfüllen und engere Beziehungen zwischen den Gewerkschaften des öffentlichen und des privaten Sektors zu knüpfen sowie für mehr Unterstützung seitens der Gesellschaft allgemein für die Werte des öffentlichen Dienstes sowie für öffentlich Bedienstete und ihre Gewerkschaften zu sorgen. Diese Arbeit ist eng mit den Prioritäten des GUR bezüglich der Verteidigung der Gewerkschaftsrechte, der Demokratie und einer verantwortungsvollen Regierungsführung verknüpft, wozu zugängliche und qualitativ hochwertige öffentliche Dienste erforderlich sind.

Der GUR erörterte und verständigte sich auf eine Vielzahl von Themen, in einigen Fällen gestützt auf Empfehlungen kleinerer Arbeitsgruppen, aber auch auf Ad-hoc-Basis, u.a. im Zusammenhang mit der erwähnten Unterstützung der US-Gewerkschaften bei ihren Bemühungen um einen besseren gesetzlichen Schutz des Vereinigungs- und Tarifverhandlungsrechtes, bezüglich Solidaritätsbekundungen mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern in Korea und der Zusammenarbeit im Nahen Osten.

Der IGB beteiligte sich an allen Arbeitsgruppen und war bei einigen gemeinsamen Initiativen federführend, u.a. in den Bereichen Klimawandel, Gewerkschaftsrechte und, in Zusammenarbeit mit dem TUAC, in einer Reihe wirtschaftlicher Fragen. Er ermöglichte die Beteiligung von Global Unions am G20-Prozess sowie an den Diskussionen mit dem IWF und der Weltbank.

Ende 2009 schloss der GUR eine Bestandsaufnahme seiner dreijährigen Arbeit ab, wie in seiner Gründungsvereinbarung vorgesehen. Obwohl hinsichtlich der Prioritäten und Arbeitsmethoden generell Zufriedenheit geäußert wurde, wurde festgestellt, dass es eines größeren Engagements und einer stärkeren Beteiligung der Global Unions und ihrer Führungsspitzen erfordere, ebenso wie einer besseren Integration der Arbeit des GUR in die Prioritäten von Global Unions und wesentlich größerer Fortschritte in Bezug auf die Sichtbarkeit von Global Unions.

2. Globale Gewerkschaftsföderationen

Während des Berichtszeitraums gab es an der Führungsspitze mehrerer Globaler Gewerkschaftsföderationen Veränderungen. Eine solche Veränderung resultierte aus dem verfrühten Verlust einer der dynamischsten und effizientesten Führungspersönlichkeiten in der internationalen Gewerkschaftsbewegung, des Generalsekretärs der Internationalen Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung (ITBLAV) Neil Kearney, der dieses Amt von 1987 bis zu seinem Tod im November 2009 bekleidet hatte. Patrick Itschert wurde zu seinem Nachfolger gewählt.

Manfred Warda löste Fred Higgs als Generalsekretär der Internationalen Föderation von Chemie, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaften (ICEM) ab, Peter Waldorff folgte Hans Engelberts im Amt des Generalsekretärs der Internationale der Öffentlichen Dienste (IÖD), Jyrki Raina wurde zum Nachfolger von Marcello Malentacchi als Generalsekretär des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes (IMB) gewählt, und Ambet Yuson wurde Generalsekretär der Bau- und Holzarbeiterinternationale (BHI) und löste damit Anita Normark ab. Die übrigen Globalen Gewerkschaftsföderationen, die während des Berichtszeitraums Kongresse abhielten, bestätigten ihre jeweiligen Generalsekretäre im Amt.

Folgende Globale Gewerkschaftsföderationen hielten Weltkongresse ab: die Internationale Journalisten-Föderation (IJF) vom 28. Mai – 1. Juni 2007 in Moskau; die Bildungsinternationale (BI) vom 22. – 26. Juli 2007 in Berlin; die Internationale der Öffentlichen Dienste (IÖD) vom 24. – 29. September 2007 in Wien; die Internationale Föderation von Chemie, Energie-, Bergbau- und Fabrikarbeitergewerkschaften (ICEM) vom 22. – 24. November 2007 in Bangkok; der Internationale Metallgewerkschaftsbund (IMB) vom 24. – 28. Mai 2009 in Göteborg; die Internationale Textil-, Bekleidungs- und Lederarbeiter-Vereinigung (ITBLAV) vom 2. – 4. Dezember 2009 in Frankfurt; und die Bau- und Holzarbeiterinternationale (BHI) vom 4. – 10. Dezember 2009 in Lille.

3. Gewerkschaftlicher Beratungsausschuss bei der OECD (TUAC)

Der TUAC vertrat die internationale Gewerkschaftsbewegung und seine Mitgliedsorganisationen in OECD-Ländern weiterhin gegenüber der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Neben Konsultationen mit OECD-Ausschüssen und -Arbeitsgruppen sowie der Organisation der Arbeitnehmer-Management-Programme der OECD hat er seine Arbeit bezüglich der Konzipierung und Vertretung der Gewerkschaftspolitik gegenüber dem OECD-Ministerrat, bei Zusammenkünften mit Arbeitsministern und der G8 fortgesetzt. In ihrer Rolle als Informationsquelle für die internationale Gewerkschaftsbewegung in wirtschaftlichen Fragen entwickelten das Sekretariat und die für wirtschaftspolitische Fragen zuständige Arbeitsgruppe gemeinsam mit Vertretern des IGB, der GUFs und der IGB-Mitgliedsorganisationen in Nicht-OECD-Ländern in der G20 die politischen Positionen von Global Unions im Zusammenhang mit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise (s. das Kapitel "Globale Institutionen, menschenwürdige Arbeit und die Weltwirtschaftskrise").

Der IGB beteiligte sich an einer Vielzahl von TUAC-Aktivitäten und erhielt wertvolle Unterstützung seitens des TUAC anlässlich der Zusammenkünfte mit den Spitzen der G20 sowie in anderen Bereichen.

Der TUAC beteiligte sich zudem an Diskussionen über Fragen im Zusammenhang mit Alternativen zu den globalen wirtschaftspolitischen Maßnahmen und Strukturen, die zu der Krise geführt haben, ebenso wie über Themen wie eine Finanztransaktionssteuer. In diese Aktivitäten war auch der IGB eingebunden, und seine eigene Arbeit in diesen Bereichen wurde dadurch gestärkt.

Der IGB hat seine Rolle bezüglich der Arbeit der OECD in Entwicklungsfragen ausgebaut und die Zusammenarbeit mit dem TUAC in Bezug auf OECD-Aktivitäten in den Bereichen Corporate Governance, Renten sowie Handels- und Investitionspolitik fortgesetzt. Der IGB und der TUAC haben darüber hinaus im Rahmen des Ausschusses für Arbeitnehmerkapital zusammengearbeitet.

Neben seiner Arbeit in wirtschaftspolitischen Fragen war der TUAC eng in verschiedene Aktivitäten des Global-Unions-Rates eingebunden. Besondere Anstrengungen unternahm er in Bezug auf prekäre Tätigkeiten, auch bezüglich spezifischer Fragen in Japan und Korea, wo er im Zusammenhang mit dem Überwachungsprozess in Verbindung mit der Aufnahme Koreas als OECD-Mitglied eine wichtige Rolle hinsichtlich der Gewerkschaftsrechte spielte, sowie in Bezug auf den öffentlichen Sektor im Zusammenhang mit den von der OECD geförderten "Arbeitsgesetzreformen", die auf eine größere "Flexibilisierung" abzielen. Dies wurde eng mit den Aktivitäten der GUR-Arbeitsgruppe Arbeitsverhältnisse verknüpft. Der TUAC beteiligte sich auch an der Arbeit der Arbeitsgruppe Kommunikation, vor allem im Zusammenhang mit GUR-Veröffentlichungen, sowie an der Arbeitsgruppe, die sich mit dem öffentlichen Sektor und öffentlichen Diensten befasst, insbesondere in Bezug auf gerechte Steuern und damit zusammenhängende Fragen.

Mit den GUFs und dem IGB wurde über die Nutzung der OECD-Leitsätze und deren Aktualisierung diskutiert, zum Teil durch eine Reihe regelmäßiger und spezifischer Konsultationen und zum Teil durch die Beteiligung des TUAC an den GUR-Diskussionen über Unternehmensstrategien und an der Arbeitsgruppe Arbeitsverhältnisse.

KAPITEL 10

AFRIKA

Am Gründungskongress der IGB-Regionalorganisation für Afrika (IGB-AF), der vom 27. – 29. November 2007 in Accra (Ghana) stattfand, nahmen 161 Delegierte und Beobachter/innen, ein Drittel davon Frauen, von 86 Mitgliedsorganisationen teil, deren zahlender Mitgliederstand 8.891.928 betrug, gegenüber einem angegebenen Mitgliederstand von rund 16 Millionen. Darüber hinaus waren 67 Vertreter/innen von Beobachterorganisationen beim Kongress anwesend.

Die Auflösungskongresse des DOAWTU (WVA) und der AFRO (IBFG) fanden am Vormittag bzw. am Nachmittag des 26. November statt. Bei dieser Gelegenheit wurden die Tätigkeitsberichte und die Finanzberichte der beiden Organisationen verabschiedet und der Satzungsentwurf der IGB-AF sowie die Liste ihrer Mitgliedsorganisationen ratifiziert. Vorausgegangen waren eine Reihe gemeinsamer Vorbereitungssitzungen von Vertretern der AFRO und des DOAWTU sowie der drei zuvor keiner der beiden Regionalorganisationen angeschlossenen nationalen Gewerkschaftsdachverbände, die Gründungsmitglieder der IGB-AF wurden. Die Ergebnisse dieser Sitzungen wurden bei der 4. Sitzung des AFRO-Exekutivkomitees (Nairobi, 16. und 17. Mai 2007) und bei der 23. AFRO-Vorstandssitzung (Nairobi, 12. – 14. September 2007) sowie bei einer Sitzung des DOAWTU-Vorstandes (Lomé, 27. und 28. August 2007) erörtert.

Der Kongress verabschiedete die Satzung und das Aktionsprogramm der IGB-AF einstimmig und wählte Kwasi Adu-Amankwah zum Generalsekretär der Organisation. Alina Rantsolase (COSATU, Südafrika) und Pascal Todjinou (CNTB, Benin) wurden zu ordentlichen Rechnungsprüfern gewählt und John Kolawole (TUC, Nigeria) zu ihrem Stellvertreter. Der Kongress wählte darüber hinaus die ordentlichen und die stellvertretenden Mitglieder des IGB-AF-Vorstandes.

Der unmittelbar nach dem Gründungskongress am 29. November 2007 tagende Vorstand wählte Mody Guiro (CNTS, Senegal) zum Präsidenten der IGB-AF und Tool-syraj Benydin (NTUC, Mauritius) zum stellvertretenden Präsidenten. Adrien Akouete wurde zum stellvertretenden Generalsekretär gewählt und Abdessalem Jerad (UGTT, Tunesien), John Odah (NLC, Nigeria) sowie Angélique Kipulu (CSC, Demokratische Republik Kongo) zu Vizepräsident(inn)en. Die Position eines Vizepräsidenten/einer Vizepräsidentin für das südliche Afrika wurde zunächst offen gelassen und später von Zwelinzima Vavi (COSATU, Südafrika) eingenommen.

Der Vorstand setzte zudem auch einige Mitglieder des Lenkungsausschusses der IGB-AF ein, darunter den Präsidenten, den stellvertretenden Präsidenten, die Vizepräsident(inn)en, den Generalsekretär und den stellvertretenden Generalsekretär. Nach der Wahl des regionalen Frauenausschusses und des regionalen Jugendausschusses durch den Vorstand bei dessen 2. Sitzung im Oktober 2008 wurden die Vorsitzenden dieser beiden Ausschüsse, Rabiadou Serah Bah Diallo (CNTG, Guinea) bzw. Drissa Soare (CNTB, Burkina Faso), ebenfalls Mitglieder des Lenkungsausschusses, womit dessen Zusammensetzung komplett war.

1. Einrichtung des Hauptbüros und Festlegung des Aktionsplans der IGB-AF

Die IGB-Afrika nahm ihre Arbeit im Januar 2008 vom früheren Sitz der AFRO in Nairobi (Kenia) auf. Im Oktober desselben Jahres beschloss der Vorstand bei seiner 2. Sitzung die Verlegung des Hauptbüros der Organisation nach Lomé (Togo), wo der DOAWTU Büroräume und ein Konferenzzentrum in die geeinte Organisation eingebracht hatte. Der Umzug nach Lomé fand Anfang Juli 2009 statt; in Nairobi wurde ein Verbindungsbüro beibehalten.

2. Strategischer Plan

Es wurde ein strategischer Plan ausgearbeitet, der auf dem beim Gründungskongress verabschiedeten Aktionsprogramm basierte und vier Themenbereiche umfasste:

- Verteidigung und Förderung der Menschen- und Arbeitnehmerrechte;
- Förderung der Gleichstellung und des Sozialschutzes;
- Ausweitung der Organisationsarbeit;
- Ausweitung der wirtschafts- und sozialpolitischen Interventionen.

Ein fünfter wichtiger Arbeitsbereich bezog sich auf den Ausbau der Fähigkeit der IGB-AF, ihren Mitgliedsorganisationen wirksame Dienste zu erbringen.

3. Menschen- und Gewerkschaftsrechte

Die Förderung und Verteidigung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte war während des Berichtszeitraums von erheblicher Bedeutung für die IGB-AF. In vielen afrikanischen Ländern, vor allem dort, wo Bürgerkriege oder Konflikte, das Militär oder despotische Regime herrschten und die Lage generell instabil war, wurden ernsthafte und offenkundige Gewerkschaftsrechtsverletzungen begangen.

Die Maßnahmen der IGB-AF beinhalteten Proteste bei und Appelle an Regierungen, Politiker und Arbeitgeber, Eingaben bei der Afrikanischen Union und bei subregionalen Gremien wie der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) und der Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika sowie die Unterstützung von Interventionen des IGB bei der IAO, den UN und der EU. Diese Aktivitäten wurden durch solidarische Maßnahmen der Mitgliedsorganisationen unterstützt. Die Eingaben bei den subregionalen Gremien waren Teil umfassender Bemühungen um die Verbesserung der Beziehungen zu ihnen über eine breite Palette von Gewerkschaftsanliegen hinweg, um eine fortgesetzte und strategische Interaktion mit ihnen in Zukunft vorzubereiten.

Im November 2008 organisierten die IGB-AF und die Media Foundation for West Africa (MFWA) eine Panafrikanische Menschenrechtskonferenz, bei der annähernd 100 aktive Mitglieder von Gewerkschaften und anderen Menschenrechtsorganisationen, -netzwerken und -institutionen, Medienorganisationen sowie prominente Einzelpersonen aus ganz Afrika zusammenkamen, um sich mit den wachsenden Herausforderungen auf dem Gebiet der Menschenrechte in Afrika zu befassen. Die Konferenz beschloss, die Menschenrechtsarbeit in der Region neu zu beleben und auszuweiten, unter besonderer Berücksichtigung der Gewerkschaftsrechte, geschlechtsspezifischer Fragen und Jugendlicher einschließlich Studenten, die Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und anderen Organisationen der Zivilgesellschaft zu unterstützen und besonderes Augenmerk auf Länder zu richten, in denen seit langem schwere Rechtsverletzungen begangen werden.

Bei einer Regionalkonferenz vom 17. – 19. August 2009 in Lomé wurde ein IGB-AF-Menschen- und Gewerkschaftsrechtsnetzwerk als Teil eines globalen Netzwerkes des IGB eingerichtet. Ihm gehören 13 Mitgliedsorganisationen aus jeder Subregion des Kontinentes an. Vorbereitet wurde dies u.a. durch die Teilnahme der IGB-AF an einer IGB-Veranstaltung zur Konzipierung der globalen und der regionalen Netzwerke, die im September/Oktobre 2009 im Schulungszentrum der IAO in Turin stattfand.

4. Solidarische Maßnahmen

Es wurden verschiedene Initiativen ergriffen, um in der Region solidarische Unterstützung für die Bemühungen um die Achtung der Demokratie und der Arbeitnehmerrechte in verschiedenen afrikanischen Ländern, vor allem Guinea, Swasiland und Simbabwe, zu mobilisieren. In Februar/März 2008 besuchte eine hochrangige IGB-AF-Delegation Guinea, und im März 2009 fand ein ähnlicher Delegationsbesuch in Simbabwe statt, kurz nach der Bekanntgabe einer "Globalen politischen Vereinbarung" in dem Land und der Vereidigung einer Koalitionsregierung der nationalen Einheit.

Im Falle Swasilands organisierten die IGB-AF und die Swaziland Federation of Trade Unions (SFTU) mit Unterstützung des IGB solidarische Austauschbesuche in drei afrikanischen Ländern (Ghana, Nigeria und Senegal), um die Öffentlichkeit über die Situation in Swasiland zu unterrichten und Unterstützung für den Kampf gegen die absolute Monarchie in dem Land zu mobilisieren. Die Besuche fanden vom 13. – 24. Mai 2009 statt.

Während des Berichtszeitraums wurde zudem mit der Vorbereitung von zwölf nationalen Studien im Zusammenhang mit den prioritären Kernübereinkommen der IAO und innerstaatlichen Arbeitsgesetzen begonnen, die 2010 veröffentlicht werden sollen.

5. Ausweitung der Organisationsarbeit

Die Maßnahmen in diesem prioritären Arbeitsbereich – weniger als 10 Prozent der Beschäftigten sind in Afrika gewerkschaftlich organisiert – fanden vor dem Hintergrund sich verschlechternder wirtschaftlicher Bedingungen, einer extrem hohen Zahl informeller und ungeschützter Arbeitsverhältnisse, unzureichender Kapazitäten der Gewerkschaften und restriktiver Arbeitsgesetze statt. In vielen Ländern war zudem die Auseinandersetzung mit der Vielzahl von Gewerkschaftsorganisationen bei einem geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad ein wichtiger Arbeitsbereich.

Im Jahr 2009 wurden gemeinsame Organisationsaktivitäten mit verschiedenen Globalen Gewerkschaftsföderationen in Sierra Leone, der Demokratischen Republik Kongo, Angola, Botsuana, Simbabwe, Liberia und Kenia durchgeführt. Der Schwerpunkt lag dabei vor allem auf dem Ausbau der Organisierungskapazitäten in der formellen und der informellen Wirtschaft; der Stärkung der internen Gewerkschaftsdemokratie; der Verbesserung der Kommunikation mit und der Dienste für die Mitglieder sowie auf Aktionseinheit unter den Gewerkschaften.

6. Wirtschafts- und sozialpolitische Interventionen

Bei der Arbeit in diesem Bereich ging es ebenfalls um den Ausbau der Kapazitäten der Mitgliedsorganisationen, u.a. durch die Schulung von 50 Forschungsbeauftragten und die Organisation von 20 nationalen Schulungssitzungen über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) mit Unterstützung von IAO/ACTRAV und der FES. Erste Ergebnisse dieser Arbeit waren beispielsweise die Beeinflussung – mittels des

sozialen Dialogs – der von der ECOWAS und der Ostafrikanischen Gemeinschaft sowie von den Regierungen verschiedener Länder vertretenen Positionen in Bezug auf EPAs. Es wurde zudem mit der Vorbereitung einer Datenbank mit von afrikanischen Gewerkschaftsorganisationen produzierten Forschungsberichten sowie mit der Zusammenstellung von Informationen über Wissenschafts- und Forschungsinstitute in Afrika begonnen, die mit der Gewerkschaftsbewegung zusammenarbeiten.

Die IGB-AF hat zudem Referenz- und Fachdokumente zusammengestellt, u.a. für regionale und subregionale Konferenzen über die informelle Wirtschaft (Lomé, 1. und 2. Dezember 2008), die globale Wirtschaftskrise und regionale Integration (Abuja, Mai 2009) sowie die Wirtschaftskrise und Afrika südlich der Sahara (Lomé, Juli 2009). Darüber hinaus wurden die Beziehungen zum Africa Trade Network (ATN) und zum African Labour Research Network (ALRN) im Rahmen der Bemühungen um die Verbesserung der Verbindungen zu Organisationen der Zivilgesellschaft ausgebaut.

7. Förderung der Gleichstellung und des Sozialschutzes

Die Arbeit in diesem Bereich beinhaltete die Durchführung geschlechtsspezifischer Prüfungen mit Mitgliedsorganisationen und einen Dialog auf hoher Ebene mit ihnen, um die Frauenbeteiligung in den Strukturen und an den Aktivitäten der Gewerkschaften zu erhöhen und die Beteiligung der IGB-AF – über ihren Frauenausschuss – an der internationalen Arbeit des IGB bezüglich geschlechtsspezifischer Fragen auszuweiten.

Es wurde mit der Vorbereitung einer empirischen Studie über Defizite beim Sozialschutz begonnen, und in Bezug auf Arbeitsschutz und Umwelt wurde ein Projekt mit der Stiftung Sustainlabour sowie mit Unterstützung des Umweltprogramms der Vereinten Nationen (UNEP) durchgeführt.

Es wurde mit einer Vielzahl von Aktivitäten und Projekten im Bereich HIV/Aids begonnen, u.a. durch die Einrichtung nationaler Anlaufstellen der Gewerkschaften, die den Mitgliedsorganisationen dabei helfen sollen, nationale Maßnahmen zu konzipieren und die Möglichkeiten der Beschäftigten in Bezug auf Prävention, Pflege und Behandlung zu verbessern.

8. Beziehungen zu anderen Gremien

Die IGB-AF hatte Beraterstatus bei der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Afrika sowie bei der Afrikanischen Union und arbeitete auf allen Ebenen eng mit der IAO in der Region zusammen.

Obwohl die Zusammenarbeit mit der Organisation für Afrikanische Gewerkschaftseinheit (OATUU) mit einem gemeinsamen Arbeitskreisprojekt und gemeinsamen Aktivitäten in Bezug auf HIV/Aids fortgesetzt wurde, gab es während des Berichtszeitraums keinerlei Anhaltspunkte für eine Bereitschaft seitens der OATUU, die Möglichkeit eines Zusammenschlusses mit der IGB-AF zu erörtern.

KAPITEL 11

GESAMTAMERIKA

Am Gründungskongress der IGB-Regionalorganisation für Gesamtamerika, des Gesamtamerikanischen Gewerkschaftsbundes (IGB-TUCA), der vom 27. – 29. März 2008 in Panama stattfand, nahmen 68 Organisationen aus 26 Ländern der Region mit insgesamt mehr als 50 Millionen Mitgliedern teil. Linda Chavez Thompson (AFL-CIO, USA) wurde zur Präsidentin der Organisation gewählt, Julio Roberto Gomez (CGT, Kolumbien) zum stellvertretenden Präsidenten und Victor Baez zum Generalsekretär. Rafael Freire und Laerte Teixeira wurden zu Sekretären und Amanda Villatoro wurde zur Sekretärin des TUCA gewählt.

Der Gründungskongress verabschiedete die Satzung und das Aktionsprogramm des TUCA und wählte einen 23-köpfigen Vorstand, darunter sieben Frauen, und einen Überwachungsausschuss mit drei Mitgliedern, darunter eine Frau, und zwei stellvertretenden Mitgliedern, darunter ebenfalls eine Frau. Der Vorstand hielt seine 1. Sitzung am 29. März 2008 in Panama ab, seine 2. Sitzung am 19. und 20. August 2008 in São Paulo und seine 3. Sitzung vom 8. – 10. Juni 2009, ebenfalls in São Paulo.

Dem Gründungskongress gingen in Panama am 24. März Sitzungen der Vorstände der Regionalorganisationen des IBFG und des WVA, ORIT bzw. CLAT, voraus, gefolgt von themenbezogenen Aktivitäten am 25. März in Bezug auf Integration, Kinderarbeit, erwerbstätige Frauen und jugendliche Beschäftigte. Die Auflösungskongresse der CLAT und der ORIT fanden am 26. März statt.

In der Zeit zwischen dem IGB-Gründungskongress und der Gründung des TUCA wurden die laufenden Arbeitsprogramme der ORIT und der CLAT fortgesetzt, und es fanden eine Reihe gemeinsamer Aktivitäten zur Vorbereitung der Einigung auf regionaler Ebene statt, einschließlich der Teilnahme an Veranstaltungen in Verbindung mit dem Weltsozialforum, Aktivitäten bezüglich regionaler Wirtschaftsthemen, u.a. Integration, und Arbeitsschutz und Umwelt sowie Frauen- und Jugendprogrammen. Die Maßnahmen zur Verteidigung der Gewerkschaftsrechte, eine Priorität beider Vorgängerorganisationen und auch des TUCA, beinhaltete eine Zusammenarbeit mit dem IGB bei der Organisation einer großen internationalen Konferenz vom 29. – 31. Januar 2008 in Guatemala-Stadt über die Rolle der Gewerkschaften bei der Auseinandersetzung mit der Straffreiheit in Guatemala.

Die Arbeit des TUCA fand vor dem Hintergrund der Wahl bzw. der Wiederwahl progressiver Regierungen in mehreren Ländern der Region statt, womit in einigen Fällen eine langjährige Regierungszeit konservativer Kräfte zu Ende ging. In verschiedenen anderen Ländern der Region wurden jedoch Regierungen der Mitte bzw. Mitte-Rechts-Regierungen wiedergewählt, während der Militärputsch gegen Präsident Zeyala Mitte 2009 in Honduras einen erheblichen Rückschlag für die Demokratie in der Region bedeutete. Obwohl die Volkswirtschaften in dieser Region zu Beginn des Berichtszeitraums relativ gut dastanden, hatten sie ab Ende 2008 infolge der globalen Wirtschaftskrise generell einen deutlichen Rückgang ihrer Wachstumsraten zu verzeichnen.

Die Aktivitäten des TUCA wurden seit seiner Gründung in vier prioritären Arbeitsbereichen organisiert: interne Gewerkschaftsreform; nachhaltige Entwicklung; Demokratie, Menschen- und Gewerkschaftsrechte und sozialer Dialog; sowie internationaler Handel und internationale Investitionen. Zur Untermauerung der TUCA-Aktivitäten in all diesen Bereichen wurde Informations- und Bildungsmaterial zusammengestellt. Es fand eine enge Zusammenarbeit mit den relevanten internationalen Programmen des IGB, mit der IAO in Gesamtamerika, mit Geberorganisationen und anderen progressiven Kräften der Zivilgesellschaft statt.

Die Konzipierung der Politik und der Maßnahmen des TUCA in Bezug auf erwerbstätige Frauen und jugendliche Beschäftigte fand im Rahmen des Frauen- bzw. des Jugendausschusses des TUCA statt. Der Jugendausschuss hielt seine 1. Sitzung am 29. März 2008 in Panama und seine 2. Sitzung vom 23. – 25. Mai 2009 in Lima ab. Suly Grimaldo (CUT, Peru) wurde zur Vorsitzenden des Ausschusses gewählt und Octavio Rubio (CGT, Kolumbien) zum stellvertretenden Vorsitzenden.

Der Frauenausschuss hielt seine 1. Sitzung am 29. März 2008 in Panama, seine 2. Sitzung am 17. und 18. August 2008 in São Paulo und seine 3. Sitzung am 13. und 14. April 2009 in Port of Spain ab. Mariana Guambo (CEOSL, Ecuador) wurde zur Vorsitzenden des Ausschusses gewählt und Francisca Jiménez (CASC, Dominikanische Republik) zur stellvertretenden Vorsitzenden.

Das TUCA-Programm war stark auf die Zusammenarbeit mit subregionalen Gewerkschaftsgruppierungen sowie auf den Aufbau bzw. die Fortsetzung von Beziehungen zu anderen Organisationen der Zivilgesellschaft in der Region ausgerichtet.

Auf zwischenstaatlicher Ebene unterhielt der TUCA Kontakte zu der Organisation Amerikanischer Staaten, und er nahm im Oktober 2009 an der 16. Interamerikanischen Arbeitsministerkonferenz (IACML) in Buenos Aires teil. Bei dieser Tagung wurde die Rolle des TUCA im Rahmen des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses bei der IACML formell anerkannt.

Neben seiner politischen Arbeit und seinen Bildungs- und sonstigen Aktivitäten zur Unterstützung seiner Mitgliedsorganisationen bemühte sich der TUCA nachdrücklich um den Ausbau der Mobilisierungskapazitäten der Gewerkschaftsbewegung in der Region, und er spielte eine wichtige Rolle bei der Gewährleistung einer hohen Beteiligung und einer deutlichen Sichtbarkeit der Gewerkschaften überall in der Region bei den Aktivitäten anlässlich des Welttages für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober 2008 und 2009.

1. Interne Gewerkschaftsreform

In diesem Bereich ging es schwerpunktmäßig um die Organisationsarbeit und die Mitgliederwerbung, unter besonderer Berücksichtigung geschlechtsspezifischer Perspektiven in sämtlichen Aktionsbereichen der Gewerkschaften sowie der verstärkten Beteiligung jugendlicher Beschäftigter. Um diese Ziele zu erreichen, wurde ein gewerkschaftliches Bildungsprogramm begonnen, einschließlich nationaler und internationaler Aktivitäten, die von im Rahmen des Programms geschulten Ausbilderinnen und Ausbildern organisiert wurden. Zur Leitung dieser Arbeit wurde eine Arbeitsgruppe Interne Gewerkschaftsreform eingerichtet, der Vertreter/innen des TUCA, von Mitglieds- und befreundeten Organisationen, GUFs und subregionalen gewerkschaftlichen Koordinierungsgremien angehörten. Es fanden eine Reihe regionaler Aktivitäten statt, um nationale Veranstaltungen zu planen und die verantwortlichen Ausbilder/innen zu schulen, darunter ein regionales Seminar über interne Reform vom 11. – 13 August 2009 in Pa-

nama. Ergänzt wurde dies durch nationale Bildungsveranstaltungen in acht Ländern, um mit der Umsetzung des Programms auf nationaler Ebene zu beginnen.

Angesichts der beträchtlichen Zunahme ungeschützter und prekärer Tätigkeiten waren Aktivitäten im Zusammenhang mit der informellen Wirtschaft ebenfalls ein Schwerpunkt des TUCA-Bildungsprogramms, einschließlich mehrerer regionaler und vier nationaler Veranstaltungen sowie der systematischen Integration der Herausforderungen hinsichtlich der Formalisierung der Beschäftigung und der gewerkschaftlichen Organisierung in der informellen Wirtschaft in sämtliche TUCA-Aktivitäten, sowohl im Zusammenhang mit der Wirtschafts- und Sozialpolitik als auch bezüglich der gewerkschaftlichen Strukturen und Organisation.

2. Nachhaltige Entwicklung

Neben der Unterstützung der internationalen Arbeit des IGB in Bezug auf nachhaltige Entwicklung und Beschäftigung in der Region hat der TUCA eine Arbeitsgruppe Umwelt und Beschäftigung eingerichtet, um die Arbeit in diesem Bereich zu lenken, und die beschlossene "Gewerkschaftsplattform für Gesamtamerika" lieferte die erforderliche strategische Orientierung. Eine Reihe von Schulungsaktivitäten auf subregionaler und nationaler Ebene wurden durch die Produktion von Broschüren und Handbüchern untermauert. Besonderes Gewicht wurde in diesem Bereich der Vorbereitung der Klimakonferenzen im Dezember 2008 in Poznań/Posen und 2009 in Kopenhagen beigemessen, um für eine enge Koordination unter den TUCA-Mitgliedsorganisationen, auch bezüglich ihrer Eingaben bei Regierungen, sowie zwischen dem TUCA und dem IGB bei den Vorbereitungen auf diese Veranstaltungen zu sorgen.

Dieser prioritäre Arbeitsbereich beinhaltete ferner Maßnahmen in Bezug auf Migration und Beschäftigung, einschließlich einer Reihe von Untersuchungen und Schulungsaktivitäten für die Mitgliedsorganisationen, die auf die Ausweitung der Gewerkschaftsaktionen bezüglich dieser Frage in der Region abzielten. Die Mitgliedsorganisationen wurden ermutigt, Migrationsfragen in ihre Arbeitspläne zu integrieren, Migrationsbeauftragte zu ernennen und sich an regionalen und nationalen Netzwerken zum Schutz von Wanderarbeitskräften zu beteiligen.

3. Demokratie, Menschen- und Gewerkschaftsrechte und sozialer Dialog

In diesem prioritären Bereich ging es hauptsächlich um die Förderung der Demokratie sowie des Vereinigungs- und des Tarifverhandlungsrechtes. Das Programm ging aber auch auf damit zusammenhängende Fragen wie Diskriminierung und vor allem geschlechtsbedingte Diskriminierung, Sicherheit des Arbeitsplatzes, soziale Sicherheit, HIV/Aids und die Beseitigung der Kinderarbeit ein.

Hinsichtlich der Gewerkschaftsrechte wurde u.a. besonders auf Kolumbien und Guatemala abgezielt, zwei der für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gefährlichsten Länder der Welt, sowie nach dem dortigen Militärputsch auch auf Honduras. Der TUCA hat eng mit dem internationalen Gewerkschaftsrechtsnetzwerk des IGB zusammengearbeitet und am 6. Juli 2009 in São Paulo sein eigenes regionales Netzwerk ins Leben gerufen. Während des Berichtszeitraums wurden rund 100 offizielle Klagen und Eingaben bezüglich Gewerkschaftsrechtsverletzungen in der Region vorgebracht. Zur Unterstützung der Arbeit in diesem Bereich wurde zudem mit der Vorbereitung eines Netzwerkes von Sachverständigen in Rechtsfragen begonnen. Gewerkschaftsrechtsthemen wurden darüber hinaus im Rahmen der TUCA-Bildungsprogramme und der Arbeit des TUCA im Bereich der regionalen und der subregionalen Integration aufgegriffen. Am 10. Dezember, dem Internationalen Tag der Menschen-

rechte, wurden spezielle Aktivitäten organisiert, wobei es bei den Veranstaltungen 2009 vor allem um junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ging.

Die Bemühungen um die Gleichstellung der Geschlechter beinhalteten im Falle der meisten Aktivitäten eine Mindestzielgröße von 40% für die Beteiligung von Frauen in sämtlichen Arbeitsbereichen des TUCA, ebenso wie die systematische Integration geschlechtsspezifischer Perspektiven in die politische Arbeit sowie in das Bildungs- und Informationsmaterial. Am 16. August 2008 fand in São Paulo ein regionaler Workshop über geschlechtsspezifische Fragen statt. Der TUCA hat eng mit seinen Mitgliedsorganisationen zusammengearbeitet, um zu Maßnahmen anlässlich des Internationalen Tages der Frau am 8. März anzuregen und für eine hohe Frauenbeteiligung an den Aktivitäten zum Welttag für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober 2008 und 2009 zu sorgen. Die Aktivitäten im Rahmen der Kampagne zur Beendigung der Gewalt gegen Frauen beinhalteten einen subregionalen Workshop für Mittelamerika vom 24. – 27. August 2009 in Costa Rica und Kampagnenaktivitäten mit Mitgliedsorganisationen am 25. November 2009. Die Aktivitäten im Bereich der informellen Wirtschaft wurden ebenfalls mit der Arbeit für die Gleichstellung der Geschlechter verbunden, mit einer Reihe nationaler Workshops u.a. in Argentinien, Honduras, Panama und Paraguay sowie mit einem regionalen Seminar im Juni 2008 in Lima. Eine wichtige Möglichkeit für die Vertretung der Interessen erwerbstätiger Frauen war zudem die Beteiligung des TUCA am IGB-Sonderaktionsprogramm Freie Exportzonen, vor allem in Nicaragua.

Die Arbeit im Bereich Kinderarbeit beinhaltete die Konzipierung eines Projektes für die Organisation bilateraler Aktivitäten zur Planung gemeinsamer Aktionen sowie einer verbesserten Koordination auf regionaler, subregionaler und nationaler Ebene. Der TUCA nahm im November 2008 am 3. Weltkongress gegen die sexuelle Ausbeutung von Kindern in Rio de Janeiro teil.

Das Arbeitsschutzprogramm des TUCA konzentrierte sich zunächst vor allem auf die Koordination der Gewerkschaftsbeiträge zur Ibero-Amerikanischen Arbeitsschutzstrategie. Diese von Regierungen des amerikanischen Kontinents sowie Portugals und Spaniens beschlossene Strategie beinhaltete eine Reihe von Gewerkschaftsvorschlägen.

Es wurden Fortschritte bei der Schaffung einer "Plattform für soziale Sicherheit auf dem Kontinent" für den TUCA und seine Mitgliedsorganisationen sowie bei der Koordination bezüglich Fragen der sozialen Sicherheit mit IAO-ACTRAV in der Region erzielt. Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit in diesem Bereich war die Vorbereitung einer kontinentalen Kampagne für die Ratifizierung des IAO-Übereinkommens 102.

4. Internationaler Handel und internationale Investitionen

Schwerpunkte der Arbeit in diesem prioritären Bereich waren regionale und subregionale Integrationsprozesse, Freihandels- und Investitionsabkommen, die WTO und interregionale Verhandlungen mit der Europäischen Union und Asien/Pazifik sowie Maßnahmen in Bezug auf multinationale Unternehmen (MNU). Es wurde Forschungsarbeit verrichtet, vor allem in Bezug auf Integration und interregionale Wirtschaftsbeziehungen, um die Arbeit des TUCA und seiner Mitgliedsorganisationen, u.a. über die Arbeitsgruppe für Hemisphärische Integration, zu unterstützen. Es ging schwerpunktmäßig um kohärente Ansätze bei den Verhandlungen über Wirtschaftsabkommen mit der Europäischen Union in den verschiedenen Subregionen, da die Gewerkschaften zum Teil unterschiedliche Ansätze verfolgten. Es wurde zudem versucht, gemeinsame Anstrengungen mit anderen zivilgesellschaftlichen Gruppen zu unternehmen. Die in diesem prioritären Arbeitsbereich behandelten Themen waren Schlüs-

selelemente der TUCA-Bildungsprogramme und bei den Diskussionen mit den Spitzen seiner Mitgliedsorganisationen.

Die Arbeit in Bezug auf MNU beinhaltete die Unterstützung der Ausarbeitung eines TUCA/EGB-Aktionsplans für die soziale Verantwortung von Unternehmen und Europäische Betriebsräte sowie die Koordination mit den Globalen Gewerkschaftsföderationen bezüglich spezifischer MNU. Es wurde zudem mit der Arbeit an Vereinbarungen mit dem gewerkschaftlichen Koordinierungsgremium für die Länder im südlichen Teil Lateinamerikas bezüglich der Überwachung von MNU sowie an Verfahren für die Koordination zwischen dem TUCA und den Globalen Gewerkschaftsföderationen hinsichtlich der Programme der internationalen Finanzinstitutionen, auch in Bezug auf MNU, begonnen.

KAPITEL 12

ASIEN UND DER PAZIFISCHE RAUM

Die Gründungskonferenz der IGB-Regionalorganisation für Asien und den pazifischen Raum (IGB-AP) fand am 5. und 6. September 2007 in Bangalooru (Indien) unter Beteiligung von 133 Delegierten von 50 Mitgliedsorganisationen aus 29 Ländern statt. Der zahlende Mitgliederstand der Organisation belief sich auf insgesamt 18.628.883. Fünfundvierzig Prozent der Delegierten waren Frauen, 17% waren jugendliche Arbeitnehmer/innen. Den Konferenzvorsitz führten G. Rajasekaran und Anton Lodwick, die bisherigen Präsidenten der APRO (IBFG) und des BATU (WVA), und im Anschluss an die Annahme der Satzung der IGB-AP wurde Noriyuki Suzuki zum Generalsekretär gewählt. Die Konferenz wählte ferner den Regionalvorstand und die Rechnungsprüfer der IGB-AP, beschloss, dass das IGB-AP-Sekretariat seinen Sitz in Singapur haben werde und verabschiedete das Aktionsprogramm der Organisation, einschließlich einer Aktionsplattform für die Gleichstellung der Geschlechter und einer Jugendcharta.

Der Konferenz gingen die Auflösungskongresse der APRO (IBFG) und des BATU (WVA) voraus, die am 4. September ebenfalls in Bangalooru stattfanden. Die Gründungskonferenz ratifizierte die Zusammenlegung der Finanzen dieser beiden Organisationen und die Übertragung ihrer finanziellen Mittel auf die neue IGB-AP.

Bei seiner ersten Sitzung (Bangalooru, 6. September 2007) wählte der Regionalvorstand G. Rajasekaran zum Präsidenten der IGB-AP und ernannte Necie Lucero zur stellvertretenden Generalsekretärin. Ferner wählte er die stellvertretenden Präsidenten/Präsidentinnen sowie die Vizepräsident(inn)en der Regionalorganisation. Der Finanz- und Solidaritätsfondausschuss, der Frauenausschuss und der Jugendausschuss wurden ebenfalls eingesetzt.

Weitere Sitzungen des Regionalvorstandes fanden vom 4. – 6. November 2008 (Bangkok) und vom 10. – 12. November 2009 (Cebu) statt, und der Lenkungsausschuss der IGB-AP tagte am 6. September 2007 (Bangalooru), am 23. Mai 2008 (Singapur) und am 21. Juli 2009 (Singapur).

Die IGB-AP hat während des Berichtszeitraums Gewerkschaftsaktivitäten in allen Subregionen ihres geografischen Zuständigkeitsbereichs unterstützt. Sie hat im Mai 2008, als eine Erklärung über Arbeitsmigration verabschiedet wurde, und im Juni 2009 an Sitzungen des Südasiatischen Regionalen Gewerkschaftsrates teilgenommen. Darüber hinaus nahm sie im Juli 2009 an einem Treffen des ASEAN-Gewerkschaftsrates mit dem ASEAN-Generalsekretär teil. Die Zusammenarbeit der IGB-AP mit Mitgliedsorganisationen auf nationaler Ebene umfasste eine Reihe von Aktivitäten zur Unterstützung des Aufbaus von Gewerkschaften sowie zur Förderung der Kooperation und Koordination unter Mitgliedsorganisationen in Ländern, in denen die IGB-AP mehr als eine Mitgliedsorganisation hat. Dies beinhaltete Initiativen für Bangladesch, Nepal und Sri Lanka. Nach dem Putsch 2007 in Fidschi wurde dem FTUC Unterstützung gewährt, im Juli/August 2008 fand ein Delegationsbesuch in Bhutan statt, um die Möglichkeiten für den Aufbau von Gewerkschaften zu prüfen, und während des Jahres 2009 wurden die Beziehungen zum Gewerkschaftsbund von Papua-Neuguinea (PNGTUC) wieder aufgenommen.

1. Arbeitnehmerrechte und Organisationsaktivitäten

Auf regionaler Ebene beinhalteten die Aktivitäten im Bereich der Gewerkschaftsrechte den Beginn einer Kampagne für Arbeitsrechtsreformen, einschließlich Untersuchungen innerstaatlicher Gesetze als Grundlage für die Lobbyarbeit auf nationaler und regionaler Ebene zur Gewährleistung der Achtung der IAO-Übereinkommen 87 und 98 in verschiedenen Ländern, in denen diese Rechte nicht angemessen gesetzlich verankert sind oder in der Praxis verletzt werden. Darüber hinaus wurde den Gewerkschaftsdachverbänden einzelner Länder direkte Unterstützung gewährt, wenn diese Übereinkommen oder andere demokratische Grundrechte verletzt wurden. Im Rahmen des globalen Netzwerkes des IGB wurde ein regionales Menschen- und Gewerkschaftsrechtsnetzwerk eingerichtet, und die IGB-AP war zudem an der Vorbereitung und Durchführung eines Delegationsbesuches im Februar 2009 in Korea behilflich.

Die Arbeit im Bereich der Gewerkschaftsrechte wurde zudem mit der Organisationsarbeit der IGB-AP in einer Vielzahl von Bereichen verknüpft, wobei der Trend in Richtung auf die Informalisierung der Beschäftigung und die Zunahme atypischer Tätigkeiten in vielen Ländern der Region im Vordergrund standen. Ein erster regionaler Workshop über atypische Beschäftigungsformen fand im Dezember 2008 in Seoul statt, und regionale Workshops zum Thema Organisation und informelle Wirtschaft wurden im September 2008 in Kathmandu, im November 2008 in Jakarta und im September 2009 in Bangkok organisiert. Zwischen 2007 und 2009 fanden zudem acht nationale Aktivitäten zu diesen Fragen statt. Die umfangreichen Bemühungen um die Organisation der Beschäftigten in der informellen Wirtschaft wurden fortgesetzt.

Die IGB-AP organisierte gemeinsam mit dem IGB und den vier Mitgliedsorganisationen in Sri Lanka einen zweitägigen nationalen Workshop in Colombo über Organisationsarbeit in Freien Exportzonen. An dieser im Rahmen des IGB-Sonderaktionsprogramms FEZ organisierten Veranstaltung waren auch GUFs und Solidaritätsorganisationen beteiligt, die an der Unterstützung der Organisation von FEZ-Beschäftigten in Sri Lanka und anderen Ländern der Region interessiert waren, ebenso wie einzelne in den FEZ Sri Lankas aktive Gewerkschaften. Es wurde eine Analyse der Löhne, Arbeitsbedingungen, gewerkschaftlichen Organisierungsraten und anderer beschäftigungsrelevanter Fragen durchgeführt und ein Satz von Schlussfolgerungen bezüglich der erforderlichen gesetzlichen Reformen, der gewerkschaftlichen Organisation und der Rolle der IAO angenommen.

Die IGB-AP hat darüber hinaus entweder alleine oder in enger Zusammenarbeit mit dem IGB regionale Aktivitäten im Rahmen des Sonderaktionsprogramms Wanderarbeitskräfte organisiert, darunter ein internationaler Workshop in Jordanien (Dezember 2008) und ein regionaler strategischer Planungsworkshop (Kuala Lumpur, September 2009). Zudem nahm die IGB-AP an einer IAO-Tagung in Bangkok zum Thema Frauen- und Kinderhandel (September 2007), an einer internationalen UN/IAO-Konferenz über Gender, Migration und Entwicklung (Manila, September 2008) sowie am 2. Globalen Forum über Migration und Entwicklung im Oktober 2008 ebenfalls in Manila teil.

Die IGB-AP hat die Ausarbeitung von Partnerschaftvereinbarungen über Arbeitsmigration zwischen den Gewerkschaften in Heimat- und Gastländern aktiv unterstützt. Beteiligt daran waren Mitgliedsorganisationen in Malaysia und Indonesien, Malaysia und Bangladesch, Bahrain und Pakistan, Bahrain und Sri Lanka, Korea und Nepal, Kuwait und Sri Lanka sowie Jordanien und Sri Lanka. Ebenfalls unterstützt wurde ein vom MTUC (Malaysia) eingerichtetes Zentrum für Wanderarbeitskräfte. Im

Oktober 2009 organisierte die IGB-AP darüber hinaus eine Regionalkonferenz in Kuala Lumpur zum Thema Hausangestellte. Bei dieser Veranstaltung ging es schwerpunktmäßig um die Vorbereitung der Aussprache bei der Internationalen Arbeitskonferenz im Jahr 2010 über Hausangestellte.

Die unter Federführung des regionalen Frauenausschusses organisierten Aktivitäten der IGB-AP in Bezug auf Gleichstellungsfragen beinhalteten spezifische Diskussionen bei der Regionalvorstandssitzung über Lohnungleichheit (2008) und die Ausgewogenheit zwischen Arbeit und Familienleben (2009), und es fanden entsprechende Regionalkonferenzen auf der Grundlage der Ergebnisse diesbezüglicher regionaler Untersuchungen statt. Es wurde eine IGB-AP-Arbeitsgruppe zum Thema Lohnungleichheit eingerichtet.

Im August 2009 fand in Singapur ein subregionaler Schulungsworkshop für geschlechtsspezifische Prüfungen für Südasiens statt, und entsprechende nationale Workshops wurden in Kambodscha, Indonesien, Malaysia, den Philippinen und Thailand organisiert. Die IGB-AP hat darüber hinaus Gewerkschaftsaktivitäten anlässlich des Internationalen Tages der Frau am 8. März unterstützt und sich darum bemüht, die Mindestzielgröße von 30% für die Beteiligung von Frauen an allen regionalen Veranstaltungen zu erreichen.

Der entsprechend dem Prinzip der Geschlechterparität konstituierte Jugendausschuss der IGB-AP konzentrierte seine Arbeit auf die Umsetzung der bei der Gründungskonferenz angenommenen Jugendcharta, wobei die Notwendigkeit von Maßnahmen zur Jugendbeschäftigung auf nationaler Ebene vor dem Hintergrund der globalen Wirtschaftskrise sowie der Beteiligung Jugendlicher an der breiten Palette der IGB-AP-Aktivitäten unterstrichen wurde. Zur Vorbereitung der 2. Regionalkonferenz der IGB-AP wurde 2009 eine Untersuchung über die Situation Jugendlicher durchgeführt, und in den Jahren 2008 und 2009 wurden zweiwöchige Schulungskurse für junge Führungskräfte organisiert, an denen 40 (36% Frauen) bzw. 35 Personen (67% Frauen) teilnahmen. Beim zweiten dieser Kurse waren auch GUFs vertreten. Bei einer von der IGB-AP im Mai 2009 in Dhaka organisierten regionalen Sitzung zum Thema Kinderarbeit ging es vor allem um die Bedeutung der Grundschulpflicht für die Ausmerzung von Kinderarbeit sowie um die Notwendigkeit, dass sich dies in den Regierungsetats widerspiegelt.

2. Arbeitspolitik

Im Rahmen einer regionalen Kampagne wurden Maßnahmen in Bezug auf soziale Sicherheitsnetze, Fiskalpolitik und Steuergerechtigkeit ergriffen, die sich auf die Schlussfolgerungen einer Regionalkonferenz im August 2008 (Bangkok) sowie auf eine bei der 2. Regionalvorstandssitzung angenommene EntschlieÙung stützten. Untersuchungen von Mitgliedsorganisationen über soziale Sicherheitsnetze sowie die Steuer- und Fiskalpolitik dienten dabei als Kampagneninstrumente. Im November 2008 fand als Reaktion auf die enormen Preiserhöhungen in der Region eine Regionalkonferenz über Mindestlöhne statt.

Bei einer Regionalkonferenz über Beschäftigungsfragen im Februar 2009 wurden die Ursachen und Wirkungen der globalen Wirtschaftskrise erörtert. Bei dieser Veranstaltung wurden eine Reihe von Vorschlägen in Bezug auf Regulierung, Beschäftigungsförderung, eine Finanztransaktionssteuer und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen erarbeitet, die dem IGB mit Blick auf deren Integration in die Erklärungen anlässlich der G8- und G20-Tagungen unterbreitet wurden.

Es wurden zwei subregionale Workshops über die Kernarbeitsnormen im internationalen Handel organisiert, für Südasien (Kathmandu, September 2008) und Südostasien (Manila, Oktober 2008). Bei diesen Veranstaltungen wurden der Stand der Verhandlungen über Freihandelsabkommen in der Region sowie die Entwicklungen bei der WTO erörtert, um darauf hinzuwirken, dass die Kernarbeitsnormen bei bilateralen und multilateralen Handelsabkommen berücksichtigt werden.

Die generell nachteiligen Ergebnisse von Konfliktbeilegungsverfahren in vielen Ländern der Region und Wege zur Umkehr dieses Trends wurden im Juni 2009 bei einer Regionalkonferenz über Konfliktbeilegungsverfahren analysiert. Bei einer Regionalkonferenz über dreigliedrige und zweigliedrige Verfahren am 23. und 24. September 2009 in Singapur wurden Möglichkeiten für die Entwicklung gemeinsamer Plattformen für den sozialen Dialog erörtert, ebenso wie Anregungen für regionale und subregionale Initiativen in Verbindung mit der Vereinigung südostasiatischer Staaten (ASEAN), der Südasiatischen Vereinigung für regionale Kooperation (SAARC) und der Asiatischen Entwicklungsbank (ADB). Während der 2. Regionalvorstandssitzung fanden Dialogsitzungen mit Vertretern der internationalen und der regionalen Finanzinstitutionen statt, und es wurden zwei Schulungsworkshops für die Mitgliedsorganisationen bezüglich der Kreditbedingungen der Internationalen Finanz-Corporation sowie der Anforderungen der ADB hinsichtlich der Arbeitsnormen organisiert. Im Mai 2009 fand zudem eine Dialogsitzung mit der ADB unter Beteiligung der IGB-AP und regionaler GUF-Vertreter/innen statt. Die ADB bestätigte ihre Bereitschaft, diesen Dialog fortzusetzen.

Im Rahmen ihrer Bemühungen um die Anerkennung von Gewerkschaften und die Förderung menschenwürdiger Arbeit nahm die IGB-AP zudem im Juli 2008 am 1. Sozialpartnerforum des zwischenstaatlichen Asien-Europa-Treffens (ASEM) teil, gefolgt von einem ASEM-Gewerkschaftsgipfel und einem Treffen der Sozialpartner im Oktober 2008 in Indonesien. Darüber hinaus war die IGB-AP bei der Organisation der Sitzungen des Asiatisch-Pazifischen Gewerkschaftsnetzwerkes (APLN) 2008 und 2009 in Singapur behilflich.

Der Bund Asiatisch-Pazifischer Arbeitgeber (CAPE) hat sich bereit erklärt, die Dialogsitzungen mit der IGB-AP jedes Jahr im Juni fortzusetzen, wobei es 2008 hauptsächlich um Klimawandel und 2009 um die Beschäftigungskrise ging.

Bei den beiden Regionalkonferenzen über Umwelt, Beschäftigung und nachhaltige Entwicklung im März bzw. November 2008 wurden Vorbereitungen auf regionaler Ebene auf den Klimagipfel 2009 in Kopenhagen getroffen. Im Bereich des Arbeitsschutzes beteiligte sich die IGB-AP an den Aktivitäten des IGB und richtete eine Datenbank mit Informationen über die grundsätzlichen Positionen der Gewerkschaften, internationale Normen sowie Bildungs- und Schulungsmaterial ein, die auf der Internetseite der IGB-AP veröffentlicht wurde.

3. Kooperation und Koordination

Die IGB-AP beteiligte sich am IGB-Gewerkschaftsnetzwerk für die Entwicklungszusammenarbeit (TUDCN). Zudem fanden im Mai jeden Jahres informelle Koordinierungssitzungen mit regionalen GUF-Vertreter(inne)n und jeweils im November dreitägige jährliche Koordinierungssitzungen mit Solidaritätsorganisationen und GUFs statt. Die IGB-AP und der TUAC kooperierten, und es fand eine jährliche regionale Koordinierungssitzung mit IAO/ACTRAV statt.

Die Solidaritätsaktionen zugunsten der Opfer des Tsunamis von 2004, der verheerende Verwüstungen in der Region angerichtet hatte, wurden von einem Ausschuss koordiniert, dem der IGB, die IGB-AP und GUFs angehörten. Die Projekte beinhalteten berufliche Bildungsmaßnahmen in der Provinz Aceh (Indonesien) sowie in Indien. Mit Unterstützung der IAO konnten mehr als 3.000 Menschen im Rahmen verschiedener Programme beruflich geschult werden, und dank Organisationsaktivitäten in Tsunami-Gebieten in Indien wurden mehrere Tausend neue Gewerkschaftsmitglieder organisiert. Die IGB-AP gewährte auch Mitgliedsorganisationen, die während des Berichtszeitraums von anderen Naturkatastrophen betroffen waren, solidarische Unterstützung.

KAPITEL 13

EUROPA

1. Einrichtung des PERR

Die Gründungsversammlung des Pan-Europäischen Regionalrates (PERR, engl. Abk. PERC, der IGB/EGB-Struktur für Europa) fand am 19. März 2007 in Rom statt. 87 Mitgliedsorganisationen aus 55 europäischen Ländern nahmen an der Versammlung teil, die die Satzung und das Programm des PERR verabschiedete. John Monks, der Generalsekretär des EGB, wurde zum PERR-Generalsekretär ernannt, wie in der Satzung vorgesehen, und Mikhail Shmakov (FNPR, Russland) wurde zum Präsidenten gewählt. Wanja Lundby-Wedin (LO, Schweden), Anna Knezevic (UATUC, Kroatien) und Andrzej Adamczyk (Solidarnosc, Polen) wurden zu Vizepräsident(inn)en gewählt. Am Ende des Berichtszeitraums hatte der PERR 89 Mitgliedsorganisationen in 56 Ländern.

Dem wichtigsten Entscheidungsgremium, dem PERR-Vorstand, gehört ein/e Vertreter/in jeder Mitgliedsorganisation an. Er hielt während des Berichtszeitraums jeweils im März eine eintägige Sitzung ab, einen Tag vor den Sitzungen des EGB-Exekutivausschusses. Bei einer Konferenz der Frauenausschüsse der PERR-Mitgliedsorganisationen im Oktober 2008 in Turin, an der Delegierte von 70 Organisationen aus 53 Ländern teilnahmen, wurde die Zusammensetzung des 12-köpfigen PERR-Frauenausschusses vorgeschlagen, die gemeinsam mit den Statuten des Ausschusses bei der Sitzung des PERR-Vorstandes im März 2009 gebilligt wurde. Drei Vertreterinnen des Frauenausschusses wurden zu Vorstandsmitgliedern ernannt. Bei einer Jugendkonferenz im Juli 2009, an der 49 Mitgliedsorganisationen aus 29 Ländern teilnahmen, wurde der neunköpfige PERR-Jugendausschuss eingesetzt und dessen Geschäftsordnung verabschiedet. Ein/e Vertreter/in des Jugendausschusses gehört dem PERR-Vorstand an.

Die vom IGB und vom EGB im Vorfeld der PERR-Gründungsversammlung gemeinsam mit ihren Mitgliedsorganisationen organisierten Aktivitäten konzentrierten sich auf zwei wesentliche Bereiche: Fortsetzung der laufenden Aktivitäten und der Zusammenarbeit in der Region sowie Entwicklung der Strukturen, des Programms und der Arbeitsmethoden der neuen Regionalstruktur. Zu den laufenden Aktivitäten gehörten Projekte zu geschlechtsspezifischen Fragen, der informellen Wirtschaft, internationalen und regionalen Finanzinstitutionen, Gewerkschaftsrechten mit Schwerpunkt auf Weißrussland, zum Aufbau und Kapazitätenausbau von Gewerkschaften sowie Bildungsarbeit zu verschiedenen Themen.

2. PERR-Aktivitäten

Die Einrichtung des PERR ermöglichte die Konsolidierung der laufenden Aktivitäten in der Region und den Beginn neuer Initiativen, wie in den vom Vorstand für die Jahre 2008/2009 und 2009/2010 verabschiedeten Aktionsplänen vorgesehen. Diese Pläne wurden gemeinsam mit Mitgliedsorganisationen, GUFs und den Europäischen Industrieverbänden für spezifische Bereiche wie Migration, Menschenhandel, Zwangsarbeit und Umwelt im Anschluss an Diskussionen mit relevanten nichtstaatlichen Organisationen konzipiert.

Zentrale Themen beider Aktionspläne waren Maßnahmen in Bezug auf Gewerkschaftsrechte, den Aufbau von Gewerkschaften, Organisation und Mitgliederwerbung sowie den sozialen Dialog. Der Aktionsplan für 2008/2009 konzentrierte sich zudem auf Migration und Energie, während der Plan für 2009/2010 Maßnahmen im Zusammenhang mit der globalen Wirtschaftskrise und deren Auswirkungen auf den öffentlichen Sektor sowie Arbeitsschutzfragen umfasste. Darüber hinaus wurde mit ersten Aktivitäten zur Verbesserung der beruflichen Bildungs- und Schulungssysteme in der Region begonnen.

Seit der Einrichtung des PERR hat er weit über 150 Aktivitäten in folgenden Bereichen durchgeführt: Menschen- und Gewerkschaftsrechte und Arbeitsrecht; sozialer Dialog, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik; Sozialpolitik und öffentlicher Dienst; Diskriminierung; jugendliche Beschäftigte; Kinder- und Zwangsarbeit; Energie; Migration, Organisation und Mitgliederwerbung; Gewerkschaftsbildung; Arbeitsschutz sowie sektorale Themen. In mehreren dieser Bereiche wurden spezielle Arbeitsgruppen oder Task Forces eingerichtet, um die Arbeit voranzubringen.

Neben der engen Einbindung des EGB war die Zusammenarbeit mit IAO/ACTRAV, mit dem Schulungszentrum der IAO in Turin und dem IAO-Büro für Mittel- und Osteuropa sowie mit den solidarische Unterstützung gewährenden Organisationen wichtig für die Arbeit in dieser Region.

Die jährlichen PERR-Sommerakademien boten eine wichtige Gelegenheit für detaillierte politische Diskussionen und einen offenen und informellen Erfahrungsaustausch unter breiter Beteiligung aus der gesamten Region sowie mit Beiträgen von Sachverständigen für die jeweils behandelten Themen. Bei der Sommerakademie vom 1. – 3. September 2008 in Budapest ging es vor allem um die Steuer- und Sozialpolitik mit Schwergewicht auf der Reform der Renten- und Gesundheitssysteme. Die Sommerakademie, die vom 7. – 9. September 2009 in Bratislava stattfand, konzentrierte sich auf die Auswirkungen der globalen Wirtschaftskrise und bot zudem eine Plattform für eine Diskussion über die Aktivitäten des IGB im Bereich Menschen- und Gewerkschaftsrechte. Bei dieser Gelegenheit wurde auch das PERR-Netzwerk für Menschen- und Gewerkschaftsrechte eingerichtet. Prioritäre Arbeitsbereiche während des Berichtszeitraums waren Maßnahmen zur Umsetzung der Empfehlungen des IAO-Untersuchungsausschusses hinsichtlich der Achtung der Gewerkschaftsrechte in Weißrussland sowie Bemühungen um die Novellierung des gewerkschaftsfeindlichen Arbeitsgesetzes in Georgien.

Bei länderspezifischen Tagungen im Zusammenhang mit Weißrussland, Moldawien und Usbekistan kamen Mitgliedsorganisationen, der IGB, der EGB, GUFs und Geberorganisationen zusammen, um abgestimmte Maßnahmen zur Auseinandersetzung mit den ernsthaften und andauernden Gewerkschaftsrechtsverletzungen in diesen Ländern zu konzipieren.

Dank der konkreten Planung der Beteiligung von PERR-Mitgliedsorganisationen an den Aktivitäten anlässlich des Welttages für menschenwürdige Arbeit am 7. Oktober 2008 und 2009 konnte für eine umfassende Mitwirkung von Gewerkschaftsorganisationen aus der Region an den Veranstaltungen gesorgt werden.

Die Aktivitäten in Bezug auf Kinderarbeit beinhalteten Treffen mit dem Globalen Marsch gegen Kinderarbeit am 19. und 20. Mai 2008 in Moskau und vom 15. – 18. September 2008 in Sofia. Bei diesen Gelegenheiten wurden u.a. künftige Aktivitäten in der Region zur Bekämpfung von Kindearbeit geplant, einschließlich der Zusammenarbeit mit dem Netzwerk des Globalen Marsches.

3. Frauenausschuss und Jugendausschuss

Der Frauenausschuss des PERR bot ebenfalls eine wichtige Plattform zur Mobilisierung von Gewerkschafterinnen für die Veranstaltungen anlässlich des 7. Oktober und des Internationalen Tages der Frau am 8. März, was dazu beitrug, geschlechtsspezifische Fragen deutlich herauszustellen und den Aufbau aktiver Frauennetzwerke in der Region zu unterstützen. Der Frauenausschuss organisierte zudem jährliche Schulungsveranstaltungen für Frauen und beteiligte sich aktiv an den politischen Diskussionen und Aktivitäten des IGB-Frauenausschusses. Besondere Schwerpunkte während des Berichtszeitraums waren die informelle Wirtschaft, das geschlechtsspezifische Lohn- und Gehaltsgefälle, die Verbindung von Arbeit und Familienleben, die Position von Frauen innerhalb der Gewerkschaften sowie Gewalt gegen Frauen. Die Beteiligung des PERR-Frauenausschusses an dem IGB/UNI-Projekt "Decisions for Life" war für die diesbezügliche Arbeit in vier Ländern von Bedeutung. Weitere Projektaktivitäten fielen in den Rahmen von Maßnahmen gegen Menschenhandel und Zwangsarbeit. Es fand eine enge Zusammenarbeit mit dem Frauenausschuss des EGB statt.

Der PERR-Jugendausschuss unterbreitete Vorschläge zu den Aktionsplänen, die der Vorstand billigte, und richtete seine Arbeit vor allem auf Jugendbeschäftigung, einschließlich prekärer Tätigkeiten, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf Jugendliche, Mitgliederwerbung und Organisation jugendlicher Beschäftigter sowie berufliche Bildung und Schulung aus. Er arbeitete eng mit den Jugendausschüssen des IGB und des EGB zusammen und trug dazu bei, dass sich junge Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mittels innovativer und kreativer Veranstaltungen in sichtbarer Weise an den Aktivitäten zum 7. Oktober beteiligten.

4. Subregionale Aktivitäten

Für die Weiterentwicklung und Durchführung der PERR-Aktivitäten im baltischen Raum und in Südosteuropa standen zwei subregionale Strukturen zur Verfügung, das Ostseenetzwerk BASTUN (Baltic Sea Trade Union Network) bzw. das Südosteuropäische Gewerkschaftsforum (engl. Abk. SEETUF). Vertreter/innen des PERR nehmen an den Sitzungen dieser Strukturen teil, und es findet ein regelmäßiger Informationsaustausch statt, um für Kohärenz und Synergien zu sorgen. Jährliche Treffen von Mitgliedsorganisationen aus der Subregion Kaukasus erfüllten einen ähnlichen Zweck.

Die Besuche der PERR-Führungsspitze in den verschiedenen Subregionen boten zudem eine wichtige Möglichkeit für direkte Kontakte und die deutlichere Hervorhebung des Profils der Regionalstruktur. Bei diesen Besuchen ging es schwerpunktmäßig um die Förderung der IAO-Normen und das Europäische Sozialmodell, einschließlich Sitzungen mit Mitgliedsorganisationen, Ministern, parlamentarischen Ausschüssen und Sachverständigen auf verschiedenen Gebieten. Es fanden Besuche in Russland und der Ukraine (Februar 2008), in Kroatien (anlässlich einer Sitzung des SEETUF im April 2009) und in Vilnius statt (anlässlich einer Sitzung mit Mitgliedsorganisationen aus baltischen Ländern im Juni 2009). Die tägliche Arbeit und die Kommunikation mit Mitgliedsorganisationen wurden zudem durch subregionale Büros in Moskau, Sarajevo und Vilnius unterstützt.

Mittels einer Internetseite und eines monatlichen Nachrichtenblatts des PERR wurde darüber hinaus sowohl die Weiterleitung von Informationen an die Mitgliedsorganisationen über PERR-Aktivitäten und politische Fragen als auch der Informationsaustausch der Mitglieder untereinander erleichtert.

5. Europäische Union und Europarat

Die Zusammenarbeit mit dem EGB beinhaltete auch Beiträge des PERR im Zusammenhang mit für ihn relevanten EU-Fragen und der EU-Erweiterung. Eine Zusammenarbeit fand zudem mit dem Europäischen Gewerkschaftsinstitut statt, vor allem anlässlich der Europäischen Regionalkonferenz der IAO im Februar 2008. Mit Unterstützung des EGB knüpfte der PERR bezüglich Fragen, die für seine Mitgliedsorganisationen von Interesse sind, Kontakte zu EU-Generaldirektionen und zum Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss. Vertreter/innen des PERR beteiligten sich darüber hinaus an Regionalveranstaltungen der GD Beschäftigung in Südosteuropa und der GD Erweiterung in Bezug auf Fragen der Ostpartnerschaft. Da sich der geografische Zuständigkeitsbereich des PERR größtenteils mit dem des Europarates deckt und die meisten PERR-Länder die Europäische Sozialcharta ratifiziert haben, ging es prioritär auch darum, den Rat und die Charta in möglichst wirksamer Weise zu nutzen, u.a. mittels Veranstaltungen in Tiflis und Budapest im Jahr 2007 sowie in Banja Luka und Bukarest im Jahr 2008. Darüber hinaus nahm der PERR an einer Ministerkonferenz des Europarates zum Thema Migration teil, die im September 2008 in Kiew stattfand.

KAPITEL 14

NAHER OSTEN

1. Allgemeiner Hintergrund und wichtige gewerkschaftliche Entwicklungen

Die Region wurde während des Berichtszeitraums weiter durch bereits zuvor ausgebrochene Konflikte erschüttert: Die Nachwirkungen des Krieges von 2006 im südlichen Libanon sorgten für eine interne Spaltung und anhaltende Spannungen in dem Land; der Krieg in Gaza von 2008 hat sich ernsthaft auf die Lebensbedingungen des palästinensischen Volkes ausgewirkt und den Friedensprozess auf längere Sicht unterbrochen, und die tägliche Gewalt im Irak hielt an, so dass es dem Land an der für den Wiederaufbau benötigten Sicherheit und Stabilität fehlte. All dies kam zu der dramatischen Situation in Darfur und dem bewaffneten Aufstand im Jemen während des Jahres 2009 hinzu.

Neben diesen anhaltenden Spannungen kam es während des Berichtszeitraums im Nahen Osten zu einer beispiellosen Verschärfung der Armut und der Arbeitslosigkeit infolge der internationalen Ernährungs-, Energie- und Finanzkrise. Unter diesen Umständen lehnten einige Regierungen in der Region die Anerkennung der Gewerkschaftsrechte weiterhin ab, während andere mit allen Mitteln versuchten, die Gewerkschaften unter Kontrolle zu bringen. Trotz all dieser Widrigkeiten gelang es der Gewerkschaftsbewegung in einigen Ländern, die Lebensbedingungen der Beschäftigten zu verbessern, und es waren gewisse arbeitsrechtliche Fortschritte zu verzeichnen: In Oman wurde ein Erlass verkündet, der die Gründung einer Gewerkschaftsorganisation zuließ; in Bahrain wurden die gesetzlichen Aufenthaltsbedingungen für Wanderarbeitskräfte verbessert; in Ägypten wurde die erste unabhängige Gewerkschaft zugelassen, ebenso wie eine Vereinigung, die den Beschäftigten Unterstützung gewährt (CTUWS), und in Marokko und Jordanien wurde die Einrichtung dreigliedriger Ausschüsse zur Förderung des sozialen Dialogs beschlossen.

Generell waren bezüglich der Gewerkschaftsrechte jedoch keine nennenswerten Fortschritte zu verzeichnen: In **Palästina** verschlechterte sich die wirtschaftliche und soziale Lage beträchtlich, und die Arbeitslosenquote betrug nahezu 60%. Während des Krieges in Gaza wurde der Hauptsitz des palästinensischen Gewerkschaftsbundes PGFTU bombardiert und das Haus eines seiner führenden Vertreter umstellt und völlig zerstört. Um zur Arbeit zu gelangen, mussten sich in Israel arbeitende Palästinenser täglich zahlreichen Grenzkontrollen unterziehen. In **Israel** hat der Oberste Gerichtshof in einem von der Histadrut, dem israelischen Gewerkschaftsdachverband, angestrebten Verfahren entschieden, dass palästinensische Beschäftigte Anspruch auf Lohngleichheit haben, aber der Entscheid wurde bisher noch nicht in das Gesetz übertragen. Angaben der israelischen Bürgerrechtsvereinigung zufolge sollen 92% der Arbeitgeber im Jahr 2006 gegen das Arbeitsrecht verstoßen haben. Im **Libanon** haben sich die Lebensbedingungen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach dem Krieg von 2006 angesichts von Arbeitsplatzverlusten und stagnierenden Löhnen zwischen 1996 und 2008 weiter verschlechtert. Vor diesem Hintergrund hat sich an den die Gewerkschaftsarbeit einschränkenden Gesetzen und den Eingriffen des Arbeitsministeriums in Gewerkschaftsangelegenheiten nichts geändert. Vierhunderttausend Palästinenser leben nach wie vor in Flüchtlingslagern im Libanon und dürfen 56 Berufe nicht ausüben.

In **Jordanien** ist Beamten und Hausangestellten ein Gewerkschaftsbeitritt untersagt, und sie fallen nicht unter das Arbeitsgesetz. Dasselbe gilt für Wanderarbeitskräfte. Der jordanische Gewerkschaftsdachverband GFJTU hat im Jahr 2008 gefordert, Wanderarbeitskräften das Recht auf eine Gewerkschaftsmitgliedschaft zuzugestehen, aber die Behörden haben dies abgelehnt. In **Ägypten**, wo es am häufigsten zu Gewerkschaftsprotesten kam, haben die Beschäftigten Lohnerhöhungen und das Recht auf die Gründung unabhängiger Gewerkschaften gefordert. In **Libyen** haben die Behörden trotz des allmählichen Rückzugs des Staates aus wirtschaftlichen Angelegenheiten nach wie vor versucht, die einzige zugelassene Gewerkschaftsorganisation des Landes zu kontrollieren. In **Tunesien** wurden Gewerkschaftsmitglieder zu schweren Haftstrafen verurteilt, weil sie gegen die Arbeitslosigkeit demonstriert hatten, und erst nach mehr als einem Jahr freigelassen. Während des Jahres 2009 wurde die gesamte Führungsspitze der Journalistengewerkschaft abgesetzt, weil sie einen kritischen Bericht über das Recht auf freie Meinungsäußerung in dem Land veröffentlicht hatte. In **Algerien** sind unabhängige Gewerkschaften zwar gesetzlich anerkannt, aber sie wurden weiterhin auf verschiedene Weise von der Regierung unter Druck gesetzt, und von ihnen organisierte Demonstrationen wurden mit brutalen Repressionen erwidert. In **Marokko** hat die Regierung die Forderungen der Gewerkschaften nach Lohnerhöhungen abgelehnt, was zu beispiellosen Gewerkschaftsprotesten und Streiks in allen Sektoren führte. In **Mauretanien** versuchte die Militärjunta im Jahr 2008, das Arbeitsgesetz zu ändern, um die Strafen für die Beteiligung an Gewerkschaftsaktivitäten zu erhöhen, und sie stellte die Subventionierung von Gewerkschaften aus öffentlichen Mitteln ein, wenn diese ihre Legitimität in Frage stellten.

In **Saudi-Arabien** und den **Vereinigten Arabischen Emiraten** wurden die Gewerkschaftsrechte nach wie vor nicht anerkannt. In **Katar** wurde mit dem Arbeitsgesetz von 2005 die Gründung einer Gewerkschaftsorganisation zugelassen, aber sie verfügt lediglich über begrenzte Befugnisse, darf keine Wanderarbeitskräfte als Mitglieder aufnehmen und ist auf bestimmte Betriebe des privaten Sektors begrenzt. In **Oman** haben die Behörden im Jahr 2007 zwar grundsätzlich die Gründung eines Gewerkschaftsdachverbandes zugelassen, es der Organisation jedoch bisher nicht gestattet, ihren Gründungskongress abzuhalten. In **Kuwait** wurde das neue Arbeitsgesetz trotz der Ratifizierung der IAO-Übereinkommen 87 und 98 bisher nicht verabschiedet, obwohl es bei einer dreigliedrigen Beratung im Jahr 2003 beschlossen worden war. In **Bahrain** war es dem Gewerkschaftsdachverband GFBTU dank eines Erlasses von 2006, mit dem Entlassungen aufgrund von Gewerkschaftsaktivitäten verboten wurden, möglich, mehrere erfolgreiche Proteste zu organisieren, mit denen die Arbeitgeber zur Wiedereinstellung entlassener Gewerkschafter gezwungen wurden. Das Land beschloss 2009 die Abschaffung des "Bürgensystems", das es den Arbeitgebern – wie in allen Golfstaaten – bis dahin ermöglichte, die Ausweisung ihrer Beschäftigten in ihre Heimatländer anzuordnen.

In **allen Golfstaaten** wurden **Wanderarbeitskräften** ihre grundlegenden Rechte nach wie vor verweigert, und sie wurden schweren Missbräuchen ausgesetzt, vor allem im Baugewerbe, in Freien Exportzonen und in Privathaushalten. In den meisten Fällen haben die zunehmenden Proteste von Wanderarbeitskräften zu kollektiven Ausweisungen geführt. Im **Jemen** wurde die Arbeit des Dachorganisation GFWTUY weiterhin durch verschiedene arbeitsgesetzliche Beschränkungen, die Verletzung der Gewerkschaftsrechte im privaten Sektor sowie den häufigen Rückgriff der Behörden auf die Polizeigewalt eingeschränkt. Der **Sudan** und **Syrien** hielten am Gewerkschaftsmonopol für offizielle Organisationen mit Verbindungen zur Regierungspartei fest. Im **Irak** griff die Regierung kontinuierlich in Gewerkschaftsangelegenheiten ein. Sie beschlagnahmte die finanziellen Mittel der Gewerkschaften und untersagte deren Kongresse. Ende 2009 hatte sie sogar die Absicht, den GFIW-Kongress selbst

zu organisieren. Im **Iran** haben die Behörden Arbeitnehmerproteste systematisch unterbunden, Demonstrationen zum Tag der Arbeit verboten und Hunderte Gewerkschafter inhaftiert.

2. Die Arbeit in der Region und das regionale Programm für die Stärkung der Gewerkschaften

Der IGB hat sein Sekretariat während des Berichtszeitraums durch die Einrichtung eines neuen Postens in seinem Hauptbüro, den eines Regionalkoordinators für arabische Länder und den Nahen Osten, gestärkt. Es fanden zudem drei Sitzungen zur Gewerkschaftslage in arabischen Ländern statt (12. und 13. November 2007, 20. und 21. November 2008 und 2. und 3. Juli 2009). Diese Sitzungen fanden in Brüssel statt, und jedes Jahr nahmen mehr Mitgliedsorganisationen aus der Region und aus Europa sowie Vertreter/innen der GUFs und kooperierender Partner daran teil. Bei den Sitzungen wurden jeweils die jüngsten Entwicklungen bezüglich der Gewerkschaftslage in der Region erörtert und Schlussfolgerungen verabschiedet, die dem IGB-Vorstand vorgelegt wurden. Bei der 2. jährlichen Sitzung wurden die in einem Arbeitsdokument erläuterten *Elemente einer regionalen Gewerkschaftsstrategie* als Richtschnur für die Maßnahmen des IGB in der Region beschlossen: (a) Verteidigung der Gewerkschaftsrechte und der Vereinigungsfreiheit, (b) Förderung menschenwürdiger Arbeit und (c) Beteiligung an der Beilegung von Konflikten und an den Bemühungen um Stabilität und Frieden in der Region.

Bei dieser zweiten jährlichen Sitzung wurde nach einer ausführlichen Diskussion über den Stand der gewerkschaftlichen Zusammenarbeit in der Region die Einrichtung – in Zusammenarbeit mit dem Regionalbüro der IAO – einer "Vorschlagsgruppe" vorgeschlagen, die die Aufgabe hätte, Vorschläge dazu zu unterbreiten, wie die Zusammenarbeit zwischen allen in der Region tätigen Partnerorganisationen verbessert und die Wirksamkeit der Arbeit in diesem Bereich gesteigert werden kann. Bei ihrem Treffen im April 2009 in Beirut empfahlen die Sachverständigen der IAO, die Vertreter der GUFs und andere Partnerorganisationen *prioritäre Themen* für die Zusammenarbeit sowie die Einrichtung einer *Verbindungsgruppe* zur Abstimmung der Maßnahmen des IGB und seiner Partner in der Region. Bei der dritten jährlichen Sitzung wurde über die sozialen Auswirkungen der internationalen Krise in der Region diskutiert und ein *gewerkschaftliches Aktionsprogramm* zur Auseinandersetzung mit den sozialen Folgen der Krise beschlossen. Der IGB hat mit der Veröffentlichung einer arabischen Version seiner Hauptinternetseite und der Einrichtung einer zweiten Internetseite mit Informationen über Gewerkschaftsrechtsverletzungen in der Region zudem seine Kommunikationskanäle in der Region ausgebaut.

Das IGB-Projektbüro in Amman hat die Mitgliedsorganisationen in der Region weiterhin durch Bildungsmaßnahmen unterstützt und die gemeinsam mit LO-Norwegen, LO-Schweden, CLC-Kanada und dem Solidaritätszentrum begonnenen Programme für Bahrain, Kuwait, Palästina, Jordanien und Irak fortgesetzt. Der IGB hat zudem seine Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsbündnis der Beschäftigten im arabischen Maghreb (USTMA) und dem Internationalen Bund Arabischer Gewerkschaften (ICATU) im Rahmen des Euro-Mittelmeer-Gewerkschaftsforums fortgesetzt, das 1999 in Verbindung mit diesen beiden Organisationen sowie gemeinsam mit dem Europäischen Gewerkschaftsbund (EGB) eingerichtet wurde. In diesem Rahmen war der IGB an der Durchführung eines dreijährigen Schulungsprogramms für die Führungsspitzen der Mitgliedsorganisationen in der Region beteiligt, das darauf abzielte, die internen Kapazitäten der Gewerkschaften in Bezug auf organisatorische Veränderungen und die Verbesserung ihrer Verwaltung generell sowie ihrer Finanzverwaltung zu stärken.

Darüber hinaus hat der IGB seine Mitgliedsorganisationen in Palästina, Mauretanien und Bahrain sowie unabhängige Gewerkschaften in Ägypten und im Iran aktiv unterstützt und gemeinsam mit dem britischen TUC eine Solidaritätskampagne für die irakische Gewerkschaftsbewegung durchgeführt. In der nächsten Kongressperiode wird der IGB diese Aktivitäten im Rahmen eines Programms zum Ausbau der Gewerkschaftskapazitäten fortsetzen, basierend auf den bei der 4. und 5. IGB-Vorstandssitzung gefassten Beschlüssen zum Nahen Osten, als Folgendes empfohlen wurde:

- Ausbau der internen Kapazitäten der Mitgliedsorganisationen in der Region in den Bereichen Gewerkschaftsautonomie, interne Demokratie und Verbesserung der internen Verwaltungs- und Finanzverfahren;
- Ausbau der Kapazitäten des IGB und seiner Mitgliedsorganisationen in der Region in Bezug auf die Förderung der Gewerkschaftsrechte und der Vereinigungsfreiheit und vor allem hinsichtlich des Schutzes der schwächsten Gruppen wie Frauen, Migranten und Beschäftigte in der informellen Wirtschaft;
- Verbesserung der Kohärenz zwischen den IGB-Mitgliedsorganisationen in der Region auf der Grundlage der in dem Arbeitsdokument *«Elemente einer regionalen Gewerkschaftsstrategie»* dargelegten mittel- und langfristigen Ziele;
- Verbesserung der Koordination unter allen Partnern in der Region mittels der "Verbindungsgruppe", um bei den Kooperationsprogrammen für maximale Komplementarität und Effizienz zu sorgen;
- Ausbau anderer Kooperationsverfahren der Gewerkschaften in der Region, wie etwa des Euro-Mittelmeer-Gewerkschaftsforums, indem deren Strukturen, Programme und Arbeitsmethoden verbessert werden.

3. Förderung des Friedens und der Beilegung regionaler Konflikte

Im Juni 2007 besuchte der IGB-Generalsekretär die Histadrut (Israel) und den PGFTU (Palästina), mit denen er die Situation palästinensischer Beschäftigter in israelischen Unternehmen sowie deren Diskriminierung erörterte. Die Vermittlungsbemühungen des Generalsekretärs führten im August 2007 zur Unterzeichnung einer historischen Vereinbarung, mit der sich die beiden Organisationen verpflichteten, gemeinsam für die uneingeschränkte Achtung der Rechte palästinensischer Beschäftigter einzutreten und die künftigen Beziehungen zwischen dem PGFTU und der Histadrut auf Verhandlungen, Dialoge und gemeinsame Initiativen zur Förderung der Koexistenz beider Völker und der Verbundenheit unter ihnen zu stützen. Auf der Grundlage dieser Vereinbarung erklärten sich beide Parteien bereit, die 1995 unterzeichnete, jedoch noch nicht vollständig in Kraft gesetzte Vereinbarung bezüglich der Erstattung der Mitgliedsbeiträge palästinensischer Beschäftigter in Israel nunmehr umzusetzen. Beide Seiten haben sich an ihre Zusagen gehalten, und die Vereinbarung wurde zur Zufriedenheit beider Parteien umgesetzt.

Bei der dritten jährlichen Regionalsitzung bemühte sich der Generalsekretär des IGB erneut um die Verbesserung des Dialogs zwischen der Histadrut und dem PGFTU, indem er Vertreter beider Organisationen zu einer Sondersitzung einlud, bei der es schwerpunktmäßig um die Friedensaussichten in der Region ging und zu der alle Sitzungsteilnehmer/innen eingeladen waren. Bei dieser Gelegenheit bekräftigten beide Seiten ihre Entschlossenheit, sich gemeinsam um die Förderung des Friedens in der Region zu bemühen. Der IGB wird seine Bemühungen um eine gerechte und friedliche Lösung für den Konflikt zwischen Israel und Palästina in der kommenden Kongressperiode fortsetzen, basierend auf internationalem Recht und der Koexistenz zweier souveräner Staaten.

Während des Gaza-Konfliktes im Dezember 2008 und Januar 2009 startete der IGB einen Aufruf zu humanitärer Hilfe für die Opfer der verheerenden Zerstörung in Gaza. Die ersten Mittel, die auf diesen Aufruf hin eingingen, wurden für eine gemeinsame humanitäre Aktion verwendet, die zusammen mit der Internationalen Transportarbeiter-Föderation (ITF), dem PGFTU (Palästina) und der GFJTU (Jordanien) organisiert wurde. Der IGB bat die für humanitäre Hilfe zuständige UN-Organisation, das Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA), um Unterstützung bei der Verteilung der aus dem Aufruf resultierenden Hilfsmittel, was jedoch abgelehnt wurde, da es der Organisation an den erforderlichen Kapazitäten fehle. Bis zum Ende des Berichtszeitraums wurde gemeinsam mit Vertretern des PGFTU und der Palästinensischen Autonomiebehörde weiter versucht, andere Wege zu finden, um die Hilfe zu verteilen. Aufgrund der komplexen politischen Situation und der von Israel auferlegten starken Beschränkungen an den Grenzen Gazas war es jedoch bis Ende 2009 immer noch nicht möglich gewesen, in irgendeiner Form neue Hilfe im Einklang mit den Zielsetzungen des Hilfsaufrufes zu gewähren.

KAPITEL 15

DIE FRANZÖSISCHSPRACHIGE GEWERKSCHAFTSGEMEINSCHAFT (FRANCOPHONIE SYNDICALE)

Die *Francophonie Syndicale (FS)* setzt sich aus französischsprachigen Mitgliedsorganisationen zusammen und verfolgt das Ziel, die Zusammenarbeit untereinander zu fördern und die internationale Gewerkschaftsbewegung gegenüber der Internationalen Organisation französischsprachiger Länder (OIF) zu vertreten.

Die FS hielt am 1. November 2006 in Verbindung mit dem Gründungskongress des IGB eine Vollversammlung in Wien ab. Zentrales Diskussionsthema war dabei die Rolle der *Francophonie Syndicale* innerhalb der geeinten internationalen Gewerkschaftsbewegung. Die Vollversammlung war gut besucht, was auf die Einigung des früheren IBFG, des früheren WVA und verschiedener anderer Gruppen unabhängiger Gewerkschaftsorganisationen zurückzuführen war, wodurch sich die Zahl der Mitgliedsorganisationen auf 87 erhöht hat, die zusammen rund 20 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vertreten. Vor diesem Hintergrund hat sich die FS des IGB dazu verpflichtet, auf die Konsolidierung des Einigungsprozesses der internationalen Gewerkschaftsbewegung hinzuwirken, indem die Kapazitäten aller ihrer Mitglieder ausgebaut werden.

Am 28. November 2007 fand in Verbindung mit dem Gründungskongress der IGB-Afrika eine FS-Vollversammlung statt, um über den Kampf gegen HIV/Aids zu diskutieren, für das Recht der Frau auf menschenwürdige Arbeit und die Beteiligung an der Weiterentwicklung ihrer Gesellschaften einzutreten.

Vom 15. - 17. Mai 2008 nahm die FS an der 6. Konferenz französischsprachiger internationaler nichtstaatlicher Organisationen und Organisationen der Zivilgesellschaft in Caraquet (Kanada) teil. Durch ihre Beiträge zu den Diskussionen wurde der Stimme der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der französischsprachigen Gemeinschaft Gehör verschafft. Die Vertreter/innen vertraten zudem die Positionen der Gewerkschaften zu folgenden auf der Konferenz diskutierten Themen: Regierungsführung und Demokratie, Umwelt und die französische Sprache.

Vom 14. – 16. Oktober 2008 organisierte die FS mit Unterstützung der OIF und von Organisationen aus Industrieländern, die dem FS-Beratungsausschuss angehören, im Vorfeld des Gipfels der Staats- und Regierungschefs einen Gewerkschaftsgipfel in Montreal zum Thema "*Der Beitrag der Gewerkschaftsbewegung zur Förderung von Demokratie, verantwortungsvoller Regierungsführung, Umweltschutz und des sozialen und interkulturellen Dialogs*". Am Ende der Diskussionen wurde eine Erklärung veröffentlicht, die beim Gipfel der Staats- und Regierungschefs in Quebec vorgelegt wurde.

Im Rahmen ihrer Sitzungen in Verbindung mit bedeutenden internationalen Veranstaltungen organisierte die FS jedes Jahr im Juni ein Treffen während der Internationalen Arbeitskonferenz der IAO in Genf. Auf diese Weise konnten die Mitgliedsorganisationen über die durchgeführten Aktivitäten unterrichtet, Strategien erläutert sowie nationale und internationale Informationen innerhalb der französischsprachigen Gemeinschaft ausgetauscht werden.

Darüber hinaus hat die FS jedes Jahr anlässlich des 20. März, des Internationalen Tages der Frankophonie, eine Erklärung veröffentlicht, in der das von der OIF gewählte Thema aufgegriffen wurde. Diese Erklärungen werden über das Kommunikationsnetzwerk des IGB veröffentlicht und an nationale und internationale Presseeinrichtungen im französischsprachigen Raum versandt.

Im Rahmen ihrer bilateralen Beziehungen trifft die FS bei Bedarf mit den zuständigen Gremien der OIF zu Arbeitssitzungen zusammen, um Kooperationsbereiche und Unterstützungsmöglichkeiten zu erörtern. Zu diesem Zweck fand im Mai 2009 ein Treffen der FS mit dem OIF-Beauftragten für die Beziehungen zu Organisationen der Zivilgesellschaft in Brüssel statt, um neue Arbeitsbereiche für das Jahr 2010 festzulegen. Die FS trifft sich jeweils am Rande der satzungsmäßigen Sitzungen des IGB und unmittelbar vor jeder OIF-Vollversammlung.

Der FS-Beratungsausschuss hat die Aufgabe, das Aktionsprogramm auszuarbeiten und dessen Umsetzung zu überwachen. Er erstattet der Vollversammlung Bericht über die durchgeführten Aktivitäten.

Es wurden zudem Kontakte geknüpft, um einen Austausch zwischen der FS und der Commonwealth-Gewerkschaftsgruppierung zu ermöglichen. Diese Initiative wird von der OIF unterstützt.

KAPITEL 16

DIE COMMONWEALTH-GEWERKSCHAFTSGRUPPIERUNG

Der IGB stellte während des Berichtszeitraums das Sekretariat der Commonwealth-Gewerkschaftsgruppierung (CTUG), der Nachfolgeorganisation des Commonwealth-Gewerkschaftsrates (Commonwealth Trade Union Council - CTUC). In der CTUG haben sich Gewerkschaftsorganisationen mit rund 30 Millionen Mitgliedern in 53 Ländern des Commonwealth zusammengeschlossen, um die Gewerkschafts- und andere Menschenrechte, Demokratie und eine verantwortungsvolle Regierungsführung zu fördern.

Die CTUG hat weiterhin eng mit den Institutionen des Commonwealth zusammengearbeitet, vor allem mit der Commonwealth-Stiftung (Commonwealth Foundation - CF), mit der er im Rahmen des Commonwealth People's Forum (CPF) am 20. November 2007 in Kampala (Uganda) einen gemeinsamen Workshop über die Achtung der Arbeitnehmerrechte organisiert hat. Der Workshop diente dazu, die Bedeutung menschenwürdiger Arbeit und die Notwendigkeit hervorzuheben, dass alle Commonwealth-Länder die IAO-Übereinkommen, vor allem die Kernübereinkommen, ratifizieren.

Die CTUG machte im Jahr 2007 zudem eine Eingabe beim zweijährlichen Treffen der Commonwealth-Regierungschefs in Kampala im Anschluss an das CPF, in der sie Demokratie, eine verantwortungsvolle Regierungsführung und die Achtung der Gewerkschaftsrechte forderte und das Commonwealth-Sekretariat ersuchte, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um Fortschritte bezüglich der Ratifizierung der Kernübereinkommen der IAO seitens aller Commonwealth-Länder zu erzielen. Die CTUG veröffentlichte darüber hinaus eine öffentliche Erklärung, in der sie eine Reihe spezifischer Aktionsvorschläge für den Commonwealth hervorhob und ihn dazu aufrief, den Druck auf Simbabwe so lange aufrechtzuerhalten, bis das Regime grundlegende Verbesserungen bezüglich seiner Menschenrechtslage vornimmt, die Kernarbeitsnormen uneingeschränkt achtet und die Schikanierung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern einstellt.

Die Anregungen der CTUG wurden unter der Überschrift "*Menschenwürdige Arbeit*" in der Erklärung der Commonwealth-Stiftung berücksichtigt, die den Regierungschefs des Commonwealth bei ihrem Treffen in Kampala vom CPF vorgelegt wurde.

In ihrer Erklärung anlässlich des Treffens der Commonwealth-Regierungschefs im November 2009 in Trinidad und Tobago rief die CTUG nachdrücklich zur Förderung des im Juni 2009 angenommenen Globalen Paktes für Beschäftigung auf, um dafür zu sorgen, dass Beschäftigung und Sozialschutz in den Mittelpunkt der auf eine Konjunkturerholung abzielenden Maßnahmen gerückt werden. Die CTUG nahm an den vom CPF im Vorfeld der Tagung der Commonwealth-Regierungschefs im Jahr 2009 organisierten Veranstaltungen zum Thema "*Partnerschaft für eine gerechtere und nachhaltigere Zukunft*" teil und unterbreitete Vorschläge zu allen vom CPF diskutierten Themen.

Die CTUG hielt ihre jährlichen Sitzungen am 10. Juni 2007, am 15. Juni 2008 und am 14. Juni 2009 jeweils während der Internationalen Arbeitskonferenz in Genf

ab. Bei der Sitzung im Jahr 2007 ging es vor allem um das Thema des Commonwealth-Gipfels 2007 "*Umgestaltung der Commonwealth-Gesellschaften, um politische, wirtschaftliche und menschliche Entwicklung zu erreichen*", und es wurden Vorschläge für Lobbyaktivitäten gegenüber den Commonwealth-Regierungen erarbeitet, die zum Teil von ihnen aufgegriffen wurden. Auf der CTUG-Sitzung im Jahr 2008 sprach der Stellvertretende Direktor der Commonwealth-Stiftung, Vijay Krishnarayan, und ein Großteil der Sitzung war der Diskussion über die Interaktion der CTUG und ihrer Mitgliedsorganisationen mit der Stiftung gewidmet. Ein Höhepunkt der Sitzung im Jahr 2009 war die Rede von Mmasekgoa Masire-Mwamba, der Stellvertretenden Generalsekretärin des Commonwealth.

Die CTUG organisierte zudem die Teilnahme einer Vertreterin des malaysischen Gewerkschaftsbundes MTUC am Commonwealth-Studienprogramm für Jugendliche, das vom 27. – 31. Juli 2009 in Indien stattfand.

LISTE DER MITGLIEDSORGANISATIONEN **- ANGELEGENER MITGLIEDERSTAND -**

<i>Land</i>	<i>Organisation</i>	<i>November 2006</i>	<i>Oktober 2009</i>
Albanien	Gewerkschaftsbund Albaniens (KSSH)	105.000	105.000
	Bund Unabhängiger Gewerkschaften Albaniens (BSPSH)	83.847	83.847
Algerien	Union Générale des Travailleurs Algériens (UGTA)	1.532.968	1.532.968
Angola	Central Geral de Sindicatos Independentes e Livres de Angola (CGSILA)	51.000	51.000
	União Nacional dos Trabalhadores de Angola (UNTA-CS)	159.012	159.012
Antigua und Barbuda	Antigua & Barbuda Public Service Association (ABPSA)	365	365
	Antigua & Barbuda Workers' Union (ABWU)	3.000	3.000
Argentinien	Central de los Trabajadores Argentinos (CTA)	1.127.000	600.000
	Confederación General del Trabajo de la República Argentina (CGT)	4.401.023	4.401.023
Aruba	Federacion di Trahadornan di Aruba (FTA)	3.000	2.507
Aserbaidshon	Azerbaycan Hemkarlar Ittifaqlari Konfederasiyasi (AHIK)	735.000	735.000
Äthiopien	Confederation of Ethiopian Trade Unions (CETU)	203.560	203.560
Australien	Australian Council of Trade Unions (ACTU)	1.866.000	1.866.000
Bahrain	General Federation of Bahrain Trade Unions (GFBTU)	10.000	10.000
Bangladesh	Bangladesh Free Trade Union Congress (BFTUC)	85.000	85.000
	Bangladesh Jatyatabadi Sramik Dal (BJSD)	180.000	180.000
	Bangladesh Labour Federation (BLF)	102.000	102.000
	Bangladesh Mukto Sramik Federation (BMSF)	40.000	204.000
	Bangladesh Sanjukta Sramik Federation (BSSF)	101.500	155.000
	Jatio Sramik League (JSL)	150.000	150.000
Barbados	Barbados Workers' Union (BWU)	15.000	15.000
Belgien	Centrale générale des Syndicats libéraux de Belgique (CGSLB)	230.000	265.000
	Confédération des Syndicats Chrétiens (CSC- ACV)	1.550.000	1.528.644
	Fédération Générale du Travail de Belgique (FGTB)	1.367.000	1.434.527
Belize	Christian Workers' Union (CWU) ¹	2.500	-
Benin	Confédération des Organisations Syndicales Indépendantes du Bénin (COSI)	37.860	53.470
	Confédération des Syndicats Autonomes du Bénin (CSA)	53.000	53.000
	Confédération Générale des Travailleurs du Bénin (CGTB)	51.525	51.525
	Union Nationale des Syndicats des Travailleurs du Bénin (UNSTB)	36.000	36.000
Bermuda	Bermuda Industrial Union (BIU)	5.000	5.000
	Bermuda Trade Union Congress (BTUC)	4.955	5.000
Birma	Federation of Trade Unions - Burma (FTUB) ²	-	10.000
Bonaire	Federación Boneriana di Trabao (FEDEBON)	500	500
Bosnien - Herzegowina	Konfederacija Sindikata Bosne i Hercegovine (KSBiH)	428.163	223.000
Botsuana	Botswana Federation of Trade Unions (BFTU) ³	-	55.270

¹ Mitgliedschaft aufgegeben im Oktober 2009

² Aufgenommen im Oktober 2009

³ Aufgenommen im Dezember 2007

Anhang I

Brasilien	Central Autônoma de Trabalhadores (CAT) ⁴	700.000	-
	Central Única dos Trabalhadores (CUT)	3.500.000	7.464.846
	Confederação Geral dos Trabalhadores (CGT) ⁵	600.000	-
	Confederação Nacional das Profissões Liberais (CNPL)	260.000	260.000
	Força Sindical (FS)	2.100.000	2.100.000
	Social Democracia Sindical (SDS) ⁶	50.200	-
	União Geral dos Trabalhadores (UGT) ⁷	-	1.350.200
Bulgarien	Bund der Unabhängigen Gewerkschaften Bulgariens (CITUB / KNSB)	250.010	220.000
	Gewerkschaftsbund PODKREPA	154.000	153.350
Burkina Faso	Confédération Nationale des Travailleurs Burkinabé (CNTB)	10.500	10.500
	Confédération Syndicale Burkinabé (CSB)	14.536	18.986
	Organisation Nationale des Syndicats Libres (ONSL)	42.500	42.500
	Union Syndicale des Travailleurs du Burkina (USTB)	8.700	8.700
Burundi	Confédération des Syndicats du Burundi (COSYBU)	12.000	12.000
	Confédération Syndicale du Burundi (CSB)	5.500	5.500
Chile	Central Autónoma de Trabajadores de Chile (CAT)	107.000	107.000
	Central Unitaria de Trabajadores de Chile (CUT)	400.000	400.000
Cookinseln	Cook Islands Workers Association Inc. (CIWA)	1.200	1.200
Costa Rica	Central del Movimiento de Trabajadores Costarricenses (CMTC)	108.000	108.000
	Confederación de Trabajadores Rerum Novarum (CTRN)	30.000	30.000
Côte d'Ivoire	Confédération des syndicats libres de Côte d'Ivoire (DIGNITE)	100.000	120.000
	Union Générale des Travailleurs de Côte d'Ivoire (UGTCI)	208.129	208.129
Curaçao	Central General di Trahadonan di Corsow (CGTC)	5.380	5.380
	Sentral di Sindikatonan di Korsou (SSK)	4.000	4.000
Dänemark	Akademikernes Centralorganisation (AC)	170.907	147.116
	Funktionærernes og Tjenestemaendenes Faellesrad (FTF)	350.000	350.000
	Landsorganisationen i Danmark (LO)	1.100.710	1.251.367
Deutschland	Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)	6.500.000	6.000.000
Dominica	Dominica Amalgamated Workers' Union (DAWU)	2.500	2.500
	Dominica Trade Union (DTU)	820	820
	Waterfront & Allied Workers' Union (WAWU)	1.000	1.000
Dominikanische Republik	Confederación Autónoma Sindical Clasista (CASC)	172.000	172.000
	Confederación Nacional de Trabajadores Dominicanos (CNTD)	143.000	143.000
	Confederación Nacional de Unidad Sindical (CNUS) ⁸	-	105.000
Dschibuti	Union Djiboutienne du Travail (UDT)	13.000	13.000
Ecuador	Central Ecuatoriana de Organizaciones Clasistas (CEDOC)	62.500	62.500
	Confederación Ecuatoriana de Organizaciones Sindicales Libres (CEOSL)	110.000	110.000
El Salvador	Central Autónoma de Trabajadores Salvadoreños (CATS)	30.000	30.000
	Central de Trabajadores Democráticos de El Salvador (CTD)	50.000	50.000
Eritrea	National Confederation of Eritrean Workers (NCEW)	26.000	26.000
Estland	Bund Estnischer Gewerkschaften (EAKL)	43.000	43.000

⁴ Zusammengeschlossen zu neuer Organisation UGT

⁵ Zusammengeschlossen zu neuer Organisation UGT

⁶ Zusammengeschlossen zu neuer Organisation UGT

⁷ Mitgliedschaft übertragen nach dem Zusammenschluss von CAT, CGT und SDS zu neuer Organisation UGT im Dezember 2007

⁸ Aufgenommen im Dezember 2007

Anhang I

Fidschi	Fiji Trades Union Congress (FTUC)	33.000	33.000
Finnland	Gewerkschaftsbund der Akademiker Finnlands (AKAVA)	311.867	374.754
	Finnischer Angestelltenbund (STTK)	423.000	424.000
	Suomen Ammattiliittojen Keskusjärjestö (SAK)	900.000	800.000
Frankreich	Confédération Française Démocratique du Travail (CFDT)	806.829	803.635
	Confédération Française des Travailleurs Chrétiens (CFTC)	140.000	140.000
	Confédération Générale du Travail (CGT)	711.000	660.000
	Confédération Générale du Travail - Force Ouvrière (CGT-FO)	800.000	800.000
	Union Interprofessionnelle de la Réunion (UIR- CFDT)	16.000	16.000
Französisch-Polynesien	A Tia I Mua (TIA)	2.300	2.300
Gabun	Confédération Gabonaise des Syndicats Libres (CGSL)	19.000	19.000
	Confédération Syndicale Gabonaise (COSYGA)	14.610	22.800
Gambia	Gambia Workers' Confederation (GWC)	52.000	52.000
Georgien	Georgian Trade Union Confederation (GTUC)	200.000	235.824
Ghana	Ghana Federation of Labour (GFL)	10.545	48.200
	Trades Union Congress Ghana (TUC)	275.000	275.000
Grenada	Grenada Trades' Union Council (GTUC)	8.000	8.000
Griechenland	Griechischer Allgemeiner Gewerkschaftsbund (GSEE)	300.000	300.000
Großbritannien	Trades Union Congress (TUC)	6.463.197	6.202.260
Guatemala	Central General de Trabajadores de Guatemala (CGTG)	60.000	60.000
	Confederación de Unidad Sindical de Guatemala (CUSG)	30.000	30.000
	Unión Sindical de Trabajadores de Guatemala (UNSITRAGUA) ⁹	-	17.500
Guinea	Confédération Nationale de Travailleurs de Guinée (CNTG)	100.500	100.500
	Organisation Nationale des Syndicats Libres de Guinée (ONSLG)	43.000	43.000
	Union Syndicale des Travailleurs de Guinée (USTG)	41.000	41.000
Guinea-Bissau	Union Nationale des Travailleurs de Guinée Bissau (UNTGB)	50.000	50.000
Guyana	Guyana Trades Union Congress (GTUC) ¹⁰	15.000	-
Haiti	Confédération des Travailleurs Haïtiens (CTH)	6.000	65.000
Honduras	Central General de Trabajadores (CGT)	250.000	250.000
	Confederación de Trabajadores de Honduras (CTH)	55.000	55.000
	Confederación Unitaria de Trabajadores de Honduras (CUTH)	295.000	295.000
Hongkong SVR, China	Hong Kong and Kowloon Trades Union Council (HKTUC)	5.000	5.000
	Hong Kong Confederation of Trade Unions (HKCTU)	170.000	170.000
	Joint Organization of Unions - Hong Kong (JOU)	3.000	3.000
Indien	Hind Mazdoor Sabha (HMS)	5.745.732	5.745.732
	Indian National Trade Union Congress (INTUC)	6.820.170	8.200.000
	Self-Employed Women's Association (SEWA)	688.743	1.123.542
Indonesien	Indonesian Trade Union Congress (ITUC/KSPI) ¹¹	506.236	506.236
	Konfederasi Serikat Buruh Sejahtera Indonesia (KSBSI) ¹²	426.000	511.000
Irland	Irish Congress of Trade Unions (ICTU) ¹³	-	833.486

⁹ Aufgenommen im Dezember 2007

¹⁰ Mitgliedschaft erloschen im Oktober 2009

¹¹ Im Februar 2007 benannte sich der Indonesian Trade Union Congress - Kongres Serikat Pekerja Indonesia (KSPI) um in Confederation of Indonesian Trade Union - Konfederasi Serikat Pekerja Indonesia (KSPI)

¹² Vorheriger Name Serikat Buruh Sejahtera Indonesia (SBSI)

¹³ Aufgenommen im Dezember 2007

Anhang I

Island	Althydusamband Islands (Icelandic Confederation of Labour) (ASI)	88.307	109.318
	Bandalag Starfsmanna Ríkis og Baeja (BSRB)	18.600	20.877
Israel	General Federation of Labour in Israel (HISTADRUT)	450.000	450.000
Italien	Confederazione Generale Italiana del Lavoro (CGIL)	5.542.677	5.542.677
	Confederazione Italiana Sindacati Lavoratori (CISL)	4.287.551	4.507.349
	Unione Italiana del Lavoro (UIL)	1.800.000	2.116.299
Japan	Japanese Trade Union Confederation (JTUC- Rengo)	6.567.000	6.587.695
Jemen	General Federation of Worker's Trade Unions of Yemen (GFWTUY)	350.000	350.000
Jordanien	General Federation of Jordanian Trade Unions (GFJTU)	120.000	120.000
Kamerun	Confédération Syndicale des Travailleurs du Cameroun (CSTC)	200.000	200.000
	Union des Syndicats Libres du Cameroun (USLC)	50.000	50.000
Kanada	Canadian Labour Congress / Congrès du Travail du Canada (CLC-CTC)	1.500.000	1.568.000
	Centrale des Syndicats Démocratiques (CSD)	70.000	70.000
	Christian Labour Association of Canada (CLAC)	38.000	50.985
	Confédération des Syndicats Nationaux (CSN)	300.000	300.000
Kap Verde	Confederação Cabo Verdiana dos Sindicatos Livres (CCVSL) ¹⁴	-	19.786
	União Nacional dos Trabalhadores de Cabo Verde - Central Sindical (UNTC-CS)	15.000	5.000
Kenia	Central Organisation of Trade Unions (COTU(K))	234.000	234.000
Kiribati	Kiribati Trades Union Congress (KTUC)	2.600	2.600
Kolumbien	Central Unitaria de Trabajadores (CUT)	860.000	860.000
	Confederación de Trabajadores de Colombia (CTC)	400.000	250.000
	Confederación General del Trabajo (CGT)	700.000	700.000
Komoren	Confédération des Travailleuses et Travailleurs des Comores (CTTC) ¹⁵	-	5.000
Kongo	Confédération des Syndicats Libres et Autonomes du Congo (COSYLAC)	18.735	18.735
	Confédération Syndicale Congolaise (CSC)	25.000	25.000
	Confédération Syndicale des Travailleurs du Congo (CSTC)	68.500	68.500
Kongo, Dem. Rep.	Confédération Démocratique du Travail (CDT)	51.000	51.000
	Confédération Syndicale du Congo (CSC)	100.000	100.000
	Union Nationale des Travailleurs du Congo (UNTC)	51.000	51.000
Korea, Süd	Federation of Korean Trade Unions (FKTU)	520.000	870.000
	Korean Confederation of Trade Unions (KCTU)	500.100	812.500
Kosovo	Bashkimi I Sindikatave të Pavarura të Kosovëj (BSPK)	106.607	138.351
Kroatien	Unabhängige Gewerkschaften Kroatiens - Nezavisni Hrvatski Sindikati (NHS)	-	87.313
	Union der Autonomen Gewerkschaften von Kroatien (UATUC)	211.205	164.732
Kuwait	Kuwait Trade Union Federation (KTUF)	34.274	34.274
Lettland	Freier Gewerkschaftsbund von Lettland (LBAS)	139.850	130.120
Liberia	Congress of National Trade Unions of Liberia (CONATUL) ¹⁶	25.000	-
	Liberia Federation of Labour Unions (LFLU) ¹⁷	17.000	-
	Liberia Labour Congress (LLC) ¹⁸	-	42.000
Liechtenstein	Liechtensteinischer ArbeitnehmerInnenverband (LANV) ¹⁹	-	1.153

¹⁴ Aufgenommen im Oktober 2009

¹⁵ Aufgenommen im Dezember 2007

¹⁶ Zusammengeschlossen zu neuer Organisation LLC

¹⁷ Zusammengeschlossen zu neuer Organisation LLC

¹⁸ Mitgliedschaft übertragen nach dem Zusammenschluss von CONATUL und LFLU zu neuer Organisation LLC im Oktober 2009

Anhang I

Litauen	Litauischer Arbeitnehmerverband (LDF)	20.000	20.000
	Litauische Gewerkschaft "SOLIDARUMAS" (LPS "Solidarumas")	7.100	8.000
	Litauischer Gewerkschaftsbund (LPSK)	100.000	75.000
Luxemburg	Confédération Générale du Travail du Luxembourg (CGTL)	63.622	67.379
	Lëtzebuurger Chrëschtliche Gewerkschafts- Bond (LCGB)	33.000	35.000
Madagaskar	Firaisan'ny Sendikan'ny mpiasan'i Madagasikara (FI.SE.MA.)/ Confédération des Syndicats des Travailleurs de Madagascar	25.362	25.362
	Fivondronamben'ny Mpiasa Malagasy (FMM) / Confédération des Travailleurs Malgaches	15.000	15.000
	Sendika Krisitianina Malgasy (SEKRIMA) /Confédération Chrétienne des Syndicats Malgaches	20.000	16.477
	Union des Syndicats Autonomes du Madagascar (USAM)	3.900	4.529
Malawi	Malawi Congress of Trade Unions (MCTU)	180.000	137.350
Malaysia	Malaysian Trades Union Congress (MTUC)	405.000	500.000
Mali	Confédération Syndicale des Travailleurs du Mali (CSTM)	15.010	15.010
	Union Nationale des Travailleurs du Mali (UNTM)	130.000	130.000
Malta	Confederation of Malta Trade Unions (CMTU)	30.351	30.351
	General Workers' Union (GWU)	30.000	30.000
Marokko	Confédération Démocratique du Travail (CDT)	61.500	61.500
	Union Générale des Travailleurs du Maroc (UGTM)	53.000	750.550
	Union Marocaine du Travail (UMT)	320.000	320.000
Mauretanien	Confédération Générale des Travailleurs de Mauritanie (CGTM)	25.000	25.000
	Confédération Libre des Travailleurs de Mauritanie (CLTM)	56.000	56.000
	Union des Travailleurs de Mauritanie (UTM)	28.789	28.789
Mauritius	Mauritius Labour Congress (MLC)	30.000	30.000
	Mauritius Trade Union Congress (MTUC)	25.000	20.600
	National Trade Unions Confederation (NTUC)	59.000	40.000
Mazedonien, Ehemalige Jugoslawische Republik	Bund Unabhängiger und Autonomer Gewerkschaften Mazedoniens (UNASM)	5.300	5.300
Mexiko	Confederación de Trabajadores de México (CTM)	1.500.000	1.500.000
	Confederación Obrera Revolucionaria (COR) ²⁰	120.000	-
	Confederación Revolucionaria de Obreros y Campesinos (CROC)	400.000	500.000
	Consejo Nacional de los Trabajadores (CNT)	6.000	6.000
	Unión Nacional de Trabajadores (UNT)	500.000	500.000
Moldawien	Consiliul Confederatiei Sindicatelor din Republica Moldova (CSRM) ²¹	356.266	-
Mongolei	Confederation of Mongolian Trade Unions (CMTU)	450.000	450.000
Montenegro	Bund Unabhängiger Gewerkschaften Montenegros (SSSCG)	61.320	61.320
Mosambik	Organização dos Trabalhadores de Moçambique (OTM)	97.305	97.305
Namibia	National Union of Namibian Workers (NUNW) ²²	-	80.000
	Trade Union Congress of Namibia (TUCNA)	-	42.100

¹⁹ Aufgenommen im Dezember 2008

²⁰ Mitgliedschaft erloschen im Oktober 2009

²¹ Zusammengeschlossen zu CNSM, einer nicht angeschlossenen Organisation, im Dezember 2007

²² Aufgenommen im Dezember 2008

Anhang I

Nepal	Democratic Confederation of Nepalese Trade Unions (DECONT) ²³	75.000	-
	General Federation of Nepalese Trade Unions (GEFONT)	304.601	329.781
	Nepal Trade Union Congress (NTUC) ²⁴	140.000	-
	Nepal Trade Union Congress-Independent (NTUC-I) ²⁵	-	350.000
Neukaledonien	Union des Syndicats des Ouvriers et Employés de Nouvelle Calédonie (USOENC)	4.781	4.781
Neuseeland	New Zealand Council of Trade Unions (NZCTU)	200.000	350.000
Nicaragua	Central de Trabajadores de Nicaragua (CTN)	25.410	25.410
	Central Sandinista de Trabajadores (CST)	40.000	40.000
	Confederación de Unificación Sindical (CUS)	30.000	30.000
	Frente Nacional de los Trabajadores (FNT) ²⁶	-	139.300
Niederlande	Christelijk Nationaal Vakverbond (CNV)	338.113	334.000
	Federatie Nederlandse Vakbeweging (FNV)	1.200.000	1.362.000
Niger	Confédération Démocratique des Travailleurs du Niger (CDTN)	-	35.000
	Confédération Nigérienne du Travail (CNT)	45.000	45.000
	Union des Syndicats des Travailleurs du Niger (USTN)	38.000	38.000
Nigeria	Nigeria Labour Congress (NLC)	2.000.000	2.000.000
	Trade Union Congress of Nigeria (TUC)	500.000	500.000
Norwegen	Bund von Universitäts- und Hochschulgewerkschaften (Unio)	262.000	280.979
	Verband von Berufsgewerkschaften (YS)	204.457	209.344
	Landsorganisasjonen i Norge (LO)	831.464	865.392
Österreich	Österreichischer Gewerkschaftsbund (ÖGB)	1.061.912	1.109.211
Pakistan	All Pakistan Trade Union Congress (APTUC)	64.000	110.000
	Pakistan Workers' Federation (PWF)	880.000	880.000
Palästina	Palestine General Federation of Trade Unions (PGFTU)	318.052	318.052
Panama	Confederación de Trabajadores de la República de Panamá (CTRP)	40.000	40.000
	Confederación General de Trabajadores de Panamá (CGTP)	53.250	53.250
	Convergencia Sindical (CS)	75.000	75.000
Paraguay	Central Nacional de Trabajadores (CNT)	120.840	120.840
	Central Unitaria de Trabajadores Auténtica (CUT-A)	40.000	40.000
	Confederación Paraguaya de Trabajadores (CPT) ²⁷	7.672	-
Peru	Central Autónoma de Trabajadores del Perú (CATP)	12.705	12.705
	Central Unitaria de Trabajadores del Perú (CUT)	25.000	25.000
Philippinen	Federation of Free Workers (FFW)	27.078	27.078
	Trade Union Congress of the Philippines (TUCP)	475.000	475.000
Polen	Niezalezny Samorządny Związek Zawodowy "Solidarnosc" (NSZZ Solidarnosc)	722.000	722.000
	Ogólnopolskie Porozumienie Związków Zawodowych (OPZZ)	318.000	318.000
Portugal	União Geral de Trabalhadores (UGT-P)	260.000	260.000
Puerto Rico	Central Puertorriqueña de Trabajadores (CPT)	53.000	53.000
Ruanda	Centrale des Syndicats des Travailleurs du Rwanda (CESTRAR)	72.000	72.000
	Congrès du Travail et de la Fraternité au Rwanda (COTRAF)	4.700	15.000

²³ Zusammengeschlossen zu neuer Organisation NTUC-I

²⁴ Zusammengeschlossen zu neuer Organisation NTUC-I

²⁵ Mitgliedschaft übertragen nach dem Zusammenschluss von DECONT und NTUC zu neuer Organisation NTUC-I im Oktober 2009

²⁶ Aufgenommen im Dezember 2008

²⁷ Mitgliedschaft erloschen im Oktober 2009

Anhang I

Rumänien	Blocul National Sindical (BNS)	150.000	150.000
	Confederatia Nationala Sindicala "Cartel Alfa" (CNS Cartel Alfa)	1.050.000	1.050.000
	Confederatia Sindicatelor Democratice din Romania (CSDR)	101.000	101.000
	Confederatia Nationala a Sindicatelor Libere din - Fratia (CNSLR-FRATIA)	500.000	520.000
Russische Föderation	Allrussischer Gewerkschaftsbund (VKT)	1.300.000	1.300.000
	Gewerkschaftsbund Russlands (KTR)	1.250.000	1.250.000
	Verband Unabhängiger Gewerkschaften Russlands (FNPR)	27.800.000	27.800.000
Sambia	Zambia Congress of Trade Unions (ZCTU)	350.000	350.000
Samoa	Samoa Trade Union Congress (STUC)	1.502	1.502
San Marino	Confederazione Democratica Lavoratori Sammarinesi (CDLS)	5.620	5.905
	Confederazione Sammarinese del Lavoro (CSDL)	4.500	5.000
São Tomé and Príncipe	Organização Nacional dos Trabalhadores de São Tomé E Príncipe - Central Sindical (ONTSTP-CS)	3.336	3.336
	União Geral de Trabalhadores de São Tomé e Príncipe (UGT-STP)	7.684	7.684
Schweden	Landsorganisationen i Sverige (LO)	1.586.927	1.384.879
	Sveriges Akademikers Centralorganisation (SACO)	420.000	579.874
	Tjänstemännens Centralorganisation (TCO)	1.039.870	975.933
Schweiz	Schweizerischer Gewerkschaftsbund / Union syndicale suisse (SGB)	315.000	374.001
Senegal	Confédération des Syndicats Autonomes du Sénégal (CSA)	40.000	40.000
	Confédération Nationale des Travailleurs du Sénégal - Forces du Changement (CNTS-FC)	13.910	13.910
	Confédération Nationale des Travailleurs du Sénégal (CNTS)	60.000	64.000
	Union Démocratique des Travailleurs du Sénégal (UDTS)	20.000	20.000
	Union Nationale des Syndicats Autonomes du Sénégal (UNSAS)	53.000	53.000
Serbien	Verband Unabhängiger Gewerkschaften Serbiens (CATUS)	465.000	465.000
	Ujedinjeni Granski Sindikati "Nezavisnost" (UGS NEZAVISNOST)	158.000	158.000
Seychellen	Seychelles Federation of Workers' Unions (SFWU)	5.000	5.000
Sierra Leone	Central Confederation of Trade Unions (CCOTU)	8.340	8.340
	Sierra Leone Labour Congress (SLLC)	25.000	25.000
Simbabwe	Zimbabwe Congress of Trade Unions (ZCTU)	170.000	250.894
Singapur	National Trades Union Congress (NTUC)	225.000	228.432
Slowakei	Bund der Gewerkschaften der Slowakischen Republik (KOZSR)	386.400	337.600
Spanien	Confederación Sindical de Comisiones Obreras (CC.OO.)	831.900	1.200.000
	Euskal Sindikatua ELA	110.000	115.000
	Unión General de Trabajadores (UGT)	810.000	810.000
	Unión Sindical Obrera (USO)	110.000	110.000
Sri Lanka	Ceylon Workers' Congress (CWC)	190.000	190.000
	National Trade Union Federation (NTUF) ²⁸	-	400.000
	National Workers' Congress (NWC)	82.972	82.972
	Sri Lanka Nidahas Sevaka Sangamaya (SLNSS) ²⁹	-	68.000
St. Lucia	National Workers Union - St. Lucia (NWU)	3.000	3.000
	St. Lucia Seamen, Waterfront & General Workers' Trade Union (SWGWTU)	1.000	1.000
St. Vincent und die Grenadinen	Commercial, Technical and Allied Workers' Union (CTAWU) ³⁰	1.926	-

²⁸ Aufgenommen im Dezember 2007

²⁹ Aufgenommen im Dezember 2008

³⁰ Mitgliedschaft erloschen im Oktober 2009

Anhang I

Südafrika	Confederation of South African Workers' Unions(CONSAWU)	200.000	290.000
	Congress of South African Trade Unions (COSATU)	1.800.000	1.800.000
	Federation of Unions of South Africa (FEDUSA)	360.000	360.000
	National Council of Trade Unions (NACTU)	310.000	310.000
Surinam	Algemeen Verbond van Vakverenigingen in Suriname "De Moederbond" (AVVS) ³¹	-	5.400
	Organisatie van Samenwerkende Autonome Vakbonden (OSAV)	5.000	5.000
	Progressieve Vakcentrale (C-47)	7.000	7.000
Swasiland	Swaziland Federation of Labour (SFL)	10.900	10.900
	Swaziland Federation of Trade Unions (SFTU)	25.000	65.000
Taiwan	Chinese Federation of Labour (CFL)	500.000	250.000
Tansania	Trade Unions' Congress of Tanzania (TUCTA)	350.000	350.000
	Zanzibar Trade Union Congress (ZATUC)	15.000	15.000
Thailand	Labour Congress of Thailand (LCT)	25.000	25.000
	National Congress of Private Employees (NCPE)	150.000	150.000
	State Enterprises Workers' Relations Confederation (SERC) ³²	-	50.000
	Thai Trade Union Congress (TTUC)	8.000	25.000
Togo	Confédération Nationale des Travailleurs du Togo (CNTT)	35.000	35.000
	Confédération Syndicale des Travailleurs du Togo (CSTT)	55.250	79.172
	Union Nationale des Syndicats Indépendants du Togo (UNSI)	8.061	8.061
Tonga	Friendly Islands Teachers' Association Tonga Nurses' Association (FITA/TNA)	500	500
Trinidad and Tobago	All Trinidad General Workers' Trade Union (ATGWU)	2.500	550
	National Trade Union Centre of Trinidad and Tobago (NATUC)	45.000	45.000
Tschad	Confédération Libre des Travailleurs du Tchad (CLTT)	42.000	42.000
	Union des Syndicats du Tchad (UST)	55.000	55.000
Tschechische Republik	Tschechisch-Mährischer Gewerkschaftsbund (CMKOS)	511.000	444.570
Tunesien	Union Générale Tunisienne du Travail (UGTT)	539.000	517.000
Türkei	Türkiye Hak İşçi Sendikaları Konfederasyonu (HAK-IS)	330.000	330.000
	Türkiye İşçi Sendikaları Konfederasyonu (TÜRK- İS)	600.000	820.000
	Devrimci İşçi Sendikaları Konfederasyonu (DISK)	30.000	30.000
	Kamu Emekçileri Sendikaları Konfederasyonu (KESK)	200.000	200.000
Uganda	National Organisation of Trade Unions (NOTU)	89.500	146.000
Ukraine	Gesamtukrainischer Solidarischer Arbeitnehmerbund (VOST)	150.000	150.000
	Bund Freier Gewerkschaften der Ukraine (KVPU)	242.000	268.000
	Vereinigung Ukrainischer Gewerkschaften (FPU)	11.192.950	9.755.500
Ungarn	Autonomous Trade Union Confederation (ATUC)	137.000	120.000
	Democratic League of Independent Trade Unions (LIGA)	101.000	103.000
	National Confederation of Hungarian Trade Unions (MSZOSZ)	400.000	400.000
	National Federation of Workers' Councils (MOSZ)	53.416	45.186
USA	American Federation of Labor and Congress of Industrial Organizations (AFL-CIO)	8.839.000	8.400.000
Vanuatu	Vanuatu Council of Trade Unions (VCTU)	1.853	1.853
Vatikan	Associazione Dipendenti Laici Vaticani (ADLV)	320	320

³¹ Aufgenommen im Dezember 2007

³² Aufgenommen im Dezember 2008

Anhang I

Venezuela	Alianza Sindical Independiente (ASI)	120.000	120.000
	Confederación de Sindicatos Autónomos de Venezuela (CODESA)	54.450	54.450
	Confederación de Trabajadores de Venezuela (CTV)	250.000	250.000
	Confederación General de Trabajadores de Venezuela (CGT)	51.000	51.000
Weißrussland	Weißrussischer Kongress Demokratischer Gewerkschaften (BKDP)	9.000	9.000
Zentralafrikanische Republik	Confédération Syndicale des Travailleurs de Centrafrique (CSTC)	11.124	11.124
	Union Syndicale des Travailleurs de Centrafrique (USTC)	15.000	15.000
Zypern	Türkisch-Zypriotischer Gewerkschaftsbund (TÜRK-SEN)	3.005	3.505
	Zypriotischer Gewerkschaftsbund (SEK)	67.000	64.945
	Demokratischer Arbeitnehmerverband Zyperns (DEOK)	8.221	9.250
		168.199.402	175 710 343



IGB

5 Bld du Roi Albert II, Bte 1, 1210-Brüssel, Belgien

Tel: +32 2 2240211, Fax: +32 2 2015815

E-Mail: info@ituc-csi.org • Web Site: <http://www.ituc-csi.org>